Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte und Differenzen

Redaktion: Stefanie Ernst

DEUTSCHER KulturRAT

aPuK_3_4.indd 1 16.03.2009 12:17:32 Uhr

Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte und Differenzen.
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
Redaktion: Stefanie Ernst

Nachdruck der Beiträge aus *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über *http://dnb.ddb.de* abrufbar.

1. Auflage Juni 2008

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: post@kulturrat.de
Internet: http://www.kulturrat.de

ISBN: 978-3-934868-17-5
ISSN: 1865-2689

aPuK_3_4.indd 2 16.03.2009 12:17:32 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Max Fuchs: Vorwort 6

Gabriele Schulz: Einführung 7

Kulturpolitik der SPD 13

Kurt Beck: Aus dem kritischen Dialog mit Künstlern lernen.
Kulturpolitik und Sozialdemokratie 14

Frank-Walter Steinmeier: Plattform für viele Partner schaffen.
Zum Stellenwert von Kultur- und Bildungspolitik 16

Wolfgang Thierse: Keine Partei hat die Kultur gepachtet.
Das kulturpolitische Profil der SPD 19

Monika Griefahn: Kulturpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion.
Stellenwert und Vernetzung mit anderen Politikfeldern 22

Klaus Wowereit: Kultur als besonderer Ort der Freiheit. Vernetzung und öffentliche
Verantwortung als Kennzeichen sozialdemokratischer Kulturpolitik 25

Uwe-Karsten Heye: Der neue „vorwärts“. Das Blatt für die linke Mitte 28

Olaf Zimmermann: SPD – der Abbruch des kulturpolitischen Aufbruchs.
Ein Kommentar 30

Auszug aus dem Hamburger Programm der SPD (2007) 32

Auszug aus dem Berliner Programm der SPD (1998) 34

Geschichte der SPD 36

Kulturpolitik der FDP 39

Guido Westerwelle: Kultur braucht Freiheit.
Zum Stellenwert der Kulturpolitik in der FDP 40

Hans-Joachim Otto: Kultur braucht einen größeren Rahmen.
Kultur von allen. Leitbild liberaler Kulturpolitik 43

Christoph Waitz: Prinzipien und Schwerpunkte.
Kulturpolitik in der FDP-Bundestagsfraktion 45

Ruth Wagner: Kunst als eine Tochter der Freiheit.
Friedrich Schillers Diktum bleibt nach wie vor aktuell 48

Wolfgang Gerhardt: Politische Bildung und Kultur. Zum Kulturbegriff des Liberalismus 52

Theo Geißler: Wechsel-Bad – Zum Kulturverständnis der FDP. Ein Kommentar 54

Beschluss des 58. Bundesparteitags der FDP am 16. Juni 2007 in Stuttgart zur Kulturpolitik . . 56

Auszug aus den Wiebadener Grundsätzen (1997) 59

Geschichte der FDP 60

aPuK_3_4.indd 3 16.03.2009 12:17:32 Uhr

Kulturpolitik der CDU 63

Christian Wulff: Eine Kulturpolitik für die Chancengesellschaft 64

Bernd Neumann: Eine Allianz für die Kultur.
Deutschlands Verpflichtung als Kulturnation zieht Aufgaben nach sich 67

Wolfgang Börnsen: Kulturpolitik will Entfaltungsfreiheit.
Die Kulturpolitik in und mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 71

Johanna Wanka: Kultur braucht Vielfalt in Freiheit – und Erinnerung.
Sich der Gesamtheit unserer Geschichte aufrichtig stellen 74

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff: Kultur setzt das Schöpferische im Menschen frei.
Kulturpolitik ist Kernaufgabe der NRW-Landespolitik 76

Jörg-Dieter Gauger: Kunst und Kultur verpflichtet.
Die kulturpolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung 79

Hans-Jörg Clement: EHF 2010 – Fortsetzung eines Erfolgsprogramms.
Seit 1994 vergibt der Else-Heiliger Fonds (EHF) Stipendien an Künstler 81

Gabriele Schulz: Geschichtsverliebt – geschichtsvergessen?
Das Geheimnis der Kulturpolitik der Union. Ein Kommentar 82

Kultur im Grundsatzprogramm der CDU.
Freiheit und Sicherheit, Grundsätze für Deutschland (2007) 85

Kultur im Grundsatzprogramm der CDU. Freiheit in Verantwortung (1994) 88

Geschichte der CDU 91

Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 93

Claudia Roth: Kreativitätspolitik im Übergang zur Wissensgesellschaft.
Verschiedene Politik- und Aufgabenfelder miteinander in Beziehung setzen 94

Katrin Göring-Eckardt: „Die K-Frage“ – Kultur diesseits und jenseits der Ökonomie.
Kulturpolitik als bevorzugter Bereich kreativen und politischen Denkens 97

Grietje Bettin: Das Kunstwerk im Zeitalter digital-globaler Reproduzierbarkeit.
Gesetzliche Rahmenbedingungen neu justieren 100

Uschi Eid: Von Kopenhagen bis Kalkutta.
Die Auswärtige Kulturpolitik der Grünen Bundestagsfraktion 103

Alice Ströver: Kultur – Bund – Berlin.
Die Stadt mit der magischen Anziehungskraft für Künstler und Publikum 105

Jan Engelmann: Mitteilungen von ganz anderer Art.
Die kulturpolitische Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung 108

Olaf Zimmermann: Die kulturpolitische Seele der Grünen. Ein Kommentar 110

Auszug zur Kultur aus dem Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
Die Zukunft ist grün (2002). 112

Geschichte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 116

aPuK_3_4.indd 4 16.03.2009 12:17:32 Uhr

Kulturpolitik von DIE LINKE 119

Oskar Lafontaine: Linke Politik braucht kritische Kunst und Kultur.
Die LINKE sucht den Dialog mit den Künstlern 120

Lothar Bisky: Kulturen, Politik und DIE LINKE.
Kulturelle Vielfalt als Dialograum freiheitlicher Lebensperspektiven 122

Lukrezia Jochimsen: Kultur ist immer Aufbruch und Festhalten an Erinnerung.
Erfahrungen mit der Arbeit im Parlament 125

Thomas Flierl: Die neue Linke muss vor allem auch ein kulturelles Projekt sein.
Demokratischer Sozialismus muss auch kulturell begründet sein 128

Birgit Klaubert: LINKER Blick in die Zukunft. Bildung und Kultur als Teil der sozialen Frage . . 130

Gabriele Schulz: Ist Kultur links? Fragen zur Kulturpolitik der LINKEN. Ein Kommentar 132

Auszug aus dem Programm der PDS (2003) 134

Auszug aus dem Gründungsprogramm der WASG (2005) 136

Programmatische Eckpunkte DIE LINKE (2007) 138

Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE 138

Geschichte der PDS/WASG/DIE LINKE. 139

Kulturpolitik der CSU 143

Erwin Huber: Zukunft braucht Herkunft. Zur Kulturpolitik der CSU 144

Michael Glos: Die Kultur- und Kreativwirtschaft.
Eine Branche von großer wirtschaftlicher Bedeutung 147

Dorothee Bär: Bereicherung der Kultur durch Dialog. Zur Kulturpolitik der CSU 149

Thomas Goppel: „Tut etwas dafür!“ Aspekte einer bürgerlichen Kulturpolitik 152

Hans Zehetmair: Die kulturpolitische Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung. Ein Überblick 154

Olaf Zimmermann: Eigensinnig, konservativ, bayerisch. Ein Kommentar 156

Kulturpolitik im Grundsatzprogramm der CSU 158

Geschichte der CSU 161

Nachwort

Olaf Zimmermann: Zehn Jahre sichtbare Kulturpolitik des Bundes –
Ein Plädoyer für den nächsten Schritt 164

Anhang

Autorinnen und Autoren 166

aPuK_3_4.indd 5 16.03.2009 12:17:32 Uhr

Vorwort

Parteien spielen eine wichtige, vielleicht sogar die entscheidende Rolle bei der politischen Willensbildung in unserem Land. Weit über die Grenzen des Staatsapparates im engeren Sinne sitzen von Parteien bestimmte Persönlichkeiten an den Schaltstellen der Macht. Sie sind Mitglieder in Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und in fachpolitischen Einflusszentren. Manche meinen, dass damit die vom Grundgesetz vorgesehene bedeutsame Rolle der Parteien überdehnt wird. Denn in unserer pluralen Gesellschaft wird nur durch die Berücksichtigung der vielen verschiedenen Akteure die Gestaltung einer angemessenen Politik möglich. Dies gilt auch und gerade für die Kulturpolitik. Kulturpolitik kann dabei mit den unterschiedlichsten Zielen und Methoden betrieben werden. In jedem Falle übt sie einen entscheidenden Einfluss auf die Gesellschaft aus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass man gerade in kulturpolitischen Dokumenten sehr vieles über die jeweiligen Visionen und Vorstellungen von Gesellschaft erfahren kann. Schon alleine aus diesem Grund lohnt die Lektüre der kulturpolitischen Programmschriften und Reflexionen der im Bundestag vertretenen Parteien, so wie sie die Zeitung *politik und kultur* vorgestellt hat.

Die vorliegende Sammlung all dieser Beiträge ist die zurzeit vollständigste Zusammenschau kulturpolitischer Überlegungen der Parteien. Diese Zusammenstellung kann dabei unterschiedliche Funktionen erfüllen. Zum einen dient sie schlicht der Information über Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten der kulturpolitischen Vorstellungen. Zum Zweiten kann man diese Publikation nutzen, um die praktische Kulturpolitik der Partien dort zu überprüfen, wo sie auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder Europa-Ebene in der politischen Verantwortung stehen. Man kann überprüfen, inwieweit die Parteien die Erkenntnis realisieren, dass Kulturpolitik heute sehr stark von Ressorts und Politikfeldern außerhalb des speziellen Kulturressorts bestimmt wird, etwa von Rechts-, der Wirtschaft- oder der Sozialpolitik. Mit ihren ausführlichen Stellungnahmen und Überlegungen ihrer Repräsentanten leisten die Parteien zudem einen wichtigen Beitrag zur Demokratie: Sie machen nicht nur ihre Ziele und Vorstellungen transparent, sondern sie ermöglichen dadurch auch eine kritische Bewertung ihrer realisierten Politik.

Der Deutsche Kulturrat als derjenige Teil der organisierten Zivilgesellschaft, der mit den Mitgliedsorganisationen seiner Sektionen den größten Teil des kulturellen Lebens in Deutschland erfasst, versteht daher alle diese Texte sowohl als Informationsangebot wichtiger kulturpolitischer Akteure, als auch als Angebot zur Diskussion über Ziele und ihre Umsetzung. Ich bin sicher, dass beide Angebote weit über den engeren Kreis kulturpolitischer Experten hinaus genutzt werden.

Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates

aPuK_3_4.indd 6 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Einführung

Spricht man mit Kulturpolitikern, so werden stets die Gemeinsamkeiten hervorgehoben. Es scheint so zu sein, als unterscheiden sich die Kulturpolitiken der verschiedenen Parteien im Kern nicht voneinander. Gerne werden die Übereinstimmungen der Kulturpolitiker beschworen und als Gegner die Finanzpolitiker charakterisiert. Die Kulturpolitiker als verschworene Gemeinschaft?

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland" (Bundestagsdrucksache 16/7000) bestärkt dieses Bild. Diese erste umfassende Bestandsaufnahme zum kulturellen Leben in Deutschland wurde in großer Einmütigkeit von Abgeordneten aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie den Sachverständigen Mitgliedern verabschiedet. Es wurden nur wenige Sondervoten abgegeben. D.h. der überwiegende Teil der Bestandsaufnahme, der Problembeschreibung aber auch der Handlungsempfehlungen konnte von allen Mitgliedern der Enquete-Kommission getragen werden.

Bei so viel Übereinstimmung und Einmütigkeit taucht schon die Frage auf, gibt es denn überhaupt keine Unterschiede? Ist es egal, ob Christdemokraten, freie Demokraten, Grüne, Linke oder Sozialdemokraten für Kulturpolitik verantwortlich sind?

Diese Fragen ließen die Redaktion von *politik und kultur,* der Zeitung des Deutschen Kulturrates, nicht los und daher wurden in sechs Ausgaben Politiker der verschiedenen Parteien gebeten, Aussagen zur Kulturpolitik zu treffen. Folgende Fragen wurden dabei allen Vertretern der Parteien sowie Verantwortlichen in den parteinahen Stiftungen vorgelegt:

- Welche Rolle spielt die Kulturpolitik in der Partei? Was für ein Grundverständnis von Kulturpolitik gibt es in der Partei? Worauf bezieht sich die Kulturpolitik?
- Welche Rolle spielt die Kulturpolitik in der Fraktion? Funktioniert die Vernetzung mit anderen Politikfeldern? Wie ist es möglich, Politiker aus anderen Feldern für kulturpolitische Fragestellungen zu gewinnen?
- Wie ist die Kulturpolitik in den Ländern verortet? Wird eine gesamtstaatliche Verantwortung der Länder gesehen oder konzentriert sich die Kulturpolitik in erster Linie auf das eigene Land?
- Welche Rolle spielt die Kultur in den parteinahen Stiftungen? Ist sie ein Thema in Stiftungen, die sich vor allem der politischen Bildung sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses verschrieben haben?

Die Verantwortlichen aus den Parteien wurden gebeten auf diese Fragen, die teilweise leicht modifiziert gestellt wurden, zu antworten. Zusätzlich wurden Auszüge zur Kulturpolitik aus den jeweiligen Parteiprogrammen dokumentiert sowie die Geschichte der jeweiligen Parteien skizziert. Ein Kommentar zur Kulturpolitik rundete die Vorstellung der jeweiligen Partei ab.

Sehr erfreulich war, dass in allen Parteien eine große Bereitschaft bestand, sich an dem Vorhaben zu beteiligen. Die Reihe wurde in der Ausgabe 4/2007 (September/Oktober) von *politik und kultur* mit der ältesten deutschen Partei der SPD gestartet. Danach folgte als „kleinere" Partei die FDP, anschließend als „große" die CDU, darauf folgend BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gefolgt von der jüngsten im Deutschen Bundestag vertretenen Partei DIE LINKE und abschließend der CSU. Zunächst bestand die Überlegung die CDU und die CSU gemeinsam vorzustellen. Von dieser Idee wurde aber schnell Abstand genommen und die Beiträge der CDU und der CSU zeigen, dass es gut war, sie getrennt zu Wort kommen zu lassen. Denn gerade die Kulturpolitik dieser „Schwesterparteien" unterscheidet sich. Auf der einen Seite

aPuK_3_4.indd 7 16.03.2009 12:17:33 Uhr

die pragmatische Kulturpolitik der CDU, die sich in erster Linie am Machbaren ausrichtet, und auf der anderen die stärker werteorientierte Kulturpolitik der CSU.

Sehr positiv war, dass gleich in der ersten Ausgabe mit Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Thierse, Monika Griefahn und Klaus Wowereit namhafte Vertreter der Parteien geschrieben haben. Damit wurde ein Maßstab gesetzt. So haben bis auf die CDU, bei der der Stellvertretende Parteivorsitzende Christian Wulff den grundlegenden Beitrag übernahm, jeweils die Parteivorsitzenden die Beiträge zur Bedeutung der Kulturpolitik in der Programmatik der Partei übernommen. Aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben die Kulturpolitischen Sprecher das Wort ergriffen und aus allen Parteien kamen Ländervertreter zu Wort. Bis auf die Friedrich-Ebert-Stiftung haben alle parteinahen Stiftungen dargestellt, welche Bedeutung Kulturpolitik in der Stiftungsarbeit hat.

Kulturpolitik der SPD

Der Vorsitzende der SPD, *Kurt Beck*, erinnert in seinem Beitrag an die Tradition der SPD als Arbeiterpartei, die sich in ihrer 150-jährigen Geschichte auch als Kulturpartei versteht. Die Arbeiterbildungsvereine hatten das Ziel, Bildung und Kultur zu vermitteln. Sie waren und sind unabdingbar für sozialen Aufstieg. Vor diesem Hintergrund sind breite Zugangsmöglichkeiten zu Kultur ein wesentliches Element sozialdemokratischer Kulturpolitik, das auch in den anderen Beiträgen zum Ausdruck kommt. Der Stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesaußenminister *Frank-Walter Steinmeier* erinnert an den Versöhnungsaspekt in der Außenpolitik Willy Brandts. Er, Steinmeier, knüpft hieran ebenso an wie an die Wertschätzung der Auswärtigen Kulturpolitik als Teil der Außenpolitik. Dabei beschränkt er die Auswärtige Kulturpolitik nicht allein auf die bekannten Mittlerorganisationen, sondern macht deutlich, dass es eine Reihe von Akteuren sind, die sich hier engagieren. Bundestagsvizepräsident *Wolfgang Thierse* stellt als Vorsitzender des Kulturforums der SPD zunächst fest, dass keine der Parteien die Kulturpolitik gepachtet hat. Er spricht sich für eine Kulturpolitik jenseits der Ideologien aus und erinnert an die in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts begründete enge Verbindung zwischen Künstlern und der SPD. Als zentrale Momente der Kulturpolitik der SPD stellt Wolfgang Thierse die soziale Verantwortung für die Künstler sowie das Eintreten von Kultur als öffentlichem Gut heraus. Die Kulturpolitische Sprecherin der SPD, *Monika Griefahn*, macht deutlich, dass in der SPD Kulturpolitik weder ein Schattendasein führt noch ein exotisches Pflänzchen ist. Im Gegenteil, Kulturpolitik ist in der Fraktion fest verankert und die Kulturpolitiker finden bei ihren Fraktionskollegen aus den anderen Politikfeldern Gehör. Besonders wichtig ist ihrer Ansicht nach, dass kulturpolitische Belange in die Diskussionsprozesse anderer Politikbereiche eingebracht werden. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Klaus Wowereit*, zeigt am Beispiel der Berliner Kulturpolitik wie Kulturpolitik mit Jugendpolitik, mit Bildungspolitik und mit Wirtschaftspolitik verknüpft wird. Mit dem „vorwärts“ hat die SPD, wie der Chefredakteur *Uwe-Karsten Heye* schreibt, eine parteiliche Zeitung, deren Ziel es zugleich ist, neue Leserinnen und Leser zu gewinnen und sich eben nicht auf die Parteimitglieder zu beschränken. Uwe-Karsten Heye legt dar, dass der „vorwärts“ sich als Organ versteht, das Diskussionen und Debatten in der Partei anstößt. Dazu gehört auch, sich mit den Themen Kultur und Kulturpolitik zu befassen. In seinem Kommentar unterstreicht *Olaf Zimmermann*, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von *politik und kultur,* dass die Bundeskulturpolitik in der Regierungszeit Schröder deutlich an Bedeutung gewonnen. Das Amt des Kulturstaatsministers, die Einrichtung des Kulturausschusses sowie die Etablierung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ sind alles „Erfindungen“ der Sozialdemokratie, die, so Zimmermann, in der 16. Legislaturperiode ohne hörenswerten Widerstand von Seiten der Sozialdemokraten aufgegeben wurden. Er mahnt vor diesem Hintergrund eine deutlicher akzentuierte SPD-Kulturpolitik an.

aPuK_3_4.indd 8 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Kulturpolitik der FDP

Gleich zu Beginn seines Beitrags stellt der Vorsitzende der FDP, *Guido Westerwelle,* fest, „Kulturpolitik und die Förderung von Kunst und Kultur haben in der FDP einen zentralen Stellenwert". Weiter führt er aus, dass insbesondere die Freiheit die Grundlage für Kulturpolitik und künstlerisches Schaffen sein muss. Vor diesem Hintergrund setzt sich die FDP besonders für die Kunstfreiheit, aber auch für die soziale Sicherung der Künstler ein. Das Liberale Kulturforum will, so der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags, *Hans-Joachim Otto*, ein Forum des Austauschs zu kulturellen und kulturpolitischen Fragen sein. Im Liberalen Kulturforum arbeiten neben Politikern, Vertreter aus der Wirtschaft, den Verbänden und der Kunst mit. Hans-Joachim Otto unterstreicht in seinem Beitrag, dass Kunst etwas sehr individuelles, nicht egalitäres ist. In diesen Kontext ordnet er die Kulturpolitik der FDP ein. Der Kulturpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, *Christoph Waitz*, beginnt seinen Beitrag ebenfalls mit einem Plädoyer für die Freiheit der Kunst. Leitlinie der Kulturpolitik der FDP-Bundestagsfraktion ist, so Christoph Waitz, die Freiheit der Kunst statt ideologischer Vereinnahmung sowie Transparenz und klare Kriterien für kulturpolitische Entscheidungen. Dazu gehört, so Waitz, der Vorrang von Qualität vor festgelegten Quoten. Die Freiheit findet sich bereits in der Überschrift des Beitrags der Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, *Ruth Wagner*, wieder, wenn sie schreibt „Kunst als eine Tochter der Freiheit". Sie arbeitet heraus, dass Kunst und Freiheit eng miteinander verbunden sind und vertritt die Auffassung, dass Freiheit den Menschen befähigt, künstlerisch tätig zu werden. Freiheit ist ebenfalls der Ausgangspunkt der kulturpolitischen Aktivitäten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, deren Vorsitzender *Wolfgang Gerhardt* auch den Bezug zwischen Kultur und Kulturwirtschaft herstellt. Er zeigt auf, dass das kulturelle und kulturpolitische Engagement der Stiftung über klassische Kulturangebote hinausgeht und z.B. Debatten über Kulturwirtschaft als eine wichtige Aufgabe begreift. *Theo Geißler*, Herausgeber von *politik und kultur*, bescheinigt in seinem Kommentar der FDP in den letzten Jahren eine Veränderung von einer „Spaßpartei" mit Guidomobil zu einem wichtigen kulturpolitischen Gesprächspartner.

Kulturpolitik der CDU

Kulturpolitik für die Chancengesellschaft, so lautet die Überschrift des Artikels von *Christian Wulff*, Stellvertretender Vorsitzender der CDU, der die Grundlagen der Kulturpolitik der CDU darstellt. In diesem Beitrag wird der ideologiefreie Zugang der CDU zur Kulturpolitik deutlich. Wichtige Stichworte sind der enge Zusammenhang von Bildung und Kultur, Kultur und Wertschöpfung sowie die Achtung vor der künstlerischen Leistung. In eine ähnliche Richtung argumentiert Kulturstaatsminister *Bernd Neumann* in seinem Beitrag. Nach einer Verbeugung vor der Kulturhoheit der Länder schildert er sehr konkret, wie der Bund durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen aber auch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln Kulturpolitik gestalten und dabei auf die breite Zustimmung bei allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien setzen kann. Wie gut die Kulturpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Abgeordneten der anderen Politikfelder vernetzt sind, unterstreicht der Kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Wolfgang Börnsen*. Als besondere Akzente in der Arbeit benennt er die Stärkung der Kulturwirtschaft sowie die Erinnerungspolitik. Die Bedeutung der Freiheit für die Künste und die Kultureinrichtungen wird von *Johanna Wanka*, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, hervorgehoben. Sie schreibt zwar auch pflichtschuldigst, dass die Kulturhoheit bei den Ländern liegt, erkennt die kulturpolitische Kompetenz des Bundes gerade mit Blick auf die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur aber an. Mit Blick auf die Erinnerungskultur fordert sie eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR ein. Dies sieht sie als gesamtstaatliche Aufgabe. Schlägt Wanka den Bogen von der Kulturpolitik eines Landes hin zur bundespolitischen Verantwortung in der Kulturpolitik, so konzentriert sich der Kulturstaatssekretär von Nordrhein-Westfalen, *Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff*, auf die Kulturpolitik des Landes NRW. Er zeigt auf, wie die Kulturpolitik

aPuK_3_4.indd 9 16.03.2009 12:17:33 Uhr

des Landes mit den anderen Ressorts verzahnt ist. Auf die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bereich Kulturpolitik gehen Jörg-Dieter Gauger und Hans-Jörg Clement ein. *Jörg-Dieter Gauger* legt dabei den Akzent vor allem auf die Verknüpfung von Kultur- und Bildungspolitik und *Hans-Jörg Clement* stellt ein Programm zur Künstlerförderung vor. *Gabriele Schulz,* wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates, hebt in ihrem Kommentar zur Kulturpolitik der CDU vor allem auf die Pragmatik ab, die ihrer Ansicht nach leitend für die Kulturpolitik der CDU ist und die in den 90er Jahren zu einer starken Ausweitung der Kulturförderung des Bundes führte. Bemerkenswerterweise ohne einen Protest der Länder.

Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Vorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, *Claudia Roth,* ordnet die Kulturpolitik der Grünen gleich zu Beginn ihres Beitrags in einen größeren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang ein. Kulturpolitik ist für sie Kreativitätspolitik, die dazu dienen soll, die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu meistern und für die Wissensgesellschaft vorzubereiten. Bundestagsvizepräsidentin *Katrin Göring-Eckardt*, zugleich Kulturpolitische Sprecherin der Grünen, stellt ebenfalls den Zusammenhang zwischen Kultur und Kreativität her. Ein besonderes Augenmerk richtet sie auf die Kulturwirtschaft und unterstreicht hier, dass es darum gehen muss, die kleinen Unternehmen, die für diese Branche prägend sind, zu stärken und die soziale Sicherung der Künstler zu gewährleisten. *Grietje Bettin*, Medienpolitische Sprecherin der Grünen, geht vor allem auf die gesellschaftlichen Veränderungen durch die neuen Technologien und die sich daraus ergebenden veränderten Bedingungen der Kunstproduktion und -distribution ein. Sie unterstreicht, dass das Recht des geistigen Eigentums gestärkt werden muss, ohne die Nutzer zu kriminalisieren. Fragen der Auswärtigen Kulturpolitik stehen im Zentrum des Beitrags von *Uschi Eid*. Hier wird eine stärkere Kunstorientierung in der Auswärtigen Kulturpolitik eingefordert. Mit der Kulturpolitik in der Hauptstadt Berlin und ihrer Signalwirkung für Deutschland setzt sich die Kulturpolitische Sprecherin im Berliner Abgeordnetenhaus, *Alice Ströver,* auseinander. Die Verknüpfung von Kulturpolitik mit anderen Politikfeldern und die Künstlerförderung ist ein wichtiges Anliegen der Heinrich-Böll-Stiftung, wie *Jan Engelmann,* ausführt. Auf das Spannungsfeld zwischen dem Eigenwert der Kunst und der gesellschaftlichen Dimension von Kulturpolitik geht *Olaf Zimmermann*, Herausgeber von *politik und kultur*, am Beispiel des „Artist in Residence-Programms“ aus der Gründungszeit der Heinrich-Böll-Stiftung ein.

Kulturpolitik von DIE LINKE

Wie keine andere Partei setzt sich DIE LINKE öffentlich mit der Geschichte Ost und der Geschichte West auseinander. Auch in den meisten Beiträgen zur Kulturpolitik zieht sich als roter Faden die Frage nach dem kulturellen Selbstverständnis, darauf aufbauend wird eine kulturpolitische Programmatik entwickelt. Der Vorsitzende der Linken, *Oskar Lafontaine,* fordert eine stärkere Zusammenarbeit von Partei und Künstlern ein. Er sieht die Kultur und die Partei Seite an Seite um die Verbesserung der Lebensbedingungen streiten. *Lothar Bisky,* ebenfalls Vorsitzender der Linken und Medienpolitischer Sprecher der Linken im Deutschen Bundestag bedauert, dass zwischen Ost und West kein echter Austausch stattfand und -findet, dieses zeigt sich auch in der Kulturpolitik. Seines Erachtens hängt aber die Utopiefähigkeit einer Gesellschaft eng mit der Kultur zusammen. Die Kulturpolitische Sprecherin der Linken im Deutschen Bundestag, *Lukrezia Jochimsen,* erläutert ihre kulturpolitischen Ideen vor dem Hintergrund eigener biografischer Erfahrungen und der Auseinandersetzung mit dem Faschismus. *Thomas Flierl*, Initiator des Kulturforums der Linken, sieht das Erfordernis eines neuen kulturellen Aufbruchs der Linken. Hier sieht er vor allem die Partei selbst gefordert. *Birgit Klaubert*, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags und Kulturpolitische Sprecherin der Linken im Thüringer Landtag, fordert ein, dass die Länder die von ihnen beanspruchte Kulturhoheit mit Leben erfüllen. *Gabriele Schulz* weist in

aPuK_3_4.indd 10 16.03.2009 12:17:33 Uhr

ihrem Kommentar zur Kulturpolitik der Linken auf die Spannungsfelder der Partei zwischen Ost und West sowie die Herausforderung eine gemeinsame Kulturpolitik zu formulieren hin. Ebenso fragt sie nach, inwieweit Kultur links ist.

Kulturpolitik der CSU

Wie keine andere Partei bekennt sich die CSU als christliche Partei und leitet ihre Kulturpolitik von diesem Grundverständnis ab. Zugleich bekennt sich die CSU zur Vielfalt der Kultur und sieht in der interkulturellen Verständigung eine wesentliche Aufgabe. Vorgestellt wird die Kulturpolitik der CSU von ihrem Vorsitzenden *Erwin Huber*, der besonders auf die Grundwerte eingeht, auf denen die Kulturpolitik der CSU beruht. Bundeswirtschaftsminister *Michael Glos* hebt in seinem Beitrag das wirtschaftliche Potenzial des Kulturbereiches hervor und stellt die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung vor. *Dorothee Bär*, Mitglied des Kulturausschuss des Deutschen Bundestags, widmet sich in ihrem Beitrag besonders dem Thema interkultureller Verständigung. Sie unterstreicht, dass interkulturelle Bildung mehr denn je erforderlich ist und dass hierzu auch gehört, sich mit der eigenen Kultur auseinander zu setzen. Der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, *Thomas Goppel,* rekurriert auf die Geschichte der bayerischen Kulturpolitik und leitet daraus die aktuelle Verantwortung für Kunst und Kultur ab. *Hans Zehetmair*, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, zeigt auf, welchen Stellenwert Kunst und Kulturpolitik in der Arbeit der Stiftung haben. Dazu zählt auch der Dialog mit Künstlern sowie die Auseinandersetzung mit Kunstwerken, die mit Blick auf ihre politischen Implikationen betrachtet werden. Der Herausgeber von *politik und kultur Olaf Zimmermann* kommentiert die Kulturpolitik der CSU. Er fasst die Kulturpolitik der CSU mit der Formel zusammen: „Die Kulturpolitik der CSU ist eigensinnig, konservativ und bayrisch".

Was bleibt?

Die in diesem Band versammelten Beiträge zur Kulturpolitik der Parteien sind mehr als eine Momentaufnahme. Hier geht es nicht um die Position zu bestimmten Gesetzesvorhaben, um kurzfristige parteipolitische Aussagen vor einer Wahl. Es werden vielmehr die Fundamente freigelegt, auf denen die Kulturpolitik der verschiedenen Parteien ruht. Dabei werden Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten deutlich. Unterschiede vor allem im Ausgangspunkt der Kulturpolitik wie etwa dem christlichen Weltbild bei der CSU, der Teilhabe- und Chancengerechtigkeit bei der SPD, der Freiheit bei der FDP, dem Individualismus bei den Grünen, der Weltveränderung bei der Linken und dem Pragmatismus der CDU. Diese Unterschiede verhindern aber nicht, dass, wenn es um praktische Politik geht, gemeinsame Lösungen im Sinne von Kunst und Kultur getroffen werden.

Gabriele Schulz

aPuK_3_4.indd 11 16.03.2009 12:17:33 Uhr

aPuK_3_4.indd 12 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Kulturpolitik der SPD

aPuK_3_4.indd 13 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Kurt Beck

Aus dem kritischen Dialog mit Künstlern lernen. Kulturpolitik und Sozialdemokratie

Die SPD hat sich in ihrer fast 150-jährigen Geschichte immer als Partei der Kultur verstanden. Wie man weiß, entstand sie nicht zuletzt aus Arbeiterbildungsvereinen und entwickelte eine recht langlebige eigene Arbeiterkultur. Ironischerweise wurde dies durch die gesellschaftliche Ausgrenzung der Arbeiterbewegung gefördert. Vielen sind die einzigartigen Beziehungen von Willy Brandt zu den wichtigsten Schriftstellern und anderen Künstlern noch in guter Erinnerung. Unter Gerhard Schröder schließlich kam es zum Neuaufbau einer erfolgreichen Bundeskulturpolitik – als wichtiger Ergänzung zur föderalen Kulturpolitik der Länder.

Diese sozialdemokratische Tradition bleibt lebendig. Für die SPD sind kulturelle Fragen, sind Bildungs- und Medienpolitik zentrale Politikfelder, die über die Art des Zusammenlebens mit entscheiden. Kunst und Kultur sind für uns Menschen so wichtig wie die Luft zum Atmen. Es geht um nichts Geringeres als um unsere individuelle wie kollektive Selbstverständigung. Natürlich entscheiden letztlich Politik und Wirtschaft über Wohlstand, Zusammenhalt und Gerechtigkeit – doch geht nichts ohne den Humus kreativer Gedanken, ohne Kritik und Denkanstöße, ohne den Umgang mit Emotionen, ohne die Freiräume kultureller Reflexion. Eine Reduzierung der Menschen auf ihre ökonomischen Funktionen wäre andernfalls die Folge. Eine solche Gesellschaft kann sich niemand wünschen. Deshalb ist sozialdemokratische Kulturpolitik zuvorderst Förderung der Künste und beschäftigt sich mit der sozialen Absicherung freier künstlerischer Existenz.

Kultur ist die Bindekraft von Gesellschaft, zivilisatorische Basis und Grundlage für die Verständigung. Kultur dient der Zugehörigkeit und Beheimatung, ist die Summe unserer Normen und Werte. Diese Pflege des kulturellen Erbes ist für uns mit Toleranz und Anerkennung des Anderen verbunden. Gleichzeitig fordert unser Humanismus, die Stimme dort zu erheben, wo Menschenrechte verletzt werden und wo Demokratie bekämpft wird. Kultur ist Vielfalt, eben die Weinkönigin an der Mosel genauso wie der Hip-Hop in Kreuzberg. Unsere kulturellen Identitäten haben immer mehrere Seiten, dies gilt nicht nur für Migrantinnen und Migranten – auch man selbst ist ja nicht nur Deutscher, man hat vor allem regionale Wurzeln, man will ja auch Europäer sein, man ist, wenn über den Klimawandel oder die Not in Afrika geredet wird, doch auch Weltbürger. Den Begriff Leitkultur würde ich deshalb, und weil er völlig falsche Assoziationen weckt, tunlichst meiden.

Kultur und kulturelle Bildung, die Beherrschung der eigenen Sprache, fördern die Stärkung des Individuums. Eine wertefundierte, eine gebildete und entwickelte Persönlichkeit ist nicht nur das beste Mittel gegen Ausgrenzung und Parallelgesellschaft, sondern ist auch die Fähigkeit des Einzelnen, in den immer rasanteren Veränderungen von Arbeits- und Lebenswelten seinen eigenen Weg zu finden.

Vier kulturpolitische Grundsätze, die sich auch im Entwurf für unser neues Grundsatzprogramm finden, sind uns Sozialdemokraten besonders wichtig: Erstens bekennen wir uns zur öffentlichen Verantwortung für Kunst und Kultur. Kulturelle Grundversorgung, Pflichtaufgabe Kultur, Kulturstaat, europäische Kulturnation – diese Begriffe weisen darauf hin, dass Kulturpolitik nicht bloßer Luxus sein darf, für Zeiten, in denen zufällig etwas Geld übrig ist. Vor allem die Länder sind dafür verantwortlich, dass die zur Pflege der kulturellen Güter nötigen Spielräume für Initiativen und Ideen – mit Unterstützung der Bürgergesellschaft – entstehen und bestehen. Das bezieht sich auf Traditionen und Überkommenes, wie auf Neues und Sperriges jenseits des Mainstreams und des Massengeschmacks. Um das zu dokumentieren, würden wir gerne die Kultur als Staatszielbestimmung ins Grundgesetz aufnehmen, wo es anders als in den meisten Länderverfassungen, noch fehlt. Zweitens geht es Sozialdemokraten von An-

aPuK_3_4.indd 14 16.03.2009 12:17:33 Uhr

beginn an um kulturelle Teilhabe. Die „Kultur muss unter die Leute“ hatte Johannes Rau einmal gesagt. „Kultur für alle“ war die Formel der siebziger Jahre, sie ist aktueller denn je. Trotz der enormen Ausdehnung kultureller Angebote und von Besucher- und Nutzerrekorden wird ein großer Teil der Menschen nicht mehr erreicht. Mangelnde Bildung und Kulturferne verfestigen soziale Spaltungen. Wir haben in unserem Programmentwurf den Begriff des vorsorgenden Sozialstaats eingeführt. Dazu gehört nicht zuletzt, durch bessere kulturelle Bildung Integration und Lebenschancen zu verbessern.

Drittens kümmert sich die SPD besonders um die für die meisten freischaffenden Künstler schwierige und risikoreiche soziale Situation. Wie etwa durch die Sicherung und Stärkung der europaweit vorbildhaften, einst von uns Sozialdemokraten durchgesetzten Künstlersozialkasse. Die Gesetzesnovelle des Ministeriums für Arbeit und Soziales, die gemeinsam mit den Betroffenen und besonders durch das Engagement des Deutschen Kulturrates zustande kam, ist ein positives Beispiel für die Kooperation von sozialdemokratischer Politik und Kultur, das bei anderen kulturpolitischen Themen fortgesetzt werden soll.

Viertens ist auf die neuen Verbindungen zwischen Kultur, kreativen Potentialen und der Kulturwirtschaft zu verweisen. Die Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, dass das kulturelle Leben, also Bildung, Forschung und Kultur, unsere zentralen Zukunftsressourcen sind. Es geht jetzt darum, den so genannten kreativen Sektor – vom Internet-„Content“ bis zur Popmusik-Szene – als Standortfaktor und Wachstumsbranche mit neuen Arbeitsplätzen zu begreifen und zu unterstützen. Wir wissen allerdings: die öffentlich ermöglichten Freiräume für intellektuelles und künstlerisches Schaffen ebenso wie die gewachsenen Kulturinstitutionen von den geistes- und kulturwissenschaftlichen Fachbereichen bis zu den Bibliotheken bleiben Voraussetzungen für die Kreativwirtschaft. Und die soziale Absicherung jenseits des „Normalarbeitsverhältnisses“ in den kleinen Unternehmen oder als neue Selbstständige bleibt selbstverständlich sozialdemokratisches Thema.

In diesem Sinne ist für die SPD Kunst und Kultur Investition und nicht Subvention. Schön, wenn das mittlerweile auch von anderen Parteien formuliert wird – kommunale kulturpolitische Erfahrung hat dabei sicher geholfen. Dennoch gibt es Merkmale sozialdemokratischer Kulturpolitik wie beispielsweise unsere eindeutige Aussage, dass Kultur und Medien keine Wirtschaftsgüter im herkömmlichen Sinne, sondern mehr als bloße Ware sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sie niemals als Dienstleistungen im Sinne des Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation betrachtet werden dürfen. Es bleibt für die SPD elementar wichtig, ihre gewachsene Nähe zu Künstlerinnen und Künstlern, zu Denkern und Kreativen weiter zu pflegen. Auch unter jüngeren Künstlern schwindet die Bereitschaft zum parteipolitischen Engagement und zur entsprechend langfristigen Richtungsentscheidung. Langfristiges Vertrauen ist mir wichtiger als Wahlkampfunterstützung, für die ich aber auch in Zukunft sehr dankbar wäre. Zuhören und gemeinsam um Antworten ringen, das ist nicht nur eine Aufgabe des Parteivorsitzenden oder des Kulturforums, sondern das geht die gesamte Partei an. Da sprechen wir nicht nur über Kulturpolitik, obwohl zurzeit angesichts der elektronischen Medien dringend ein neues Urheberrecht die Rolle der kreativen Urheber stärken muss und wir der auswärtigen Kulturpolitik wieder den hohen Stellenwert einräumen, der ihr zweifellos gebührt. Kulturschaffende und Kulturvermittler sind für uns weit über die Kulturpolitik hinaus – gewissermaßen als Seismographen für neue Entwicklungen und als Ideengeber – unverzichtbar. Die Attraktivität der SPD erweist sich hoffentlich auch darin, dass sie sich der Kritik stellt und bereit ist, aus dem kritischen Dialog mit den Künstlerinnen und Künstlern zu lernen, Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft, der Demokratie und gutes, menschenwürdiges Leben zu entwickeln.

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2007

aPuK_3_4.indd 15 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Frank-Walter Steinmeier

Plattform für viele Partner schaffen. Zum Stellenwert von Kultur- und Bildungspolitik

Dass in der deutschen Außenpolitik die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik das gleiche Gewicht und den gleichen Stellenwert hat wie die klassische Diplomatie und die Außenwirtschaftspolitik, verdankt sie der Ära Willy Brandt. Und selten war sie notwendiger als heute.

Wir brauchen den Gedankenaustausch, die kritische Begleitung und ständige Mahnung der Kultur. Sie kann uns auf die blinden Flecken unserer Wahrnehmung hinweisen, neue Wege vorzeichnen, Rat geben; kurz: helfen zu begreifen, was uns ergreift. Damit ist nicht gemeint, dass wir den Abstand zwischen Politik und Kultur aufheben sollten. Im Gegenteil: Der unverwandte, der neue und kritische Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse benötigt Abstand. Das muss aber weder politische Enthaltsamkeit noch Gegnerschaft bedeuten. Denn die Tragödie des vergangenen Jahrhunderts begann, wie das Imre Kertesz kürzlich auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Akademie der Künste und des Auswärtigen Amtes formuliert hat, als Politik und Kultur einander zu Feinden wurden. Im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung gilt das nicht nur für unsere eigene Gesellschaft, sondern im weltweiten Zusammenhang. Die Freiheit von Kunst und Kultur zu schützen und den Dialog mit Kunst und Kultur zu suchen, ist eine der vornehmsten Aufgaben von Politik. Ganz konkret bedeutet das, zumal in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sich unser Land mit den Mitteln der Kunst und der Kultur erklärt, in denen es sich in der ganzen Bandbreite der künstlerischen Ausdrucksformen, in der sprachlichen Vermittlung und seiner europäischen Dimension im besten Sinne des Wortes in der Welt „verständlich“ macht und unsere Partner in der Welt zu verstehen sucht. Dabei stand zu Beginn meiner Amtszeit zunächst die Sicherung und Reform des Goethe-Institutes, des Flaggschiffes der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Vordergrund. Die knapp 130 Goethe-Institute im Ausland sind gemeinsam mit unseren Auslandsvertretungen, den Büros der wissenschaftlichen Austauschorganisationen, und nicht zuletzt der zivilgesellschaftlichen Arbeit der Stiftungen im Ausland die kulturelle Infrastruktur Deutschlands im Ausland. Diese kulturelle Infrastruktur muss weiter modernisiert, reformiert und erweitert werden. Wir stehen hier sicher noch am Anfang eines Weges, aber die ersten entscheidenden Schritte sind getan. Sie waren möglich dank der Unterstützung der Kulturschaffenden und besonders der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Gemeinsam mit ihnen haben wir nach dem schmerzhaften Rückgang der Finanzmittel seit dem Fall der Mauer auch finanziell eine Trendwende eingeleitet, und damit diese anhält, brauchen wir auch weiterhin die Fürsprache aus der Kultur für die Auswärtige Kultur und Bildungspolitik.

Ab dem Jahr 2008 soll ein weiterer Schwerpunkt hinzukommen: die Bildung. Wir können die globalen Probleme nur dann bewältigen, wenn wir uns stärker als bisher auch als interkulturelle und internationale Lerngemeinschaft begreifen. Je früher wir dabei ansetzen, desto nachhaltiger werden die Ergebnisse sein. Hierin liegt das besondere Verdienst unseres weltweiten Auslandsschulnetzes und all’ der Schulen, in denen junge Menschen aus aller Welt erste Kontakte mit unserer Sprache, unseren Bildungsinhalten und -angeboten knüpfen können. Sie sind Orte des praktischen Kulturdialogs und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im jeweiligen Land – und in Deutschland. Deutschland braucht gut ausgebildete, interkulturell erfahrene Menschen aus und in anderen Ländern dieser Welt. Wir wollen mit unseren innovativen Ansätzen künftig mehr beitragen für den Ausbau von Bildungsangeboten, besonders in Asien und Afrika. Für 2008 möchte ich daher gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft, dem Weltverband der Auslandsschulen, dem Goethe-Institut und unseren anderen Partnern, besonders den Bundesländern, eine Schulinitiative unter dem Stichwort „Partner der Zukunft“ ins Leben rufen. Einher mit Sicherung und Ausbau der kulturellen Strukturen geht eine inhaltliche Reform der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Diesen Prozess

aPuK_3_4.indd 16 16.03.2009 12:17:33 Uhr

haben wir im vergangenen Jahr mit einem großen Kongress eingeleitet und werden ihn über die nächsten Jahre fortsetzen. Ich will hier nur einige Leitgedanken schildern.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik findet in einem größeren Netzwerk statt, als wir das bislang gewohnt waren. Museen, Stiftungen, Organisationen der Zivilgesellschaft wie der Deutsche Kulturrat, Unternehmen des kulturellen Sektors, andere Behörden und nicht zuletzt die Kulturstiftung des Bundes – die ja selbst auch ein sozialdemokratisch initiierter Erneuerungsprozess ist – sind Teil dieses Netzwerkes. Hieran müssen wir die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch in der internen Organisation so anpassen, dass sie für möglichst viele Partner eine Plattform wird, an die anzudocken sich lohnt.

Zweitens wollen wir mehr Offenheit für neue Kultursparten und kulturelle Erscheinungsformen: Deutschland ist nicht nur ein führender Standort klassischer Kulturtradition und Künste. Die internationalen Erfolge deutscher Modeschöpfer, Designer, Filmschaffender und anderer Bereiche der so genannten „creative industries“ belegen das. Eine nachhaltige Kulturpolitik muss dem Rechnung tragen, sich stärker als bisher diesen Bereichen öffnen und die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen auch international im Blick halten.

Drittens: wir Europäer, und vielleicht der ganze so genannte Westen, haben uns zu sehr daran gewöhnt, dass unsere Gewohnheiten und Denkweisen allerorts für richtig und vernünftig befunden werden. Wir müssen uns wieder angewöhnen zu überzeugen. Geduldiger, nachhaltiger, vor allem widerspruchsfreier, als wir es bislang manchmal tun. Unsere im letzten Jahrhundert dominierende ökonomische Rolle mit dem ihr inne wohnenden Drang nach gleichzeitiger kultureller Dominanz hat das etwas in Vergessenheit geraten lassen. Der Wille, anderen Kulturen mit der notwendigen Empathie zu begegnen, ist weniger verbreitet als das Gegenteil. Obwohl auch die kulturelle Offenheit, die Neugier auf andere Lebensweisen in der europäischen und der deutschen Kultur eine lange Tradition haben. An diese Traditionen wollen wir verstärkt anknüpfen und in den Weltregionen, in denen wir bislang nicht hinreichend präsent, aber um so mehr gefordert sind, auch kulturell mehr Angebote unterbreiten: in den Wachstumsregionen Asiens, aber auch in Mittel- und Osteuropa oder in der Golfregion. Die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur und der kulturelle Austausch sind wichtige Beiträge für einen interkulturellen Dialog. Sie erleichtern zugleich die Verständigung auch über soziale und ökologische Rahmenbedingungen im internationalen Rahmen. Ich unterliege nicht der Illusion, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit Werkzeugcharakter hätte für die politischen Ziele von Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit und Stabilität. Aber ich mache als Außenpolitiker nahezu tagtäglich die Erfahrung, dass Sprachlosigkeit oder gar die Verweigerung von Dialog Konflikte vertieft. Und aus meinen weltweiten Kontakten ziehe ich den Schluss, dass wir ein neues Bewusstsein brauchen von der Kreativität der Verschiedenheit – und ein solches Bewusstsein sicher nicht allein durch politische Gespräche herstellen können. Unterschiedliche Sichtweisen sollten wir dabei nicht als Unglück begreifen, sondern als eine Chance für die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Wir müssen nicht alles gutheißen, was andere sagen, aber wir sollten zu verstehen versuchen. Denn jedes Land, jede Kultur erlebt das gemeinsame Schicksal aufgrund ihrer jeweiligen Erfahrungen anders, und ohne Verständnis für diese tieferen Bewusstseinschichten können wir auch die politischen Diskussionen nicht verantwortungsvoll führen. Ich habe dabei die Erfahrung gemacht, dass ein Verständnis der kulturellen Zusammenhänge auch die politischen Aufgabenstellungen besser begreifen hilft. Deswegen suche ich auch ganz persönlich den Rat der Kulturschaffenden: in Begegnungen vor Ort, im Gespräch mit den deutschen Vertretern aus Kunst und Kultur, die mich auf meinen Auslandsreisen begleiten, oder bei gemeinsamen Veranstaltungen wie kürzlich in der Akademie der Künste. Immer wieder wird dabei klar, dass nichts so sehr von Nöten ist in unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wie kulturelle Offenheit. Wer sich jemals ein unmittelbares Bild zum Beispiel von der reichen Kultur Irans, von der Schönheit der arabischen Poesie oder den grandiosen Kulturdenkmälern Zentralasiens machen konnte oder kann, der wird weniger häufig in

aPuK_3_4.indd 17 16.03.2009 12:17:33 Uhr

der Nabelschau auf die eigene Kultur deren Überlegenheit oder Vorbildcharakter behaupten, der wird mit mehr Respekt und Bescheidenheit anderen Kulturen und anderen Menschen gegenüber treten und der wird vor allem viel besser begreifen, wie sehr die eigene Kultur immer schon aus der Begegnung mit anderen Kulturen entstanden ist und weiter entsteht.

Europäische Kultur ist seit Jahrhunderten gewachsen im Austausch mit anderen. Sie hat integriert, was versinkende Mächte hinterlassen haben. Im Bewusstsein und Selbstbewusstsein dieser Stärke aus Offenheit kann die Vorstellung von Leitkultur immer nur untaugliches Bollwerk gegen Einflüsse, nie aber Schutz vor unerwünschter Verunsicherung sein. Ein solches Konzept „sperrt uns in ein kulturelles Gefängnis“, wie das Carlos Fuentes vor einigen Wochen in einer deutschen Tageszeitung geschrieben hat, und wir sollten uns gar nicht erst auf diesen Weg begeben! Nicht kulturelle Sicherheit, wie das manche fordern, brauchen wir, sondern kulturelle Offenheit!

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2007

aPuK_3_4.indd 18 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Wolfgang Thierse

Keine Partei hat die Kultur gepachtet. Das kulturpolitische Profil der SPD

Eine historische Bemerkung vorweg: Es ist noch gar nicht so lange her, dass wir in Deutschland und Europa die ideologische Vereinnahmung von Kunst und Kultur hinter uns gelassen haben. Welche keineswegs selbstverständliche – denken wir an Nazi-Barbarei und SED-Diktatur – Errungenschaft, dass alle demokratischen Parteien das grundgesetzlich garantierte Recht der Freiheit von Gedanken und Meinungsäußerung sowie die Freiheit der Künste anerkennen! Auch der Grundsatz der besonderen staatlichen Verantwortung für Kunst und Kultur scheint Konsens. Kulturelle Anliegen werden durchaus oft parteiübergreifend vertreten und geraten auch innerparteilich in Konflikt mit anderen, etwa ökonomischen, finanzhaushalterischen oder sozialstaatlichen Interessen. Nicht *eine* Partei hat die Kultur gepachtet. Wohl aber besitzen die demokratischen Parteien unterschiedliche – wertefundierte und historisch gewachsene – kulturpolitische Profile.

Die Sozialdemokratie pflegt seit Anfang der 1960er Jahre enge Verbindungen zu denjenigen Künstlern, Intellektuellen und Schriftstellern, die gesellschaftskritisch Positionen beziehen und sich in einer besonderen Verantwortung sehen. Die SPD versteht sich als deren natürlicher Ansprechpartner und Verbündeter:

- als Partei der Freiheit des Geistes, die die Unterdrückung im wilhelminischen Obrigkeitsstaat, im Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen bekämpfte;
- als Partei, die aus der Emanzipationsbewegung der Arbeiter, die auch Bildungs- und Kulturbewegung war, entstanden ist;
- als Partei, die sich nicht mit der höchst unvollkommenen und zutiefst gefährdeten Welt abfindet, bei der eine Spannung zu den Grundwerten, zu weit reichenden Zielen und Visionen spürbar bleibt;
- als Partei, die „sympathisch ist, weil sie weniger autoritär als andere Parteien ist, weil in der SPD *selbst* alle gesellschaftlichen Konflikte angelegt sind“ – so drückte es jüngst die Autorin Eva Menasse bei einem Schriftstellertreffen mit Kurt Beck aus. Auch eine wunderbare Begründung.

Die Bundeskulturpolitik wird von der Großen Koalition gemeinsam verantwortet. Unterschiedliche Akzentsetzungen bleiben. Am Rande der Union gibt es auch Positionen, über die wir heftig streiten.

Beispielsweise stehen wir für eine Erinnerungskultur, die den Stellenwert des Holocaust niemals relativieren wird, und die sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und europäischer Geschichte beziehen muss. Die Deutschen dürfen nicht wie in den 1950er Jahren – auch da wo zu Recht an Flucht und Vertreibung erinnert wird – wieder zu den einzigen und hauptsächlichen Opfern gemacht werden.

Beispielsweise brauchen wir für das Einwanderungsland Deutschland eine Kultur der Anerkennung und des Respekts über kulturelle Unterschiede hinweg, die Differenzen der Lebensform, der Wertungen, Religionen und Weltanschauungen als Bereicherung aufnimmt und nicht durch Assimilation von oben unterdrückt. Statt am missverständlichen Begriff der Leitkultur festzuhalten, der immer auch ein Dominanzverhältnis assoziiert, geht es um die Aufgabe, in der modernen humanen Gesellschaft Gemeinsamkeiten zu stärken, die über die Anerkennung der Verfassung und des Rechts hinausgehen. Was die alltäglichen Umgangsformen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Religion, den Respekt vor dem Individuum und seiner Autonomie einschließt!

aPuK_3_4.indd 19 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Das spezifisch Sozialdemokratische unserer Kulturpolitik will ich in zwei Punkte fassen:

Zum Ersten ist dies, was kaum überraschen dürfte, die Bedeutung der *sozialen Gerechtigkeit*. Wir fühlen uns in besonderer Weise der Mehrheit der Künstlerinnen und Künstler verpflichtet, die in unsicheren Verhältnissen leben. Deshalb haben wir zur Stärkung der europaweit einzigartigen Künstlersozialkasse das Künstlersozialversicherungsgesetz reformiert. Deshalb reformieren wir das Urheberrecht, das angesichts neuer Entwicklungen von Internet und elektronischer Vernetzung so angelegt sein muss, dass die Urheber mit ihren kreativen Leistungen nicht unter die Räder kommen. Bei aller Euphorie über neue Arbeitsplätze und die Leistung der Kreativwirtschaft werden wir die Lebensverhältnisse der „digitalen Boheme", die eher prekär sind und mit der „Generation Praktikum" zu tun haben, nicht aus den Augen verlieren. In heutiger Terminologie kann man mit *kultureller Teilhabegerechtigkeit* übersetzen, was als „Bürgerrecht Kultur" eine alte sozialdemokratische Forderung ist. Diese gilt unverändert, denn die anhand sozialer Kriterien bestimmbaren Spaltungen der Gesellschaft haben zunehmend eine zutiefst kulturelle Dimension – und auch umgekehrt verfestigt sich kulturelle Exklusion zu sozialer Exklusion. Die Rede von der Wissens-, Bildungs- und Kulturgesellschaft ist nicht falsch, sie trifft aber eben höchstens eine Hälfte der Bevölkerung. Der Gegenbegriff der Teilhabe verweist darauf, dass Sozialtransfers alleine die Situation nicht verbessern würden, es vielmehr auf Fragen von Bildung und Kultur ankommt. Kulturelle Bildung und musische Erziehung werden somit zu zentralen Aufgaben von Gerechtigkeitspolitik heute.

Zum Zweiten ist es sozialdemokratisches Leitbild, dass Kultur ein *öffentliches Gut* bleibt. Sicher ist die Förderung von Kulturwirtschaft sinnvoll, doch dürfen wir die öffentliche Verantwortung für Kunst und Kultur nicht aufgeben, diese nicht als bloße kommerzielle Dienstleistung organisieren. Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn öffentliche Güter ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Nur dann wird die Kultur – und darin insbesondere die Künste – auch in Zukunft Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit schaffen, in denen die Menschen jenseits ihrer Markt-Rollen als Produzenten und Konsumenten agieren und sich wahrnehmen können. Sicher ist die Alternative nicht Privatisierung oder Verstaatlichung, es geht vielmehr um die Neujustierung des Verhältnisses zwischen staatlicher beziehungsweise kommunaler Politik, zivilgesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen. Doch bleibt die Abwehr allseitiger Privatisierung, Kommerzialisierung, der Dominanz betriebswirtschaftlich-kulturfernen Denkens politische Aufgabe: Erinnert sei an Angriffe auf die Buchpreisbindung, den reduzierten Mehrwertsteuersatz oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Kommerzielle Partialinteressen bedrohen unser gutes System der Kulturförderung und die kulturelle Vielfalt. In der EU-Dienstleistungsrichtlinie wie in der UNESCO-Konvention zum Schutze der kulturellen Vielfalt gelang es den besonderen Doppelcharakter von Kultur festzuschreiben, denn „kulturelle Aktivitäten, Güter und Dienstleistungen [haben] sowohl eine wirtschaftliche als auch eine kulturelle Natur [...], da sie Träger von Identitäten, Werten und Sinn sind, und daher nicht so behandelt werden dürfen, als hätten sie nur einen kommerziellen Wert". Bei den GATS-Verhandlungen, die darauf abzielen, den weltweiten Dienstleistungsverkehr zu liberalisieren, stehen besonders Sozialdemokraten dafür ein, die Kultur von diesen Liberalisierungsverhandlungen auszunehmen. Damit sind wir auch bei einem Beispiel dafür angelangt, was das Kulturforum der Sozialdemokratie „so macht". Um den Charakter der Kultur als öffentlichem Gut und als Pflichtaufgabe zu stärken, sammelten wir im letzten Jahr über 1000 Unterschriften von zum Teil prominenten Kulturschaffenden, die unseren Aufruf für eine Aufnahme des Staatziels Kultur ins Grundgesetz unterstützen. Nicht zuletzt hierdurch gewann die Debatte an Fahrt, blockiert derzeit wohl nur noch von den Unions-Ministerpräsidenten. In solchem Sinn versteht sich das Kulturforum innerparteilich wie gesellschaftlich als eine Art Lobby für Kunst und Kultur. Aber auch als ein Seismograph für neue kulturelle und kulturpolitisch relevante Entwicklungen. Erinnert sei an unsere frühe Auseinandersetzung mit kreativem Sektor und „creative industries", die ja jetzt in aller Munde sind. Ein Netzwerk von 35 unabhängigen Regionalen Kulturforen pflegt vor Ort

aPuK_3_4.indd 20 16.03.2009 12:17:33 Uhr

oder auf Landesebene regelmäßig den Austausch zwischen Kunst, Intellektuellen, kulturnahen Milieus und Politik. Dort werden im losen Umfeld der SPD kulturpolitische und auch grundsätzliche kulturelle Themen behandelt, dort werden Kulturveranstaltungen im engeren Sinne, wie Filmvorführungen oder Atelierbesuche, angeboten. Es wird programmatisch gearbeitet, manchmal „nur" ein Kulturfest organisiert. Vielleicht kann man heute sagen, die Kulturforen reparieren vor Ort die oft fragil gewordenen Brücken zwischen Mitgliederpartei, Kulturszenen und kritischem Bürgertum. Der Ursprungsimpuls des Kulturforums 1983 von Willy Brandt, Peter Glotz und Linda Reisch bleibt aktuell: „Das Kulturforum hat [...] zum Ziel, den besonderen Sachverstand der SPD in kulturpolitischen Fragen zu erweitern, der Partei die notwendigen Informationen für zukunftsgestaltende Entscheidungen zu verschaffen und sie damit zu einem respektierten Partner der Gruppen aus allen Bereichen des Kulturlebens zu machen. Zugleich soll das Eigenleben der Partei wieder enger in Kontakt zu modernen Entwicklungen gebracht werden".

An dieser Aufgabe lassen wir uns weiterhin messen. Im Bremer Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD ist Kultur zu einer bedeutenden Querschnittsaufgabe geworden. Gerade bereiten wir einen Leitantrag Kultur für den Bundesparteitag der SPD vor. Auch dies zeigt, wie sehr in den letzten Jahren in der SPD kulturelle Gesichtspunkte und Kulturthemen ins Zentrum aufgerückt sind. Unser Kulturforum der Sozialdemokratie war hieran nicht ganz unschuldig.

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2007

aPuK_3_4.indd 21 16.03.2009 12:17:33 Uhr

Monika Griefahn

Kulturpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion. Stellenwert und Vernetzung mit anderen Politikfeldern

Der Stellenwert der Kulturpolitik innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion hat sich zu meiner Freude und natürlich auch der meiner Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für Kultur und Medien kontinuierlich verbessert. Im Jahr 1998 hat Gerhard Schröder das Amt eines Staatsministers für Kultur und Medien (BKM) geschaffen. Neben der Etablierung eines eigenständigen parlamentarischen Ausschusses für Kultur und Medien war dies das sichtbarste Zeichen einer Kulturpolitik, mit der die Kultur seit 1998 aus ihrer bundespolitischen Anonymität befreit wurde. Damit haben Kunst und Kultur, Künstlerinnen und Künstler durch Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss auch auf Bundesebene Stimme und Gesicht bekommen und sind nun am Kabinettstisch vertreten. Die Bedeutung dieses Amtes für die Kultur als Teil der Gesellschaftspolitik auf Bundesebene ist seitdem mehr als deutlich geworden. Bei der Bildung der Großen Koalition wurde die Bedeutung des BKM auch durch die CDU nicht mehr in Frage gestellt, so dass das Amt nun durch einen profilierten Kultur- und Medienpolitiker der Union, durch Bernd Neumann, fortgesetzt wird.

Seit der Schaffung des Kulturstaatsministeramtes steht Kultur nun innerhalb des Deutschen Bundestages und innerhalb der Fraktionen formal auf einer Stufe mit anderen Politikfeldern. Die Bedeutung der Kultur für unsere Gesellschaft rechtfertigt diese Bedeutung schon längst. Darüber hinaus gibt es in dieser Legislaturperiode wieder einen Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP), der vom Auswärtigen und vom Kultur und Medien Ausschuss gemeinsam beschickt wird. Dadurch wird der großen Bedeutung der AKBP zusätzlich Rechnung getragen.

Kulturpolitik hat innerhalb der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen hohen Stellenwert. Das wird besonders dadurch befördert, dass der Fraktionsvorsitzende Peter Struck Kulturpolitik als sehr bedeutsam ansieht. Zahlreiche Gesprächsrunden mit ihm zu kulturrelevanten Fragen beweisen das. Und auch er selbst besitzt eine Affinität zu Kunst und Kultur und unterstützt Künstlerinnen und Künstler – ein Engagement, das nicht zu unterschätzen ist. So war es ihm beispielsweise ein großes persönliches Anliegen, eine Ausstellung des Malers Markus Tollmann im Goethe-Institut in Berlin zu eröffnen.

In jedem Politikbereich bedarf es engagierter und durchsetzungsstarker Vertreter, um den Interessen und Belangen in den verschiedenen Gremien einer Fraktion zur Geltung zu verhelfen. Der für den Bereich Kultur und Medien zuständige Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Fritz Rudolf Körper ist ein wichtiger Streiter für die Kulturpolitik unter anderem im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand. Insbesondere in der Diskussion um die Einfügung eines Staatsziels Kultur im Grundgesetz unterstützt er ebenso wie der Fraktionsvorsitzende Peter Struck und der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Kurt Beck das Anliegen der Kulturpolitiker innerhalb der Fraktion.

Immer wieder stehen auch die SPD-Ministerinnen und -Minister für die Kultur ein. Neben Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der gerade Änderungsvorschläge für das Gemeinnützigkeitsrecht vorgelegt hat, die der ehrenamtlichen, oft kulturell sehr wichtigen Arbeit zugute kommen, liegt auch dem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier die Kultur sehr am Herzen. Er hat die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wieder ganz oben auf die Agenda gesetzt und mit wichtigen Finanzmitteln eine Trendwende erreicht. Mit dieser Hilfe ist es uns gelungen, eine Stärkung des Goethe-Instituts und anderer Mittlerorganisationen, die sich international engagieren, zu erreichen. So bekommt die Kultur nicht nur am Kabinettstisch eine stärkere Stimme, sondern spielt auch innerhalb der Fraktion wiederum eine bedeutendere Rolle.

aPuK_3_4.indd 22 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Neben der strukturellen Vertretung für den Bereich der Kulturpolitik in den einzelnen Fraktionsgremien, ist auch die personelle Besetzung in den Gremien des Deutschen Bundestages ein wichtiger Gradmesser dafür, wie viel Bedeutung eine Fraktion einem Politikbereich zumisst. Für die SPD-Fraktion entspricht die personelle Besetzung im Ausschuss für Kultur und Medien und in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" dem hohen Ansehen der Kulturpolitik innerhalb der Fraktion. Beiden Gremien des Deutschen Bundestages gehören exponierte Politiker an wie zum Beispiel der Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse, der auch das Kulturforum der SPD leitet.

Hier zeigt sich, dass Kultur für die SPD-Fraktion kein exotisches Politikfeld am Rande ist. Stattdessen wird sie als wesentlicher Bereich erfolgreicher Gesellschaftspolitik neben der Sozial- und Arbeitsmarkt-, der Rechts-, der Bildungs- und Forschungs-, der Innen- oder auch der Wirtschaftspolitik wahrgenommen. Aus diesem Grund sind dem Ausschuss für Kultur und Medien und der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" auch personell und finanziell entsprechend ausgestattete Arbeitsgruppen in der SPD-Bundestagsfraktion zugeordnet, die innerhalb der Fraktion die Vernetzung mit anderen Politikbereichen und der Bundesregierung sicherstellen.

Dabei war es die SPD-Bundestagsfraktion, die sich zunächst gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür eingesetzt hat, die Enquete-Kommission in der 15. Wahlperiode und später auch in der 16. Wahlperiode einzuberufen.

Dieses Engagement und die ebenso die tragende Arbeit der hierfür benannten Experten unterstreicht den hohen Stellenwert, den Kulturpolitik innerhalb unserer Fraktion innehat. Kultur- und Medienpolitik findet darüber hinaus auch stets Berücksichtigung in Bilanz- und sonstigen Broschüren und Drucksachen der SPD-Bundestagsfraktion. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Themenabende der gesamten Fraktion oder auch einzelner politischer Strömungen innerhalb der Fraktion zum Themenbereich Kultur unterstreichen die Wahrnehmung der Kulturpolitik als wichtigem Politikfeld innerhalb der Fraktion. Beispiele sind hier Veranstaltungen zur Filmförderung, zur Kultur im Grundsatzprogramm der SPD oder zur Förderung von Gedenkstätten durch den Bund.

Verzahnung mit anderen Politikfeldern

Die Kulturpolitik ist eng mit anderen Politikfeldern verzahnt. Unter Gerhard Schröder wurde eine Kulturverträglichkeitsprüfung eingeführt. In ähnlicher Form findet diese zwingende Berücksichtigung kulturrelevanter Belange auch innerhalb der Fraktion statt. Beispielsweise bei den aktuellen Beratungen zum Urheberrecht, bei der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts oder beim Künstlersozialrecht gibt es gemeinschaftliche Berichterstatterrunden der federführenden Arbeitsgruppen mit den Kulturpolitikern unserer Fraktion. Es ist klar, dass bei Gesetzesinitiativen, die für die Kultur deutliche Auswirkungen haben, die kulturspezifischen Positionen immer zu berücksichtigen sind.

Letztlich bedarf es auch hier engagierter Personen, die diese Positionen einbringen und vertreten. Für die SPD-Fraktion gilt, der Bereich Kultur und Medien ist in allen relevanten Querschnittsarbeitsgruppen und -kreisen durch einen oder auch mehrere Berichterstatter vertreten. Dazu gehören beispielsweise die fraktionsinterne Koordinierungsrunde zur Integration oder die Querschnittsarbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement. Werden aktuelle politische Themen und Fragestellungen innerhalb der Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt, wie beispielsweise bei der Diskussion der Föderalismusreform, ist der Bereich Kultur und Medien stets durch Berichterstatter vertreten. Auf diese Weise vernetzen und verzahnen wir uns mit anderen Politikbereichen und stellen gleichzeitig sicher, dass kultur- und medienspezifische Positionen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess eingebracht werden. Im

aPuK_3_4.indd 23 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Falle der Beratungen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es in beispielhafter Weise gelungen, die einzelnen Politikfelder und eben auch die Kulturpolitik einzubinden und eine fraktionsinterne Begleitung der Verhandlungen auf europäischer Ebene sicherzustellen. Außerdem konnten wir sie mit anderen Bereichen wie zum Beispiel den GATS-Verhandlungen koppeln, was ebenso bei der Diskussion um die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt der Fall war. Der dabei organisierte Diskussionsprozess wird für weitere, in Zukunft zu erwartende und vergleichbar komplexe Beratungsverfahren als Modell genutzt werden können.

Veränderungen

In der Besetzung von kulturpolitisch wichtigen Ämtern haben sich Veränderungen ergeben. Während früher die Leitung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und der Vorsitz des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages der SPD oblag, wird nun das BKM durch Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) und der Ausschussvorsitz durch Hans-Joachim Otto (FDP) geführt. Mit beiden Kollegen bestand auch vor dem Regierungswechsel in kultur- und medienpolitischen Fragen eine enge und zumeist sehr einvernehmliche Zusammenarbeit. Diese wird nun insbesondere im parlamentarischen Raum unter anderen Vorzeichen fortgeführt.

Mit dem BKM arbeiten wir auch innerhalb der Großen Koalition weiterhin besonders eng zusammen und stimmen uns ab. Dazu gibt es nicht nur formalisierte Gesprächsrunden, sondern ebenso enge Kontakte zwischen den Berichterstattern beider Fraktionen. Gerade auch dem Kulturstaatsminister Bernd Neumann ist ein intensiver Informationsaustausch wichtig, eine Arbeitsweise, die er sicherlich durch eigene Erfahrungen als Parlamentarier zu schätzen gelernt hat. Diese offene Informationspolitik vertritt er nicht nur gegenüber den Koalitionsfraktionen, sondern auch gegenüber dem gesamten Ausschuss für Kultur und Medien, was ich sehr begrüße.

Vieles von dem, was unter der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebracht wurde, wird nun in gemeinsamer Regierungsverantwortung von CDU/CSU und SPD fortgeführt. Nicht nur die von Gerhard Schröder eingeführte Struktur wurde beibehalten, auch viele Initiativen und Projekte bauen insbesondere auf der Vorarbeit der vormaligen Kulturstaatsminister Michael Naumann und Julian Nida-Rümelin sowie Kulturstaatsministerin Christina Weiss auf.

Die veränderte Situation der Zuständigkeiten ist eine Tatsache. Innerhalb der Koalition werden Entscheidungen stets nur gemeinsam getroffen oder eben auch nicht. Zahlreiche Themen werden insbesondere auf Drängen und Wunsch der SPD-Bundestagsfraktion in den gemeinsamen Beratungen angesprochen und auf die Agenda des Kulturstaatsministers oder die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt. Unstrittig ist, dass die Bedeutung der kultur- und medienpolitischen Arbeit und Wahrnehmung der Partei als Ganzes in der beschriebenen Konstellation eher zunimmt. Davon betroffen sind gleichermaßen andere Politikfelder. Kurt Beck als Parteivorsitzender hat diese besondere Verantwortung der Partei für die Kultur sehr wohl erkannt und nimmt diese Rolle mit großem Engagement wahr. Kultur genießt innerhalb seiner Arbeit als Parteivorsitzender eine hohe Aufmerksamkeit. Zudem beteiligt sich die SPD-Bundestagsfraktion an den Beratungen zum neuen Grundsatzprogramm der SPD und der Formulierung eines Leitantrages zum Thema Kultur für den Bundesparteitag in Hamburg im Oktober 2007. Ein wichtiger Baustein in dem großen Gesamtgebilde, das den hohen Stellenwert von Kunst und Kultur, von Künstlerinnen und Künstler für die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag deutlich macht.

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2007

aPuK_3_4.indd 24 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Klaus Wowereit

Kultur als besonderer Ort der Freiheit. Vernetzung und öffentliche Verantwortung als Kennzeichen sozialdemokratischer Kulturpolitik

Kultur ist ein Ort der Freiheit in der Gesellschaft. Kultur hat Mehrwert, weil hier Kreativität, Innovation und Selbstbestimmung eine Symbiose eingehen. Kultur denkt vor und bereitet nach. Sie zeigt auf was ist, weckt Visionen und Hoffnungen. Kultur ist sozialer Fortschritt. Immer schon war Kultur aber auch ein ökonomisches Feld. Kultur ist Unterhaltung und Wirtschaftsfaktor.

Gute Kulturpolitik stellt den Rahmen für Kulturausdrücke vielfältiger Art und fördert die kulturelle Vielfalt. Kultur war in der Geschichte der SPD auch immer ein Feld der freien Ertüchtigung und Entfaltung des Einzelnen. Daher ist der Kern sozialdemokratischer Kulturpolitik neben der Sicherstellung eines vielfältigen Angebots die Forderung nach dem hürdenfreien Zugang zu Kultur und Kulturveranstaltungen. „Kultur für alle“ hieß das mal. Es geht um Kultur als Teilhabe, was beides einschließt: Das Angebot und die Fähigkeit es nutzen zu können. Dafür spielt kulturelle Bildung eine entscheidende Rolle.

Vielfältiges Angebot

Um ein vielfältiges Angebot zu sichern, wird auch weiterhin die öffentliche Förderung von Institutionen ein wichtiger Teil von Kulturpolitik sein. Gerechtfertigt ist dies nicht nur durch die Funktion von Kultur, sondern auch durch den sozialdemokratischen Anspruch allen Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Kultur zu eröffnen. Das unterscheidet uns von den Konservativen deren Kulturverständnis stets von Distinktion geprägt ist. Weil wir aber eine vielfältige Kultur für alle wollen, wollen wir Kultur nicht als Abgrenzung verstanden wissen, sondern als Auftrag Kreativität und Vielfalt miteinander zu vereinen.

Kultur muss, um Wirkung entfalten zu können, sichtbar sein. Deshalb ist uns die Verankerung vor Ort wichtig, um eine lebendige Kultur erfahrbar zu machen. Gerade Metropolen, mit ihrem herausragenden Kulturangebot sind hier entscheidend. In den Metropolen werden kulturelle Entwicklungen sichtbar, hier entstehen über Kulturinstitutionen fruchtbare Dialoge und wirkt die Kommunikation darüber wie ein Sprachrohr in andere Regionen sowie über die nationalen Grenzen hinweg. Große Städte sind es auch, die mit ihrem Kulturangebot für die Fläche eine wichtige Leuchtturmfunktion ausüben. Sie haben Strahlkraft weit über ihre Bürgerinnen und Bürger hinaus. Metropolen sind im originärsten Sinne „Kult“, hier vereinen sich Kreativität, Originalität und kulturelle Freiräume.

Vielfältige Verantwortung

Sozialdemokraten bekennen sich zu der öffentlichen Verantwortung für die Kultur und deren Förderung. Kulturförderung ist kein Projekt für Wenige, sondern muss umfassend verstanden werden. Deshalb setzen wir in Berlin auf kulturelle Bildung, und wollen in diesem Bereich Patenschaften von Kulturinstitutionen und Schulen in der ganzen Stadt fördern. Das Beispiel des Tanzprojekts von Sir Simon Rattle „Rythm is it“ zeigt wunderbar, wie durch Verknüpfung unterschiedlicher Ebenen (hier von Hochkultur, kultureller Bildung und Jugendarbeit) enormes für die gesellschaftliche Integration erreicht werden kann. Der Verknüpfung von Kultur und Bildung kommt dabei eine große Bedeutung zu. Gerade benachteiligten jungen Menschen können durch kulturelle Ausdrucksformen neue Sichtweisen aufgezeigt und Mut gemacht werden. Kulturelle Bildung stärkt ihre Selbstbestimmung, ihre gesellschaftliche Verantwortung und gibt sprichwörtlich dem Leben einen neuen „Sinn“. Somit kann kulturelle Bildung einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration leisten.

aPuK_3_4.indd 25 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Neben der Bereitschaft Kultur öffentlich zu organisieren, ist es Kennzeichen sozialdemokratischer Kulturpolitik vernetzt zu denken und Kultur als Querschnittsprojekt anzulegen. Diesen Schritt wollen wir, nicht nur auf dem Gebiet der kulturellen Bildung, weitergehen, sondern zu einem Ansatz unserer Politik machen. Anhand zweier Felder können wir dies deutlich machen:

Kreativwirtschaft

Im Wechselspiel von Kultur und Ökonomie ist gerade in Berlin ein wachsender Bereich der Kreativwirtschaft entstanden. Insbesondere Musik, Werbewirtschaft und Medien aber auch Unterhaltungskunst und bildende Kunst sind hier produktiv und kreativ tätig. Die Kreativwirtschaft hatte schon 2002 einen Umsatzanteil von 11% am Bruttoinlandsprodukt, 8% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten arbeiten in diesem Bereich. In Berlin sind heute schon knapp zehn Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in insgesamt gut 25.000 Unternehmen beschäftigt. Sie tragen einen bedeutenden Teil zur Wirtschaftskraft der Stadt bei und machen sie gleichzeitig durch ihre kreativen Impulse lebenswerter.

Moderne Kulturpolitik muss daher Freiräume schaffen, in denen sich Kreatives entwickeln kann. In Berlin beispielsweise verbinden wir den großen Leerstand auch öffentlicher Gebäude mit dem Angebot für Designer oder Künstler, hier ihre Ateliers anzusiedeln. Dadurch sind in vielen – auch sozial benachteiligten Quartieren – schon viele eindrucksvolle kleine Kulturcluster entstanden.

Die Kreativwirtschaft stellt neue Anforderungen an die Kulturwirtschaftspolitik. Sie muss sicherstellen, dass die oben angesprochenen räumlichen Verflechtungen sich so weiterentwickeln, dass sie auch zur finanziellen Absicherung von Projekten beitragen. Denn es ist klar: Den Bereich der Kreativwirtschaft können wir nicht mit den Kriterien bisheriger Förderpolitik angehen. Denn wie soll beispielsweise eine junge Filmemacherin einen tragfähigen Businessplan über zwei Jahre vorlegen, wenn sie nicht wissen kann, welchen Erfolg ihr Film haben wird? Es ist doch auch so, dass ein Nischenfilm, der nicht die großen Kinosäle füllt, eine wichtige kulturelle Funktion erfüllen kann! Deshalb plädiere ich nachdrücklich dafür, dass wir im Bereich der Darlehensförderung für die Kreativwirtschaft uns eher an den Kriterien des Wagniskapitals orientieren, anstatt uns nur von wasserdichten Erfolgsaussichten leiten zulassen. In Berlin prüfen wir zusammen mit der Investitionsbank Berlin einen solchen Weg.

Interkultureller Dialog

Kulturelle Vielfalt zeichnet sich immer mehr durch den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus aus. Die positive Gestaltung der Globalisierung ist eine kulturpolitische Aufgabe. Unser Anspruch ist der der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs.

Interkulturalität ist der Anspruch, unterschiedliche Kulturtraditionen nicht einfach neben einander stehen zu lassen, sondern in einem dynamischen Prozess Neues zu entwickeln. Dies wird den kulturellen Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht und entfaltet Integrationskraft nach innen.

Wirklich globale Metropolen wirken durch die in ihnen stattfindende weithin sichtbare Kultur an einem interkulturellen Dialog mit. Sie sind Orte an denen der interkulturelle Dialog direkt stattfindet, sowohl auf hohem kulturellen Niveau in den großen Institutionen als auch in den Stadtteilen oder Kiezen.

aPuK_3_4.indd 26 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Kulturelle Vielfalt als Maßstab

Die Beispiele zeigen, sozialdemokratische Kulturpolitik wirkt als Querschnitt in vielfältigen Bereichen. Ich plädiere daher nachdrücklich für verlässliche Strukturen, kreative Lösungen und die politische Unterstützung von kulturellen Netzwerken. Sozialdemokratische Politik definiert Kultur als besonderen Ort der Freiheit in der Gesellschaft. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, gilt es, ein vielfältiges Angebot zu sichern und den Zugang für alle zu ermöglichen.

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2007

aPuK_3_4.indd 27 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Uwe-Karsten Heye

Der neue „vorwärts“. Das Blatt für die linke Mitte

Die Aufforderung, einen Beitrag für *politik und kultur* über den neuen „vorwärts“ zu schreiben, hat mich gefreut. Ist das doch ein Beleg dafür, dass wahrgenommen wird, wofür wir uns anstrengen: Der „vorwärts“ macht sich auf, neue Leser zu gewinnen. Für ein parteiliches Blatt, das zehnmal im Jahr erscheint, ist das keine leichte Aufgabe. Ich habe mich entschieden, die Chefredaktion für den „vorwärts“ zu übernehmen, weil die Parteiführung der SPD sich für einen neuen Weg entschieden hat: Das Blatt soll sich zu einer Plattform für die linke Mitte unserer Gesellschaft entwickeln. Dieses Konzept schien mir eine Antwort zu sein auf den Prozess der schrumpfendem Mitgliedschaft und zunehmenden Alterung in der deutschen Sozialdemokratie. Natürlich muss Rücksicht genommen werden auf die Mitglieder der Partei; sie allein bescheren dem Blatt eine Auflage von mehr als einer halben Million. Aber ebenso klar war, dass der „vorwärts“ nur dann eine Chance hat, von einem breiteren Publikum wahrgenommen zu werden, wenn die Redaktion weit weg von schulterklopfender Betulichkeit und kritiklosem Parteigehorsam arbeiten kann.

Diese Gratwanderung ist es, die zugleich neugierig zu machen scheint. Denn seit wir mit neuem Layout und einem offenen redaktionellem Konzept auf dem Markt sind, ist die Zahl unserer Leser erheblich gestiegen. Als wir im Frühjahr 2006 loslegten, wurde jede Einzelausgabe noch von durchschnittlich 0,9 Lesern durchgeblättert, heute wird das Blatt weitergegeben, und wir haben mittlerweile eine Reichweite von 1,25 Lesern pro Ausgabe. Also doch schon eine Erfolgsgeschichte. Dabei bin ich sehr sicher, dass die Leserinnen und Leser es honorieren, wenn wir den Horizont des Blattes weiten und uns um einen Kulturteil bemühen, der mittlerweile seine Qualität über die Autoren gewinnt. Die Edelfedern der Nation zeigen kaum noch Berührungsängste, auch im „vorwärts“ zu veröffentlichen. Das gilt auch für den weiteren Kreis der journalistischen freien Mitarbeiter, die merken, dass sie für den „vorwärts“ schreiben können, ohne zwingend Mitglied der SPD sein zu müssen. Meinungsvielfalt scheint also in beide Richtungen aufzugehen.

Wer den „vorwärts“ jetzt in die Hand nimmt, wird bemerken, dass immer mehr junge wie ältere Autoren im Blatt veröffentlichen, die sich einen Namen im deutschen Literaturbetrieb gemacht haben. Als der „vorwärts“ – zunächst als Tageszeitung, später wöchentlich erscheinend – eine reine Verkaufszeitung war, war zugleich die Distanz der kulturellen und intellektuellen Kaste zur SPD geringer. In dieser Hinsicht ging es der SPD besser als den konservativen Parteien. Manche Nähe hatte ausschließlich mit der Person Willy Brandt zu tun, der ein selbstverständliches und jederzeit unverkrampftes Verhältnis zu Autoren und Intellektuellen hatte. Viel später war es Gerhard Schröder, der das Kanzleramt in Berlin zu einem Forum für Kulturdebatten und zu einer Galerie für Wechselausstellungen der zeitgenössischen Malerei machte, und ich bin sicher, dass es dem derzeitigen Vorsitzenden Kurt Beck ganz ernst damit ist, alles zu tun, um diese Haltung weiter zu tragen. Sie ist ja zugleich Ausdruck für die Neugier auf künstlerische Kommentare; der SPD kann es nur gut tun, auch die kulturelle Wirklichkeit in das eigene Denken einzubeziehen.

Auf dem diesjährigen Parteitag der SPD, der die breite Programmdebatte abschließen soll, wird der Parteivorstand Leitanträge vorlegen, die den Kernbestand sozialdemokratischer Politik umfassen, die immer auch um Arbeit und Gerechtigkeit, also den sozialen Frieden, wie um den äußeren Frieden und damit um Europa kreisen. Dazu kommt auf Anregung von Kurt Beck ein Leitantrag zur Kultur, deren freiheitlicher Bestand und deren Vielfalt zum Fundament sozialdemokratischer Geschichte und Überzeugung gehören. In dieser Tradition lebt auch der „vorwärts“, der seit 130 Jahren deutsche Geschichte begleitet. Daher findet der Leser im Blatt neuerdings auch ein schmales Magazin, die „Zeitblende“, das

aPuK_3_4.indd 28 16.03.2009 12:17:34 Uhr

den Kulturteil auf den Innenseiten ergänzt und in dem auch Beispiele zu sehen sind, die den „vorwärts“ durch die Zeiten als einen Vorkämpfer für die Freiheit von Kunst und Kultur zeigen. Wer in den alten Folianten mit archivierten „vorwärts“-Jahrgängen und in neueren Ausgaben blättert, den weht die Geschichte der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis heute an. Dabei wird deutlich, dass die Sozialdemokratie ihre großen Tage und ihre größte Ausstrahlung immer dann hatte, wenn sich die Allianz mit den Intellektuellen und den Kulturschaffenden als stabil erwies. Daher knüpft auch der neue „vorwärts“ in seiner undoktrinären und offenen Form an die Zeit an, in der Kurt Tucholsky und Erich Kästner wie viele andere als Autoren für den „vorwärts“ schrieben. Sie sahen in Leitartikeln und Glossen voraus, wohin die Reise gehen würde. Das blutige 20. Jahrhundert hat mit dem „vorwärts“ einen Zeitzeugen, der davon berichtet, wie das kulturelle Deutschland durch die letzten 130 Jahre, auch durch den großartigen Beitrag der deutschen Juden, trotz aller Rückschläge immer wieder zu neuer Blüte fand.

Dieses Fundament ist für die heutige Redaktion Grundlage ihrer Arbeit. Der „vorwärts“ lebte zu jeder Zeit auch damit, von der jeweiligen Parteiführung kritisch bis ungnädig beäugt zu werden. Je größer der Anteil derer, die als freie und keinem Parteibeschluss verpflichtete Intellektuelle Beiträge und Kommentare für den „vorwärts“ schrieben (und das bis heute zumeist für sehr kleine Honorare, denn finanziell klamm zu sein, gehört auch zur Tradition), umso öfter kam es zum Disput. Das ist Geschichte, und die kann durchaus aktuell werden, wenn das Blatt seine Brückenfunktion in die Kulturlandschaft Deutschlands weiter ausbaut. Und genau das brauchen wir heute, diese stabile Brücke, die keine Einbahnstraße sein kann. Die deutschen Sozialdemokraten brauchen den Dialog. Als linke Volkspartei – und das zieht sich auch durch den aktuellen Programmentwurf – ist sie es, die den Vortrieb zu leisten hat, damit Bildung und Ausbildung, damit wirkliche Chancengleichheit das Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft wird. Nur so wird das Fundament einer Kulturgesellschaft gegossen. Dazu kann der „vorwärts“ einen Beitrag leisten. Ebenso kann er verhindern helfen, dass Politik und Kultur erneut zu einem Gegensatzpaar werden. Wann immer das ausgeprägt der Fall war, ist es zum Nachteil für das Land und seine Menschen ausgegangen.

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2007

aPuK_3_4.indd 29 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Olaf Zimmermann

SPD – der Abbruch des kulturpolitischen Aufbruchs. Ein Kommentar

Willy Brandt und Gerhard Schröder, so unterschiedlich diese beiden Politiker in ihrer Amtszeit auch waren, beide haben in ihrer Zeit der Kulturpolitik der SPD Schwung gegeben. Brandt zog in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts Künstler – und nicht nur sie – magisch an. Einige der damaligen „Jünger" missionieren, wie Günter Grass und Klaus Staeck, heute noch so für die SPD, als hätte sich die SPD und die Gesellschaft um sie herum nicht grundlegend gewandelt. Richtige Schröder-Jünger unter den Künstlern dagegen gibt es nicht wirklich. Der Politikstil von Schröder war, wie das Denken der meisten jungen Künstler heute auch, viel zu pragmatisch, um übergroße Gefühle und eine jahrlange Bindung an die Sozialdemokratie entstehen zu lassen. Gleichwohl war gerade die Ära Schröder kulturpolitisch nachhaltig erfolgreich, da sie überfällige Strukturänderungen in der Kulturpolitik auf der Bundesebene durchsetzte. In der letzten Legislaturperiode unter Helmut Kohl (1994–1998) wurde das letzte Pflänzchen parlamentarischer Beschäftigung mit Kulturpolitik auf der Bundesebene, der Unterausschuss Kultur des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, ersatzlos gestrichen. Die sichtbare Kulturpolitik unter Helmut Kohl erschöpfte sich in der Endphase seiner Regierungszeit in einer eher privaten Beschäftigung des Bundeskanzlers mit kulturellen Fragen, dem Aufbau der Bundeskunsthalle und dem Haus der Geschichte in Bonn.

Unter Bundeskanzler Schröder änderte sich ab 1998 der Politikstil in der Kulturpolitik grundlegend. Bundeskulturpolitik wurde, trotz der „Kulturhoheit" der Länder, deutlich sichtbar. Schröder berief nicht nur den ersten Kulturstaatsminister im Range eines Staatssekretärs ins Bundeskanzleramt, sondern beförderte auch die Einrichtung eines vollwertigen Bundestagsausschuss für Kultur und Medien maßgeblich mit. Mit der Berufung des charismatischen Michael Naumann in das Amt als Kulturstaatsministers begann in der Bundesrepublik ein neues kulturpolitisches Zeitalter. Doch Michael Naumann konnte, wie auch seine Nachfolger Julian Nida-Rümelin und die parteilose Christina Weiss, nie wirklich Fuß in der SPD-Bundestagsfraktion fassen. Zu verschieden waren die Welten der traditionellen SPD und der kulturpolitischen „Schöngeister".

Michael Naumann gab dem neuen Amt Statur und ein intellektuelles Profil. Er gab überraschend nach zwei Jahren auf und wechselte als Herausgeber zur „Zeit". Julian Nida-Rümelin wurde von Kanzler Schröder manchmal nur mangelhaft unterstützt und trat nach zwei Jahren in der zweiten rot-grünen Legislaturperiode nicht mehr an und Christina Weiss fand in den drei Jahren ihrer Amtszeit bis zur vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 2005 in der SPD-Bundestagsfraktion als Parteilose praktisch keinen Zugang.

Julian Nida-Rümelin, der Philosophieprofessor, ist und war der SPD von den drei Kulturstaatsministern eindeutig am nächsten und vielleicht auch deshalb politisch nachhaltig am erfolgreichsten. Er hat die Kulturstiftung des Bundes ebenso auf den Weg gebracht, wie bedeutende Reformen im Stiftungsrecht und im Künstlersteuerrecht angeschoben.

Nach der vorgezogenen Bundestagswahl und dem knappen Verlust der Mehrheit im Herbst 2005 verzichtete die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der Union darauf, das Amt des Kulturstaatsministers weiterhin, z.B. außerhalb des jetzt von Angela Merkel geführten Kanzleramtes oder als eigenständiges Ministerium, zu besetzen. Auch der wichtige Vorsitz des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags, in der Regierungszeit von Schröder erst von der Sozialdemokratin Elke Leonhard, später von der Sozialdemokratin Monika Griefahn geführt, fiel ohne hörbaren Widerstand aus der SPD-Bundestagsfraktion an die FDP. Die in der letzten rot-grünen Legislaturperiode im Deutschen

aPuK_3_4.indd 30 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Bundestag maßgeblich von der SPD initiierte Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wurde von Anfang an bis heute von der Union geführt.

Dass die Sozialdemokratie den kulturpolitischen Aufbruch unter Gerhard Schröder in der Großen Koalition nicht weitergeführt hat, ist vielleicht das deutlichste Zeichen dafür, dass er in der Partei und der Fraktion letztlich nie wirklich angekommen ist. Alle wichtigen Positionen für Kulturpolitik auf der Bundesebene wurden in der laufenden Legislaturperiode dem Koalitionspartner (Kulturstaatsminister, Vorsitz Enquete-Kommission) oder der Opposition (Vorsitz Kulturausschuss) überlassen.

Aber auch die „Deutungshoheit“ über kulturpolitische Grundsatzfragen wurde in dieser Legislaturperiode nicht maßgeblich von der SPD ausgefüllt. So ist zum Beispiel die Debatte um die so genannte Leitkultur hauptsächlich mit dem Namen des Unionspolitiker und Bundestagspräsidenten Norbert Lammert verbunden. Auf dem 58. ordentlichen FDP-Bundesparteitag in Stuttgart Mitte Juni beschäftigten sich die Liberalen mit einem umfangreichen Leitantrag zur Kulturpolitik „Kultur braucht Freiheit“. Die FDP beschloss auf diesem Parteitag, als erste Partei in Deutschland, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern zu wollen. Der kulturpolitische Think-tank der SPD, das Kulturforum der Sozialdemokratie, hatte diesen kulturpolitischen Aufbrüchen der CDU und der FDP bislang nichts Ernsthaftes entgegenzusetzen.

In dieser Legislaturperiode hat bisher der Arbeitsminister Franz Müntefering am erfolgreichsten sozialdemokratische Kulturpolitik mit seiner gelungenen Reform der Künstlersozialversicherung gemacht. Doch die Gemengelage in der großen Koalition lässt offensichtlich nicht zu, diesen Erfolg auch als sozialdemokratischen Erfolg feiern zu dürfen.

Doch jetzt will die SPD durchstarten. Für den Parteitag im Herbst in Hamburg ist ein Leitantrag geplant, der sich mit der Stellung der Kultur in Deutschland befassen soll. Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck unterstrich Ende Mai, dass die Sozialdemokratie es nicht zulassen werde, die Diskussion auf einen „eingrenzenden Kulturbegriff“ zu reduzieren, wie er etwa von der Union angestrebt wird.

Damit dies nicht nur ein Strohfeuer wird, muss die Sozialdemokratie ihren eigenen kulturpolitischen Aufbruch unter dem Kanzler Gerhard Schröder endlich anfangen als Erfolg wahrzunehmen und mit Schwung weiterzuführen.

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2007

aPuK_3_4.indd 31 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Auszug aus dem Hamburger Programm der SPD (2007)

Im Januar 2007 legte der SPD-Parteivorstand den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vor. Es ist das erste Grundsatzprogramm der SPD nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Es wurde im Jahr 2007 in verschiedenen Gremien, bei Tagungen und Kongressen diskutiert. Dieser Dialog sollte über die Partei hinausgehen und richtete sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Vom 26. bis 28. Oktober 2007 fand der Bundesparteitag der SPD im Hamburg statt. Hier wurde das neue „Hamburger Programm" der SPD abschließend beraten und verabschiedet.

3.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat

Öffentlichkeit und Medien
Demokratie braucht Öffentlichkeit. Freie Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Beteiligung und Machtkontrolle.

Neben Zeitung, Buch, Rundfunk und Fernsehen treten immer mehr neue Medien, wie Internet und Mobilfunk. Mediensparten wachsen zusammen und prägen immer stärker unseren Alltag. Der Umgang damit will gelernt sein. Wir wollen Medienkompetenz zu einem Bildungsschwerpunkt machen.

Wir verteidigen die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Eingriffen und wirtschaftlichen Machtinteressen. Auf die effektive Selbstkontrolle der Medien und journalistisch-ethische Standards wollen wir nicht verzichten. Zur demokratischen Öffentlichkeit gehört für uns unabdingbar der öffentlich-rechtliche Rundfunk, denn er ist ein wichtiges Korrektiv gegenüber der zunehmenden Kommerzialisierung der Medienangebote. Wir wenden uns gegen Manipulation, politische Einseitigkeit, Jugendgefährdung. Wir bekämpfen sexistische, rassistische, gewaltverherrlichende Inhalte.

Die Kultur der demokratischen Gesellschaft
Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir hatten immer einen weiten Kulturbegriff. Er reicht über die Künste hinaus und bezieht Bildung, geschichtliches Erbe und die Formen des Zusammenlebens ein. So brauchen wir eine politische Kultur, die unsere Demokratie stützt. Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesellschaft ihrer Werte- und Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwurzelung und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Wir sind für den Dialog zwischen den Kulturen. Er dient dem inneren und äußeren Frieden, aber auch der Integration. Wenn friedliche Globalisierung gelingen soll, brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die der Ausgrenzung von Minderheiten und ebenso der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirkt. Wir wollen kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer Verengungen und der Politisierung von religiösen und kulturellen Unterschieden, aber auch statt globaler Monokultur. Erst eine lebendige Kultur der Anerkennung ermöglicht eine Gesellschaft, in der wir als Menschen ohne Angst verschieden sein können.

Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln in jüdisch-christlicher Tradition – die auch von griechischer Philosophie, römischem Recht, arabischer Kultur beeinflusst worden ist – und in Humanismus und Aufklärung versichern. Nur eine ebenso wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion als Mittel der Ausgrenzung zu missbrauchen. Für den Dialog der Religionen und das friedliche Zusammenleben in Deutschland ist der Beitrag der hier lebenden Muslime unverzichtbar.

aPuK_3_4.indd 32 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Engagement begrüßen und fördern wir. Doch der Staat hat eine nicht delegierbare Verantwortung. Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. Er sichert die Vielfalt der Kulturlandschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege unseres Erbes und unserer Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland. Kulturförderung ist nicht Subvention, sondern Investition in die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens.

aPuK_3_4.indd 33 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Auszug aus dem Berliner Programm der SPD (1998)

Das Grundsatzprogramm der SPD „Berliner Programm" wurde vom Parteitag am 20.12.1989 in Berlin beschlossen und auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998 geändert.

2. Die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit

Kulturarbeit in der Demokratie
Die Arbeiterbewegung hat sich von Anfang an auch als Kulturbewegung verstanden. In der Tradition des europäischen Humanismus und der Aufklärung trat sie für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks ein und wollte allen die Teilhabe am Reichtum der Kultur ermöglichen. Diesen Zielen bleiben wir verpflichtet.

Unser Begriff von Kultur umfaßt mehr als Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft. Gerade in einer umfassenden Kultur des Zusammenlebens rücken diese Bereiche vom Rand der Gesellschaft in ihr Zentrum.

Wachsende Freizeit vermehrt die Möglichkeiten zu eigener kultureller Tätigkeit. In ihr entfalten sich geistige und emotionale Fähigkeiten, Phantasie und Kreativität, in ihr bilden sich Werte, Bilder und Denkmuster heraus, die auch die Zukunft unserer Demokratie bestimmen. Mit menschenverachtenden, zum Beispiel neonazistischen und faschistischen Strömungen und Gruppierungen werden wir uns mit aller Kraft auseinandersetzen.

Wir orientieren uns in Kulturpolitik und Kulturarbeit an unseren Grundwerten und unseren Tradition. Wir wollen kritisches Bewußtsein fördern, zu aktiver und solidarischer Lebensgestaltung anregen, persönliche und gesellschaftliche Emanzipation voranbringen.

Wir wissen, daß wir das kulturelle Leben der Gesellschaft nur dann prägen können, wenn sozialdemokratische Kulturarbeit bei der eigenen Partei beginnt, bei ihren Umgangsformen, ihrer Arbeitsweise, ihrer Fähigkeit, kulturelle Impulse aufzunehmen und zu verarbeiten.

Wir fördern eine Vielzahl kultureller Ausdrucksformen in Gruppen und Projekten, in Stadtteilen und Wohngebieten. Kunst muß Sache möglichst vieler Menschen werden. Hindernisse beim Zugang zu Kunst und Bildung wollen wir abbauen, soweit sie nicht in den Kulturerzeugnissen selbst liegen.

Ein buntes und vielseitiges Kulturleben, das sich dem industriell normierten Freizeitverbrauch widersetzt, ist für uns allerdings mehr als die Summe unverbundener Aktivitäten. Wir wollen, daß sich unterschiedliche Milieus und Teilkulturen einander aussetzen. Widerspruch und Provokation sind Ausdruck kultureller Vitalität.

Kunst und Kultur brauchen Orte, an denen sie sich öffentlich darstellen können. Die Voraussetzung dafür zu schaffen und Künstlerinnen und Künstler zu fördern, ist Sache der Politik. Kulturpolitik ist eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hände. Der Staat darf nicht Vormund der Kultur, er soll Garant kultureller Vielfalt sein.

aPuK_3_4.indd 34 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Medien in der Verantwortung
Unsere Kulturen, unser gesellschaftliches und politisches Leben werden zunehmend von Medien, vor allem von den elektronischen Medien, bestimmt. Einer neuen Medienindustrie, beherrscht durch nationale und internationale Konzerne, ist damit beträchtliche Macht auch über das kulturelle Leben und über das Fühlen und Denken der Menschen zugewachsen.

Wir Sozialdemokraten stehen für kulturelle und publizistische Vielfalt. Wir wollen die Unabhängigkeit der Medien vom Staat, aber auch von mächtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen sichern und ausbauen. Wir wollen die Mitbestimmung aller, die in den Medien tätig sind, vor allem derer, die an Programm und redaktioneller Arbeit mitwirken.

Zeitung, Zeitschrift und Buch behalten als gründlich und umfassend informierende Angebote auch im Zeitalter der elektronischen Medien ihre besondere Bedeutung. Unsere Kultur ist auf das Lesen angewiesen. Wir werden es fördern.

Dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen obliegt die unerlässliche Grundversogung. Sie besteht in einem umfassenden Angebot an Information, politischer Meinungsbildung, Unterhaltung, Bildung, Beratung und kulturellen Beiträgen. Bestand und Entwicklung des öffentlichrechtlichen Rundfunks müssen daher gewährleistet bleiben. Er muß vor allem gegen parteipolitische Einflußnahme gesichert und wirtschaftlich unabhängig sein. Wir erwarten vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Programmkultur, für die nicht allein die Einschaltquote Maßstab ist und in der kritische und provokative Beiträge nicht einer bequemen Ausgewogenheit geopfert werden. In Journalismus und Unterhaltung stützen wir alle, die die Wirklichkeit kritisch durchleuchten wollen und neue Ideen haben.

Der deutsche und der europäische Film sind zu fördern. Sie können dabei helfen, die kulturelle Identität Europas, seiner Länder und Regionen zu erhalten.

aPuK_3_4.indd 35 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Geschichte der SPD

1848
Bildung erster Arbeitervereine und von Gewerkschaften.

1863
Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ in Leipzig durch Ferdinand Lassale.

1869
Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ in Eisenach durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

1875
Vereinigung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

1878
Verabschiedung der Sozialistengesetze im Reichstag, sozialistische und freigewerkschaftliche Aktivitäten werden verboten, Sozialdemokraten gelten als „vaterlandslose Gesellen“.

1890
Beendigung der Sozialistengesetze, die SPD – der Name gilt fortan – findet großen Zuspruch und ist bis 1912 stärkste Fraktion im Reichstag.

1891
Verabschiedung des Erfurter Programms, theoretische Orientierung an den Schriften von Marx und Engels, im Umfeld der SPD entstehen Arbeiterbildungs- und -kulturvereine.

1919
Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

1919
Friedrich Ebert, SPD, wird Reichspräsident.

1933
SPD stimmt unter der Führung von Otto Wels im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz.

1933 bis 1945
Emigration und Widerstand.

1945
Formierung der SPD in Westdeutschland unter dem Vorsitzenden Kurt Schumacher als Volkspartei.

1946
Zwangsvereinigung der SPD und KPD in Ostdeutschland zur SED.

1959
Verabschiedung des „Godesberger Programms“ und damit Öffnung zur Mittelschicht.

aPuK_3_4.indd 36 16.03.2009 12:17:34 Uhr

1966 bis 1969
Große Koalition im Deutschen Bundestag unter der Führung der CDU, Bundeskanzler Georg Kiesinger.

1969
Gustav Heinemann wird als erster Sozialdemokrat Bundespräsident.

1969 bis 1982
Sozialliberale Koalition unter der Führung der SPD, in dieser Zeit „neue Ostpolitik“ u.a. Abschluss des Grundlagenvertrags mit der DDR, Beschluss Künstlersozialversicherung aufzubauen, Reform der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, 1969 bis 1974 Bundeskanzler Willy Brandt, 1974 bis 1982 Bundeskanzler Helmut Schmidt.

1971
Bundeskanzler Willy Brandt erhält den Friedensnobelpreis.

1989
Gründung der SDP in der DDR.

1989
Verabschiedung des „Berliner Programms“ mit dem Ziel der sozialen und ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft.

1990
Noch vor der deutsch-deutschen Vereinigung Verschmelzung der SDP und der SPD.

1998 bis 2005
Rot-grüne Koalition unter der Führung der SPD, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Einrichtung des Amtes des Kulturstaatsministers, Errichtung der Bundeskulturstiftung, Reform des Stiftungs- und des Stiftungssteuerrechts, Reform des Urheberrechts, Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes.

seit 2005
Große Koalition unter der Führung der CDU/CSU, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

aPuK_3_4.indd 37 16.03.2009 12:17:34 Uhr

aPuK_3_4.indd 38 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Kulturpolitik der FDP

aPuK_3_4.indd 39 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Guido Westerwelle

Kultur braucht Freiheit. Zum Stellenwert der Kulturpolitik in der FDP

Die Kulturpolitik und die Förderung von Kunst und Kultur haben in der FDP einen zentralen Stellenwert. Als Liberale sehen wir es als eine besondere Verpflichtung an, uns für die Freiheit, die die unverzichtbare Grundlage kultureller Vielfalt und künstlerischen Schaffens ist, einzusetzen.

Kunst und Kultur sind die Grundlagen einer Gesellschaft für die Verständigung untereinander und die Quelle von Identität und Kreativität. Kunst und Kultur spiegeln den Zustand einer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst und Kultur wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere Wirtschaft nicht innovativ. Kunst und Kultur entscheiden wesentlich über den Fortschritt der Gesellschaft. Unser Grundgesetz schützt in Artikel 5 Absatz 3 die Freiheit der Kunst. Damit ist mehr als die Abwesenheit von Zensur gemeint. Es ist ein Schutzauftrag des Staates für die kulturelle Vielfalt in unserem Lande.

Die Wertschätzung von Kunst und Kultur und deren Förderung zeigt sich in zahlreichen Aktivitäten der Liberalen. Auf dem jüngsten Bundesparteitag der FDP im Juni 2007 in Stuttgart war dem Thema Kultur einer der beiden Leitanträge gewidmet. In einer ausführlichen und zum Teil auch kontroversen aber immer konstruktiven, über dreistündigen Debatte haben wir das Kulturprogramm „Kultur braucht Freiheit“ mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Allein die Tatsache, dass sich eine Partei erstmalig derart intensiv mit dem Thema Kultur auseinandergesetzt hat, zeigt die Bedeutung, die wir der Kultur und der Kulturpolitik zumessen.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber dieser Zeitung, hat in seiner Rede auf dem Parteitag der FDP unter anderem gesagt: „Der Titel des Leitantrags „Kultur braucht Freiheit“ ist mehr als ein Slogan, er ist Ausdruck eines grundsätzlichen Verständnisses von Kunstfreiheit, von freier Meinungsäußerung und zugleich der Verantwortung für die Menschen, die im Kulturbereich tätig sind.“ Damit hat Olaf Zimmermann den Kern und die Motivation unseres Engagements für die Kultur auf den Punkt gebracht. Elementarer Bestandteil des Leitantrages „Kultur braucht Freiheit“ ist die Forderung nach der grundgesetzlichen Verankerung des Staatsziels Kultur, die mir persönlich sehr wichtig ist. Auf dem Bundesparteitag fand diese Forderung eine breite Mehrheit. Damit haben wir uns in allen Organen der FDP für die Ergänzung des Grundgesetzes um einen Artikel 20b mit dem Wortlaut „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ ausgesprochen: Die Forderung nach dem Staatsziel Kultur ist Bestandteil unseres Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2005, sie wurde vom Bundesparteitag der FDP beschlossen und von der Bundestagsfraktion der FDP im Januar 2006 in Form eines Gesetzentwurfes in den Deutschen Bundestag eingebracht. Ich hoffe sehr darauf, dass auch die anderen im Bundestag vertretenen Parteien dem Staatsziel Kultur zum Durchbruch verhelfen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil unseres Engagements für die Kultur ist die Kulturkampagne, die die Bundesgeschäftsstelle im vergangenen Jahr gestartet hat. Für die FDP sind nicht nur die populären Themen wie Gesundheitspolitik oder Steuerpolitik „kampagnenfähig“, sondern ebenso ein zentrales gesellschaftliches Thema wie die Förderung von Kunst und Kultur.

Unter den Schlagworten „Kultur ist Leben“ und „Kultur – die Energie für unsere Zukunft“ ist es unser Ziel, im Rahmen einer breit angelegten Kampagne die grundlegende Bedeutung der Kultur für unser Leben zu betonen. Die Kulturkampagne ist nicht allein darauf ausgerichtet, Kunstliebhaber, Akteure der Hochkultur und ein Publikum mit einem elitären Kunstverständnis zu erreichen, sondern zielt ebenso sehr darauf ab, der Alltags- und Massenkultur zu mehr Aufmerksamkeit und zu einer bewussten

aPuK_3_4.indd 40 16.03.2009 12:17:34 Uhr

Wahrnehmung ihrer Bedeutung zu verhelfen. Kultur ist eben kein Nischenthema und nicht das Sahnehäubchen, auf das man notfalls auch verzichten kann, sondern ein zentrales Thema von immenser gesellschaftlicher Bedeutung.

Wir wollen keinen engen Kulturbegriff, sondern stehen für einen Kulturbegriff der Vielfalt und eine Atmosphäre, in der Kultur und Kreativität gedeihen und neue Ideen wachsen können.

Die Kulturkampagne ist unsere Einladung an die Menschen, mit uns über und mit Kultur zu sprechen und zu diskutieren. Aber auch dazu, gemeinsam Kultur zu erleben. Zugleich werben wir mit der Kampagne für das liberale Kulturverständnis und die Freiheit der Kultur. Eine wichtige Plattform für die Kulturkampagne ist die Internetseite www.kultur.fdp.de, die einen direkten Zugang zu den vielfältigen Aktivitäten der FDP ermöglicht.

Eine weiterer wichtiger Baustein im vielfältigen Engagement der Liberalen sind die Kulturfrühstücke, die die FDP-Bundestagsfraktion regelmäßig in allen Regionen der Bundesrepublik ausrichtet. In mittlerweile 30 Kulturfrühstücken konnten wir immer wieder erleben, wie groß das Interesse an Kulturpolitik ist. Highlights in der Reihe der Kulturfrühstücke waren das Kölner Kulturfrühstück im März 2005 mit fast 1000 Gästen, aber auch die Kulturfrühstücke in Schmidts Tivoli in Hamburg mit Sky du Mont und Harald Falckenberg oder im Berliner Tipi-Zelt mit Armin Petras, Bernd Scherer, Michael Schultz, Andreas Rochholl und Georgia Tornow. Auch beim bisher jüngsten Kulturfrühstück kamen circa 400 Menschen, um die Diskussion mit Carsten Ahrens von der Weserburg, Hans-Joachim Frey vom Bremer Theater, Albert Schmitt von der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen und Carsten Werner vom Kunst- und Künstlerhaus Schwankhalle mitzuerleben.

Aber auch in Heidelberg, Leipzig, Bonn, Warnemünde, Darmstadt, Kiel, Dessau, Mainz, Kassel, Halle, Freiburg, Weimar, Schwerin, Hannover und Görlitz diskutierten wir mit selten weniger als 300 Gästen unter dem bewusst weitgefassten Titel „Kultur in Deutschland“ über grundlegende Fragen der Kultur und der Kulturpolitik. Dabei ging und geht es uns weniger um kulturpolitische Detailfragen, als vielmehr um Fragen der Bedeutung von Kunst und Kultur für den einzelnen Menschen und die Gesellschaft – und natürlich auch um die Verantwortung von Politik und Gesellschaft, Kunst und Kultur zu fördern und ihnen den nötigen Freiraum und die Rahmenbedingungen für eine freie Entfaltung zu geben.

Für uns sind die Kulturfrühstücke ein wichtiges Instrument, um Anregungen für unsere politische Arbeit zu bekommen, unsere Ideen und Vorstellungen zu präsentieren und zu diskutieren und in unmittelbaren Kontakt sowohl mit den Kulturschaffenden und Akteuren der Kultur als auch mit dem Kulturpublikum zu treten.

Als Ergänzung der genannten Aktivitäten haben Hans-Joachim Otto und ich Ende des vergangenen Jahres das Liberale Kulturforum ins Leben gerufen. Das Liberale Kulturforum ist ein Podium für die Diskussion grundlegender kultureller und kulturpolitischer Fragen und soll zugleich den Austausch zwischen Akteuren der Kultur, der Kulturpolitik und der Wirtschaft intensivieren.

Und nicht zuletzt war es eine ganz bewusste Entscheidung der FDP-Fraktion im Bundestag, neben dem Vorsitz im Haushaltsauschuss auch den Vorsitz im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zu stellen. Die Wahl des Kulturausschusses wurde auch dadurch zum Erfolg, dass wir mit dem Ausschussvorsitzenden Hans-Joachim Otto einen überaus kenntnisreichen, erfahrenen und renommierten Kulturpolitiker in unseren Reihen haben.

aPuK_3_4.indd 41 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Die öffentlichen Kulturausgaben gehen seit einigen Jahren zurück und können von privaten Förderern nicht im gleichen Umfang aufgebracht werden. Es gibt eine fatale Entwicklung, dass vielerorts in den Schulen überhaupt kein Kunst- und Musik-Unterricht mehr stattfindet. Nach Angaben des Verbandes deutscher Schulmusiker finden selbst in den Gymnasien nur zwei Drittel der in den Lehrplänen vorgesehenen Musikstunden tatsächlich und fachlich korrekt statt. Bei den Real- und Hauptschulen sind es rund vierzig Prozent, an den Grundschulen nicht einmal ein Fünftel.

Dies sind Entwicklungen, gegen die wir uns mit aller Kraft wenden müssen und die wir uns schlichtweg nicht leisten können. Kulturausgaben sind keine Subventionen, sondern Investitionen in die Zukunft unserer Kinder, unseres Landes.

Zuerst erschienen in politik und kultur September – Oktober 2007

aPuK_3_4.indd 42 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Hans-Joachim Otto

Kultur braucht einen größeren Rahmen. Kultur von allen. Leitbild liberaler Kulturpolitik

In kaum einem anderen Lebensbereich sind liberale Wertvorstellungen und Gesellschaftsbilder so verbreitet und essentiell wie in der Kultur. Kultur ist ohne Freiheit nicht denkbar. Kultur lebt von der Vielfalt und dem Spannungsverhältnis zwischen Vertrautem und Neuem, zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Kultur ist weder bestimmten Schichten noch Ideologien zuzuordnen, ist nicht rechts oder links, sondern markiert die Mitte der Gesellschaft ebenso wie ihre Ränder und Nischen. Kultur ist höchst individuell, unmittelbar, persönlich und zugleich das Verbindende und die Basis für die Verständigung untereinander.

Kulturschaffende und Liberale verfolgen insoweit gleiche Ziele als beide auf Vielfalt setzen und die Freiheit des Menschen in der Gesellschaft als höchstes Gut ansehen – aber nicht als Freibrief zur Passivität, sondern als Freiheit zum aktiven verantwortlichen Handeln und zum Streben nach persönlicher Leistung und Entfaltung.

Diese besondere Nähe und Wesensverwandtschaft zwischen Kultur und Liberalismus haben wir zum Anlass genommen, Ende des Jahres 2006 das Liberale Kulturforum ins Leben zu rufen. Das Liberale Kulturforum soll ein Podium für die Diskussion grundlegender kultureller und kulturpolitischer Fragen sein: von den Fragen der Vermittlung des kulturellen Erbes an zukünftige Generationen über die Analyse von Phänomenen der Alltagskultur bis hin zur Diskussion kulturpolitischer Leitbilder und der Förderung von Kunst und Kultur.

Dem Liberalen Kulturforum gehören Persönlichkeiten des kulturellen Lebens aus allen gesellschaftlichen Bereichen und den verschiedenen Sparten der Kultur an – vom Theater über die Bildende Kunst bis hin zur Musik, aber auch beispielsweise Architektur oder Design. Hinzu kommen Kulturpolitiker und Vertreter der Wirtschaft, denen die Förderung von Kunst und Kultur ein wichtiges Anliegen ist. Darüber hinaus sind alle, die in der Gewährleistung der kulturellen Vielfalt ein zentrales Element einer liberalen Gesellschafts- und Kulturpolitik sehen, aufgerufen, sich dem Liberalen Kulturforum anzuschließen.

In kleinen, vertraulichen Runden ebenso wie in öffentlichen Veranstaltungen werden die Fragen diskutiert. Ziel des Liberalen Kulturforums ist es dabei, Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wirtschaft zusammenzuführen. Gemeinsam sollen Lösungen erarbeitet werden, die sich alleine nicht realisieren lassen. Die Mitarbeit im Liberalen Kulturforum gibt den Akteuren der Kultur nähere Einblicke in politische Prozesse und ermöglicht einen direkten Zugang zu politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern. Zudem besteht die Möglichkeit, programmatische Impulse zu geben. Die Vertreter von Politik und Wirtschaft gewinnen im gleichen Zuge einen ungefilterten Blick auf die Rahmenbedingungen der Kultur. Die Erkenntnisse aus dem persönlichen Austausch über die Bedürfnisse von Künstlern und Kulturinstitutionen fließen unmittelbar in die kulturpolitische Gestaltung ein. Das Liberale Kulturforum ist auch ein Netzwerk regional verankerter Kulturschaffender und Förderer von Kunst und Kultur. In den Leitantrag „Kultur braucht Freiheit“, der im Juni 2007 vom Bundesparteitag der FDP mit großer Mehrheit beschlossen wurde, sind bereits wichtige Anregungen aus dem Kreise des Liberalen Kulturforums eingeflossen. In der nächsten Zeit werden wir uns mit einigen grundlegenden Themen der Kulturpolitik beschäftigen, die bisher noch zu wenig im Fokus der Verantwortlichen sind, in Zukunft aber eine immer größere Rolle spielen werden.

aPuK_3_4.indd 43 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Zu diesem Thema gehört der Themenkomplex der Integration. Wir stehen in Deutschland in diesem Diskussionsprozess erst ganz am Anfang. Die Notwendigkeit, bei der Herausforderung der Integration zahlreicher Bürger in Deutschland auch auf die Kultur zu setzen, wird unweigerlich dazu führen, dass wir uns auch mit unserer eigenen Kultur genauer auseinandersetzen müssen. Voraussetzung für die Begegnung mit anderen Kulturen – auch im eigenen Lande – ist immer das Bewusstsein für die eigene Kultur. Je größer das eigene kulturelle Selbst-Bewusstsein ist, desto gelassener können wir der Auseinandersetzung mit und der Integration anderer Kulturen entgegen sehen. Alle Kulturen der Welt haben immer davon gelebt, dass es Einflüsse anderer Kulturen von außen gab. Ich glaube nicht, dass wir eine Leitkultur brauchen, festlegen oder einfordern sollten. Wir müssen uns aber auf gemeinsame kulturelle Grundlagen und Mindeststandards verständigen, die für alle, die in Deutschland leben – gleich welcher kultureller Ausprägung – Geltung haben. Dazu zähle ich zuallererst die Werteordnung unseres Grundgesetzes. Vorauseilende Einschränkungen unserer Freiheit, wie etwa die Absetzung der Idomeneo-Inszenierung an der Deutschen Oper Berlin, können wir nicht zulassen.

Ein weiteres Thema, dem sich nicht nur das Liberale Kulturforum widmen wird und widmen muss, ist die Frage, wie es uns gelingt, unsere kulturellen Werte und Vorstellungen an unsere Kinder weiterzugeben. In der Kulturpolitik wird viel zu viel über die Finanzierung und Erhaltung der Theater und sonstigen Kultureinrichtungen gesprochen und viel zu wenig über die Frage, wer diese in 10, 20 oder 30 Jahren überhaupt noch nutzen soll. Wenn wir uns nicht in viel intensiverer Weise um die kulturelle Bildung, um die Vermittlung kultureller Kenntnisse kümmern und dieses auch von den öffentlich geförderten Kultureinrichtungen einfordern, können wir in 30 Jahren die Hälfte unserer Opernhäuser schließen, weil niemand mehr da ist, der über die Voraussetzungen verfügt, die Kunstform Oper verstehen zu können. Im Gegenzug muss sich die Kulturpolitik auch stärker mit den kulturellen Ausdrucksweisen und Vorlieben der Kinder und Jugendlichen auseinandersetzen. Wir verlieren sie, wenn wir von Ihnen erwarten, dass Oper für sie das gleiche bedeuten soll, was sie für uns bedeutet. Aber wir müssen ihnen zumindest die Chance geben, auch dies für sich zu entdecken.

Bei all diesen kultur- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen geht es uns vor allem darum, deutlich zu machen und zu vermitteln, dass es die Aufgabe jedes Einzelnen ist, zum Erhalt und zur Weiterentwicklung unserer Kultur beizutragen. Der Staat kann und muss einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, das kulturelle Erbe zu bewahren und die Voraussetzungen für künstlerische Innovationen zu schaffen. Aber es wird nicht gelingen, wenn die Freiheit, die die Grundlage unserer Kultur und unseres kulturellen Lebens ist, nicht auch als Verantwortung jedes Einzelnen verstanden und gelebt wird. Insofern lautet das Leitbild der liberalen Bürgergesellschaft „Kultur von allen“. Dies gilt für das Fördern und Ermöglichen von Kunst und Kultur ebenso wie für die aktive Teilhabe an der Kultur. Anstelle des von einem staatlichen Versorgungsgedanken geprägten Schlagwortes „Kultur für alle“ setzen wir mit dem Leitbild „Kultur von allen“ auf das Engagement der Zivilgesellschaft und die Freiheit jedes Einzelnen, seine persönlichen kulturellen Vorstellungen zu verwirklichen.

In unserem Kulturprogramm „Kultur braucht Freiheit“ haben wir ausführlich dargelegt, was wir uns unter liberaler Kulturpolitik vorstellen und zahlreiche konkrete Maßnahmen aufgezeigt. Wir stehen in der Kulturpolitik, nicht anders als in den meisten Politikfeldern, vor großen Herausforderungen. Wir werden sie, davon bin ich überzeugt, gemeinsam meistern und unsere große kulturelle Vielfalt und den kulturellen Reichtum für die Zukunft erhalten können. Wir Liberale werden mit unseren Ideen und Konzepten nach Kräften dazu beitragen. Es ist sicherlich auch ein liberaler Gedanke, im Bereich der Kulturpolitik auf einen gesunden Wettbewerb der besten Ideen und Konzepte zwischen den politischen Kräften zu hoffen und diesen zu fördern – zum Wohle der Kultur in Deutschland.

Zuerst erschienen in politik und kultur September – Oktober 2007

aPuK_3_4.indd 44 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Christoph Waitz

Prinzipien und Schwerpunkte. Kulturpolitik in der FDP-Bundestagsfraktion

Die Freiheit der Kunst, Rationalität statt ideologischer Motivation, Wertschätzung der künstlerischen Leistung sowie Transparenz und klare Kriterien bei der Kulturförderung sind wichtige Leitlinien bei der kulturpolitischen Arbeit der FDP-Bundestagsfraktion. Wir sehen es als unsere zentrale Aufgabe an, für die Kunst und die Kultur und deren freie Entfaltung optimale Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die kulturelle Vielfalt zu erhalten und zu fördern, ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Beim Erhalt der kulturellen Vielfalt geht es uns nicht um die kulturelle Vielfalt als Selbstzweck oder ideologisch motiviertes Ziel. Bei der Ratifizierung der UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt durch den Bundestag im Frühjahr dieses Jahres hätten wir uns mehr rationale Herangehensweise und etwas weniger Gutmenschentum gewünscht. Die Fraktionen im Deutschen Bundestag eint die Intention dieser UNESCO-Konvention. Mir konnte aber bis heute niemand verlässlich sagen, welche Auswirkungen – sowohl positiver als auch negativer Art – die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt haben wird. Wir glauben, dass die Konvention ein wirksames Gegeninstrument zu den Bestrebungen der WTO sein kann, kulturelle Waren und Dienstleistungen dem freien Spiel des Marktes auszusetzen. Wir müssen mit der Konvention dem Doppelcharakter der Kultur und der Medien Rechnung tragen. Ich habe aber die Befürchtung, dass die wünschenswerte kulturelle Vielfalt infolge der Ratifizierung dieser Konvention zu einer Art „Antidiskriminierungsgesetz“ werden könnte, das dazu führt, dass vor lauter Gleichberechtigung und Solidarität die Freiheit der individuellen künstlerischen Ausdrucksformen behindert wird und statt der Vielfalt vor allem das Mittelmaß gefördert wird. Stattdessen möchten wir Liberalen eine echte kulturelle Vielfalt dadurch erreichen, dass wir gute Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich eine Vielzahl von Ideen frei entwickeln kann. Wir wollen Vielfalt aufgrund von Entwicklungschancen und nicht eine gesetzlich verordnete oder in Quoten und Beiräten festgelegte Vielfalt.

Im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ist die FDP mit zwei ordentlichen Mitgliedern und zwei Stellvertretern vertreten: Hans-Joachim Otto, der zugleich dessen Vorsitzender ist, und ich. Gemeinsam bilden wir die Arbeitsgruppe „Kultur und Medien“ im Arbeitskreis „Innovation, Gesellschaftspolitik, Kultur“ der FDP-Bundestagfraktion. Diese Zuordnung zeigt bereits die enge Anbindung an die Zukunftsthemen unseres Landes, wie z.B. Familien- oder Bildungspolitik. Ein prägnantes Beispiel für den engen Zusammenhang zwischen Kultur- und Medienpolitik einerseits und Familien- und Jugendpolitik andererseits ist das Thema Computerspiele. Mal abgesehen davon, dass Computerspiele wie viele andere Phänomene der Jugendkultur von der Kulturpolitik vollkommen unterschätzt und sträflich vernachlässigt werden, zeigt sich an ihnen die sozial- und gesellschaftspolitische Dimension eines kultur- und medienpolitischen Themas.

Vor allem Konservative und Sozialdemokraten überbieten sich regelrecht mit Verbotsforderungen für gewalthaltige Computerspiele. Das Verbot von Computerspielen ist eines der sinnlosen Dauerbrennerthemen einer Politik, die an einem Symptom herumdoktert anstatt sich mit dem eigentlichen, tiefer liegenden Problem auseinandersetzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die bestehenden, international als vorbildlich anerkannten Jugendschutzbestimmungen vollkommen ausreichend sind, um einen angemessenen Schutz zu bieten. Was wir stattdessen tun müssen ist, gegen eine zumindest in Teilen unserer Gesellschaft herrschende soziale Verwahrlosung anzugehen. Problemen mit gewalthaltigen Computerspielen müssen wir vor allem mit einer Stärkung der Medienkompetenz und einer größeren Aufmerksamkeit und Verantwortung gegenüber den Kindern und Jugendlichen begegnen und nicht mit immer neuen Verboten, die das Gefühl, etwas getan zu haben, befriedigen, aber ansonsten zu nichts nützen. Auch eine kulturelle bzw. kulturpolitische Aufwertung von Computerspielen oder anderer

aPuK_3_4.indd 45 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Jugendkulturphänomene kann dazu beitragen, die unsinnige Diskriminierung von Computerspielen und Ihrer Nutzer zu beenden.

Ein Thema, welches mir persönlich sehr am Herzen liegt und welches zudem eines der prägenden Themen im Ausschuss für Kultur und Medien der 16. Wahlperiode ist, ist der große und wichtige Bereich der Erinnerungskultur und des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Als Partei der Freiheit ist es für die FDP eine besondere Verpflichtung, sich für diejenigen einzusetzen, die unter zum Teil großen persönlichen Opfern und hohem Risiko für die Freiheit gekämpft haben und damit die deutsche Einheit möglich gemacht haben. Gerade vielen ehemaligen Bürgern der DDR ist der Wert der Freiheit in besonderem Maße bewusst, weil man diesen Wert am besten schätzen kann, wenn man weiß, dass das Leben in Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist.

Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, bei der Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes einen Schlussstrich bei der Regelüberprüfung und der Aufarbeitung des Stasi-Unrechts zu verhindern. Die öffentliche Debatte um die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes hat gezeigt, dass nicht nur große Informationsdefizite hinsichtlich des Ausmaßes und des Fortwirkens der Folgen des DDR-Unrechts bestehen, sondern dieses Thema mitnichten aufgearbeitet oder abgeschlossen ist und uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass die Stasi-Unterlagenbehörde schnellstmöglich ihre Integrität, ihre Vertrauenswürdigkeit und ihre Arbeitsfähigkeit wiedererlangt. Mit der unbefristeten Anstellung zahlreicher ehemaliger Stasi-Mitarbeiter und Träger des SED-Systems ausgerechnet ist der Behörde zur Aufarbeitung des Unrechtes des Unterdrückungsapparates der DDR Anfang der Neunziger Jahre unverständlicherweise eine schwere Hypothek auferlegt worden. Meiner Überzeugung gibt es keine Alternative zu einer Versetzung möglichst vieler dieser Personen in andere Bereiche der Bundesverwaltung. Der Respekt vor den Stasi-Opfern gebietet es, dass diese im Zuge der Akteneinsicht nicht mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern konfrontiert werden und auf eine integre Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen der DDR vertrauen können.

Darüber hinaus gibt es insbesondere bei der Erhaltung und Erschließung der authentischen Stätten des SED-Unrechts einen großen Nachholbedarf. Bei der anstehenden Beratung der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes werden wir uns in besonderem Maß dafür einsetzen, dass die Leistung derjenigen, die für die Freiheit gekämpft und Einbußen hingenommen haben, angemessen gewürdigt wird.

Zu den Schwerpunktthemen der FDP im Bereich der Kulturpolitik gehört auch das Urheberrecht, bei dem es nicht nur um Rechts- und Eigentumsfragen, sondern auch ganz unmittelbar um die Wertschätzung und Honorierung einer künstlerischen Leistung geht. Für die FDP hat es eine hohe Priorität, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Künstler und Kreative von ihren Werken, seien sie nun materieller oder geistiger Natur, leben können. Wir setzen uns daher für ein starkes Urheberrecht ein. Erst ein wirksamer Schutz der intellektuellen und kreativen Leistungen durch das Urheberrecht schafft die notwendigen Anreize für kreative Tätigkeit und für Investitionen in deren wirtschaftliche Verwertung – auch und gerade im digitalen Zeitalter. Das geistige Eigentum darf nicht weniger geschützt sein oder weniger wert sein als das dingliche Eigentum.

Ein weiteres wichtiges Thema für die FDP ist die Künstlersozialversicherung, die für viele Künstler eine ganz wichtige Absicherung ist. Gerade in den freien und unabhängigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die vielfach die Voraussetzung für das künstlerische Schaffen sind, hat eine Grundsicherung im Hinblick auf Krankenversicherung und Altersvorsorge eine besonders wichtige Bedeutung. Wir sind

aPuK_3_4.indd 46 16.03.2009 12:17:35 Uhr

daher froh, dass es in dieser Wahlperiode gelungen ist, die Künstlersozialversicherung, die noch von der sozial-liberalen Koalition eingerichtet wurde und die für uns ein wichtiges Instrument der Künstlerförderung ist, wieder auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

In der verbleibenden Zeit der 16. Wahlperiode gibt es noch einige wichtige Projekte, die es umzusetzen gilt.

Der Streit um die Dresdener Waldschlösschenbrücke hat die Notwendigkeit gezeigt, dass wir ein nationales Umsetzungsgesetz für die bereits 1977 von Deutschland ratifizierte UNESCO-Welterbe-Konvention brauchen. Wir setzen uns für ein Ausführungsgesetz ein, in dem die Bindungswirkung dieser völkerrechtlichen Verpflichtung für alle staatlichen Ebenen klar definiert wird und allen Beteiligten deutlich wird, das die Auszeichnung „UNESCO-Welterbe“ nicht nur eine Auszeichnung, sondern auch eine Verpflichtung bedeutet.

Eine weitere kulturpolitische Dauerbaustelle ist die Hauptstadtkulturförderung. Ich halte ein starkes Engagement des Bundes in der Hauptstadt für unverzichtbar. Damit das erhebliche finanzielle Engagement gegenüber den anderen Regionen Deutschlands zu rechtfertigen ist, muss die kulturelle Repräsentation Deutschlands in der Hauptstadt transparent sein und nach klar definierten Kriterien erfolgen. Dies ist bis heute nicht der Fall. Ein Gros der Zahlungen des Bundes an Berliner Kulturinstitutionen erfolgt auf der rechtlichen Grundlage eines Hauptstadtkulturvertrages, der weder von den Parlamenten beraten oder beschlossen noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht ist. Dies muss sich ändern – allein schon aufgrund der Anforderung der neuen Hauptstadt-Klausel in Art. 22 GG, die für die Ausgestaltung der Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt eine gesetzliche Regelung erfordert. Eine bloße Verwaltungsvereinbarung wie der gegenwärtige Hauptstadtkulturvertrag erfüllt die Anforderungen des Grundgesetzes nicht.

Das zweifellos wichtigste Projekt der 16. Wahlperiode ist die Verankerung des Staatsziels Kultur, die abseits der gerade skizzierten konkreten Maßnahmen insbesondere auf der kommunalen Ebene eine deutliche Stärkung der Kultur bedeuten würde. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die so genannte große Koalition, dieses Projekt, welches wir Liberale als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht haben, noch in dieser Wahlperiode realisieren wird. Es ist vielleicht einer der wenigen Vorteile der aktuellen Koalition, dass sie mit ihren Mehrheiten eine entsprechende Grundgesetzänderung im Bundestag und im Bundesrat – mit den Stimmen der FDP – durchsetzen könnte.

Zuerst erschienen in politik und kultur September – Oktober 2007

aPuK_3_4.indd 47 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Ruth Wagner

Kunst als eine Tochter der Freiheit. Friedrich Schillers Diktum bleibt nach wie vor aktuell

Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und die Selbstfindung des Menschen. Künstler haben zu allen Zeiten durch selbst gewählte und selbst gestaltete Tätigkeit ein Beispiel für die Fähigkeit zum Leben fernab von Normen, Dogmen und Schablonen gegeben. Kunst dient also der Selbstvergewisserung des Künstlers, aber auch der betrachtenden, der hörenden, der miterlebenden Zuschauer. Kunst ist also ebenso wie Philosophie, Religion und Glaube, so etwas wie Selbstbesinnung. Jürgen Habermas hat in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises in der Paulskirche unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 gesagt: „Im Augenblick bleibt uns nicht viel mehr als die fahle Hoffnung auf eine List der Vernunft – und ein wenig Selbstbesinnung." Wer, wenn nicht die Kunst, wenn nicht die Literatur, wenn nicht die Musik könnte bei diesem Akt der Selbstbesinnung und Selbstvergewisserung hilfreich sein.

Die Kunst und die künstlerische Arbeit sind ein Teil der Selbstreflexion einer Gesellschaft. Muss Kunst eine gesellschaftliche Funktion haben, oder liegt in dieser Annahme eine unzulängliche Vereinnahmung und Instrumentalisierung der Kunst? Hilmar Hoffman hat einmal darauf hingewiesen, dass der gesellschaftliche Nutzen künstlerischer Arbeit darin bestehe, dass die Künstler „Möglichkeitsräume" für die Überwindung von Denkblockaden und gesellschaftlichen Sackgassen schaffen. Dies geschehe dadurch, dass Künstler unterschiedliche Möglichkeiten der Interpretation von Welt und Mensch durchspielten und vorlebten, stellvertretend Spielräume ausloten würden und damit Wirklichkeit neu interpretierten.

Prof. Werner Maihofer, Staatsrechtslehrer, hat 1995 im Handbuch des Verfassungsrechtes ein Kapitel „Kulturelle Aufgaben des modernen Staates" verfasst und sich mit dem Verhältnis von Rechtsstaat-Sozialstaat-Kulturstaat auseinandergesetzt. Er erklärt den Begriff der Kultur aus dem lateinischen Wortsinn der „cultura agri", der Bebauung oder Bearbeitung der Natur, des Ackers. Cicero gebraucht den Begriff „cultura animi" für die Kultur des Geistes, die Philosophie, auf den sich die Renaissance und schließlich die Aufklärung beziehen.

Samuel Pufendorf und Immanuel Kant sind es, die eine grundsätzliche Unterscheidung von Naturzustand und Kulturzustand treffen. Werner Maihofer hierzu: „Die Welt der Kultur wird als das Werk der Freiheit des Menschen erkannt, im Unterschied zur Welt der Natur als dem der Kausalität. [...] Was Kultur für den Menschen ist, und was Staat mit Kultur zu tun hat, geht aus der uns aus der klassischen Begrifflichkeit vertrauten Vorstellung hervor, die Kultur als eine Art zweite Natur des geschichtlichen Menschen begreift, nämlich seine Kulturnatur, mit der und in dem sich der Mensch, wie Kant sagt, aus der größten Rohigkeit seiner tierischen Ausstattung durch Bearbeitung und Entwicklung seiner anfänglichen Naturanlagen zu immer größerer Vollkommenheit und menschlicher Glückseligkeit emporarbeitet."

In seiner „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht" verbindet Imanuel Kant den traditionellen Ansatz vom klassischen Begriff der Kultur als „Bebauung" und „Bearbeitung" mit der „Vervollkommnung" und „Emporarbeitung" der Natur zu einem modernen Bild vom Menschen, aus dem sich der neue Gedanke einer Autonomie der Kultur ergibt.

Dieser Kulturbegriff, der sich aus der Autonomie der Person ableitet, ist zutiefst verbunden mit der Freiheitsidee und dem, was Kant unter „Aufklärung" versteht. Aufklärung, so sagt er, „ist die Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, sei der Mut des Menschen, sich seines

aPuK_3_4.indd 48 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Zu dieser Aufklärung ist nichts anderes erforderlich als Freiheit und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlich Gebrauch zu machen."

Und dieser Freiheitsbegriff ist es auch, der den Menschen dazu treibt, Material zu bearbeiten, zu bebauen, zu vervollkommnen, sich selbst zu reflektieren, Überkommenes zu überliefern, aber auch Neues hervorzubringen.

Damit konstituiert er nicht nur den modernen Begriff der Kultur, der aus der Individualität der Person abgeleitet ist, sondern auch den Kulturbegriff des Schutzes und der Weitergabe des kulturellen Erbes, wie auch des Prinzips der Kultur als einer innovativen, experimentellen und revolutionären Kraft. Dieser Prozess der Kultur ist für Kant aber nicht ein Vorgang, der nur den Einzelnen betrifft, er vollzieht sich zugleich auch in der gesamten Menschheit, der gesamten Gattung. Insofern konstituiert er auch den Begriff der universellen Entwicklung der Kultur als eines Mediums, das universelle Solidarität stiftet.

Rüdiger Safranski, der Philosoph, der sich immer wieder mit dem Freiheitsbegriff in der heutigen globalisierten Welt beschäftigt, interpretiert Kants Kernaussage, die nicht nur den Vernunftsbegriff betrifft, sondern auch sein Verständnis von Kultur folgendermaßen: „Den Kern der Kantschen Argumentation bildet der Glaube an diese stolze, mutige Vernunft. Kant orientiert sich am Bild des Menschen, der sich friedensfähig in eine Gemeinschaft einfügt, nicht weil er schwach ist und sich anpasst, sondern weil er über sich selbst herrschen, seinen Egoismus beherrschen kann. Solche Vernunft gilt Kant als universell. Sie ist das Organ, mit dessen Hilfe der Einzelne sich als Glied, nicht nur eines Volkes und Staates, sondern der Menschheit begreifen kann. Die Vernunft entgrenzt. Der Einzelne, der seine Vernunft achtet und auf sie hört, entdeckt und achtet damit zugleich die Menschheit in sich. Menschheit, nicht im Sinne einer statischen Größe, sondern als Ausdruck für die Vernunft und die Würde des Einzelnen. Wer die Menschheit in sich ehrt, überwindet das bloße Selbsterhaltungsinteresse und wird fähig zur Solidarität. Diese Vernunft, so Kant, macht den Menschen zum Weltbürger. Sie ist der direkte Weg vom Ich zum Wir."

Anstelle des Begriffs „Vernunft" lässt sich in gleicher Weise der Begriff „Kultur" im Sinne Kants einsetzen. Insofern ist diese aufklärerische Kunst Interpretation von menschlicher Vernunft und Solidaritätsstiftung die Grundlage für unseren modernen universellen Kulturstaatsbegriff, wie er auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist.

Künstlerisches Schaffen sichert nicht nur individuelle, sondern auch soziale Identität. Kunst und Kultur sind wesentlich für die menschliche Verständigung und konstituierend für eine Gemeinschaft. Künstlerisches Schaffen fördert zugleich auch Verständnis und Austausch zwischen verschiedenen Kulturen. Dabei muss klar sein, dass Kulturpolitik in einer freien Zivilgesellschaft sich nicht autoritär oder gar als Zensor von Kunst und Kultur aufführen darf. Das heißt, die Gesellschaft, der Staat, als Förderer von Kunst und Kultur müssen Freiheit gewähren für ergebnisoffene Recherche und künstlerische Reflexion. Freiheit ist also die Voraussetzung künstlerischer Arbeit. Aber die Verfassungsgarantien des Kulturstaates, wie sie in den individuellen Freiheitsrechten des Einzelnen und den entsprechend negativen Abwehrrechten gegen den Staat enthalten sind, bestimmen die Grenzen aller Staatstätigkeit. Die Verpflichtung zu kulturpolitischer Neutralität und kulturpolitischer Toleranz des Staates gegenüber der Kunst konstituiert auch ein allgemeines Bürgerrecht auf Kultur und das Recht des freien Zugangs des Einzelnen zur Kultur. Aus diesen Feststellungen lässt sich andererseits kein Rückzug des Staates aus der Kulturförderung ableiten. Vielmehr legitimiert und fordert der Prozess der Kultur und die Gewährleistung des Bürgerrechtes auf Kultur sowohl die staatliche Verantwortung der Kulturförderung und des Anreizes gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, wie auch den Staat als Träger verantwortlicher Wahrung des

aPuK_3_4.indd 49 16.03.2009 12:17:35 Uhr

kulturellen Erbes unserer Gesellschaft. Die Aufgabe des modernen Staates in einer freien demokratischen Gesellschaft ist also die Erhaltung der Pluralität der Kultur, der Wahrung der Tradition, wie auch des Anstoßes und der Innovation künstlerischer Tätigkeit.

Vor der Bundestagswahl 2005 ist über Kulturpolitik, die Förderung von Kultur, die Frage der verfassungsrechtlichen Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz, aber auch über das Thema der „Kultur als Daseinsvorsorge" viel diskutiert worden. Der Deutsche Kulturrat hat sich umfassend dazu geäußert, in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl spielten diese Fragen erstmals eine wichtigere Rolle als vor Jahren noch. Das erfreut mich als Kulturpolitikerin natürlich sehr. Für mich ist die Kultur die Seele eines Landes. Sie zu vernachlässigen, sie zu verletzen, ist Selbstverletzung und Vernachlässigung; Kultur sollte aus existentiellen Gründen des Menschen und seiner Menschlichkeit gepflegt und gehütet werden.

Die Grundlage all solcher Förderung ist die ästhetische und musische Bildung unserer Kinder. Wir Kunstliebhaber erhalten in den letzten Jahren von einer Seite Unterstützung, die weder Künstler noch Pädagogen vermutet hätten, nämlich von den Naturwissenschaften, explizit der Hirnforschung, die mit ihren Erkenntnissen dazu beigetragen hat, dass mindestens die theoretische Einsicht sich verfestigt, dass früher Umgang mit Sprache, Tönen, Farben, Formen und dem künstlerischen Gestalten, also die alte „cultura agricola", das Bearbeiten von Material, nicht nur für die Ausbildung von Kreativität, sondern für die allgemeine Bildung der Intelligenz und der Persönlichkeitswerdung des Kindes von entscheidender Bedeutung ist. Dieser theoretischen Einsicht folgt aber noch lange nicht die schulische Wirklichkeit, denn Musikunterricht, Kunstunterricht, darstellende Spiel, Arbeiten mit Film und Neuen Medien sind allenfalls Randfächer, sie entfallen als erste bei Unterrichtsausfall. Sie sollten aber in den Mittelpunkt des pädagogischen Geschehens gerückt werden, denn hier werden die Grundlagen nicht nur für späteres Kunstverständnis, sondern für die individuelle Persönlichkeitsbildung des Kindes gelegt.

Lassen Sie mich einen weiteren Gedanken anschließen, der mir am Vorabend des Jahrestages der Wiedervereinigung Deutschlands wichtig ist: Es gab in den Zeiten der Teilung viele Kontakte unter Verwandten; das eigentliche Ferment der Einheit über die Jahre der Trennung war aber die Kultur und unsere gemeinsame Geschichte. Die Baukunst, Musik, Theatertradition, die bildende Kunst, Literatur, die Philosophie, sie sind das gemeinsame kollektive Gedächtnis, das uns getragen hat. Und für viele Menschen auf beiden Seiten der Grenze war es nach der Öffnung erstaunlich, welche Ähnlichkeiten und Parallelitäten, ja Gleichstimmigkeiten in der Kunstsprache trotz allem Trennenden vorhanden waren. Wir Hessen haben ganz hautnah erlebt, dass unsere alte Mutter Thüringen – denn wir sind das jüngere Land, weil der Enkel Elisabeths der Heiligen der erste hessische Landgraf war – welche unsichtbaren und sichtbaren Blutströme zwischen den Deutschen in den über 40 Jahren der Trennung lebendig waren. Lassen Sie mich schließen mit Friedrich Schiller, der im zweiten Brief über die ästhetische Erziehung des Menschen 1795 geschrieben hat: „Ich möchte nicht gerne in einem anderen Jahrhundert leben und für ein anderes gearbeitet haben. Man ist ebenso gut Zeitbürger, als man Staatsbürger ist. Und wenn unschicklich, ja unerlaubt gefunden wird, sich von den Sitten und Gewohnheiten des Zirkels, in dem man lebt, auszuschließen, warum sollte es weniger Pflicht sein, in der Wahl seines Wirkens dem Bedürfnis und dem Geschmack des Jahrhunderts eine Stimme einzuräumen? Diese Stimme scheint aber keineswegs zum Vorteil der Kunst auszufallen; derjenigen wenigstens nicht, auf welche allein meine Untersuchungen gerichtet sein werden. Der Lauf der Begebenheit hat dem Genius der Zeit eine Richtung gegeben, die ihn mehr und mehr von der Kunst des Ideals zu entfernen droht. Diese muss die Wirklichkeit verlassen und sich mit anständiger Kühnheit über das Bedürfnis erheben; denn die Kunst ist eine Tochter der Freiheit, und von der Notwendigkeit der Geister, nicht von der Notdurft der Materie will sie ihre Vorschrift empfangen. Jetzt aber herrscht das Bedürfnis und beugt die gesunkene Mensch-

aPuK_3_4.indd 50 16.03.2009 12:17:35 Uhr

heit unter sein tyrannisches Joch. Der Nutzen ist das große Idol der Zeit, dem alle Kräfte fronen und alle Talente huldigen sollen. Auf dieser groben Waage hat das geistige Verdienst der Kunst kein Gewicht, und, aller Aufmunterung beraubt, verschwindet sie von dem lärmenden Markt des Jahrhunderts." Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Kunst wieder ihr Gewicht erhält auf der groben Waage der Zeit. Ich wünsche mir, dass Sie mit mir dazu beitragen, die Kunst aufzumuntern und sie nicht im lärmenden Markt des Jahrhunderts untergehen zu lassen.

Der Text basiert auf einem Festvortrag zur Verleihung des Kasseler Bürgerpreises an den Kurator der documenta, Herrn Harald Szeemann 1972, posthum verliehen am 2. Oktober 2005 in Kassel.

Zuerst erschienen in politik und kultur September – Oktober 2007

aPuK_3_4.indd 51 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Wolfgang Gerhardt

Politische Bildung und Kultur. Zum Kulturbegriff des Liberalismus

Dem römischen Denker und Staatsmann Cicero verdanken wir die Einsicht, dass die *cultura agri* (Landwirtschaft) und die *culturi animi* (Pflege des Geistes) nicht nur große Sorgfalt und Pflege erfordern, sondern dass beides gleichermaßen lebenswichtig ist. Für den einzelnen Menschen und für die Gesellschaft, in der er lebt. Liberale haben den hohen Stellenwert der Kultur für eine Gesellschaft schon immer erkannt: Sie stehen dafür ein, dass Kultur und Wirtschaft nicht als Gegensätze betrachtet werden, sondern ein hohes Synergiepotential bieten.

In der Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigt sich diese Haltung nicht zuletzt durch die seit vier Jahren zusammen mit anderen Partnern durchgeführten Konferenzen zur „Kulturwirtschaft". Hier wirbt die Stiftung nicht nur für eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Kultur und Ökonomie – das muss sie mittlerweile immer weniger. Sie treibt vielmehr auch eine gesellschaftliche Diskussion voran, die kaum mehr danach fragt, ob es sich bei den Zuwendungen für Kunst und Kultur um *Subventionen* oder um *Investitionen* handelt. Kultur ist heute auch für ökonomisch denkende Menschen weit mehr als ein „weicher Standortfaktor". Kultur beeinflusst nicht nur Investoren bei ihren arbeitsplatzträchtigen Standortentscheidungen, Kultur schafft inzwischen selbst Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang: Der Begriff der *Creative Industries* steht sinnbildlich dafür, er hat sich, nicht zuletzt auch aufgrund unserer Konferenzen, immer mehr durchgesetzt.

Liberalismus setzt auf die Eigeninitiative und das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen. Der Liberale hat der Entdeckung (ja: Endeckung!) des Individuums in der Renaissance für sein Denken und Handeln viel zu verdanken. „Man kann den Menschen nicht verwehren, zu denken, was sie wollen", heißt es knapp dreihundert Jahre später in Friedrich Schillers „Maria Stuart". Dies ist die Basis, auf der die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihre kulturpolitisch relevanten Veranstaltungen konzipiert und durchführt. Dabei ist der Sitz der Stiftung im Truman-Haus in Potsdam-Babelsberg ein kultureller Anziehungspunkt, an dem regelmäßig Lesungen, Informations- und Diskussionsabende und Ausstellungen stattfinden. Nichts anderes gilt für die Arbeit der Regionalbüros der Stiftung in ganz Deutschland. Doch geht der kulturelle Beitrag der Stiftung für die Freiheit weit über das hinaus, was man in diesem Sinne als klassische Kulturarbeit bezeichnen könnte. Dem Kulturwissenschaftler William James Durant verdanken wir die Definition: „Kultur ist soziale Ordnung, welche schöpferische Tätigkeiten begünstigt. Vier Elemente setzen sie zusammen: Wirtschaftliche Vorsorge, politische Organisation, moralische Traditionen und das Streben nach Wissenschaft und Kunst. [...]". Die Grundlage dieser vier zitierten Elemente ist politische Bildung, flächendeckend, intensiv und plural angelegt. Hier kommen die politischen Stiftungen ins Spiel: Dass zu politischer Organisation komplementär auch politische Kultur entstehen kann, wird in Deutschland vor allem durch die parteinahen Stiftungen geleistet, die sich im bewusst weit gefassten Sinne als Vermittler politischer Bildung begreifen – national und international. Politische Bildung und Kultur bedingen und fördern sich gegenseitig; dem trägt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit umfassend Rechnung. Und das macht sie ganz bewusst: Als einen ihrer Themenschwerpunkte hat sie „Bildung als Grundlage einer freien Gesellschaft" definiert und ergänzt damit die Begriffe „Politik" und „Kultur" um jenen wesentlichen Katalysator, ohne den beides nicht gelingen kann: die Bildung. Es gehört zu den Grundvoraussetzungen für das Funktionieren einer Gesellschaft, sich auf gemeinsame Werte zu verständigen und eine Kultur zu entwickeln, die eine Einheit in Vielfalt hochachtet. Politikverdrossenheit und Unbehagen in der Gesellschaft haben ihre Ursache häufig in einem Gefühl der Überforderung, der am besten durch Wissensvermittlung abgeholfen werden kann.

aPuK_3_4.indd 52 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Der Stellenwert politischer Bildung kann bei der Herstellung der inneren Einheit unseres Landes kaum hoch genug veranschlagt werden. Dabei muss klar sein: Es handelt sich in der Tat um nicht weniger als eine Generationenaufgabe. Der liberale Soziologe und ehemalige Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung Ralf Dahrendorf ging 1990 mit Blick auf die ehemaligen kommunistischen Staaten Europas davon aus, dass für die Einführung von politischer Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse sechs Monate zu veranschlagen seien, für den Übergang zur Marktwirtschaft sechs Jahre und für die Entwicklung der Zivilgesellschaft 60 Jahre. Diesen Prozess mit politischer Bildung zu unterstützen und im Durant'schen Sinne die Entwicklung von Kultur – auch der politischen Kultur – zu fördern, gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass hierfür bereits in der frühesten Lebensphase die Grundlagen gelegt werden und das lebenslange Lernen eine Grundvoraussetzung ist, um die Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft zu meistern; das zeigt sich nicht nur in ihrer Bildungsinitiative „pro kopf", sondern auch in zahlreichen Veranstaltungen. All dies gilt nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit: Ob etwa der Globalisierungsprozess gelingen wird, hängt zu großen Teilen von den Faktoren „Bildung" und „Kultur" ab.

Die Auslandsmitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stellen praktisch täglich fest, dass die Vermittlung politischer Bildung und politischer Fertigkeiten ebenso zu einer Verfeinerung der politischen Kultur in anderen Ländern beiträgt wie der politische Dialog und die Beratung von Partnerparteien sowie der Austausch mit Think Tanks anderer Länder. Es ist eine Kultur der Freiheit, die hier durch Wort und Tat verbreitet werden soll. Lebendige Kultur darf und soll provozieren, allerdings nicht um der Provokation selbst willen. Sie soll zum Widerspruch und zum Weiterdenken anregen und sie trägt zum geistigen und wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes bei. In Russland, in Zentralasien und im Südkaukasus, wo Presse-, Meinungs- und Bürgerfreiheiten teilweise unter erheblichem Druck stehen, hat die Stiftung Übersetzungen von Lessings „Nathan" in die jeweiligen Landessprachen veranlasst, Inszenierungen des Stückes durch einheimische Regisseure gefördert und um die jeweiligen Aufführungen herum Konferenzen, Seminare oder Workshops mit internationalen Experten durchgeführt. Die Wirkung dieser Art des kombinierten Kulturdialogs auf alle Beteiligten ist beeindruckend – und nachhaltig. Dass Dialog über die Kultur auch eine unmittelbar konfliktmindernde Wirkung entfalten kann, erfahren wir in der Stiftungsarbeit gerade in jenen Krisenregionen der Welt, wo Politik zwischenzeitlich immer wieder an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit gelangt, wie zum Beispiel im Nahen Osten: Die Stiftung für die Freiheit hat bereits im Jahre 2001 mit Partnern auf beiden Seiten der Konfliktlinie einen ersten Dialog israelischer und palästinensischer Historiker, Politikwissenschaftler und anderer Intellektueller organisiert, der unter dem Rahmentitel „Shared Histories" steht. Ziel des Dialoges ist es, wenn schon nicht eine Verständigung über Kontroversen der jeweiligen Wahrnehmung gemeinsamer Geschichte zu erzielen, so doch wenigstens Verständnis für und Einsicht in die Perspektive des „anderen" zu wecken.

Kultur wird in gängigen Definitionen als Dreiklang von Kunst, Religion und Wissenschaft verstanden. Eine hohe Stufe der Zivilisation geht danach einher mit einem hohen kulturellen Entwicklungsstand. In einer unübersichtlich gewordenen Welt müssen wir uns, nicht erst seit Samuel Huntingtons Vorhersage eines „Clash of Civilizations", eingestehen, dass Kultur und Zivilisation heute durchaus auch als Gegensätze betrachtet werden können und dass die Zeiten, in denen der Begriff „Zivilisation" als Kampfparole verwendet wurde, wiederkehren können. Zivilisierter Umgang wird nur durch Respekt vor dem hohen Stellenwert der Kultur – auch der fremden – ermöglicht. Der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Funktion eines „kulturpolitischen Think Tank" zuweisen zu wollen, würde in eine falsche Richtung weisen. Dennoch: Kultur ist eine Querschnittsaufgabe, die auf sämtlichen Gebieten der Stiftungsarbeit ihren Stellenwert hat.

Zuerst erschienen in politik und kultur September – Oktober 2007

aPuK_3_4.indd 53 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Theo Geißler

Wechsel-Bad – Zum Kulturverständnis der FDP. Ein Kommentar

„Mozart-Opern sind jedoch weit mehr als nur Musiktheater. In allen großen Opern erschließt sich nicht nur ein musikalischer Kosmos, sondern auch die Kultur- und Zeitgeschichte unserer Gesellschaft. Alle tiefen Themen und Fragen des menschlichen Lebens und Strebens sind in Opern dargestellt und verarbeitet: Natürlich die Liebesdramen in all ihren Facetten, die mythologischen Themen der alten Griechen ebenso wie die der Germanen oder Ägypter sowie politische Stoffe aller Zeiten. Wer sich in der Opernwelt auskennt, verfügt über einen reichen Fundus an Menschheits-Wissen".

Wer schrieb´s? Falsch. Dieser Text stammt weder von Joachim Kaiser noch von Sir Simon Rattle. Er ist einem ziemlich kundigen Gastkommentar zur Bonner „Figaro"-Inszenierung im dortigen „Generalanzeiger" zu Beginn dieses Jahres entnommen, der auch noch recht kluge bildungspolitische Querverweise enthält. Der Verfasser heißt Guido Westerwelle, FDP. Und jener hat – neuerdings – aber auch das ist eine Qualität, wohl gute Redenschreiber zur Seite. Oder – seit den „Achtzehn plus"– und Guido-Mobil-Jahren selbst viel gelesen und viel gelernt. Sollte er sich nicht die ganzen postmodernen Show- und Spaß-Zeiten, die seine Partei Ende des letzten und zu Beginn dieses Jahrhunderts auch unter seiner Ägide krampfhaft durchlitt, mit der Maske des Scherz-Kekses und Flachwasser-Populisten getarnt haben: Dafür wiederum spräche sein kürzliches Coming-Out als Sammler zeitgenössischer Kunst in einer Postille mit dem bezeichnenden Namen „Vanity Fair". Sein erster Ankauf vor Jahrzehnten, eine Günther-Grass-Radierung, scheint immerhin eine gewisse liberale Grundhaltung mit jugendlichem Touch nach links anzudeuten. Ziemlich verwirrend, wie überhaupt der Kultur-Bezug unserer Freien Demokraten im Nachkriegs-Deutschland, dessen Profil eher einer Achterbahn denn beispielsweise einer Tangente an den Kreis der Künste ähnelt.

So findet sich in der Heppenheimer Proklamation von 1948, dem Gründungspapier der Liberalen, viel ökonomisches, auch soziales und gar föderales zum Thema Wiederaufbau des Landes, von Kultur kein Wort. Andererseits rief schon 1953 Bundespräsident Theodor Heuss mit der „Deutschen Künstlerhilfe" eine Art Vorstufe zur heutigen Künstlersozialversicherung ins Leben, an deren Einrichtung die FDP im Rahmen der sozialliberalen Koalition in den Siebzigern des zwanzigsten Jahrhunderts dann maßgeblichen Anteil hatte.

Während die Liberalen im Bündnis mit Adenauer und Erhardt die Künste vornehmlich als moralisches Bollwerk wider die roten Rotten im Osten begriffen, engagierten sich während der gemeinsamen Regierungsverantwortung mit der SPD vor allem die FDP-Innenminister Werner Maihofer und Gerhart R. Baum für kultur- und bildungspolitische Ziele. Baum ist noch heute als Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Kulturrates höchst aktiv, zum Beispiel als Kämpfer für einen qualitätvollen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Und ein ansonsten musenferner Reisender wie Hans-Dietrich Genscher bemühte sich seinerzeit um verbesserte Start- und Lande-Positionen für kulturelle deutsche Auslandspräsenz. Diese kulturhaltige Riege, zu der Persönlichkeiten wie Hildegard Hamm-Brücher oder auch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gehören, geriet im Rahmen eines „Generationen-Wechsels" (Flach, Möllemann, Gerhardt, dann Westerwelle übernahmen das Partei-Steuer) ins Abseits. Die Neo-Wirtschaftsliberalen schipperten ihren Vergnügungsdampfer an vermeintlich jugendlichdynamisch-attraktive Anlegestellen. Als Kulturschaffender konnte man diese Partei eigentlich nicht mehr wählen. Zwar tauchte in der Wiesbadener Erklärung von 1997 noch ein gesondertes Kapitel mit dem Titel „Der liberale Kulturstaat" auf. Dort heißt es im ersten Absatz gar hübsch: „Kultur hat für die Liberalen eine besondere Bedeutung, weil die kulturellen Grundlagen einer Gemeinschaft auch die Basis für alle Verständigungen sind. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung der Pflege und zu ihrer Weiterentwicklung der Förderung. Zusätzliches

aPuK_3_4.indd 54 16.03.2009 12:17:35 Uhr

politisches Gewicht erhält Kulturarbeit durch die Tatsache, daß in einer modernen Demokratie wie der unseren die traditionellen Werte immer weniger für alle Bürger die gleiche Verbindlichkeit besitzen. Liberale Kulturpolitik hat daher das Ziel, ein geistiges Klima zu schaffen, in dem kulturelle Vielfalt vom Bürger als Bereicherung erfahren wird, die er produktiv nutzen kann".

Wenn man sich freilich auch nur den letzten Satz etwas anguckte, wird man sich, vom Wortgeklingel bereichert, der produktiven Gestaltung von blaugelben Stickern zugewendet haben, auf die bis zu drei Adjektive passen. Gegen gutes Geld natürlich.

Umso erfreulicher, dass die liberale Partei (bei gleichem Steuermann, aber mit frischen Seeleuten) mittlerweile offensichtlich einen Kurswechsel in seriöse Fahrwasser vollzogen hat. Kompetenz ist bekanntlich immer an Personen gebunden: Mit Ruth Wagner, Hans-Joachim Otto, dem jungen Christoph Waitz und offensichtlich auch einem gewandelten Guido Westerwelle gewinnt das kulturpolitische Profil der FDP an kämpferischer Genauigkeit, an politischem Gewicht im Gezerre der Ressorts. In allen Kulturdebatten der letzten Jahre hat die Partei kompetent Position bezogen: Urheberrecht, Künstlersozialversicherung, Integration von Einwanderungswilligen, Bürgerschaftliches Engagement. Ihr Beitrag zum Erfolg der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" war maßgeblich. Die Übernahme des Vorsitzes beim Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages lieferte ein Signal, das tief in die liberalen Reihen drang. Welche andere politische Kraft hat in den vergangenen Jahren Kultur ins Zentrum eines Parteitages gestellt? Dass dieses Engagement wohlüberlegt ist und echt wirkt, merkt man fast allen FDP-Statements in diesem Heft an: Sie sind konkret, verfallen selten in den geschwollenen Beste-Absichts-Erklärungs-Duktus, der die kulturbezogenen Stellungnahmen anderer Parteien oft so seifig wirken lässt. Bewähren kann sich diese Haltung in der Opposition: besser noch klärt sie sich in Regierungs-Verantwortung. Der FDP demnächst eine Chance?

Zuerst erschienen in politik und kultur September – Oktober 2007

aPuK_3_4.indd 55 16.03.2009 12:17:35 Uhr

Beschluss des 58. Bundesparteitags der FDP am 16. Juni 2007 in Stuttgart zur Kulturpolitik

Beim 58. Bundesparteitag der FDP vom 15. bis 17. Juni dieses Jahres wurde erstmals ein Leitantrag zur Kulturpolitik eingebracht und ein Beschluss zur Kulturpolitik gefasst. Unter der Überschrift „Kultur braucht Freiheit" skizziert die FDP zunächst ihr Verständnis von Kunst und Kultur, um daraus konkrete kulturpolitische Aussagen sowie Forderungen, die ausführlich begründet werden, zu entwickeln. Der gesamte Text kann unter http://parteitag.fdp.de/files/138/Kultur.pdf heruntergeladen werden. Der Beschluss kann aus Platzgründen hier nur in Auszügen wiedergegeben werden.

Kultur braucht Freiheit
Kultur ist ohne Freiheit nicht denkbar. Kultur lebt von der Vielfalt und dem Spannungsverhältnis zwischen Vertrautem und Neuem, zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Kultur ist weder bestimmten Schichten noch Ideologien zuzuordnen, ist nicht rechts oder links, sondern markiert die Mitte der Gesellschaft ebenso wie ihre Ränder und Nischen. Kultur ist höchst individuell, unmittelbar, persönlich und zugleich das Verbindende und die Basis für die Verständigung untereinander.

Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit
Diese Aussage Friedrich Schillers, die nicht für die Kunst allein, sondern auch für die Kultur im weitesten Sinne gilt, charakterisiert unser Grundverständnis von der Bedeutung der Freiheit für die Kultur. Kulturschaffende und Liberale verfolgen insoweit gleiche Ziele als beide auf Vielfalt setzen und die Freiheit des Menschen in der Gesellschaft als höchstes Gut ansehen – aber nicht als Freibrief zur Passivität, sondern als Freiheit zum aktiven Handeln und zum Streben nach persönlicher Leistung und Entfaltung. Künstler sind Individualisten, sie brauchen Freiheit, um arbeiten zu können. Liberale und Kulturschaffende sind auch da Verbündete, wo es um die Meinungsfreiheit geht. Die Kunstfreiheit gegen jede Art der Zensur zu verteidigen, ist ein zentrales Anliegen.

Kultur von allen
Freiheit kann nicht ohne Verantwortung gelebt werden. Verantwortung und Freiheit sind zwei Seiten einer Medaille. Freiheit entbindet die Bürger nicht von ihrer Verantwortung, sondern ermöglicht im Gegenteil erst ihr verantwortungsbewußtes und eigeninitiatives Handeln. Dies gilt insbesondere auch im Bereich der Kultur. [...]

Kulturförderung in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft
Die vielfältige und wertvolle Kulturlandschaft Deutschlands lässt sich ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand nicht erhalten. Daher bekennen wir uns zur grundlegenden Verpflichtung des Staates zur Finanzierung und Förderung von Kunst und Kultur. Dies gilt in besonderem Maße für das Innovative und Experimentelle, das auf dem Markt keine Chance hat, aber auch für das kulturelle Erbe oder zum Beispiel den in seiner gesellschaftlichen Bedeutung oft unterschätzten Bereich der Soziokultur. Aber die Verpflichtung des Staates ist eine subsidiäre Verpflichtung: dort, wo die Kulturwirtschaft oder die Zivilgesellschaft ebenso gut die Bedingungen für kulturelle Angebote und Leistungen schaffen können, sollte die staatliche Förderung unterbleiben. [...]

Der Künstler in der Gesellschaft
Schon immer haben kulturelle Aktivitäten gesellschaftliche Prozesse angestoßen. Ohne die gelebte Kreativität der Künstler, ohne die Provokationen der Kunst, ohne eine Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen gibt es keine Vielfalt und Innovation in der Gesellschaft. Künstler haben daher eine wichtige Rolle für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft: sie provozieren, hinterfragen, stoßen Denkprozesse und Diskussionen an. Doch sie arbeiten oft in schwierigen sozialen Verhältnissen. Die meisten von

aPuK_3_4.indd 56 16.03.2009 12:17:36 Uhr

ihnen sind weder angestellt noch ausreichend sozialversichert. Sie sind Selbständige, allen Risiken des Künstlerdaseins ausgesetzte Unternehmer, die abhängig vom Markt sind – wenn auch oft genug nicht „marktgängig". Sie bedürfen daher eines besonderen Schutzes und einer besonderen gesellschaftlichen Wertschätzung. Ein Ausdruck dieser Wertschätzung ist die Künstlersozialversicherung, die als Maßnahme staatlicher Kultur- und Künstlerförderung zumindest eine Grundsicherung für all jene schafft, die von der Kunst auch materiell leben müssen.

Kulturelle Vielfalt und die Kreativität der Gesellschaft
Kunst und Kultur sind der Nukleus der geistigen Entwicklung einer Gesellschaft. Kunst und Kultur spiegeln den Stand einer Gesellschaft, oft gehen sie ihr voran und treiben die Entwicklung einer Gesellschaft weiter. Ohne Kunst und Kultur wäre eine Gesellschaft nicht kreativ, eine Wirtschaft nicht innovativ und Bildung technokratisch. Erst Kunst und Kultur geben die Vielfalt der Sichtweisen in unserer Gesellschaft wider. Kunst und Kultur sind deshalb so wertvoll, weil sie die Werte unserer Gesellschaft prägen. Der einzigartige Reichtum an Kunst und Kultur macht Deutschland zu einer Kulturnation. [...]

Kulturelle Identität und Integration
Die kulturelle Identität ist ein elementarer Bestandteil unserer Persönlichkeit und der Gesellschaft insgesamt. Sie ist Ausdruck unserer christlich-abendländischen Wurzeln und zugleich die Basis für den Austausch mit anderen Menschen und Kulturen. Nur auf der Grundlage unserer eigenen Werte können wir uns unbefangen mit anderen austauschen. Der Respekt vor fremden Werten und religiösen Empfindungen sowie unser Interesse an kulturellem Austausch und der Integration von Angehörigen anderer Kulturen dürfen uns jedoch nicht dazu verleiten, unsere eigene Werteordnung zu relativieren oder gar zu verleugnen. [...]

Kultur ist Leben
Für die FDP ist die Kultur im Sinne des Kulturbegriffs der UNESCO die Gesamtheit der geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte, die eine Gesellschaft kennzeichnen. In die diesem Sinne verstehen wir unter Kultur sowohl die sogenannte „Hoch-Kultur", also die Oper, das Theater, die Orchester, die Museen und Bibliotheken, als auch die Popkultur, das Musizieren in Gruppen und Vereinen und Phänomene unseres Alltags. Zur Kultur zählen selbstverständlich die Architektur, der Tanz, das Design, Computer- und Videospiele und vieles mehr. Kultur ist nicht das private Hobby einer kleinen Elite, sondern betrifft alle Menschen. Die Hochkultur steht gleichberechtigt neben der Breitenkultur. [...]

Aus diesen allgemeinen Grundsätzen zur Bedeutung der Kultur für unsere Gesellschaft leiten wir Liberalen folgende konkrete Forderungen ab:

1. Staatsziel Kultur im Grundgesetz
2. Prioritätensetzung zugunsten von Kunst und Kultur
3. Kultur und Kinder – Kulturelle Bildung
4. Die Zivilgesellschaft stärken – das Gemeinnützigkeitsrecht grundlegend reformieren
5. Freiheit für gemeinnützige Zuwendungen – Gemeinwohlfreundliche Ausgestaltung des Erbrechts
6. Die Kulturwirtschaft als Zukunfts- und Wachstumsbranche stärken
7. Ein starkes Urheberrecht – Geistiges Eigentum darf nicht weniger geschützt werden als dingliches Eigentum
8. Mehr Kultur im öffentlich-rechtlichen Fernsehen
9. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik – Unsere Visitenkarte im Ausland und die Brücke zwischen allen Menschen
10. Provenienzforschung und Restitution von NS-Raubkunst
11. Intensivierung der Bemühungen zur Rückgabe und konservatorischen Sicherung von kriegsbedingt verschleppten oder einbehaltenen Kulturgütern

aPuK_3_4.indd 57 16.03.2009 12:17:36 Uhr

12. Nationale Bindungswirkung der UNESCO-Welterbekonvention
13. Das kulturelle Erbe für die Zukunft bewahren
14. Miteinander für eine europäische Identität

aPuK_3_4.indd 58 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Auszug aus den Wiesbadener Grundsätzen (1997)

Beschluss des FDP-Bundesparteitages, Wiesbaden, 24. Mai 1997

12. Der liberale Kulturstaat

Kultur hat für die Liberalen eine besondere Bedeutung, weil die kulturellen Grundlagen einer Gemeinschaft auch die Basis für alle Verständigungen sind. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung der Pflege und zu ihrer Weiterentwicklung der Förderung. Zusätzliches politisches Gewicht erhält Kulturarbeit durch die Tatsache, daß in einer modernen Demokratie wie der unseren die traditionellen Werte immer weniger für alle Bürger die gleiche Verbindlichkeit besitzen. Liberale Kulturpolitik hat daher das Ziel, ein geistiges Klima zu schaffen, in dem kulturelle Vielfalt vom Bürger als Bereicherung erfahren wird, die er produktiv nutzen kann.

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei" (Grundgesetz, Art. 5). Zur Sicherung dieser Freiheit gehört nach liberaler Auffassung auch die Verpflichtung des Staates, seinen Bürgern den Zugang zu kulturellen Einrichtungen zu ermöglichen. Museen und Bibliotheken, Universitäten, Akademien und andere Bildungseinrichtungen, kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen und Aufführungen sollen den Menschen nicht nur zur Unterhaltung oder Belehrung dienen, sondern ihnen bei der Orientierung in einer oft komplexen und rasch sich verändernden Umwelt helfen. Das im Grundgesetz verankerte Verbot jeglicher Zensur wird von Liberalen auch als ein Verbot einseitiger Einmischung von seiten des Staates, Bevorzugung oder Benachteiligung, verstanden. Offenheit und Toleranz sollen an die Stelle von Gängelung und Reglementierung treten.

Im Zentrum kultureller Entwicklung und Erneuerung stehen die Künste. Kunst schuf seit jeher die Voraussetzung dafür, daß Zeiterscheinungen durch Formgebung überhaupt faßbar und damit auch bürgerlich diskutierbar und politisch entscheidbar wurden. Wir Liberale zählen auch gesellschaftspolitisch auf die vitale, formsuchende Dynamik der Kunst, weil wir in ihr eine zur Kommunikation quer durch alle Gruppen und Lager anregende Wirkung erkennen. gerade auch dort, wo sie im Einzelfall noch umstritten sein mag. Kunst vertritt das humane Element der Kultur, damit die Zivilisation sich nicht in Technokratie und organisatorischen Optimierungen erschöpft. Die Künste fördern heißt deshalb politisch auch, langfristig in die Konsensfähigkeit einer pluralistischen Gesellschaft investieren.

Liberale Kulturpolitik fördert daher freie Zusammenschlüsse, Selbstverwaltungsfonds und unabhängige Stiftungen im Kulturbereich. Die steuerliche Anerkennung von Hinterlassenschaften und Schenkungen zugunsten der gemeinnützigen Förderung kultureller Initiativen wird einen kreativen Schub bewirken. Ein neues Stiftungsrecht soll zudem kulturelle Freiheit mit kultureller Förderung verbinden und beide sichern.

Die Liberalen wissen, daß die Frage, was Kunst sei, immer umstritten war, am meisten unter den Künstlern selbst. Wir wissen aber auch, daß dieser Streit zu den besten Traditionen unserer Kultur gehört. Wir wollen den verschiedenen kreativen Kräften Raum zu ihrer Entfaltung geben, denn es entspricht unserer liberalen Überzeugung, daß nur so die besten Möglichkeiten des Menschen entdeckt werden und zum Zuge kommen können.

aPuK_3_4.indd 59 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Geschichte der FDP

1832
Beim Hambacher Fest bekennen sich 25.000 Menschen zu den Forderungen der Liberalen nach Freiheit und nationaler Einheit.

1847
Liberale beschließen in Heppenheim ein Programm, das die Einigung Deutschlands und eine bessere Vertretung des Volkes fordert.

1848
Bürgerliche Revolution. Liberale Reformgesetze werden erlassen. Liberale verfügen über die absolute Mehrheit in der Deutschen Nationalversammlung.

1861
Gründung der Deutschen Fortschrittspartei.

1866
Spaltung des Liberalismus in Linksliberale und Nationalliberale.

1896
Gründung des Nationalsozialen Vereins durch Friedrich Naumann. Er fordert vom Staat die Übernahme sozialer Verpflichtungen und plädiert für ein demokratisches Kaisertum.

1918
Gründung der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei mit Friedrich Naumann und Max Weber sowie der nationalliberalen Deutschen Volkspartei mit Gustav Stresemann.

1922
Der liberale Außenminister Walter Rathenau schließt den Rapallo-Vertrag mit der Sowjetunion und führt Deutschland damit aus der internationalen Isolierung.

1923 bis 1929
Ausgleich mit dem Westen und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund durch die erfolgreiche Außenpolitik von Gustav Stresemann.

1933 bis 1945
Verbot der liberalen Parteien.

1948
Bruch zwischen den Liberalen der Westzonen und der LDPD in der Sowjetischen Besatzungszone. Am 11./12. Dezember im Westen Gründung der Freien Demokratischen Partei unter Vorsitz von Theodor Heuss.

1949
Das von Liberalen maßgeblich geprägte Grundgesetz wird verkündet. Bei der ersten Bundestagswahl erhält die FDP 11,9% der Stimmen. Theodor Heuss wird zum ersten Bundespräsidenten gewählt.

aPuK_3_4.indd 60 16.03.2009 12:17:36 Uhr

1956
Wegen der Kritik des Fraktionsvorsitzenden Thomas Dehler an der Außenpolitik der Bundesregierung treten 16 FDP-Abgeordnete (darunter vier Minister) aus Fraktion und Partei aus. Nach Ende der Koalition mit der CDU/CSU bleibt die FDP bis 1961 in der Opposition. Erste deutschlandpolitische Gespräche mit LDPD-Vertretern in der DDR.

1962
„Spiegel"-Affäre: Die FDP-Minister verlassen die Regierung und zwingen damit Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) zum Rücktritt.

1966
Wegen Ablehnung von Steuererhöhungen geht die FDP in die Opposition. CDU/CSU und SPD bilden die „Große Koalition".

1969
Die FDP bringt im Bundestag den Entwurf eines Generalvertrages mit der DDR ein. Gustav Heinemann (SPD) wird mit den Stimmen der Liberalen neuer Bundespräsident. Beginn der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel. In der sozialliberalen Koalition wird unter den FDP-Außenministern die Auswärtige Kulturpolitik neu strukturiert. Das Künstlersozialversicherungsgesetz wird verabschiedet.

1971
Die FDP beschließt die Freiburger Thesen für eine liberale Gesellschaftspolitik.

1982/1983
Beendigung der SPD/FDP-Koalition wegen zunehmender Differenzen. CDU/CSU und FDP wählen Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Ein leidenschaftlicher Bundesparteitag und vorgezogene Neuwahlen bestätigen die Koalitionsentscheidung. Die Koalition dauert bis 1998.

1990
Neugründungen liberaler Parteien in der DDR: Deutsche Forumpartei (DFP) und FDP der DDR, während sich die LDPD reformiert. Um die Chancen der liberalen Parteien bei den ersten freien Wahlen zu erhöhen, konstituiert sich der Bund Freier Demokraten (BFD), dem später auch die NDPD beitritt. Am 11. August in Hannover Vereinigung der Liberalen in Ost und West zur gesamtdeutschen FDP. Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen gewinnt die FDP 11,0% der Stimmen.

1997
Der Bundesparteitag in Wiesbaden beschließt das neue Grundsatzprogramm der FDP, die „Wiesbadener Grundsätze – Für die liberale Bürgergesellschaft".

1998
Die Koalition CDU/CSU/FDP erhält nicht die Mehrheit. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bilden die neue Bundesregierung. Die FDP nimmt nach 29 Jahren Regierungsverantwortung eine neue Aufgabe wahr: Sie wird Oppositionspartei.

2005
Übernahme des Vorsitzes des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags.

aPuK_3_4.indd 61 16.03.2009 12:17:36 Uhr

aPuK_3_4.indd 62 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Kulturpolitik der CDU

aPuK_3_4.indd 63 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Christian Wulff

Eine Kulturpolitik für die Chancengesellschaft

„Nur wer seine Vergangenheit kennt“, wusste bereits Wilhelm von Humboldt, „hat eine Zukunft“. Vergangenheit und Zukunft, Vielfalt und Identität spiegeln sich in der Kultur eines Landes. Deutschland ist eine europäische Kulturnation. Geschichte und Schicksal der Deutschen lassen sich nicht vom europäischen Kontext trennen. Deutschland ist weltoffen, Deutschland ist Integrationsland. Eine um die Kultur sich mühende Politik muss diesen Spannungsbogen ausloten und der Kultur dienen – nicht der Politik.

Für die CDU ist klar: Eine Chancengesellschaft wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Lebenschancen. Eine Chancengesellschaft braucht starke Bürgerinnen und Bürger und den Beitrag aller, um auf Dauer Solidarität und Zusammenhalt zu bewahren. Dies bedeutet, Verschiedenheit anzuerkennen, Vielfalt zu achten und die Potenziale jedes Einzelnen zu fördern. Wir vertrauen in die Kraft der Menschen, aus ihrem Leben etwas zu machen. Dafür muss sich der Staat an einigen Stellen zurückhalten, an anderen zupacken und, wo immer es geht, vor allem Hilfe zur Selbsthilfe geben.

Kulturpolitik ist nicht nur Bildungspolitik, sondern auch ein Faktor für Wachstum und Wohlstand. Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur fördert Innovationen und stärkt Fähigkeiten, die gesellschaftliche Teilhabe und Eigenverantwortung fördern. Sie bietet sowohl eine Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung wie für Integration und Solidarität. Eine breit angelegte Kulturpolitik ist mitentscheidend, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu bewahren und zu festigen.

Es gibt kein staatliches oder gesellschaftliches Handeln ohne historischen Kontext. Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht gemeinsame, Identität stiftende Werte, Normen und Symbole. Wir bekennen uns daher zur Leitkultur in Deutschland. Sie umfasst die Grundwerte des Grundgesetzes und die Verantwortung aus unserer Geschichte.

Für das Kulturkapitel im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU, das soll an dieser Stelle erwähnt werden, gab es Anerkennung vom Deutschen Kulturrat, der dafür bekannt ist, gut und gerne reinen Wein einzuschenken. Prominent platziert sei die Kultur, lautete eine der lobenden Anmerkungen. Bildungs- und Kulturpolitik stehen mit Bedacht vor der Wirtschafts-, der Umwelt-, der Sicherheits- und der Außenpolitik, weil es hier um die Entfaltung der Persönlichkeit, um Orientierung, Sinn und Kreativität geht. Wer Antworten auf die Herausforderungen der Wissensgesellschaft geben will, muss bei Kultur und Bildung ansetzen. Kreative Werke bieten Deutungsangebote, sie sind innovative Impulsgeber. Kunst und Kultur verbinden Tradition und Innovation. Die CDU hat dies stets hervorgehoben.

Kunst in Deutschland ist frei. So will es das Grundgesetz, so wollen wir es. Freiheit ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entfaltung der schöpferischen Potenziale in unserer Gesellschaft. Die Lebendigkeit der Kunst hängt ab vom Freiraum, den eine Gesellschaft ihren Künstlerinnen und Künstlern zur Lust am Experimentieren ermöglicht. Kultur ist nie statisch. Kultur und Fortschritt hängen eng miteinander zusammen. Künstler müssen herausfordern, provozieren und bisweilen Tabubrüche begehen, um Neues zu schaffen. Die kulturelle Avantgarde war immer ein Teil bürgerlicher Freiheit und damit der bürgerlichen Kultur. Die CDU steht in der bürgerlichen Tradition der Welt- und Zukunftsoffenheit.

Kunst ist eine besondere Form der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie lebt von Neugier und Wagnis. Der Wunsch der Menschen, sich ein eigenes Stück Kultur zu gestalten, ist riesengroß. Ich bin mir sicher, dass wir uns heute über den Wert und die Vielfalt unserer kulturellen Ausdrucksfähigkeiten

aPuK_3_4.indd 64 16.03.2009 12:17:36 Uhr

zunehmend bewusst werden. Doch mancher Zugang, darunter auch der zur religiösen Dimension unserer Kultur, ist brüchig. Klassische und vor allem moderne Musik haben es schwer bei den Zuhörern, die bildende Kunst dagegen besitzt einen besseren Draht zum Publikum – zumindest legen es erfolgreiche Ausstellungen und Messen moderner und zeitgenössischer Malerei nahe. Parallel vollzieht sich ein Wandel der kulturellen Sozialisation. Weltweite digitale Vernetzung und einfache Reproduktionsmöglichkeiten formen einen neuen Kulturkonsum, während die Grundfähigkeiten kulturellen Wissens insgesamt eher abnehmen. Was auf der einen Seite an Chancen hinzukommt, darf auf der anderen nicht durch Unkenntnis verloren gehen. Deshalb müssen wir der Vermittlung von Kunst und Kultur einen höheren Stellenwert beimessen.

Kultur braucht Liebhaber. In jeder nachwachsenden Generation muss die Lust auf Kunst und Kultur sowie auch die Freude an künstlerischer Betätigung geweckt und bewahrt werden. Ob in der Musik oder beim Tanz, überall gilt: Wer Herausforderungen annimmt, kann Höchstleistungen akzeptieren. Die Begegnung mit Kunst und Kultur stärkt die Persönlichkeitsentwicklung, die Ausbildung einer stabilen Identität und ein vertieftes Verständnis vom Leben.

Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Wir brauchen die Bildung in Naturwissenschaften und Sprachen ebenso wie die musische, literarische und künstlerische Bildung. Die kulturelle Bildung muss stärker in die Breite streben. Auch die frühe Musik-, Kunst- und Bewegungserziehung sind elementare Bestandteile unseres Bildungswesens. Daneben gilt es, Kindern und Jugendlichen Lust auf Kultur zu machen. Kulturelle Bildung vermittelt nicht nur Schlüsselkompetenzen, sondern fördert auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Kultur ist Heimat, Zugehörigkeit und Teilnahme. Die Deutsche Sprache ist nicht nur das Medium des Alltags, sondern ein Teil des einigenden Bandes unserer Gesellschaft. Keine anderen Einflüsse haben die staatliche Einheit Deutschlands mehr befördert als die gemeinsame Sprache und Kultur.

Kultur ist kein Luxus, sondern ein menschliches Grundbedürfnis. Wenn wir Kultur wieder stärker im Bewusstsein der Menschen verankern wollen, dann müssen wir vor allem die weltweit einzigartige Vielfalt unserer Kulturlandschaft erhalten. Allerdings wird es nicht möglich sein, den gesamten kulturellen Bestand zu sichern und gleichzeitig zu erweitern, dafür müssen wir mit allen Beteiligten geeignete Modelle entwickeln: Die CDU bekennt sich zur Förderung von Kunst und Kultur als einer öffentlichen Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund. Staatliche Kulturförderung muss verlässlich sein und von den öffentlichen Haushalten als Pflichtaufgabe begriffen werden. Für die CDU ist Kulturförderung keine Subvention. Sie ist eine Investition, und zwar eine Investition in ein lebenswertes Deutschland. Aus meiner Sicht ist die Verantwortung für Kultur aber nicht nur eine öffentliche Aufgabe. Vielmehr haben öffentliche Hände, Unternehmen und private Förderer eine gemeinsame Verpflichtung für den Erhalt und Ausbau unserer Kulturlandschaft. Diese Verantwortung ist nicht allein Ersatz für ausbleibende öffentliche Förderung in den mageren Jahren. Sie ist Voraussetzung für eine insgesamt verbesserte Akzeptanz von Kultur.

Zwischen Kulturförderung und Wirtschaftsentwicklung besteht ein elementarer Zusammenhang. Kultur ist ein harter Wirtschaftsfaktor, die Kulturwirtschaft ein bedeutender Standortfaktor mit hohen Wachstumspotenzialen. Kultur wird heute in vielfältigen Formen wirtschaftlich relevant – nicht zuletzt als Kulturtourismus. Auch das Image von Städten, Regionen oder Ländern, die von einem reichhaltigen Kulturangebot geprägt sind, kann im regionalen, europaweiten oder globalen Wettbewerb entscheidend sein. Oftmals ist ein solches Image ausschlaggebend für die Investitionsentscheidungen von Unternehmen.

aPuK_3_4.indd 65 16.03.2009 12:17:36 Uhr

In einem Land ohne nennenswerte Bodenschätze muss die Stärkung kreativer Potenziale Vorrang erhalten. Dazu brauchen wir Vertrauen in die Möglichkeiten des Einzelnen, Bürgersinn und eine staatlich gesicherte Grundstruktur für Ehrenamt und Freiwilligkeit. Mit der weiteren Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements haben wir ein Zeichen gesetzt. Der Staat verzichtet auf jährliche Steuereinnahmen von rund einer halben Milliarde Euro, um Bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und gemeinwohlorientierten Stiftungen zu unterstützen. Dabei sollten wir nicht stehen bleiben, sondern die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessern.

Kultur lebt vom Austausch und gewinnt aus diesem Wechselspiel ihre Kraft. Der Dialog mit anderen Kulturen fördert das Verständnis für die eigenen Lebensumstände, die Demokratie und die Menschenrechte. Interesse an Deutschland als Kulturnation bereitet den Boden für enge und vertrauensvolle Beziehungen. Für die CDU ist wichtig, ein vitales Bild von Deutschland im Ausland zu zeichnen, das der kulturellen Vielfalt unseres Landes gerecht wird. Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist ein zentrales Feld unseres weltweiten Engagements und ein wertvolles außenpolitisches Instrument. Daher müssen wir die Arbeit der Auslandsschulen, Wissenschaftseinrichtungen und die kulturellen Mittlerorganisationen auch in Zukunft stärken.

Kulturpolitik muss breit angelegt sein und sie muss in den großen nationalen Debatten sichtbar werden. Sie darf sich nicht auf das Feuilleton beschränken, sondern muss im Leben stehen. Wenn sie es ernst meint mit einem Beitrag für die Chancengesellschaft, dann ist es ihre Aufgabe, Bildung und Wissenschaft, Jugend, Familie und Bürgerschaftliches Engagement zu verbinden. Vor allem darf sie keine Berührungsängste zeigen und sich nicht auf kulturelle Inseln zurückziehen. Dies setzt ein offenes Verständnis für Kultur voraus. Die CDU hat einen weiten Kulturbegriff, der künstlerische Spitzenleistungen und die Breitenkultur umfasst, tradierten Formen und populären Ausdrucksmöglichkeiten Raum bietet und die Beiträge von Zuwanderern ebenso schätzt wie das kulturelle Erbe des deutschen Ostens und der Vertriebenen. Scheuklappen vertragen sich damit nicht.

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 66 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Bernd Neumann

Eine Allianz für die Kultur. Deutschlands Verpflichtung als Kulturnation zieht Aufgaben nach sich

Deutschland ist eine Kulturnation. Diese Feststellung wird in der Öffentlichkeit auf breite Zustimmung stoßen. Doch was zeichnet eine Kulturnation aus? Deutschland war nie ein Zentralstaat, sondern zuallererst eine Gemeinschaft, die sich durch Sprache und Kultur verbunden fühlte, die grundlegende Werte teilte aber darüber hinaus eine große Vielfalt regionaler kultureller Identitäten herausbildete. Die Verfassung der Bundesrepublik hat historische Wurzeln; es gibt keine Alternative zum Kulturföderalismus in Deutschland.

Doch in einer von der Globalisierung und ihren Herausforderungen geprägten Welt gibt es eine Reihe von Aufgaben für den Bund, die aus Deutschlands Verpflichtung als Kulturnation erwachsen. Dabei haben drei Themenfelder besonderes Gewicht: Die kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur, die Förderung von kulturellen Einrichtungen und Projekten von nationaler und gesamtstaatlicher Bedeutung und die Positionierung Deutschlands in der internationalen Kulturpolitik.

Leitend bei der Gestaltung aller Themenfelder ist die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft auf die Denkanstöße durch Kunst und Kultur nicht verzichten kann. Sie können jedoch nur von einer Kunst ausgehen, die frei ist, die neugierig macht, die Außergewöhnliches wagt. Die Politik hat die Aufgabe, die Kunst zu fördern, nicht sie zu reglementieren oder zu instrumentalisieren. Sie kann Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur schaffen, die kreativen Potentiale stärken, Innovation ermöglichen und Vielfalt fördern. Darum verstehe ich mich als Anwalt für die Probleme und Wünsche von Künstlern und Kulturschaffenden, und darum ist es meine politische Überzeugung, dass Kulturpolitik nur gelingen und Wirkung entfalten kann, wenn sie im steten Dialog gestaltet wird. Kulturpolitische Ziele dürfen nicht im Elfenbeinturm entstehen.

Gute Rahmenbedingungen für die Kultur sind nicht nur eine Sache des Geldes. Jedoch sagt der Etat für die Kulturförderung viel über den Stellenwert aus, den eine Gesellschaft der Kultur zumisst. In meiner Regierungszeit konnte der Kulturetat kontinuierlich gesteigert werden. 2008 gibt der Bund 6,4% mehr für die Kultur aus als bei meinem Amtsantritt Ende 2005. Es ist dies der Erfolg beharrlicher politischer Überzeugungsarbeit gegenüber dem Finanzminister und des Austauschs mit den Abgeordneten im Bundestag. Der Deutsche Filmförderfonds, aus dem pro Jahr 60 Millionen Euro in die Förderung des Filmstandorts Deutschland fließen und dort ein Mehrfaches an Erträgen generieren, ist in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Filmwirtschaft entstanden. Ganz ähnlich sieht es mit dem Förderschwerpunkt im Bereich der Kulturwirtschaft, der „Initiative Musik“ aus. Die Entwicklung und Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Baustein für Deutschlands Zukunftsfähigkeit. Deshalb schaffen wir jetzt ein eigenständiges Referat für Kulturwirtschaft, das den Dialog mit der Wirtschaft vorantreiben soll.

Ich sehe es als eine herausragende Aufgabe des Kulturstaatsministers an, sich in wichtigen Politikfeldern für die Interessen der Kultur einzusetzen. So habe ich mich mit Erfolg dafür stark gemacht, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter von 7% beibehalten wird.

Die Kreativität des Menschen ist unsere größte Ressource. Sie zu pflegen bedeutet auch, kreativ und künstlerisch tätigen Menschen Sicherheit zu geben. Dazu gehört der eminent wichtige Schutz des geistigen Eigentums von Künstlern und Autoren, der für mich bei der Novellierung des Urheberrechts im

aPuK_3_4.indd 67 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Mittelpunkt stand. Hier konnte ich durch persönlichen Einsatz erhebliche Verbesserungen erreichen wie beispielsweise den Wegfall der Bagatell-Klausel bei der strafbaren Verletzung von Urheberrechten. Die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung ist ein weiterer wichtiger Baustein. Wir haben sie auf viele Schultern verteilt; das macht sie zukunftsfest und entlastet auch die Verwerter, indem der Abgabesatz zum dritten Mal in Folge auf jetzt 4,9% für das Jahr 2008 gesenkt werden konnte.

Kultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist deshalb ein besonderes Anliegen der Bundesregierung. Ich freue mich, dass das Reformgesetz zur Gemeinnützigkeit die steuerliche Absetzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen deutlich verbessert und für die Kultureinrichtungen verlässlich regelt. Auch die Vielfalt unserer Kulturlandschaften mit ihren Denkmälern lässt sich heutzutage nur erhalten, wenn Staat und Gesellschaft gemeinsam dafür eintreten. Seit über einem halben Jahrhundert bekennt sich der Bund zur Verantwortung für das baukulturelle Erbe und unterstützt die Länder und Kommunen bei der Instandhaltung und Restaurierung hochkarätiger Kulturdenkmäler. Zu dieser direkten finanziellen Förderung kommen Steuererleichterungen für private Denkmaleigentümer. Als Anerkennung und Ausgleich für Leistungen, die auch zugunsten der Allgemeinheit erbracht werden, sind sie zu einem wesentlichen Instrument der indirekten Denkmalförderung geworden. Diese steuerlichen Erleichterungen habe ich stets nachdrücklich unterstützt, denn sie motivieren zu Investitionen in wertvolle Einzeldenkmale und Ensembles, geben positive wirtschaftliche Impulse und sichern Arbeitsplätze.

Am verantwortlichen Umgang mit Kulturgut werden uns zukünftige Generationen messen. Was einmal aus den Sammlungen der Museen verschwunden ist, was vernachlässigt und der Zerstörung preisgegeben wurde, ist unwiederbringlich verloren. Im Bewusstsein dieser Verantwortung habe ich interveniert, als Kulturgüter von nationaler Bedeutung aus öffentlichen Museen verkauft werden sollten. Ich sehe es zudem als eine der drängenden Aufgabe an, in Fragen der Restitution von Kulturgütern zu einem fairen Interessenausgleich zu kommen. Der erste Schritt dazu ist eine umfassende und solide Provenienzrecherche. Wir stellen Mittel in Millionenhöhe zur Verfügung, um gerade kleinere und mittlere Museen dabei zu unterstützen.

Kulturförderung muss sich der eigenen Zeitgenossenschaft bewusst sein – aber sie darf nicht jedem Trend nachlaufen und sich an jeden neuen Diskurs klammern. Kultur ist niemals voraussetzungslos; deshalb muss Kulturpolitik, will sie in der Gegenwart wirken, in der Geschichte verankert sein. Eine der elementaren Aufgaben einer gesamtstaatlichen Kulturpolitik und ein erklärter Schwerpunkt meiner Politik ist es, das Bewusstsein für die eigene Vergangenheit zu pflegen. Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist das Herzstück jeder verantwortungsbewussten Kulturpolitik und die unverzichtbare Grundlage für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft.

Ein besonderer Schwerpunkt meiner nunmehr fast zweijährigen bisherigen Amtszeit ist die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Im Juli 2007 dieses Jahres konnte ich dem zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages das Konzept „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“ vorlegen. Zur Realisierung dieses Konzepts werden bereits 2008 10 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Ein zentraler Punkt in der Gedenkstättenkonzeption ist die Förderung der national bedeutsamen Gedenkstätten zur NS-Herrschaft in den alten und neuen Bundesländern. Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft wird durch das Wissen um die Singularität des Holocaust bestimmt. Dem Völkermord an den europäischen Juden als Menschheitsverbrechen bisher nicht gekannten Ausmaßes muss in der deutschen Erinnerungskultur jetzt und für alle Zeiten eine unvergleichlich hohe Bedeutung zukommen.

aPuK_3_4.indd 68 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Verstärkt wird aber auch das Gedenken an die SED-Diktatur und ihre Opfer. Die historische Aufarbeitung soll zunehmender Verharmlosung und Bagatellisierung entgegen wirken. Wir werden uns in den kommenden Jahren unter anderem am Ausbau der nationalen Gedenkstätte Berliner Mauer mit 6,5 Mio. Euro beteiligen. Auch unterstützt der Bund die notwendigen Sanierungsmaßnahmen auf dem Gelände des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen mit beträchtlichen Mitteln.

Die Regierungskoalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Wir wollen im Geist der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten. Wir sind dabei, in Berlins Mitte eine entsprechende Dokumentations- und Informationsstätte zu realisieren.

Zum historischen Bewusstsein gehört auch die Verantwortung für das nationale Kulturerbe. Seit der Wiedervereinigung fördert die Bundesregierung gesamtstaatlich bedeutsame Kultureinrichtungen in den neuen Ländern in verschiedenen Förderprogrammen. Das Leuchtturmprogramm ist ein besonders gelungenes Beispiel für die notwendige Kooperation der verantwortlichen staatlichen Ebenen innerhalb des deutschen Kulturföderalismus. Es unterstützt im Jahr 2007 herausragende kulturelle Einrichtungen in Ostdeutschland mit rund 33 Millionen Euro. Zu ihnen gehören unter anderem die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, die Stiftung Bauhaus Dessau sowie Klassik Stiftung Weimar. Wie drängend der Erhalt unseres Kulturerbes ist, hat der verheerende Brand der Anna-Amalia-Bibliothek im Jahr 2004 gezeigt. Zum Wiederaufbau hat die Bundesregierung 8,5 Millionen Euro beigetragen. Wir nehmen für die Klassik Stiftung Weimar, die in der ganzen Welt für unser nationales deutsches Kulturerbe steht, unsere Mitverantwortung wahr, indem wir gemeinsam mit Thüringen die institutionelle Förderung in den kommenden Jahren um 20% anheben.

Der Bund hat aber auch ein starkes Interesse an einem attraktiven kulturellen Leben in der Hauptstadt Berlin. Der Kulturstandort Berlin ist international eine Visitenkarte Deutschlands. Das gilt nicht nur für das UNESCO-Weltkulturerbe Museumsinsel, sondern auch für die Internationalen Filmfestspiele, für das Jüdische Museum Berlin und die Berliner Festspiele, um nur einige Beispiele herauszugreifen.

Die Kulturpolitik des Bundes wirkt nach innen – aber sie ist auch ein Gradmesser der Glaubwürdigkeit Deutschlands im Ausland. Eine der wichtigsten Stimmen für Toleranz und Menschenrechte im Ausland ist die Deutsche Welle. Sie zu stärken bedeutet, Menschen weltweit die Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie zu mündigen Bürgern machen. Wir können uns unserer Verantwortung nicht entziehen, die uns auf unserem eigenen langen Weg in eine freie und demokratische Gesellschaft erwachsen ist.

Wir teilen diese Überzeugungen mit den Staaten der Europäischen Union. Der Gründervater der Europäischen Gemeinschaft, Jean Monnet, hat rückblickend gesagt: „ Wenn ich Europa noch einmal machen müsste, würde ich bei der Kultur beginnen.“ In meine Amtszeit fiel die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die gerade auf dem Gebiet der Kultur, des Medienrechts und der Kulturwirtschaft wichtige Weichen gestellt hat. Bei aller Vielfalt steht Europa immer auch für eine kulturelle Einheit. Sie kann nur erfahrbar werden, wenn möglichst viele Menschen an dieser gemeinsamen Kultur teilhaben. Deshalb unterstütze ich auch Gemeinschaftsprojekte wie die Europäische Digitale Bibliothek.

Der Bund sorgt auch für die Umsetzung völkerrechtlicher Normen in deutsches Recht. Die Teilhabe an der Kultur ist eines der bedeutenden Anliegen des UNESCO-Übereinkommens zum „Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“, dem Deutschland im März 2007 beigetreten ist. Es verankert das Recht der Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik. Das UNESCO-Übereinkommen

aPuK_3_4.indd 69 16.03.2009 12:17:36 Uhr

über Maßnahmen zum „Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut“ wurde 2007 in deutsches Recht umgesetzt, nachdem es mehr als 30 Jahre „auf Eis“ lag. Die Bundesrepublik Deutschland gewinnt damit den Anschluss an den allgemeinen Standard internationalen Kulturgüterschutzes.

Die Begegnung und Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur prägt Persönlichkeit und Identität. Wer sich seiner eigenen kulturellen Wurzeln nicht sicher ist, wird alles Fremde schnell als Bedrohung empfinden. Der kulturellen Bildung als „Schule der Toleranz“ messe ich deshalb besonderen Wert für die Gestaltung unserer Zukunft bei. Sie macht besonders deutlich, dass Kulturförderung eine Investition in die Zukunft ist.

Es freut mich, dass die Kulturpolitik meines Hauses bisher auf weitgehende Zustimmung bei allen Fraktionen des Deutschen Bundestages stieß. Wir brauchen diese Allianz für die Kultur, wir brauchen sie für ein lebenswertes Deutschland – heute und in Zukunft.

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 70 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Wolfgang Börnsen

Kulturpolitik will Entfaltungsfreiheit. Die Kulturpolitik in und mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kulturpolitik – das ist mehr als die Förderung und Unterstützung der schönen Künste, mehr als Verhandlungen über Haushaltsmittel, und sie definiert auch nicht, was unter Kunst und Kultur zu verstehen ist. Eine seriöse Kulturpolitik geht in die Breite der Gesellschaft, sie schafft Rahmenbedingungen, unter denen sich Kunst und Kultur am besten und in Freiheit entfalten können. Es gilt, die Lebendigkeit und Vielfalt unseres kulturellen Lebens zu erhalten und sich weiter entwickeln zu lassen. Daran messen wir Kulturpolitik.

Kulturpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie macht nicht vor anderen Politikfeldern halt: Rechtspolitik, Finanz- und Haushaltspolitik, Wirtschaftspolitik, Baupolitik – mit all diesen Bereichen etwa gibt es Überschneidungen, müssen im konkreten politischen Alltag Übereinstimmungen und Lösungen gefunden werden. Kein Fachpolitiker agiert allein. So haben wir Kulturpolitiker mit den Rechtspolitikern über den effektivsten Schutz des geistigen Eigentums bei der Novellierung des Urheberrechts verhandelt. Bei den Finanzpolitikern haben wir uns erfolgreich für die beste steuerliche Lösung für die Kulturförderung bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt. Mit den Kollegen aus der Wirtschaftspolitik haben wir eine fruchtbare und zielgerichtete Zusammenarbeit zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt. Mit den Baupolitikern diskutieren wir über den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. Der intensiven und kollegialen Kooperation mit den Haushaltspolitikern verdanken wir eine stete Steigerung des Kulturetats der Bundesregierung seit der Regierungsübernahme 2005. Ohne diese Vernetzung, ohne die konstruktiven Diskussionen und natürlich auch Auseinandersetzungen mit den anderen Sprechern der Fraktion könnten wir eine erfolgreiche Kulturpolitik nicht umsetzen. Das gilt auch für die Zielsetzung, die Kultur bei der Staatszielbestimmung zu berücksichtigen.

Kulturpolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu gestalten, ist eine ausgesprochen erfreuliche Aufgabe. Die Fraktionsführung, insbesondere unser Fraktionsvorsitzender Volker Kauder, MdB und der für uns zuständige Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Bosbach, MdB, haben nicht nur ein sensibles Auge und Ohr für die Kulturpolitik, sondern sind auch bereit zu handeln und verhandeln, wenn es darauf ankommt. Die Unterstützung der Fraktionsspitze, die wir Kulturpolitiker erfahren, ist ausgesprochen groß.

So gelang es, dem Thema „Kultur- bzw. Kreativwirtschaft“ einen hohen Stellenwert in der Gesamtfraktion zu verleihen. In der Vergangenheit eher am Rande behandelt, ist die Kulturwirtschaft durch das Engagement der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem der Top-Themen in der Kultur- und Wirtschaftspolitik geworden. Eine fraktionsoffene Sitzung mit namhaften Gästen verhalf zum Durchbruch und führte sowohl zu einer breit angelegten parlamentarischen Initiative als auch zu einer gründlichen Befassung auf Regierungsebene, sowohl beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien als auch im Bundeswirtschaftsministerium.

Die Zahlen sprechen für sich: Der Umsatz der Kulturwirtschaft liegt bei über 80 Milliarden Euro, mit einer Bruttowertschöpfung von 36 Milliarden Euro trägt sie 1,6% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei und mit rund 815.000 hat sie mehr Beschäftigte als das Kreditgewerbe (786.000) und fast ebenso viele wie der Fahrzeugbau (939.000). Kulturwirtschaft ist eine flächendeckende Boombranche, die sich in den letzten 20 Jahren so dynamisch wie kaum eine andere entwickelt hat.

aPuK_3_4.indd 71 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Ihre Potentiale sind aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Daher will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Kulturwirtschaft weiter stärken, um ihre großen Chancen noch besser zu nutzen. In Zeiten eines harten weltweiten Wettbewerbs werden nur die Länder bestehen, die die kreativsten Köpfe haben. Die Förderung von Kreativität ist daher auch eine Stärkung des Standorts Deutschland. Die Union wird dieses Thema weiter intensiv verfolgen. Die zahlreichen Nachfragen aus dem gesamten Kollegenkreis zeigen, dass Kulturwirtschaft ein Anliegen aller ist, nicht allein der Kulturpolitiker.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der Erinnerungspolitik. Wir nehmen diesen geschichtspolitischen Auftrag ernst. Dieser Auftrag umfasst ein breites Spektrum: Wir setzen uns dafür ein, dass beide Diktaturen, die die Geschichte Deutschlands im vergangenen Jahrhundert geprägt und so vielen Menschen Leid und Tod gebracht haben, in der Erinnerungspolitik angemessen berücksichtigt werden, so unvergleichlich sie in der Sache auch sind. Diese Vergangenheit hat uns eine besondere Verpflichtung für Gegenwart und Zukunft auferlegt: Historische Zusammenhänge sind darzustellen, Verantwortung ist zu übernehmen und wahrzunehmen, das Gedenken muss gestärkt werden, Mahnungen müssen offensichtlich und begreifbar sein. Wir wollen auch, dass es einen europäisch ausgerichteten Erinnerungsort für die Opfer gewaltsamer Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkriegs gibt. Das gesamte Erinnern und Gedenken ist nach unserem Verständnis Teil unserer Identität. Eine Nation ist immer gut beraten, in und mit ihrer ganzen Geschichte zu leben.

Daher wollen wir auch an die positiven Seiten unserer Geschichte erinnern. Denn Deutschlands Vergangenheit besteht nicht nur aus den Schrecken der NS-Terrorherrschaft und des SED-Unrechtsregimes. Unsere Geschichte kennt auch den starken Willen zur Freiheit. Die Vormärz-Revolution von 1848 gehört ebenso dazu wie die friedliche Revolution in der DDR, die letztlich zu einem der größten Glücksfälle unserer Geschichte geführt hat, der Wiedervereinigung unseres geteilten Landes. Die Erinnerung an das Streben nach Freiheit und Einheit gilt es wach zu halten und mit der Errichtung eines Freiheit- und Einheitsdenkmals zu einem Anliegen aller werden zu lassen, als Symbol einer lebendigen Demokratie.

Auch bei der Diskussion um eine angemessene und umfassende Erinnerungspolitik stehen wir Kulturpolitiker in einem regen und fruchtbaren Austausch mit der Fraktionsspitze und unseren Kollegen. Gedenken wird als gesellschaftliche Aufgabe aller verstanden, die spezielle Verantwortung in der Kulturpolitik anerkannt und respektiert.

Natürlich gehören noch viele andere Felder zu unserer Kulturpolitik: Stärkung des Filmstandorts und des Musikstandorts Deutschland, breit angelegte Kulturdenkmalschutzprogramme, Neugestaltung der Mitte unserer Hauptstadt und ihrer Museenlandschaft, aber auch eine genaue Austarierung der Berlinförderung seitens des Bundes, kulturelle Bildung und Unterstützung der Laienkultur, um nur einige Hinweise auf unser Arbeitsprogramm zu geben.

Unsere Erfolge in der Kulturpolitik wären aber nicht möglich ohne die intensive und zielgerichtete Zusammenarbeit mit unserem Fraktionskollegen, Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB, der bereits heute, ob von Kollegen oder auch Medien, als ein erfolgreicher Interessenvertreter der Kultur auf Seiten einer Bundesregierung bezeichnet wird. Wir haben das Glück, mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, MdB, einen der profiliertesten Kulturpolitiker der Union in unseren Reihen zu unseren Ansprechpartnern zu zählen. Und schließlich möchte ich die Gelegenheit nutzen, meinen Kollegen in der Arbeitsgruppe Kultur und Medien, insbesondere auch der Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Gitta Connemann, MdB, herzlich zu danken – für ihrer aller Einsatz, ihre Sachkenntnis und ihren Mut, auch unbequeme Defizite der Kulturpolitik auszusprechen und nachdrücklich zu vertreten.

aPuK_3_4.indd 72 16.03.2009 12:17:36 Uhr

Politik ist immer ein Gesamtkunstwerk. Ihre Zusammenstellung ist nicht wahllos, ihre Bestandteile ergänzen sich vielmehr zwingend. So verhält es sich auch in der Kulturpolitik. Für ihr Gelingen wird das Engagement aller gebraucht und doch wird – jedenfalls in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – ihre ganz eigene Geltung nie in Frage gestellt. Das gilt schließlich auch für die kulturpolitische Aussage von Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 30. November 2005: Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in ein lebenswertes Deutschland.

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 73 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Johanna Wanka

Kultur braucht Vielfalt in Freiheit – und Erinnerung. Sich der Gesamtheit unserer Geschichte aufrichtig stellen

Die Geschichte der Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland lehrt uns, dass sie ihre besten Zeiten immer dann hatte, wenn sie nicht von ideologischen und parteipolitischen Auseinandersetzungen geprägt war, sondern von einem großen Umfang an Gemeinsamkeiten der kulturpolitischen Akteure. Die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker gelten nicht zu Unrecht als ein „eigenes Völkchen" in der politischen Landschaft, weil bei ihnen der parteiübergreifende Konsens oftmals leichter zu erzielen ist, als wir das von anderen Politikfeldern gewöhnt sind. Es ist wohl die Kultur selbst – soweit sie eine Angelegenheit der Kulturpolitik ist – die diese besondere Sachorientierung des politischen Personals erzeugt, denn die Kultur lässt sich nur als Ausdruck von Vielfalt und als ständiges Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel verstehen. Zudem sind die Inhalte unseres kulturellen Lebens keine Gestaltungsaufgabe der Politik. Die Kulturpolitik hat dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Pflege des kulturellen Erbes und für die zeitgenössische Entwicklung des kulturellen Ausdrucks möglichst günstig sind und dem Verfassungsgebot der Freiheit der Kunst und – so in fast allen Landesverfassungen – der kulturellen Teilhabe gerecht werden. Diese Grundsätze gelten für alle, die kulturpolitische Verantwortung tragen.

Christlich-demokratische Kulturpolitik begründet sich einerseits in der Eigenlogik des künstlerischen Schaffens, also in deren Freiheit und andererseits in den lokalen Gemeinschaften der Bürgerinnen und Bürger, also in der Teilhabe. Dort entwickeln sich zum einen die zeitgenössischen Formen und Sprachen der Kunst und zum anderen die Basis kulturellen Interesses und kultureller Kompetenz. Den überörtlichen Gemeinschaften, bis hin zur staatlichen Ebene der Länder, kommt die Aufgabe zu, diese Impulse aufzunehmen und eine kohärente regionale und länderspezifische Profilierung der Kultur zu ermöglichen.

Die Länder sind auf Grund der Dichte der kulturellen Infrastruktur in Deutschland die geeignetste Ebene für die überörtliche Koordination kulturpolitischer Entwicklungen. Eine zentralstaatliche Wahrnehmung dieser Aufgabe würde den Bund allein wegen der Fülle überfordern und wäre auch deshalb zum Schaden der Kultur. Was aber nicht bedeutet, dass der Bund keine legitimen kulturpolitischen Aufgaben in gesamtstaatlicher Verantwortung hätte. Jedoch ist die kulturpolitische Verfassung in Deutschland auch ein Ergebnis der Erfahrung nationalsozialistischer Indienstnahme der Kultur für zentral gesteuerter Demagogie und Propaganda. Diese grundlegende Erfahrung der Gefährdung der Kultur ist zudem nachhaltig in der DDR bestätigt worden: Keine Freiheit im Sozialismus.

Christlich-demokratische Kulturpolitik schützt deshalb die Sphäre des kulturellen Ausdrucks in all ihrer Vielfalt vor freiheitsbeschränkenden Zumutungen. So ist die Kultur vor den Zumutungen ihrer Instrumentalisierung auch für vermeintlich noch so gute Zwecke aktiv zu schützen. Zugleich aber ist es Aufgabe der Kulturpolitik, die kulturelle Vielfalt als Entwicklungsressource für unsere Gesellschaft und – ja auch – für unsere Wirtschaft zur Wirkungskraft zu bringen. So ist die künstlerische Freiheit an kein Curriculum gebunden und muss ihre Wege und Abwege nur sich selbst verpflichtet gehen können. Zugleich aber muss die Kulturpolitik dafür Sorge tragen, dass die Vermittlung der Kunst der Teilhabe für alle offen steht und die künstlerischen Hervorbringungen als Ressource für die Bildung genutzt werden können. So bedarf die Kultur, und die Kunst im Besonderen, des Schutzes vor dem Druck der Ökonomisierung, der viele Bereiche unseres Lebens ergriffen hat. Zugleich aber muss die Kulturpolitik dafür sorgen, dass auch in den Kulturinstitutionen wirtschaftlich effizient gearbeitet wird und die Künstler in einen funktionierenden Markt eintreten und sich bewähren können. Kulturpolitik und Kulturwirtschaft

aPuK_3_4.indd 74 16.03.2009 12:17:37 Uhr

sind deshalb aus der Sicht der CDU gerade keine Gegensätze, sondern sich gegenseitig ergänzende und stärkende Sektoren unseres kulturellen Lebens, synergieschaffender Kooperation zwischen ihnen müssen bestärkt werden. Allerdings müssen wir uns davor hüten, beide Sphären zu verwechseln oder gleichzusetzen.

Kulturpolitik ist also Gradwanderung und Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker müssen der Kunst des Gradwanderns mächtig sein. Zwischen dem weiten Tal der künstlerischen Autonomie und dem der ebenso autonomen Artikulation des Publikumsinteresses ist der Weg oft schmal, so dass kulturpolitische Richtungsentscheidungen naturgemäß behutsam und nur mit viel Empathie für beide Seiten getroffen werden können. Darin mag substantiell die vergleichsweise hohe Konsensfähigkeit in der Kulturpolitik begründet sein. Die christlich-demokratische Kulturpolitik erhebt keinen Alleinvertretungsanspruch für die sich aus den beschriebenen Paradoxien ergebenen Notwendigkeiten hoher Sensibilität im Umgang mit der Kultur. Sie kann aber ein besonderes Maß an Geltung für sich in Anspruch nehmen. Denn im Zentrum christlich-demokratischer Kulturpolitik steht die unhintergehbare Verpflichtung zur Durchsetzung und Garantie kultureller Freiheit in Vielfalt.

Ein zentrales Feld der Kulturpolitik, dem sich die CDU in ganz besonderer Weise kulturpolitisch verpflichtet fühlt, ist die Erinnerungskultur, denn ohne ein tief greifendes Wissen über unsere Vergangenheit werden wir die Zukunft nicht bewältigen können. Der Denkmalschutz und die Denkmalpflege gehören zu den unablässigen Aufgaben geschichtsbewusster Kulturpolitik. Sie bieten die Garantie, gelebte Geschichte heute erfahrbar zu machen. Dabei ist moderne Nutzung historischer Bausubstanz kein Widerspruch, sondern eine zukunftsgestaltende Herausforderung, die die Kontinuität im Wandel verbürgt. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind deshalb keine Last, sondern eine große Chance.

Erinnerungskultur bedeutet, sich der Gesamtheit unserer Geschichte, von der ältesten bis zur jüngsten, aufrichtig zu stellen. Wie in keinem anderen Handlungsfeld muss die Kulturpolitik hierbei den engen Kontakt zur Fachwissenschaft suchen. Wissenschaft alleine genügt aber der Erinnerungskultur nicht. Aufgabe der Kulturpolitik ist es, die Vermittlung historischen Wissens über die Fachwissenschaft hinaus zu befördern und in den Bereichen der jüngeren Zeitgeschichte einen Ausgleich zwischen den wissenschaftlichen Befunden und den oftmals ganz anders motivierten Bedürfnissen von Erlebnisgenerationen und Betroffenen zu schaffen, insbesondere dann, wenn es sich um Opfer der Geschichte handelt.

Dies ist insbesondere im Umgang mit den zwei deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts unabdingbar. Ihre Voraussetzungen und Folgen, die von ihnen begangenen Verbrechen und ihre Machtstrukturen müssen wir allein schon um unserer Demokratie willen in steter Erinnerung behalten, aber ebenso sehr zur Ehre der Opfer. Der schwierige Weg der Aufarbeitung des Nationalsozialismus ist weit fortgeschritten und es darf dabei auch heute kein Nachlassen geben. Den Weg der Aufarbeitung der DDR-Diktatur haben wir erst begonnen. Nicht deshalb also, weil hier Gewichte verschoben werden sollen, schon gar nicht, weil Unrecht gegen Unrecht aufzurechnen sei, sondern weil die Zeit (spätestens jetzt) dafür reif ist, setzt sich die CDU dafür ein, die Geschichte der von Willkür geprägten DDR in den Fokus der Erinnerungskultur zu nehmen, um Verharmlosungen, die unsere Demokratie gefährden, entgegenzutreten und den Opfern ein Stück ihrer geraubten Würde zurückzugeben. Wobei es gerade für eine ostdeutsche Ministerin dringlich ist darauf hinzuweisen, dass so, wie die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus – entgegen der Propaganda der DDR – immer eine Angelegenheit aller Deutschen gewesen ist, auch die DDR-Diktatur nicht nur einen Teil unseres Volkes betrifft, sondern das Ganze.

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 75 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff

Kultur setzt das Schöpferische im Menschen frei. Kulturpolitik ist Kernaufgabe der NRW-Landespolitik

Wer wissen will, wohin er gehen soll, muss wissen, woher er kommt. Nur wer seine Geschichte und Tradition mit ihren Werten kennt und sich mit ihnen auseinandersetzt, nur wer sich auf seine eigene Kultur besinnt und sie pflegt, ist auch in der Lage, Werte und neue Ziele für die Zukunft zu formulieren.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sieht daher die Kulturpolitik als eine Kernaufgabe der Landespolitik:

- In der Epoche der neuen Unübersichtlichkeit (Habermas) muss ästhetische Erziehung als Einübung in einerseits Sehen und Wahrnehmen und andererseits neue Formen des Ausdrucks insgesamt wieder absolut erste Priorität haben. Heute stürmen an einem einzigen Tag mehr Informationen, also Bilder, Zeichen, Töne, auf uns ein als noch vor 150 Jahren auf einen durchschnittlichen Bürger in seinem ganzen Leben. Wir müssen wieder lernen, in unserer Wahrnehmung das Wichtige zu erkennen. Darauf sind wir nicht vorbereitet. Daher müssen wir uns mehr und mehr auf unsere eigene kulturelle Herkunft und deren „Weitergabe“ – sprich „Tradition“ – besinnen.
- Wir brauchen keine Eventkultur, sondern gleichzeitig den Mut für das Unerhörte. In einer Zeit, in der sich ein Event an das andere reiht und unsere Kultureinrichtungen ständig unter dem ökonomischen Druck stehen, genügend Besucherzahlen und damit Einnahmen zu generieren, müssen wir uns gerade in der öffentlich finanzierten Kultur wieder mehr darauf besinnen, worum es eigentlich geht: Neben der Bewahrung unseres kulturellen Gedächtnisses geht es vor allem auch um die Ermöglichung des Neuen, des Unerhörten, des womöglich Anstößigen, des Skandalösen. Nur dann wird auch das Schöpferische freigesetzt.
- In einem Land wie Nordrhein-Westfalen, in dem sich der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft wie in kaum einem anderen Land bemerkbar macht und strukturelle Veränderungen tiefgreifender Art erfordert, ist Kultur die unabdingbare Voraussetzung wirtschaftlichen Prosperierens und nicht etwa dessen angenehme Folge, auf die man verzichten kann, wenn der wirtschaftliche Erfolg ausbleibt. Ein Land, das so sehr auf Innovation angewiesen ist, braucht nichts nötiger als den schöpferischen Einfallsreichtum seiner Menschen. Diese schöpferische Kraft speist sich sowohl aus tief reichenden Schichten unserer kulturellen Substanz, als auch aus der Neugier, der Gewitztheit, der Fähigkeit Neues voraus zu denken und zu ahnen, ja aus der Frechheit und Kritikfähigkeit der aktuellen Kunstszene.

Kulturpolitik als Chefsache

Für unsere Landeskulturpolitik bedeutet das: Wo Kulturpolitik Kernaufgabe ist, muss sie Chefsache sein. Deshalb haben wir sie in die Staatskanzlei, also in das „Ministerium“ des Ministerpräsidenten geholt. Kultur wird damit zu einer Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts angeht. Ihre Bedeutung lässt sich an zwei Dingen festmachen: Es gibt in Nordrhein-Westfalen einen ausschließlich für die Kultur zuständigen Staatssekretär. Und: Der Kulturförderetat, der ihm zur Verfügung steht, wird sich bis zum Ende der Legislaturperiode verdoppelt haben. In der Zusammenarbeit mit den Ministerkollegen am Kabinettstisch wirkt die Kultur als Impulsgeber, die Ideen und Konzepte anregen und anstoßen soll. Das ist auch schon hervorragend gelungen.

Ein Beispiel dafür ist unsere Zusammenarbeit mit der Schulpolitik, wo wir kreative Impulse setzen konnten. Dahinter steht die Überzeugung, dass unsere Bildungspolitik vom rein kognitiven zu den äs-

aPuK_3_4.indd 76 16.03.2009 12:17:37 Uhr

thetischen Dimensionen unseres Wahrnehmungsvermögens vordringen muss. Es bedarf ästhetischer Bildung und Urteilskraft, um über die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit den großen Kunstwerken einen Zugang zu unserer Kultur zu finden. Deswegen investieren wir in die Kreativität unserer Kinder und Jugendlichen. Das ist eine Schlüsselqualifikation für die Zukunft.

Dazu gehört auch eine entsprechende Hochschul- und Innovationspolitik. Unsere Hochschulen sind Kultureinrichtungen par excellence. Das kulturelle Gedächtnis Europas hat hier seinen ausgezeichneten Ort. Sachwalter der Kultur sind in besonderem Maße die Geisteswissenschaften. Die Geisteswissenschaften müssen ihren Beitrag für ein angemessenes Selbst- und Werteverständnis des Menschen selbstbewusst leisten und hervorheben können. Sie dürfen nicht einer falsch verstandenen Ökonomisierung zum Opfer fallen. Eine herausragende Rolle bei der Entwicklung von Künstlerpersönlichkeiten spielen die Kunst- und Musikhochschulen. Sie sind eigenständige Einrichtungen. Deshalb erhalten sie jetzt wieder ein eigenes Kunsthochschulgesetz.

Auch die Integrationspolitik ist gefordert. Hier muss zusammen mit Kultur, mit Schule und anderen Ministerien darüber nachgedacht werden, wie man in den jeweiligen Bereichen Integrationspolitik neu betrachten, neu konzipieren und umsetzen kann.

Gemeinsam mit dem Bereich Städtebau sucht die Kultur nach Lösungen, wie wir bei der Neugestaltung ehemaliger Industriebrachen mit Architektur und Kunst Zeichen setzen können. Wir möchten Orte schaffen, in denen sich Kreativität entwickeln kann, in denen Wissenschaftler mit Künstlern und Wirtschaftsleuten zusammen arbeiten können. Dabei geht es auch um Lebensqualität unserer Städte: Menschen werden sich dort niederlassen, wo es sich leben und arbeiten lässt. Deshalb müssen wir gemeinsam mit Städteplanern, Investoren, Architekten, Denkmalschützern und unseren Bürgerinnen und Bürgern dafür sorgen, dass unsere Stadtbilder menschlich bleiben.

Zusammen mit dem Wirtschaftsministerium setzen wir auf kreative Ökonomie. Innovationen gibt es dort, wo sich die Kreativität der Menschen entfalten kann. Dabei spielen die mittelbar oder unmittelbar mit der Kultur verbundenen Wirtschaftsbereiche eine große Rolle: z.B. Medien, Film, Design, Architektur, Informationstechnologien, Verlagswesen. Wir starten einen Wettbewerb zur kreativen Ökonomie und betreiben eine entsprechende Marketing-Strategien, um Kultur in Verbindung mit der Kreativwirtschaft gezielt fördern zu können.

Schwerpunkte der Kulturpolitik

Daraus ergeben sich für unser Land weitere Schwerpunkte in der Kulturpolitik, wobei ich ein paar Bereiche exemplarisch herausgreife: Mit dem Programm „Kultur und Schule“ holen wir seit zwei Jahren Künstlerinnen und Künstler aller Sparten der Kultur in die Schulen. In diesem Bereich investieren wir mehr als vier Millionen Euro im laufenden Schuljahr. Etwa 1.100 Projekte mit 914 Künstlerinnen und Künstlern werden dabei gefördert. Besonders wichtig ist uns, dass wir an den Schulen alle Kinder und Jugendlichen unabhängigvon ihrer sozialen Herkunft erreichen. In diesen Kontext fügt sich auch das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, das im August dieses Jahres mit 34 Musikschulen an 223 Grundschulen im Ruhrgebiet mit gut 7.300 Kindern gestartet ist. Wir führen es gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes und der Zukunftsstiftung Bildung in der GLS Treuhand durch. Jedes Kind soll während der Grundschulzeit die Möglichkeit haben, ein Instrument seiner Wahl kennenzulernen und zu spielen. Das Programm wird in den nächsten Jahren weiter wachsen und bis zum Kulturhauptstadtjahr 2010 allen Grundschülerinnen und -schülern im Ruhrgebiet angeboten werden. Um der Nachhaltigkeit willen wird das Projekt über 2010 hinaus fortgeführt.

aPuK_3_4.indd 77 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Unsere kulturellen Einrichtungen, z.B. unsere Landestheater, kommunalen Theater und Museen, werden dann noch einmal speziell gefördert, wenn sie sich im Bereich der kulturellen Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen engagieren.

Mit unserem Schwerpunkt Substanzerhalt wollen wir dazu beitragen, das kulturelle Gedächtnis des Landes zu bewahren. In unseren Archiven, Magazinen und Depots lagern wertvollste Akten, die von persönlichen Schicksalen, regionalen Geschichten oder gar Ereignissen mit internationaler Bedeutung zeugen. Es geht dabei immer auch um unsere eigene Geschichte. Diese Geschichte ist durch Säurefraß bedroht, ja es besteht die Gefahr, dass diese kulturelle Substanz für immer verloren geht. Deshalb handeln wir jetzt. Gemeinsam mit den beiden Landschaftsverbänden (Westfalen-Lippe und Rheinland) sorgen wir dafür, dass pro Jahr mindestens 1 Million Blatt Papier durch maschinelle Entsäuerung gerettet werden.

Weiterer Bestandteil dieser Landesinitiative Substanzerhalt ist ein Programm, das Museen und Sammlungen bei den ebenfalls notwendigen Restaurierungsarbeiten an Gemälden und Skulpturen unterstützen soll.

Außerdem wollen wir mit einem eigenen Wettbewerb „Archiv und Jugend“ junge Menschen in die Archive holen. Sie sollen dazu ermutigt werden, die regionale Geschichte oder auch die Familiengeschichte als spannendes Kapitel zu entdecken, um ein Bewusstsein für Geschichte zu entwickeln.

Wenn wir also von der Verdopplung des Kulturhaushalts innerhalb der laufenden Legislaturperiode von 2005 bis 2010 reden, heißt eben nicht, dass mit der Gießkanne jedes Jahr 20 Prozent mehr übers Land gegossen werden. Das zusätzliche Geld dient der Profilierung der kulturellen Landschaft im Land Nordrhein-Westfalen.

Es gibt auf der Welt kaum eine andere Region, die so reich an kultureller Substanz ist wie Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es auf so engem Raum so viele Sammlungen, so viele öffentliche und private Museen, so viele Theater, Opernhäuser, Konzertsäle, Orchester und eine derart lebendige freie Kulturszene als in Nordrhein-Westfalen.

Dabei stammt unsere kulturelle Substanz nur zu einem geringeren Teil aus königlicher, fürstlicher bzw. adeliger Tradition, sondern von einem sich vor allem im 19. und 20. Jahrhundert emanzipierenden Bürgertum. Unser kultureller Reichtum wurde erarbeitet. Mit diesen Pfunden können und wollen wir wuchern.

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 78 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Jörg-Dieter Gauger

Kunst und Kultur verpflichtet. Die kulturpolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Hans Magnus Enzensberger hat 1988 einmal formuliert, der Dialog zwischen Kultur und Politik sei „eine urdeutsche Spezialität, unergiebig wie das Sauerkraut oder der Karneval zu Mainz". Das ist schon historisch zweifelhaft, denn diesen „Dialog" gab es zu allen Zeiten, wenn man dieses Spannungsverhältnis in der ganzen Breite seiner Möglichkeiten würdigt: Kunst und Kultur als Repräsentation, als Affirmation, als Seismograph, als Kompensation, als Kritik, als Bildungsgut. Und wozu sonst „Kulturpolitik"? Offensichtlich bedarf Politik der Kultur, aber auch Kunst und Kultur bedürfen der Politik, wenn man Kulturpolitik als den Versuch versteht, die Rahmenbedingungen für die freie Entfaltung von Kunst und Kultur möglichst optimal zu gestalten, zumal der Kultursektor („creative industries") auch als Wirtschaftsfaktor steigende Bedeutung gewinnt. Dazu bedarf es des Dialogs.

Die Beteiligung an der kulturpolitischen Debatte ist ausdrücklich in der Satzungsaufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eingeschlossen, Kunst und Kultur zu fördern. Die Grundsätze, die uns dabei leiten, lassen sich nachlesen in: J.-D. Gauger./G. Rüther, Kunst und Kultur verpflichtet (2006). Daraus nur ein Zitat: „Kunst und Kultur spiegeln die Ganzheitlichkeit menschlicher Existenz, verweisen auf Geheimnis und Nicht-Erklärbares, bilden ein Widerlager zur fortschreitenden Ökonomisierung der Lebensbezüge, verdeutlichen, dass Leben mehr ist als „Brot allein", verweisen auf die Ambivalenz der Fortschritts." Wenn es darum geht, die Zukunft Deutschlands und Europas zu gestalten, dann brauchen wir mehr als nur politische Lösungsvorschläge, mehr als nur einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, mehr als nur technologischen Fortschritt. Eine wahrhaft humane Zukunft kann es nur geben, wenn wir das existentielle Bedürfnis des Menschen nach Lebenssinn ernstnehmen. Neben der Religion sind Literatur und Kunst bedeutende Sinnstifter unserer Zeit. Eine zukunftsfähige Kulturpolitik muss diese sinnvermittelnde und wertorientierende Aufgabe der Literatur und der Kunst in Rechnung stellen und auch als politischen Auftrag verstehen. Daher ist für eine an christlichen Werten orientierte politische Stiftung der Dialog mit der Kultur auf verschiedenen Ebenen geradezu gefordert, sowohl auf der kulturpolitischen Ebene im engeren Sinne als auch auf der Ebene konkreter Förderung von Kunst und Kultur und sichtbarer Präsenz in der Kulturszene. Erstere konzentriert sich im Bereich „Politische Bildung" (Eichholz) auf intensiv nachgefragte Themenseminare zur kommunalen Kulturpolitik, die auch die Kulturwirtschaft einbeziehen (2006 erschien: M. Söndermann, Kulturwirtschaft. Das unentdeckte Kapital der Kommunen und Regionen), in der Abteilung Kultur (Berlin) auf die jährliche Musikfachtagung mit einem musikwirtschaftlichen Schwerpunkt, das ebenfalls jährliche Denkmalforum und vor allem auf das jetzt 7. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden der KAS und Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, der auch als Herausgeber und Mitautor zweier Kompendien zur Kulturpolitik hervorgetreten ist (Alles nur Theater? Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft [2004]; Verfassung, Patriotismus, Leitkultur: was unsere Gesellschaft zusammenhält [2006]).

Im Jahr 2001 initiiert und organisatorisch angebunden an die Hauptabteilung „Politik und Beratung" hat das Potsdamer Gespräch als offenes, daher auch der parteiübergreifenden Konsensbildung unter den Kulturpolitikern dienendes Diskussionsforum zum Ziel, Künstler und Repräsentanten führender Kulturreinrichtungen und -verbände mit Politikern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu einem jeweils aktuellen Schwerpunktthema zusammenzuführen und damit eine ebenfalls aktuelle Übersicht über Tendenzen der Kulturpolitik in Bund, Ländern und Kommunen zu verbinden. Dabei reicht das Themenspektrum von Kulturföderalismus, Urheber- und Stiftungsrecht (2001; u.a. mit Julian Nida-Rümelin und Hans Joachim Meyer) über den Sinn und Nutzen von Kulturfestivals (2002; u.a.

aPuK_3_4.indd 79 16.03.2009 12:17:37 Uhr

mit Gérard Mortier und Joachim Sartorius), die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2003; u.a. mit Gitta Connemann), Kulturpolitik in den neuen Ländern (u.a. mit Johanna Wanka), kulturelle Bildung (u.a. mit Annette Schavan), über die Lage der Museen (2005; u.a. mit Peter-Klaus Schuster und Peter Raue) bis hin zur Auswärtigen Kulturpolitik (2006; u.a. mit Wilfried Grolig und Hans-Georg Knopp); die Gesprächsrunde zu jeweils aktuellen kulturpolitischen Entwicklungen wird von profilierten Kulturpolitikern wie dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, bestritten. Einen inhaltlichen Eindruck vermittelt die Broschüre „Erinnerungskultur“ (Hg. Norbert Lammert, 2004), die mit Beiträgen unter anderem von Bernhard Vogel, Christian Meier, Hermann Schäfer, Richard Schröder, Günter Nooke und Jörg Schönbohm das 4. Potsdamer Gespräch (2004) zusammenfasst. Im Rahmen der bildungspolitischen Arbeit der KAS, die sich ebenfalls an einem ein ganzheitlichpersonalen Ansatz orientiert, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Kulturellen Bildung am Beispiel des Musikunterrichts, für den ein „Kerncurriculum“ vorgelegt wurde (s. J.-D. Gauger [Hg.], Bildung der Persönlichkeit, 2006), das eine intensive Debatte über Ziel und „Kanonbildung“ für die Schule auslöste; diese Diskussion wird weitergeführt. In diesen Kontext gehört auch die zusammen mit der UNESCO-Kommission publizierte Schrift „Kulturelle Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Hg. A. Leicht/J. Plum, 2007; mit Beiträgen u.a. von Max Fuchs und Gerhard de Haan).

Flankiert werden kulturpolitische Maßnahmen durch eine Fülle weiterer Aktivitäten, die den Dialog zwischen Politik und Kultur vertiefen sollen, durch eine Förderpolitik im Bereich unserer Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur, die ausdrücklich junge Nachwuchskünstler unterstützt, durch ein eigenes Stipendienprogramm (EHF, Else-Heiliger-Fonds) für die Unterstützung bedürftiger Künstler mit einem Schwerpunkt auf der bildenden Kunst, das 2009 in ein bürgerschaftlich motiviertes Trustee-Programm EHF 2010 überführt wird, durch eine Fülle von Ausstellungen (Berlin), durch internationale Kulturabende (u.a. mit den USA, Israel, nordischen Staaten), durch die Förderung von Literatur durch einen jährlich vergebenen Literaturpreis (Weimar; Publikation der Reden in jährlicher Dokumentation 1993-2007), in Werkstätten mit Stipendiaten und Literaten in Cadenabbia (die Beiträge von über 20 Schriftstellern sind gesammelt in der Anthologie „Cadenabbia als literarischer Ort“ (Hg. Bernhard Vogel, 2006). Zwei internationale Tagungsreihen befassen sich mit dem europäischen Kultur- und Literaturdialog (Österreichische, Niederländische, Französische und Schweizer Gegenwartsliteratur, 2002-2005; Europa im Wandel. Literatur, Werte, europäische Identität, 2002-2007: publizierte Tagungen in Prag, Danzig, Budapest, Riga) und einer Soirée-Reihe (Hommage) die aus den unterschiedlichen Kultursparten herausragende Persönlichkeiten (u.a. Adolf Muschg, Jutta Lampe, Günther Uecker) ehrt. Mit ihrer Arbeit will die Konrad-Adenauer-Stiftung zugleich auch einen Beitrag dazu leisten, dass die Kulturpolitik der christlichen Demokratie sich ihrer Leistung entsprechend präsentiert, die sie entgegen mancher, auch bewusst gepflegter Vorurteile im Vergleich vorzuweisen hat; daher wurde 2004 eine eigene Tagung der Kulturpolitik der Ära Kohl gewidmet; die Beiträge u. a. von Norbert Lammert, Anton Pfeifer und Oscar Schneider wurden in den „Historisch-Politischen Mitteilungen 12/2005 publiziert; dem aktuellen Austausch dient die seit 1996 mindestens einmal jährlich erscheinende „Kulturpolitische Umschau/Im Gespräch“ (v.a. über Internet verbreitet), die kulturpolitische Initiativen mit einer intensiven Presseauswertung verbindet (verantwortlich: Jörg-Dieter Gauger).

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 80 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Hans-Jörg Clement

EHF 2010 – Fortsetzung eines Erfolgsprogramms. Seit 1994 vergibt der Else-Heiliger Fonds (EHF) Stipendien an Künstler

Die Förderung von Kunst und Kultur ist Satzungsaufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie fühlt sich dem Gebot von der Freiheit der Kunst verpflichtet und glaubt an deren identitätsstiftende Wirkung und seismographisches Potenzial: Kunst und Kultur geben Auskunft über Prozesse, die sich erst subkutan vollziehen, sie dokumentieren und reflektieren Lebensformen und -entwürfe und eröffnen dadurch phantasievolle und kreative Blickwinkel auf diese Welt. Die Arbeit der Stiftung – und die Politik insgesamt – profitiert von einem so initiierten kontroversen Dialog, der streitbare und streitwerte Positionen vorstellt und diskutiert. Kunst und Kultur haben eine gesellschaftspolitische Dimension, die in einer verantwortungsvollen politischen Bildungsarbeit berücksichtigt werden muss.

Der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es ein besonderes Anliegen, diesen Aspekt mit der Idee des bürgerschaftlichen Engagements zu verbinden. Sie trägt diesem Gedanken mit einer Künstlerförderung Rechnung, die den Stipendiaten fördert und begleitet, den interdisziplinären Austausch zwischen Bildender Kunst, Literatur und zeitgenössischer Komposition stärkt und sich nicht auf die finanzielle Zuwendung beschränkt. Die Stipendiaten haben die Möglichkeit, in Programme der Konrad-Adenauer-Stiftung eingebunden zu werden, die das Gespräch zwischen Politik und Kultur anvisieren. Auch nach Ablauf des Stipendiums bemüht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Rahmen einer Nachbetreuung um die Vermittlung der Geförderten in Projekte, Galerien, Ausstellungen und Verlage.

Im September 1993 verstarb Else Heiliger im Alter von 91 Jahren. Schon zehn Jahre zuvor hatte die Aachener Bürgerin entschieden, die KAS zur Alleinerbin ihres Vermögens zu machen, um damit besonders befähigte und bedürftige Künstler und Künstlerinnen zu unterstützen. Die KAS ist diesem Auftrag nachgekommen und hat den Nachlasserlös als Sondervermögen angelegt, einen Fonds eingerichtet und ihm den Namen der Stifterin gegeben. Seit 1994 erstmals aus dem Else-Heiliger-Fonds (EHF) Stipendien an Künstler und Schriftsteller vergeben wurden, sind die drei Buchstaben zu einem Gütesiegel geworden, das bereits beginnt, internationale Wirkung zu entfalten.

Else Heiliger verfügte eine zeitnahe Verwendung ihres Vermögens. Um das renommierte Künstlerstipendium über das Jahr 2009 hinaus zu sichern und die Idee des bürgerschaftlichen Engagements für die Kunst weiter zu tragen, wurde das Trustee-Programm EHF 2010 ins Leben gerufen. Bürgerschaftlich engagierte Trustees haben mit Einlagen den nahtlosen Fortbestand des Stipendienprogramms ab 2010 gesichert. Zusätzlich haben sich ehemalige Träger des EHF-Stipendiums in außergewöhnlichen Benefitausstellungen am Trustee-Programm beteiligt. EHF 2010 setzt sein Schwergewicht auf die Bildende Kunst, vergibt aber auch zwei Stipendien in den Bereichen Literatur, eines für Komposition und eines in der Sparte Tanz. Viele der jungen deutschen Kunststars wurden frühzeitig durch EHF unterstützt, darunter Jorinde Voigt, Henning Kles, Martin Dammann, Albrecht Schäfer, Nezaket Ekici, Veronica Kellndorfer, Christian Hahn, Michael Kalki und Ruprecht von Kaufmann. Die Kunstausstellungen der KAS gehören inzwischen zum festen Kulturkalender der Hauptstadt – wie sich insgesamt das Kulturprogramm mit den Schwerpunkten Bildende Kunst und Literatur als ein Aushängeschild der Stiftung erwiesen hat, auf das sie stolz ist.

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 81 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Gabriele Schulz

Geschichtsverliebt – geschichtsvergessen? Das Geheimnis der Kulturpolitik der Union. Ein Kommentar

Wer seine politische Sozialisation Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts erlebte, dem wird in Erinnerung bleiben, wie Bundeskanzler Kohl von der mächtigen Wirkung der Geschichte, ausgesprochen im unverwechselbaren Pfälzer Idiom, sprach. Mit den Jahren immer rührseliger werdend, wurde von Bundeskanzler Kohl die Geschichte beschworen als Grund für den europäischen Einigungsprozess, musste sie herhalten für die Wiedervereinigung und wurde schließlich abgelegt und wohlsortiert dem Deutschen Historischen Museum und dem Haus der Geschichte überantwortet. Über all dem waberte der Begriff der geistig-moralischen Wende. Eine Wende wurde tatsächlich vollzogen, eine Wende, die einherging mit einer stärkeren Ökonomisierung, mit einer Entwertung der Geisteswissenschaften, mit einem utilitaristischen Denken – ein Widerspruch zum Anspruch der geistigmoralischen Wende? Oder war dieser Begriff letztlich nur eine Worthülse?

Betrachtet man die Kulturpolitik der Ära Kohl nüchtern und ohne den verbrämenden Überbau wird deutlich, dass nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Bundeskulturpolitik eine Aufwertung erfuhr wie kaum zuvor. Im Einigungsvertrag, ausgehandelt vom auch für Kultur zuständigen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, wurde in Artikel 35 zugesichert, dass die Kultur in den neuen Ländern keinen Schaden nehmen darf. Dieser Artikel bot und bietet nach wie vor die Grundlage für die Förderpolitik des Bundes in Ostdeutschland. In den 90er Jahren hat der Bund Aufgaben in der Kulturförderpolitik in Ostdeutschland übernommen, die während der Regierung Schröder jeden CDU-Ministerpräsidenten mindestens vor das Bundesverfassungsgericht hätte ziehen lassen. Die Stadt Bonn erhielt, so lange sie noch Sitz von Regierung und Parlament war, eine Kulturförderung, die alle anderen Kommunen hätte erblassen lassen müssen, galt es doch den dort ansässigen Beamten und ihren Familien sowie den Angehörigen der Botschaften ein Kulturprogramm von Weltniveau – und dieses in einer mittleren Großstadt – zu bieten. Nach der Bundestagsentscheidung, den Sitz des Parlaments und von Teilen der Regierung nach Berlin zu verlegen, wurden Bonn und die Region – auch in der Kulturförderung – großzügig entschädigt. Die Bundeskunsthalle und das Haus der Geschichte in Bonn sind in Stein geronnene Erinnerung der Kulturförderpolitik der Ära Kohl. Die Künstlersozialversicherung – im Jahr 1983 der ersten Legislaturperiode der Regierung Kohl, ihre Tätigkeit aufnehmend – konnte ihre Arbeit machen, Vorstöße des Bundesrechnungshofes, den Bundeszuschuss abzusenken, wurden abgewehrt. Die Gründung von Bundeskulturverbänden wurde unterstützt, wenn nicht gar forciert. Die Zusage zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin wurde höchstselbst vom Bundeskanzler ausgesprochen, der sich auch kräftig in die Gestaltung einmischen wollte. Die Kulturförderfonds wurden ins Leben gerufen. Aus der Taube Deutsche Nationalstiftung wurde immerhin der Spatz Kulturstiftung der Länder, zur Hälfte finanziert vom Bund. Vorschläge aus dem Haus von Finanzminister Waigel, an der Kulturförderung des Bundes zu sparen, wurden vom Tisch gefegt. Der Sponsoring-Erlass wurde bei einer Karnevalssitzung en passent zwischen Finanzminister Theo Waigel und dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates August Everding für die Kultur passig gemacht. Bundeskanzler Kohl hielt seine letzte kulturpolitische Rede im Deutschen Bundestag zu einer avisierten Reform des Stiftungsrechts und begründete diese Reform kulturpolitisch. Und und und. All dieses wurde klug und unauffällig vom Bundesministerium des Innern, hier besonders von den Abteilungsleitern Kultur, und vom Bundeskanzleramt, besonders von Staatsminister Anton Pfeifer, gesteuert. Die Arbeit wurde von den Unions-Abgeordneten des Deutschen Bundestags unterstützt. Im Bereich der kulturellen Bildung setzten die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bundesbildungsministerium Anton Pfeifer, Norbert Lammert und Bernd Neumann ihre Akzente. Die Staatliche Ballettschule in Berlin wurde in eine neue Struktur überführt, ein großes Weiterbildungsprogramm für Künstler und Mitarbeiter der kulturellen

aPuK_3_4.indd 82 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Bildung in Ostdeutschland wurde in den neunziger Jahren aufgelegt. Bereits in den achtziger Jahren wurden die neu entstehenden Strukturen der kulturellen Bildung durch Modellvorhaben des Bundes unterstützt. Wer dazu gehörte, wurde finanziell bedacht. Man könnte es auch den kölschen Klüngel in Bonn nennen.

Dies alles geschah, ohne dass es an die große Glocke gehängt wurde und auch die Länder beschwerten sich nicht, schließlich hätten sie ansonsten in vielen Fällen die Finanzierung von Einrichtungen oder Projekten übernehmen müssen. In den Antworten der CDU auf die Fragen des Deutschen Kulturrates zur Bundestagswahl 1998 breitete die CDU erstmals aus, welche Aufgaben in der Kulturpolitik sie in den vergangenen Jahren übernommen hatte und welche Vorhaben sie plante. Dies alles nützte ihr wenig, der charismatische, designierte Kulturstaatsminister Michael Naumann fegte über diese verdienstvolle Kärrnerarbeit hinweg. Er repräsentierte den intellektuellen Diskurs und die Auseinandersetzung mit der Geschichte, die von der Union – und speziell ihrem Kanzler dem Historiker Helmut Kohl – eingefordert wurde. Die Revision der Erinnerungskultur war daher eines der ersten großen Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung. Naumann stand auch für den Glanz und Glamour des Kulturbereiches. Anders als Innenminister Kanther, der bei der Vergabe der deutschen Filmpreise stets etwas deplaziert wirkte und sich sichtlich unwohl fühlte, wurde Naumann abgenommen, dass er ein kunstsinniger Mensch ist. Weggefegt wurde auch der klammheimliche Konsens zwischen Bund und Ländern, dass der Bund im Kulturbereich fördert, so lange alle Länder angemessen bedacht werden und dass der Bund auf europäischer Ebene die Stimme erhebt, so lange die Fassade des Prä der Länder aufrechterhalten wird. Die Bundeskulturpolitik der rot-grünen Bundesregierung war vielleicht auch wegen der Aufkündigung dieses stillen Konsenses durch so viele Aufgeregtheiten geprägt.

In einer unionsgeführten Bundesregierung werden heute wieder ruhige Fahrwasser betreten. Ganz selbstverständlich nimmt Kulturstaatsminister Bernd Neumann die Vertretung der deutschen Interessen im EU-Kulturministerrat wahr, obwohl nach der Föderalismusreform I die Länder in vielen Punkten am Zuge wären. Die Kulturminister der unionsgeführten Länder unternehmen keinerlei sichtbare Versuche sich in die EU-Kulturpolitik des Bundes massiv einzumischen. Der Etat von Kulturstaatsminister Neumann steigt im Jahr 2008 voraussichtlich das dritte Jahr in Folge. Die Kulturstiftung des Bundes konnte mit „Jedem Kind ein Instrument“ ein Projekt lancieren, das zu rot-grünen Zeiten den Aufschrei der Länder provoziert hätte. Und selbst die harten Auseinandersetzungen um das umstrittene sichtbare Zeichen der Erinnerung an Flucht und Vertreibung sind verstummt. Ruhig, bedächtig, Anregungen von vielen Seiten aufnehmend hat Kulturstaatsminister Neumann sein Gedenkstättenkonzept dem Parlament zur Diskussion vorgelegt und da liegt es nun. Und selbst die emotional geführte Debatte um die Leitkultur erscheint in einem anderen Licht, wenn der Stellvertretende Vorsitzende der CDU, Christian Wulff, in dieser Zeitung schreibt: „Sie (die Leitkultur) umfasst die Grundwerte des Grundgesetzes und die Verantwortung aus der Geschichte.“ Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ist Leitkultur also doch nichts Anderes als Verfassungspatriotismus?

Was ist das Geheimnis der Kulturpolitik der CDU? Ist sie revisionistisch? Ein Eindruck, der entstehenden könnte, liest man die vielen Einlassungen in den Beiträgen der Unionspolitiker in dieser Ausgabe von *politik und kultur.* Nein, dass ist sie nicht, sie nimmt zu den Vertriebenen lediglich ein inzwischen abgelagertes Desiderat der historischen Auseinandersetzung auf. Kurz bevor die letzte Generation derer verstirbt, die Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben, und jeder geneigt ist, dieser Generation einen Erinnerungsort zu geben, wird das Thema angefasst. Ist sie geschichtsverliebt, weil so viel von Erinnerungskultur die Rede ist? Nein, die Erinnerungskultur ist ein Transmissionsriemen für Intellektualität. Ist sie geschichtsvergessen, weil die Leistungen der Ära Kohl nicht hervorgehoben und die jetzigen Erfolge eher bescheiden vorgetragen werden? Nein, sie ist nur geschickt, das stille Wirken ruft keine Neider hervor. Ist sie kunstfern? Nein, denn betrachtet man die Arbeit der Konrad-

aPuK_3_4.indd 83 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Adenauer-Stiftung, so ist Künstlerförderung ein konstitutives Merkmal. Ist sie von Ideen geleitet? Nein, die Kulturpolitik der CDU ist vor allem pragmatisch, es werden Themen aufgegriffen die en vogue sind, wie z.B. aktuell die Kulturwirtschaftsdiskussion. Und ansonsten werden mit „ruhiger Hand“ ohne viele Auseinandersetzungen Fakten geschaffen, an denen hinterher niemand mehr vorbeikommt. Und hierbei ist die Union sehr erfolgreich.

Zuerst erschienen in politik und kultur November – Dezember 2007

aPuK_3_4.indd 84 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Kultur im Grundsatzprogramm der CDU. Freiheit und Sicherheit Grundsätze für Deutschland (2007)

Das Grundsatzprogramm der CDU wurde beim CDU-Parteitag vom 03.12. bis 04.12.2007 in Stuttgart verabschiedet. Im Folgenden wird das Kulturkapitel des Grundsatzprogramms dokumentiert.

IV. Bildungs- und Kulturnation Deutschland – Antworten auf die Wissensgesellschaft

3. Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit
Deutschland ist eine europäische Kulturnation, geprägt vor allem durch die christlichjüdische Tradition und die Aufklärung. Kunst und Kultur formen nicht nur die Identität des Einzelnen, sondern auch die unserer ganzen Nation. Wir wollen das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren, das geprägt ist durch die Vielfalt seiner Länder und Regionen.

Kulturelle Vielfalt gehört zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft, trägt zur Lebensqualität in Deutschland bei und fördert die Bereitschaft, Neues zu wagen. Unser kulturelles Leitbild ist ein weltoffenes Deutschland, das auf der Grundlage seiner Traditionen aufgeschlossen ist für die Begegnung mit anderen Kulturen. Die kulturelle Vitalität und Attraktivität Deutschlands beruht bis heute auch auf dem Austausch mit anderen Völkern und Kulturen.

Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Staat und Politik sind nicht für die Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Kunst ist eine besondere Form der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie lebt von Neugier und Wagnis. Die Stärkung kreativer Potenziale ist entscheidend auch für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Kulturwirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die CDU bekennt sich zur Förderung von Kunst und Kultur als herausragende öffentliche Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Das gilt für die Bewahrung des kulturellen Erbes ebenso wie für die Förderung der zeitgenössischen Kunst. Hierzu zählen künstlerische Spitzenleistungen ebenso wie die Breitenkultur, tradierte ebenso wie populäre Ausdrucksmöglichkeiten sowie Beiträge der Vertriebenen, der Spätaussiedler und von Zuwanderern. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement in der Kulturförderung unersetzlich. Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessern.

Lebendige Erinnerung ist Teil unserer Kultur und umfasst für uns die gesamte deutsche Geschichte mit allen Höhen und Tiefen.

Prägend für die Bundesrepublik Deutschland sind die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere die Singularität des Holocausts. Einen besonderen Rang besitzt auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Herausragende Bedeutung kommt der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 und der Wiedervereinigung zu. Die Geschichte des Kommunismus in der DDR ist nicht lediglich ein ostdeutsches Ereignis, sondern – wie die Geschichte des Nationalsozialismus – Teil der deutschen Nationalgeschichte wie der europäischen Geschichte.

Das gilt auch für das Schicksal der Heimatvertriebenen. Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir

aPuK_3_4.indd 85 16.03.2009 12:17:37 Uhr

die großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen.

Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens- und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen Aufbauleistungen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Dazu gehört insbesondere die Ablehnung jeglicher Form von totalitären und diktatorischen Systemen. Vor allem Bildung und Wissenschaft, Literatur und Kunst sind aufgerufen, zum Bewusstsein und zur Auseinandersetzung mit der ganzen deutschen Geschichte beizutragen.

Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Kulturelle Bildung ist unerlässlich, um dem Einzelnen zu helfen, seine Persönlichkeit zu entfalten und an Demokratie und Gesellschaft teilzuhaben. Die kulturelle Dimension ist eine wesentliche Voraussetzung zur Vermittlung von Orientierung und Wissen. Insbesondere junge Menschen müssen frühzeitig an Kunst und Kultur herangeführt werden. Nur so können in Zukunft Angebot und Nachfrage für künstlerische Berufe und Kultureinrichtungen nachwachsen. Kulturelle Bildung muss in der Familie beginnen und darf mit der Schule nicht aufhören. Für die CDU ist kulturelle Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten und geförderten Bildungssystems.

Die deutsche Sprache ist mehr als ein Mittel der Verständigung. Sie ist ein herausragendes Merkmal der Kultur unseres Landes und ein die Gesellschaft einigendes Band. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung für den sorgfältigen und behutsamen Umgang mit der deutschen Sprache.

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik dient der Vermittlung deutscher Sprache und Kultur und soll den Dialog der Kulturen der Welt ebenso fördern wie die Demokratie und Menschenrechte. Die Arbeit von Auslandsschulen und Wissenschaftseinrichtungen sowie kultureller Mittlerorganisationen für ein authentisches Bild unseres Landes im Ausland muss gestärkt werden. Auswärtige Kulturpolitik fördert das Ansehen Deutschlands in der Welt und die Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen internationalen Partnern auch im wirtschaftlichen Bereich.

Freie Medien sind ein wesentliches Element unserer demokratischen Ordnung, ein besonders schützenswertes Kulturgut und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit einer herausgehobenen Verantwortung. In einer sich schnell wandelnden Medienwelt kommt es vor allem auf die Sicherung der Vielfalt und Qualität der Medieninhalte, aber auch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Medienanbieter an. Im Interesse der Unabhängigkeit der Medien wie der Politik lehnen wir eine unmittelbare oder mittelbare finanzielle Beteiligung von politischen Parteien an Medien und Medienunternehmen ab.

Zur Vielfalt der Medienangebote gehört auch das bewährte duale System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. Medienpolitik muss dafür sorgen, dass ein fairer Wettbewerb stattfinden kann, der beiden Systemen angemessene Entwicklungschancen gewährt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss vor allem eine Grundversorgung mit Bildung, Kultur und Information gewährleisten. Er ist damit Kulturförderer und Kulturproduzent zugleich. Ihm kommt ebenso eine besondere Verantwortung für die Integration und Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Lebenswirklichkeit zu.

Medienanbieter und Journalisten sind angesichts ihrer besonderen Einflussmöglichkeiten in hohem Maße mitverantwortlich für das gesellschaftliche und kulturelle Leben sowie für die politische

aPuK_3_4.indd 86 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Bildung. Die Vermittlung einer grundlegenden Medienkompetenz als Orientierungshilfe gehört zum Bildungs- und Erziehungsauftrag von Familie, Kindergarten und Schule. Medienanbieter haben eine Verantwortung vor allem gegenüber jungen Menschen. Dieser müssen sie auch durch entsprechende Selbstverpflichtungen gerecht werden. Der Jugendschutz muss für die jeweiligen Altersstufen stetig weiterentwickelt, seine Maßstäbe präziser gesetzt und Verstöße spürbar geahndet werden.

aPuK_3_4.indd 87 16.03.2009 12:17:37 Uhr

Kultur im Grundsatzprogramm der CDU. Freiheit in Verantwortung (1994)

Das Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit in Verantwortung" wurde beim Parteitag 21. bis 23.02.1994 in Hamburg verabschiedet. In diesem Grundsatzprogramm werden kultur- und medienpolitische Grundaussagen in folgenden Kapiteln getroffen: Im Kapitel „Unsere Kultur – Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit" finden sich Aussagen zur Medienpolitik sowie zur Freiheit der Kunst. Im Kapitel „Unsere Verantwortung für die eine Welt" wird auf die Auswärtige Kulturpolitik sowie die Förderung deutscher Minderheiten im Ausland eingegangen. Im Folgenden werden die entsprechenden Abschnitte dokumentiert.

Medien – Freiheit in Verantwortung wahrnehmen
Wir treten für die Freiheit und Vielfalt der Medien ein. Freie Medien ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und tragen durch einen verantwortlichen Gebrauch der Pressefreiheit zur wirksamen Kontrolle staatlicher Macht bei. Sie wirken mehr denn je zuvor auf die Meinungsbildung ein. Die Medien sind selbst ein politischer Faktor und tragen angesichts ihrer vielfältigen Einflussmöglichkeiten ein hohes Maß an Verantwortung für unser Gemeinwesen. Dieser Bedeutung müssen sie im Umgang mit Informationen und in der Art ihrer Vermittlung gerecht werden.

Freiheit und Unabhängigkeit gelten gleichermaßen für die gedruckten wie für die elektronischen Medien. Das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit ist ein konstituierendes Element der Demokratie. Zu dieser Freiheit gehört die Verantwortung; der Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere des Persönlichkeitsschutzes, sowie der Rücksichtnahme auf sittliche, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Unser Land hat die Pflicht, sich dem weltweit gewachsenen Interesse an Deutschland, seiner Sprache und Kultur zu stellen. Deshalb treten wir dafür ein, die Informationen über Deutschland zu verstärken.

Freiheit und Unabhängigkeit bestimmen die privatwirtschaftliche Organisationsform der gedruckten Medien wie Zeitung, Zeitschrift und Buch. Wir lehnen Aushöhlungen des Tendenzschutzes ebenso ab wie die Beeinträchtigung der bestehenden publizistischen Freiheit.

- Wir setzen uns für die Einführung medienkundlicher Unterrichtsinhalte an den Schulen ein. Zu einem wirksamen Jugendschutz gehört eine qualifizierte Medienerziehung bereits vom Kindergartenalter an. Ziel ist, dass der einzelne den eigenverantwortlichen Umgang mit den Medien lernt und ihre positiven Impulse nutzen kann.

Wir wenden uns gegen eine verharmlosende und immer hemmungslosere Darstellung von Gewalt in Massenmedien, in Videofilmen und Computerspielen, gegen Pornographie sowie entwürdigende Darstellungen in der Werbung. Vor allem bei Kindersendungen muss auf Gewaltdarstellungen verzichtet werden. Wir fordern die Verantwortlichen im Bereich der Medien auf, sich einer wirksamen freiwilligen Selbstkontrolle, die bestehende Aufsichtsgremien ergänzt, zu unterziehen. Darüber hinaus sind alle Aufsichtsmöglichkeiten auszuschöpfen, die sowohl für den öffentlich-rechtlichen als auch für den privaten Rundfunk vorhanden sind. Entsprechend ihrer Verantwortung muss die Ausbildung in journalistischen und anderen Medienberufen hochwertig sein. Einer auf den Dienst am Menschen bezogenen Medienethik ist in der Aus- und Fortbildung ein erhöhter Stellenwert beizumessen.

- Wir treten für die Beibehaltung des dualen Systems von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ein. Unverzichtbare Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es, seiner besonderen kulturellen, föderalen und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und dadurch einen Beitrag für die Qualität unserer Medienkultur zu leisten. Zur Erfüllung dieses Auftrages ist

aPuK_3_4.indd 88 16.03.2009 12:17:37 Uhr

nicht die Beibehaltung der Vielzahl von öffentlich-rechtlichen Sendern und Programmen notwendig, sondern mehr Wirtschaftlichkeit und die Bereitschaft zur Reform durch effiziente und kostengünstige Organisationsformen.

Private Sender stehen ebenso in der Verantwortung für die Demokratie. Wir sind für ein plurales Angebot und lehnen deshalb jede Form von Übermacht in Druck- und elektronischen Medien ab. Wir wenden uns gegen Medienkonzentrationen im nationalen und internationalen Bereich, welche die Pluralität der Meinungen und den Erhalt des Wettbewerbs gefährden. Neue technische Entwicklungen werden bei den elektronischen Medien die Programmangebote in Zukunft noch vergrößern. Der Satellitenrundfunk überwindet Ländergrenzen, lässt die Welt enger zusammenkommen und führt zu einem erhöhten Wettbewerb auf internationaler wie europäischer Ebene. Diese Entwicklung enthält Chancen, aber auch Gefahren. Der gemeinsame europäische Markt für Rundfunk-, Fernseh- und neue Informationssysteme muss durch das Prinzip des freien Informationsflusses und der wechselseitigen Anerkennung von Sende- und Einspeisungsgenehmigungen gestaltet werden. Dabei sind der Schutz der Menschenwürde, der Jugend und des fairen Wettbewerbs der Programme sicherzustellen.

Wir fordern und unterstützen eine gesellschaftliche Verständigung über eine Medienethik. In ihrem Mittelpunkt muss die Ehrfurcht vor dem Leben, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Toleranz und Bereitschaft zum Dialog stehen. Eine so verstandene Medienethik fordert Unparteilichkeit, Offenheit, Selbstkritik, Fairness und Wahrhaftigkeit. Sie machen den Kern publizistischer Verantwortung bei der Wahrnehmung der Dienstleistungsaufgabe Information aus.

Zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes setzen wir uns ein:

- Jeder Bürger muss einen gesetzlich geregelten Auskunftsanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen über die ihn betreffenden gesammelten Informationen erhalten. Bei nachgewiesener Unrichtigkeit muss er einen Berichtigungsanspruch haben, der im Extremfall in einen Löschungsanspruch übergehen kann.
- Das Gegendarstellungsrecht der Betroffenen ist zu erweitern. Kommentierende, glossierende oder inhaltliche Anmerkungen der Redaktion sind gesetzlich zu verbieten.
- Jeder Bürger muss einen gesetzlich geregelten Schadensersatzanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen für den Fall erhalten, dass über ihn eine Tatsachenbehauptung öffentlich verbreitet worden ist, es sei denn, dass die behauptete Tatsache erweislich wahr ist.

Freiheit der Kunst

Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und zum Grundsatz öffentlicher Kulturförderung. Kunst ist eine eigene Weise der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie hat Bedeutung für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen und damit für die Kreativität unserer ganzen Gesellschaft; in der Begegnung mit ihr gewinnt der Mensch ein vertieftes Verständnis vom Leben. Das kulturelle Leben unserer Demokratie reicht von der Vergegenwärtigung unseres kulturellen Erbes über die traditionelle Volkskunst bis hin zu neuen Formen des künstlerischen Schaffens und ist Gradmesser für den geistigen Reichtum unseres Gemeinwesens. Wir wollen allen die aktive und passive Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen und unsere vielfarbige Kulturgesellschaft fortentwickeln. Förderung von Spitzenbegabungen und qualifizierte Breitenförderung ergänzen sich.

Kulturförderung ist nicht allein staatliche Aufgabe. Die Grundsubstanz institutioneller Kultur zu gewährleisten und die Kunst unserer Gegenwart zu unterstützen ist Pflicht der öffentlichen Hand. Die subsidiäre Förderung von einzelnen Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern muss in Zukunft

aPuK_3_4.indd 89 16.03.2009 12:17:38 Uhr

verstärkt werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Fördervereine, Künstlerinitiativen, Mäzene und Sponsoren verbessern.

Kommunen und Länder haben nach den Prinzipien von Föderalismus und Subsidiarität die Hauptzuständigkeit der öffentlichen Kulturförderung und können mit unterschiedlichen Akzentsetzungen ihr eigenes kulturelles Profil prägen. Die Kulturförderung des Bundes muss angesichts der Wiedervereinigung den Erfordernissen der Kulturnation Rechnung tragen. Mit der auswärtigen Kulturpolitik tragen wir zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.

Kulturaustausch und deutsche Minderheiten im Ausland unterstützen
Wir wollen den internationalen Kulturaustausch fördern, der für das umfassende Wissen um die Lebensumstände, Wünsche und Interessen, Mentalitäten und Sitten anderer Menschen und Völker notwendig ist. Auswärtige Kulturpolitik ist ein notwendiger Beitrag zum friedlichen und solidarischen Zusammenleben der Völker und integraler Bestandteil unserer Außen-, Entwicklungs- und Europapolitik. Eine der Aufgaben muss es sein, deutsche Sprachkenntnisse und Kultur sowie ein Bild von Deutschland im Ausland zu vermitteln. Ebenso können wir durch das Erlernen fremder Sprachen, Auslandsaufenthalte und Patenschaften andere Kulturen verstehen lernen.

Die Heimatvertriebenen und deutsche Volksgruppen im Ausland erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Insbesondere die Deutschen, die in ihrer Heimat im Osten geblieben sind, können bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn helfen, so wie die Heimatvertriebenen für den Wiederaufbau in Deutschland und die Versöhnung zwischen den Völkern einen unverzichtbaren Beitrag geleistet haben. Die Deutschen, die einst dort gelebt haben, haben besondere Bedeutung in der Pflege gut nachbarschaftlicher Beziehungen zu diesen Völkern. Wir haben gegenüber den deutschen Volksgruppen im Ausland aufgrund der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung. Durch Verträge mit den betreffenden Staaten und durch vielfältige direkte Hilfe tragen wir dazu bei, die Lebensbedingungen der deutschen Minderheiten, ihre Volksgruppenrechte und kulturelle Eigenständigkeit zu verbessern. Unsere Politik kann dazu beitragen, ihnen ein Bleiben zu ermöglichen, sofern sie dies wünschen. Wir fördern die Pflege ihrer Sprache, Lebensformen und kulturellen Traditionen und setzen uns für den Erhalt der in Jahrhunderten gewachsenen deutschen Kultur in diesen Regionen ein.

aPuK_3_4.indd 90 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Geschichte der CDU

Juni 1945
Gründung in Berlin und im Rheinland.

1945 bis 1949
Organisation der CDU in den deutschen Ländern und Besatzungszonen.

1950
Zusammenschluss auf Bundesebene. Ziel der CDU war es, alle christlich orientierten Kräfte in einer „Union“ zu sammeln. Damit unterscheidet sich die CDU von einer ihrer Vorgängerparteien, dem Zentrum. Grundverständnis der CDU war, das staatliche Leben auf christlicher, demokratischer und föderaler Grundlage aufzubauen. Erster Parteivorsitzender war Konrad Adenauer, prägende Persönlichkeiten der CDU waren u.a. Ludwig Erhard (Vater der sozialen Marktwirtschaft) und Helmut Kohl (europäische Integration und Wiedervereinigung). Wichtiges Ziel der CDU ist seit ihrer Gründung die europäische Integration und die Westbindung in die europäische Gemeinschaft sowie die Nato. Die CDUD wurde in der sowjetischen Besatzungszone gegründet und gehörte in der DDR zur Nationalen Front.

1990
Zur Volkskammerwahl im März 1990 trat die CDU zusammen mit dem „Demokratischen Aufbruch“ und der „Deutschen Sozialen Union“ im Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ an. West-CDU und Ost-CDU vereinigten sich am 1./2.10.1990 zur CDU. In den 90er Jahren während der Koalition CDU/CSU und FDP Errichtung der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland sowie der Stiftung Haus der Geschichte in Bonn. Stärkung der Bundeskulturpolitik durch die Unterstützung der Kultur in den neuen Ländern.

aPuK_3_4.indd 91 16.03.2009 12:17:38 Uhr

aPuK_3_4.indd 92 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

aPuK_3_4.indd 93 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Claudia Roth

Kreativitätspolitik im Übergang zur Wissensgesellschaft. Verschiedene Politik- und Aufgabenfelder miteinander in Beziehung setzen

Wir leben im Übergang zur globalisierten Wissensgesellschaft. Das alte Ordnungsmodell einer von „oben" und „außen" disziplinierten Arbeitsgesellschaft tritt hinter Netzwerkstrukturen und „flachen Hierarchien" zurück. Selbständige Entscheidungen, Verständnis der Zusammenhänge, Kommunikationsfähigkeit, Einfallsreichtum, Vorstellungskraft, Wissen und vor allem Kreativität und Innovationsfähigkeit sind gefragt. Diese Fähigkeiten werden zu entscheidenden Ressourcen des 21. Jahrhunderts.

Die neuen Anforderungen an Kreativität und einen viel eigenständigeren Umgang mit Wissen betreffen auch Kunst und Kultur und ihre Rolle in der Gesellschaft. Die Gesellschaft muss viel mehr von dem aufnehmen, was in diesem Bereich paradigmatisch vorgelebt wird. Zugleich wirken die Anforderungen an kreative Zugänge im Alltag auch auf Kunst und Kultur zurück – nicht zuletzt mit Blick auf eine Kunstautonomie, die mit Notwendigkeiten der Arbeitsgesellschaft und Gewinnorientierungen der Erwerbswirtschaft konfrontiert wird. Die Fragen und Ambivalenzen, die sich hier ergeben, sind hoch aktuell und bedürfen einer angemessenen kulturpolitischen Reflexion. Ich möchte im Folgenden einige Problemfelder benennen und zeigen, wo sich besondere Zugänge für eine grüne Kreativitätspolitik ergeben.

Zunächst und grundsätzlich: Kreativitätspolitik meint eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Politik- und Aufgabenfelder miteinander in Beziehung setzt. Sie erfordert eine komplexe Sichtweise, ein integriertes Handeln auf verschiedenen Ebenen, ein fach- und ressortübergreifendes Engagement. Und sie erfordert ein Bewusstsein davon, dass Kreativität eine ganz besondere menschliche Fähigkeit ist, die gefördert und unterstützt, nicht aber per Beschluss angeordnet werden kann. Kreativitätspolitik muss ihrerseits kreativ sein, sie muss Rahmenbedingungen schaffen und entwickeln, um Chancen und Möglichkeiten für kreatives und innovatives Handeln zu verbessern.

Mit Blick auf den Kulturbereich wende ich mich entschieden gegen falsche Funktionsübertragungen zwischen den drei großen Sektoren, dem öffentlichen Sektor, dem „intermediären" Sektor der freien Träger und des zivilgesellschaftlichen Engagements und dem erwerbsorientierten Sektor der Kultur- und Kreativwirtschaft. Es darf keinen Ausverkauf des Kulturlebens und einen Rückzug und keine Verminderung des öffentlichen oder zivilgesellschaftlichen Engagements geben. Im Gegenteil. Die Entfaltung auf drei starken und eigenständigen Säulen ist ein „europäisches Erfolgsmodell", das im Sinne eines möglichst vielfältigen und lebendigen Kulturlebens in ihren besonderen Funktionen und ihrer Unterscheidbarkeit erhalten und entwickelt werden muss.

Die öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen sind ein Rückgrat des Kulturlebens. Die einzigartige Dichte der deutschen Theater-, Orchester- und Museenlandschaft wäre ohne das starke Engagement der öffentlichen Hand nicht denkbar. Wir Grüne wollen diesen öffentlichen Bereich erhalten, stärken und – wo nötig – modernisieren und effektivieren. Wir wollen, dass die öffentlichen Kultureinrichtungen „Durchlauferhitzer" für Kreativität mit großen Reichweiten sind, die sich vielfältig mit anderen Einrichtungen, Vereinen, freien Kulturprojekten und Bildungsstätten vernetzen, um für möglichst viele Menschen möglichst vielfältige und ansprechende und kulturell und ästhetisch aktivierende Angebote zu machen.

Der intermediäre Kultursektor hat eine große und noch steigende Bedeutung. Das von rot-grün geschaffene neue Stiftungsrecht hat zu einem wahren Stiftungsboom geführt. Für private und zivilgesellschaftliche Akteure ist es nun viel einfacher, mit Stiftungen kulturelle Belange und Aktivitäten gezielt zu

aPuK_3_4.indd 94 16.03.2009 12:17:38 Uhr

fördern. Besondere Bedeutung haben freie Kulturträger, kleine Theater und Cabarets, Bühnen, Clubs, konfessionelle Einrichtungen und Vereine, die mit ihren Aktivitäten oft einen wichtigen Teil des kommunalen Kulturangebots tragen. Auch hier gibt es wahre „Brutstätten“ von Kreativität, die tief in die Gesellschaft ausstrahlen und für die grüne Politik ein besonderer Ansprechpartner sein möchte.

Auch in der sich schnell entwickelnden Kultur- und Kreativwirtschaft sehen wir ein großes Potential. Gerade kleinere und mittlere Akteure brauchen unsere Aufmerksamkeit. Denn sie sind es, die unter den Plattenlabels, Filmproduktionen, Verlagen, Galerien, Buchhandlungen, Antiquariate, Softwareentwicklern neue Tendenzen oft zuerst hervorbringen, aufgreifen und unterstützen und mit ihrem Engagement einen besonderen kulturellen Treibsatz darstellen. Und oft sind es sogar Mikrofirmen, die mit kleinsten finanziellen Mitteln und großem persönlichen Engagement bemerkenswerte Produkte und kulturelle Dienstleistungen anbieten – auch in kleinen und mittleren Städten, im ländlichen Bereich. Hier ein förderndes Umfeld zu entwickeln und Sensibilität für neue Entwicklungen zu schaffen, ist besonderes grünes Anliegen.

Kreativitätspolitik ist heute Teil einer zukunftsorientierten Standortpolitik. Richard Florida hat mit seiner Formel von den drei „Ts“ gezeigt, dass „Talente“ dorthin gehen und dort bleiben, wo sie gute, weltoffene, freiheitliche, durch „Toleranz“ geprägte Lebensbedingungen vorfinden, eine lebenswerte Umwelt und eine lebendige Kulturszene mit vielen verschiedenen Kulturen – bis in die Bohème, die Schwulen- und Lesbenszene und die Kultur der Eingewanderten hinein. Städte, die eine solche Kultur bieten, sind auch für den Teil der Kreativen, die die „Technologien“ weiter entwickeln, von besonderer Anziehungskraft. Talente – Technologie – Toleranz: Urgrüne Stadtpolitik ist essentieller Teil einer zukunftsgerichteten Standortentwicklung im Übergang zur globalisierten Wissensgesellschaft.

Wir brauchen eine Integrationspolitik, die dazu beiträgt, dass alle Mitglieder der Gesellschaft sich einbringen können. Es gilt, das große Potential von „diversity“ freizusetzen und Kreativitätschancen zu nutzen, die aus dem Zusammenwirken von Menschen mit sehr unterschiedlicher Herkunft, kultureller und religiöser Orientierung und Generationenzugehörigkeit entspringen. Kluge Unternehmen und Verwaltungen wissen das und betreiben längst „diversity management“, unkluge Monokulturalisten phantasieren weiter von einer einheitlichen „Deutschen Leitkultur“. Kreativitätspolitik meint für uns Grüne die Ermöglichung und Unterstützung einer lebendigen Kommunikation und Kooperation in der Differenz – zwischen Menschen, die „anders“ sind und in dieser Andersheit nicht diskriminiert, sondern geachtet und geschätzt werden wollen.

Vor sehr weitreichenden Aufgaben stehen wir bei Bildung und Betreuung. Wir wollen ein gerechtes Bildungssystem, das soziale Unterschiede nicht zementiert, so wie das gegenwärtig der Fall ist, sondern Kreativität von Kindern und Jugendlichen gezielt fördert und ihnen faire Bildungschancen gibt. Das Wort von Josef Beuys, wonach „Jeder Mensch ein Künstler“ ist, hat auch und gerade hier seine Bedeutung. Die Erfahrung und Entwicklung der eigenen Kreativitätspotentiale ist Selbstzweck und Teil eines erfüllten und selbstbestimmten Lebens. Und sie ist auch eine Grundlage für Anforderungen in der heutigen Berufs- und Arbeitswelt, in der Probleme und Aufgaben selbstständig und innovativ zu lösen sind. Auch deswegen ist die Förderung von Kreativität und kultureller Bildung heute eine ganz vordringliche Aufgabe der Bildungspolitik.

Grüne Bildungs- und Betreuungspolitik hat den Boden bereitet für vielfältige neue Möglichkeiten im Zusammenhang mit Ganztagsangeboten für Kinder und Jugendliche. In Zukunft wird es um den weiteren Ausbau der Angebote gehen – und vor allem um eine bessere und umfassendere Nutzung der neuen Chancen für Kreativität. Die zusätzliche Zeit, die Kinder und Jugendliche in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen verbringen, sollte in besonderer Weise für kulturell-kreative Aktivitäten zur Verfügung

aPuK_3_4.indd 95 16.03.2009 12:17:38 Uhr

stehen. Nötig sind neue und ausgeweitete Kooperationen zwischen Künstlern, Kulturinstitutionen, Schulen und Betreuungseinrichtungen – ein Feld des Gebens und Nehmens, das auch zusätzliche Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Künstler und Kreative eröffnen kann.

Kreativitätspolitik ist für uns Grüne keine widerspruchsfreie Spielwiese und auch kein neoliberales Elitenförderungsprogramm. Es geht um einen fairen und menschenwürdigen Übergang in die globalisierte Wissensgesellschaft, um die Analyse und praktische Bearbeitung der Widersprüche und Risiken, um die Nutzung der Chancen für ein gutes und selbstbestimmtes Leben – und um die wachsende Rolle von Kunst und Kultur in diesem Prozess.

Zuerst erschienen in politik und kultur Januar – Februar 2008

aPuK_3_4.indd 96 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Katrin Göring-Eckardt

„Die K-Frage" – Kultur diesseits und jenseits der Ökonomie. Kulturpolitik als bevorzugter Bereich kreativen und politischen Denkens

Wie die Kultur selbst kann auch die Kulturpolitik ein Laboratorium sein: ein Ort, wo gesellschaftliche Spannungen und Probleme, aber auch Werte- und Grundsatzfragen frühzeitig und intensiv debattiert werden. Weil sich die Grünen als eine Partei verstehen, die an und in die Zukunft denkt, spielt Kulturpolitik in der Bundestagsfraktion eine wichtige Rolle. Kulturpolitik ist für uns ein bevorzugter (aber natürlich nicht der einzige) Bereich des kreativen politischen Denkens.

Um die unterschiedlichen Sphären, in denen über Kultur nachgedacht wird, zusammenzuführen, veranstaltet die Bundestagsfraktion Ende Februar 2008 einen ganztägigen Kulturgipfel. Unter dem Motto „Eine Begegnung von Kultur und Politik" wollen wir dort gemeinsam mit Kulturschaffenden und Politikern aus allen Bereichen über die unterschiedlichen Rollen und Funktionen von Kultur sprechen. In Vorträgen soll das Spannungsverhältnis zwischen dem Eigenwert der Kultur, Kultur als Gesellschaftskritik und Kultur als ökonomischer Ressource behandelt werden. In Workshops, die gemeinsam von Politikern und Kulturschaffenden geleitet werden, sollen die grundsätzlichen Fragen praktisch vertieft werden – mit dem Ziel, Ideen und Forderungen für die weitere kulturpolitische Debatte zu erarbeiten. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Politik machen für die Macher von Kultur

Kulturpolitik ist kein „Orchideenfach", das sich mit dem idyllischen Reich des Schönen, Wahren und Guten beschäftigt. Nein, in der Kultur geht es wie in anderen Politikfeldern auch um handfeste Interessen und Konflikte. Besonders wichtig sind für uns die Macher und Produzenten von Kultur, denn sie sind es, die neue Ideen entwickeln, Experimente wagen und so für gesellschaftliche Bewegung sorgen. Trotzdem leben sie meist in sehr prekären ökonomischen Verhältnissen.

Deshalb haben wir uns in den letzten Monaten an verschiedenen Stellen dafür eingesetzt, die Stellung von Künstlern und Kulturschaffenden auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Dabei geht es unter anderem darum, einige Probleme in der Umsetzung der Hartz-Gesetze zu beheben und die Arbeitsmarktpolitik flexibler an die besonderen Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstler anzupassen.

Kontinuierlich befassen wir uns mit der Vermittlung von Kulturschaffenden durch die Bundesagenturen für Arbeit. Kulturschaffende, und nicht nur sie, haben einen Anspruch auf qualifizierte Vermittlung auf Augenhöhe, die ihren besonderen Lebenslagen gerecht wird. Mit diversen parlamentarischen Initiativen haben wir uns deshalb gegen die Schließungspläne der Bundesregierung und für den Erhalt aller Künstlerdienste bei der Bundesagentur für Arbeit eingesetzt. Gerade bei den Künstlerdiensten sitzen Fachprofis, die mit dem künstlerischen Berufsfeld und dem Arbeitsalltag von Kulturschaffenden vertraut sind. Umso bedauerlicher ist es, dass Standorte der Künstlerdienste geschlossen wurden.

Unser Antrag „Vermittlung in Selbständigkeit" wurde von den Koalitionsfraktionen weitgehend aufgegriffen – womit die Politik die besonderen Lebensverhältnisse im Kulturbereich anerkennt. Doch auch hier gibt es einen Wermutstropfen: So dürfen die Künstlerdienste zukünftig zwar arbeitsuchende Künstlerinnen und Künstler auf Betätigungsmöglichkeiten als Selbständige aufmerksam machen, den von uns geforderten Anspruch auf eine solche unverbindliche Vermittlung in selbständige Tätigkeiten haben die Koalitionsfraktionen aber verhindert.

aPuK_3_4.indd 97 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Kulturwirtschaft: Mehr als ein Standortfaktor

Diese Parteinahme für die Produzentinnen und Produzenten von Kultur ist geleitet von der Grundhaltung, Kultur nicht allein als ökonomischen Standortfaktor zu betrachten. Kultur hat auch einen Wert jenseits von Fragen der Verwertbarkeit. Sie muss ein Gemeinschaftsgut mit niedrigen Zugangshürden bleiben, weshalb die öffentlichen Infrastrukturen – Bibliotheken, Musikschulen, Theater etc. – nicht dem freien Markt überlassen werden dürfen. Kulturelle Räume sind Räume der Befähigung und gerade in der Wissensgesellschaft unverzichtbar. Natürlich ist Kreativität auch eine ökonomische Ressource, diese Tatsache darf aber nicht zu einem „ökonomistischen" Tunnelblick führen. Deshalb gilt: Künstlerinnen und Künstler dürfen und sollen auch Unnützes und Überflüssiges produzieren. Die verengte ökonomische Perspektive ist aber bei den Regierungsparteien oftmals vorherrschend, hier treffen wir oft auf eine „Kulturindustriepolitik". Ein Beispiel: Gerade aus der Perspektive der „kleinen" Kreativen und Kulturunternehmen ist die „Initiative Musik" der Bundesregierung zu kritisieren. Die Initiative wird nicht genutzt, um endlich substanziell mit den kleinen Labels ins Gespräch zu kommen. Stattdessen hat man wieder in erster Linie die Major-Firmen an den Tisch gebeten. Dabei sind es auch in der Populärmusik meist die kleinen unabhängigen Labels, die neue innovative Stile entwickeln. Dennoch ist es gut, dass die Debatte um Kulturwirtschaft und „Creative Industries" nun auf höchster Ebene – in den zuständigen Ministerien – geführt wird. Erfreulich, wie die parlamentarischen Mechanismen funktionierten: Als die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Oktober 2006 eine Kleine Anfrage zur Kulturwirtschaft an die Bundesregierung stellte, wirkte dies wie ein Startschuss für die größere politische Bewusstseinsbildung. Es sollte bei kommenden politischen Entscheidungen nicht primär darum gehen, der „Kulturindustrie" neue Umsatzchancen zu eröffnen oder den puren Kommerz fröhliche Urständ' feiern zu lassen. Es darf auch nicht darum gehen, das öffentliche Gut Kultur zu privatisieren. Nein: Im Zentrum der Debatte müssen auch hier die Produzenten und Autoren der Kultur selbst stehen. Ziel muss es sein, die politischen Rahmenbedingungen für kreative und künstlerische Arbeit zu verbessern. Es geht um Respekt für das, was Künstler und Kulturschaffende leisten.

Denn Kulturwirtschaft ist nicht gleich Kulturwirtschaft. Es gibt die Großen und es gibt die Kleinen. Eine Studie von Michael Söndermann mit dem Titel „Kultur- und Kreativwirtschaft – aktuelle Trends unter besonderer Berücksichtigung der Kreativszene", die wir im letzten Jahr für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Auftrag gegeben haben, zeigte, dass gerade die Klein- und Kleinstunternehmen die entscheidenden Ideen- und Impulsgeber für die Kulturwirtschaft sind. Die Anzahl solcher Mikrounternehmen steigt stetig, sie besitzen aber oftmals schwach entwickelte wirtschaftliche Potenziale und tragen nur selten zu einem Ausbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bei. Wichtig ist also, dass die Rahmenbedingungen den Existenz- und Arbeitsbedingungen dieser Mikrounternehmen angepasst und für die Kreativszene insgesamt verbessert werden.

Für eine kritische Erinnerungskultur

Derzeit führen wir in der Fraktion eine angeregte Debatte um die Zukunft der Erinnerungspolitik. Die zentrale Frage ist für uns dabei, wie wir die Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Verbrechen nach dem Verschwinden der Generation der Überlebenden und Zeitzeugen gestalten. Der Diskussionsentwurf der Bundesregierung für ein neues Gedenkstättenkonzept bleibt unbefriedigend, da er den Schwerpunkt zu sehr auf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte legt und damit den Eindruck erweckt, als sei bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus das Wichtigste getan. Zudem zeigt sich auch in diesem Konzept wieder die Falle des Ökonomismus: Als allererster Indikator für den „nationalen und internationalen Stellenwert" eines Erinnerungsortes wird im Regierungsentwurf nämlich die Besucherzahl genannt. Mit diesem wirtschaftlichen Erfolgskriterium wird aber übersehen, dass es immer Orte gegeben hat und weiterhin geben wird, die in der öffentlichen Wahrnehmung keine bedeu-

aPuK_3_4.indd 98 16.03.2009 12:17:38 Uhr

tende Rolle spielen und vergessen oder verdrängt wurden. Außerdem wird dabei völlig die Bedeutung ausgeblendet, die die Gedenkorte für Opfer und ihre Nachkommen haben.

Wenn BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Regierung außerdem vorwerfen, dass in dem Entwurf eine ausdrückliche Würdigung und Förderung neuer zivilgesellschaftlicher Initiativen fehlt, dann zielt diese Kritik ins Zentrum des Verständnisses von Politik generell und Kulturpolitik im Speziellen: Statt einer paternalistischen Haltung des „Wir – die öffentlichen Institutionen – regeln das schon für euch!", brauchen wir immer wieder neue Ideen und Initiativen „von unten". Kultur und Kulturpolitik können in diesem Prozess Medien der gesellschaftlichen Selbstverständigung sein und so dazu beitragen, dass neue Fragen aufgeworfen und kreativ debattiert werden.

Zuerst erschienen in politik und kultur Januar – Februar 2008

aPuK_3_4.indd 99 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Grietje Bettin

Das Kunstwerk im Zeitalter digital-globaler Reproduzierbarkeit. Gesetzliche Rahmenbedingungen neu justieren

Kultur und Medien treffen nicht allein im Feuilleton aufeinander. Radio, Fernsehen und vor allem das Internet sind zweifelsohne Teil und Vermittler von Kultur. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen im digitalen Zeitalter vor allem im Bereich des Urheberrechts und des Rundfunks, aber auch in der Förderung digitaler Kulturgüter wie Computerspielen neu justiert werden.

Der atemberaubende Wandel der Medienlandschaft in den letzten drei Jahrzehnten eröffnet für Medien- und Kulturschaffende viele bislang ungeahnte Möglichkeiten. Konzerte können über das Netz inzwischen live vor einem internationalen Publikum gespielt werden – und das mit einem vergleichsweise geringen Aufwand. Für Künstlerinnen und Künstler, Fotografinnen und Fotografen ist eine virtuelle Galerie heutzutage ebenso unverzichtbar wie für Musikerinnen und Musiker ein Profil auf einer Internetplattform.

Mit der Chance, zielgenauer und mehr Menschen als früher mit den eigenen Werken zu erreichen, ergeben sich aber auch Herausforderungen und Risiken für Kulturschaffende und Publikum. Das Verhältnis von Verbraucherrechten und Schutz des geistigen Eigentums muss im Zeitalter des „Copy and Paste" neu definiert werden, um beiden Seiten gerecht werden zu können. Das wurde jüngst mit dem berühmt-berüchtigten „Zweiten Korb" der Urheberrechtsreform versucht – leider nur mit mäßigem Erfolg.

Einerseits konnten wir Grüne erreichen, große Nachteile zu Lasten von Urheberinnen und Urhebern abzuwenden. So haben wir die geplante Deckelung der Gerätevergütung auf maximal 5% des Preises für kopier- und abspielfähige Geräte verhindern können. Ebenso ist nun – entgegen ursprünglicher Pläne – *jedes* Gerät abgabepflichtig, das für urheberrechtsrelevante Handlungen verwendet werden kann.

Deutliche Schwächen hat das Gesetz bei Rechten von Autorinnen und Autoren, wenn Verwerter ihre Werke in bislang unbekannten Nutzungsarten vermarkten wollen. Insbesondere das fehlende Widerrufsrecht für Filmschaffende gegen diese Vermarktung ist nicht akzeptabel. Für andere gemeinsam erstellte Werke gibt es seit langem ein, wenn auch eingeschränktes, Widerrufsrecht. Wir setzen uns dafür ein, dass Filmschaffende hier nicht diskriminiert werden. Ein weiteres Problem bleibt in diesem Zusammenhang die immer wieder proklamierte angemessene Vergütung für bekannte und unbekannte Nutzungsarten, die de facto jedoch kaum stattfindet.

Korrekturbedarf besteht ferner beim Recht auf Privatkopie. Nach unserer Überzeugung wird das Recht, ein Werk zu nutzen, fürs Leben erworben. Die Lebensdauer digitaler Trägermedien wie CDs oder Festplatten jedoch ist sehr viel kürzer als z.B. noch bei Schallplatten. Deswegen muss die private Sicherheitskopie rechtlich besser abgesichert werden, um lebenslangen Kunstgenuss zu garantieren und damit letztlich das Verbrauchervertrauen zu stärken.

Die mediale Globalisierung trifft aber auch die „klassischen" Medien, die ihre Inhalte zunehmend international erwerben, aber auch selbst international vermarkten. Rundfunk ist daher immer weniger nur nationales Gut – und wird immer mehr über Staatsgrenzen hinweg reguliert, wie zum Beispiel auf europäischer Ebene durch die Fernsehrichtlinie. Konflikte sind damit vorprogrammiert. Denn Rundfunk ist in erster Linie Kulturgut. Die EU-Kommission allerdings betrachtet ihn eher als Wirtschaftsgut.

aPuK_3_4.indd 100 16.03.2009 12:17:38 Uhr

So hat die novellierte Fernsehrichtlinie primär zum Ziel, die Regeln für „grenzüberschreitende Dienstleistungen zu harmonisieren". Unter anderem sollen Produktplatzierungen erlaubt werden. Produkte sollen in Filmen und Serien in gutem Licht dargestellt und damit beworben werden können. Die für uns elementare Trennung von Werbung und Programm wird so aufgeweicht. Mit der steigenden Gefahr von Schleichwerbung nimmt auch journalistische Glaubwürdigkeit ab. Letztlich leidet darunter die wichtige Rolle des Rundfunks für Informationsfreiheit, Qualitätsjournalismus und Demokratie. Eine rein wirtschaftliche Betrachtung des Mediums wird zudem den Inhalten nicht gerecht, denn das Programm in Radio und Fernsehen ist auch Ergebnis kreativer, bisweilen künstlerischer Arbeit.

Die „UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt" hält uns dazu an, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Rolle als Förderer und Spiegel kultureller Vielfalt, aber auch als Garant für den Meinungspluralismus zu stärken. Auch wenn die Reform der Fernsehrichtlinie in anderen Bereichen grundsätzlich zu begrüßen ist, zeigt sie doch, dass die EU auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen auf den Status eines reinen Wirtschaftsgutes reduziert.

Ein weiteres Feld kreativen Schaffens sind Computerspiele geworden. Als Teil der Medienkultur sind sie längst viel mehr als nur Jugendkult. Oft sind sie Ergebnis künstlerischen Schaffens. Sie haben ihre eigene Ästhetik, Musik und Erzählstrukturen. Ihre Genrevielfalt ist enorm, es gibt Denk- und Rätselspiele, Strategie-, Rollen- und Kampfspiele. Diese Genres existierten bereits vor dem ersten Computerspiel, die letztlich die moderne Fortschreibung altbekannter Spielkultur sind. Gute Computerspiele können zudem Medienkompetenz fördern, zur Vermittlung von Wissen eingesetzt werden (z.B. Lernspiele), aber auch persönliche Fertigkeiten schulen (zum Beispiel räumliches Denken).

Insbesondere aber sind Computerspiele ein Spiegel unserer Zeit. Wir Grüne halten eine systematische Archivierung von Spielen für notwendig – aufgrund ihres kulturellen Wertes, aber auch, weil viele Spiele im Zuge der sich rasant ändernden Technologien immer häufiger nicht mehr spielbar sind und somit für die Nachwelt verloren gehen. Literatur und Filme werden heute umfangreich archiviert, Spiele nicht. Wir lassen daher gerade prüfen, inwiefern die Archivierungspflichten der Deutschen Nationalbibliothek und des Bundesarchivs auf das Medium Computerspiele übertragen werden können und welche Archivierungsregeln hier sinnvoll erscheinen.

Digitalisierung und Internet bieten aber auch die großartige Chance, das Wissen der Welt insgesamt besser zu bewahren. Archive und Bibliotheken können dank Digitalisierung auch die alten Wissensbestände und Werke von Kunstschaffenden erhalten, zugleich aber auch einfacher als je zuvor zugänglich machen. Das Internet löst hier ein altes Dilemma: Früher bedeutete Archivierung oft, Inhalte mehr oder minder verschlossen aufbewahren zu müssen, um sie zu schützen. Digitale Bibliotheken und Archive können heute Inhalte gleichzeitig bewahren und im selben Schritt für jedermann weltweit problemlos zur Verfügung stellen.

Digitalisierung und Internet gefährden nicht das kulturelle Erbe der Menschheit, sondern bieten enorme Chancen zu seiner Bewahrung und Vermehrung. Beim Schutz des geistigen Eigentums muss hier eine Balance gewahrt werden, in der der Zugang zu Wissen nicht künstlich verknappt wird, ohne aber Urheberinnen und Urheber rechtlos zu stellen. Auf keinen Fall darf das digitalisierte Weltwissen der Kontrolle von Netzmonopolisten á la Google anheimfallen. Dies schadet der Informationsvielfalt und gefährdet letztlich die Demokratie.

Gerade in einer globalisierten und digitalisierten Welt dürfen Kunst und Kultur nicht allein Marktmechanismen unterworfen sein, sonst leidet die Qualität und wuchert der Mainstream. Wir sollten Profitinter-

aPuK_3_4.indd 101 16.03.2009 12:17:38 Uhr

essen dort bremsen, wo sie die Kreativität abzuwürgen drohen. Deswegen bleibt die politische Intervention zu Gunsten der Freiräume von Kunst und Kultur auch in den digitalen Medien unverzichtbar.

Zuerst erschienen in politik und kultur Januar – Februar 2008

aPuK_3_4.indd 102 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Uschi Eid

Von Kopenhagen bis Kalkutta. Die Auswärtige Kulturpolitik der Grünen Bundestagsfraktion

Mit einer Erhöhung der Finanzen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Bundeshaushaltsentwurf 2008 ist die von der Bundesregierung beschworene „Trendwende" noch nicht begründet, so sehr die Etaterhöhung auch zu begrüßen ist. Was fehlt, sind eine klare Konzeption und eine Strategie der Außenkulturpolitik. Der von der grünen Bundestagsfraktion im Oktober 2007 eingebrachte Antrag ist als Beitrag zur derzeitigen Neuorientierung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gedacht.

Für uns Grüne ist der Stellenwert des Kulturaustausches und der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik unumstritten: Tragfähige internationale und gute nachbarschaftliche Beziehungen benötigen ein kulturelles Fundament. Nichts ist hierfür wichtiger als die Begegnung von Menschen, von Künstlern und Kulturschaffenden, Studierenden und Wissenschaftlern über nationale, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen hinweg. Auch deshalb muss die Auswärtige Kulturpolitik, wie Sicherheits- und Entwicklungspolitik, ein fester Bestandteil der Außenpolitik sein. Dass wir im Deutschen Bundestag bei grundsätzlicher Übereinstimmung über die Bedeutung des Politikfeldes durchaus unterschiedliche Bewertungen von Deutschlands Rolle in der Welt und in Europa vornehmen, Deutschlands Selbstverständnis als Kulturnation anders akzentuieren oder auch die Aufgabe kulturpolitischer Instrumente unterschiedlich bewerten, ist wenig überraschend. Ich freue mich, dass die Initiative meiner Fraktion erfolgreich war, wieder einen Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen, damit diese Debatte wieder einen Ort im Deutschen Bundestag hat und intensiv geführt werden kann.

Die in der „Konzeption 2000" der rot-grünen Bundesregierung formulierten Grundsätze und Ziele tragen mit ihrer wertakzentuierten Programmatik, der regionalen Schwerpunktsetzung und der Anpassung an neue medientechnologische Entwicklungen in der medialen Außenrepräsentanz prinzipiell auch den heutigen internationalen Herausforderungen und Entwicklungen Rechnung. Jedoch gewinnen dynamische Wachstumsregionen wie China oder besondere Krisenregionen wie der Nahe und Mittlere Osten weiter an Bedeutung. Neue politische, wirtschaftliche, aber auch kulturelle Schwerpunktregionen sind in den letzten Jahren entstanden. Die neue Schwerpunktsetzung auf dynamische Wachstumsregionen ist angesichts der weltpolitischen Entwicklungen folgerichtig, darf jedoch nicht „auf Kosten" Europas gehen. Nicht „Kopenhagen *oder* Kalkutta", sondern „Kopenhagen *und* Kalkutta" sollte das Ziel sein.

Die jüngsten Erfahrungen haben außerdem deutlich gemacht, dass Krisen und Konflikte nur in begrenztem Maß mit den Mitteln der Kulturpolitik gelöst werden können. Zu beobachten ist eine zunehmende Tendenz der Politisierung von Kunst und Kultur. Dies gilt nicht nur in Hinsicht auf den Verzicht auf die Freiheit der Kunst in der kulturpolitischen Praxis, wie es im Verlauf des weltumspannenden Streits um die Mohammed-Karikaturen geschehen ist. Ebenso gravierend ist die – in den letzten Jahren verstärkt zu konstatierende – programmatisch gewollte Indienstnahme von Kunst und Kultur für wirtschaftliche, soziale und politische Zwecke. Gerade die Auswärtige Kulturpolitik ist in besonderer Weise der Gefahr einer solchen Instrumentalisierung von Kunst und Kultur ausgesetzt und ist deshalb gehalten, Kunst und Kultur in ihrer Autonomie zu schützen.

Insgesamt steht die Auswärtige Kulturpolitik vor der Aufgabe, die thematische Abgrenzung und Reichweite des Politikfeldes zu klären. Eine wichtige Ergänzung wird darin bestehen, Wissenschaft, Bildung und Entwicklungspolitik in die Agenda der Auswärtigen Kulturpolitik zu integrieren. Angesichts einer entstehenden globalen Wissensgesellschaft stellt sich vor allem die Aufgabe, eine Konzeption zu entwickeln, die Wissenschafts- und Forschungspolitik, aber auch Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in

aPuK_3_4.indd 103 16.03.2009 12:17:38 Uhr

einem neuen Querschnittsbereich der Politik verbindet. Eine stärkere Akzentuierung von Wissenschaft und Forschung in der Außenpolitik dient gleichzeitig der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Deshalb kommt der Öffnung und Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Hochschulen künftig noch größere Bedeutung zu.

Zu prüfen ist außerdem – in Abgrenzung zum originären Handlungsbereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – das Aufgabengebiet der Public Diplomacy des Auswärtigen Amtes. Die beiden Bereiche werden als zwei unabhängige, komplementär eingesetzte Instrumente der deutschen Außenpolitik verstanden, wobei die Auswärtige Kulturpolitik primär kultur- und bildungspolitische Ziele verfolgt, während Public Diplomacy im Ausland nicht nur Interesse für Deutschland und Verständnis für unsere gesellschaftlichen Wertvorstellungen wecken, sondern dauerhafte Bindungen zu Deutschland aufbauen will. Allerdings hat die Bundesregierung bisher keine klare begriffliche Abgrenzung dieser beiden Bereiche vorgenommen. Weder in thematischer noch institutioneller Hinsicht sind die operationalen Anforderungen dieser beiden Bereiche bisher eindeutig definiert. Die jüngst erfolgte Zusammenlegung der zuständigen Abteilungen im Auswärtigen Amt zur Abteilung für Kultur und Kommunikation, die nun Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Kommunikations- und Medienpolitik sowie politische Öffentlichkeitsarbeit in sich vereint, macht eine solche Klärung besonders dringlich.

Ein weiteres Problem ist die bisherige Trennung von Außenkulturpolitik und den Institutionen der Kulturpolitik im Inland. Auch hier stellt sich die Aufgabe, eine global ausgerichtete Netzwerkorientierung zu entwickeln, die alle Akteure der Kulturpolitik prinzipiell einschließt.

Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen erfordern keine ziellose Erweiterung des Aufgabenkatalogs, denn es besteht die Gefahr, die Auswärtige Kulturpolitik mit Ansprüchen zu überfrachten. Vielmehr ist eine ehrliche Bilanzierung und ein klares konzeptionelles Leitbild der auswärtigen Kulturarbeit gefragt, um weiterhin effizient und erfolgreich agieren zu können. Was wollen wir mit Auswärtiger Kulturpolitik erreichen? Welche Instrumente und welche finanziellen Mittel stehen uns dafür zur Verfügung? Welche Ziele konnten mit den bisherigen Mitteln erreicht werden, welche nicht? Wo stößt die Auswärtige Kulturpolitik an ihre Grenzen? Eine umfassende und systematische Überprüfung der vorhandenen Instrumente der auswärtigen Kulturarbeit und deren Anpassung an die gesteckten Ziele sind daher dringend erforderlich. Nur so kann die von der Bundesregierung beschworene „Trendwende“, die sich bisher nur in einer Erhöhung der Finanzmittel niederschlägt, auch konzeptionell eingeläutet werden.

Mit einer Großen Anfrage zur Auswärtigen Kulturpolitik (Drs. 16/2233) hat meine Fraktion einen Beitrag zu grundsätzlichen Anpassungs- und Überprüfungsnotwendigkeiten der „Konzeption 2000“ geleistet. In unserem aktuellen Antrag „Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik“ (Drs. 16/6604) geben wir Anregungen für eine zukunftsweisende Außenkulturpolitik der Bundesregierung. Besonders die kulturelle Dimension der europäischen Integration, die Unterstützung der transatlantischen Beziehungen durch die Auswärtige Kulturpolitik, die kritische Überprüfung der regionalen Schwerpunktsetzungen und der Aufbau kulturpolitischer Dialog- und Begegnungsstrukturen als Beitrag zur Konfliktbearbeitung sind wesentliche Aspekte des Antrags.

Zwar hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage eine Reihe von gestellten Fragen beantwortet (Drs. 16/4024), insgesamt hat sich jedoch gezeigt, dass eine umfassende Bestandsaufnahme des Politikfeldes der Auswärtigen Kulturpolitik, gerade unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen und Herausforderungen, bisher nicht vorliegt. Eine solche Bestandsaufnahme, die die institutionellen und konzeptionellen Dimensionen des Politikfeldes berücksichtigt, sollte – nach 30 Jahren – mit der erneuten Einsetzung einer Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages erreicht werden.

Zuerst erschienen in politik und kultur Januar – Februar 2008

aPuK_3_4.indd 104 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Alice Ströver

Kultur – Bund – Berlin. Die Stadt mit der magischen Anziehungskraft für Künstler und Publikum

Der internationale Blick auf das kulturelle Treiben in Berlin ist euphorisch. In New York war gerade zu erleben, wo das von der Carnegie Hall veranstaltete „Berlin in Lights"-Festival mit etwa 50 unterschiedlichen kulturellen Veranstaltungen mit Akteuren und Institutionen aus Berlin auf ein überwältigendes öffentliches Echo gestoßen ist. Aus der Sicht der New Yorker scheint Berlin der ideale Kulturstandort, weil hier das öffentlich geförderte Kulturangebot und die vielfältigen anderen Aktivitäten eine geradezu magische Anziehungskraft für Künstler und Publikum aus aller Welt erzeugen. Die Motivation ausländischer Touristen für einen Berlin-Besuch liegt auch im Berliner Kulturleben. Für Berlin erzeugt dieses Image eines idealen Kulturstandortes eine unglaubliche Werbewirksamkeit, ohne dass der Berliner Senat viel dazu tun muss. Im Gegenteil: Das Land hat seit der Wiedervereinigung die öffentlichen Kulturfördermittel fast halbiert und pflegt dennoch das Image, eine grandiose Kulturstadt zu sein. Kein Wunder, dass dieses Bild Berlins im Inland von Neid und Missgunst begleitet wird. Ob berechtigt oder nicht: Berlin hat München und Köln den Rang als Film- und Medienstadt abgelaufen und wer spricht heute noch von Düsseldorf oder Köln als wichtigsten Galerienstandorten?

Die Sicherung des Kulturstandortes ist der Unterstützung des Bundes zu verdanken, denn ohne die laufende Bundeshilfe ginge schon vieles nicht mehr. Das beste Beispiel ist der Hauptstadtkulturfonds, das wichtigste Förderinstrument für die freie Kulturszene. Mit den rund zehn Millionen Euro, die der Bund jährlich für innovative Kulturprojekte in die Hauptstadtförderung steckt, präsentiert sich in Berlin genau dass innovative Kulturangebot, wofür die eigenen Mittel nicht reichen.

Um die Missgunst anderer Bundesländer nicht weiter zu schüren, muss transparent und nachvollziehbar sein, warum und wofür der Bund Kultur in Berlin finanziert, in Stuttgart oder Hamburg aber nicht. Es ist sehr bedauerlich, dass es in der Föderalismusreform nicht zu einer grundlegend neuen und systematischen Bestimmung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern und zum Verhältnis des Bundes zu seiner Hauptstadt gekommen ist. Wichtig wären klare Kriterien für die Bundesförderung. Hier der Versuch einer systematischen Klärung.

Das Erbe Preußens

In Artikel 135 des Grundgesetzes ist für die Rechtsnachfolge vergangener Staaten auf deutschem Boden die Möglichkeit vorgesehen, die Zuständigkeit für diese Hinterlassenschaft dem Bund zu übertragen. So ist es 1957 zur Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gekommen, in die nach der Wende nur die Museen im Ost-Teil Berlins integriert wurden.

Nicht einbezogen wurden die Einrichtungen der Musik und des Musiktheaters, deshalb wurden die Deutsche Staatsoper Unter den Linden und das Konzerthaus am Gendarmenmarkt unmittelbare Landeseinrichtungen. Auch die dreihundertjährige Akademie der Künste mit ihren großartigen Archivschätzen gehört zweifellos zum preußischen Erbe, was der Bund inzwischen durch die Übernahme bestätigt hat. Es hätte zumindest einer Diskussion bedurft, um Korrekturen vorzunehmen, was bis heute nicht geschieht.

aPuK_3_4.indd 105 16.03.2009 12:17:38 Uhr

Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung

Hier ist in den vergangenen Jahrzehnten eine besondere Bundesförderung entstanden, von der viele Länder profitieren, ohne dass es klar definierte Kriterien gibt, was warum dazu gerechnet wird. Der Bund hat unter seine Fittiche genommen, was er für richtig hielt, und die einzelnen Länder waren froh, finanziell entlastet zu sein.

Niemand hat je eindeutig definiert, was denn eigentlich diese gesamtstaatliche Bedeutung ausmacht. Es kann ein inhaltliches Kriterium herangezogen werden oder die überragende Bedeutung und Einmaligkeit des Projektes, die die gesamtstaatliche Bedeutung bestätigen. Die historischen Museen zur deutschen Geschichte gehören aus inhaltlichen Gründen dazu. Das Jüdische Museum in Berlin verfolgt ebenso einem überregionalen Ansatz der Präsentation jüdischen Lebens und Geschichte. Dieses Alleinstellungsmerkmal erfüllen in Berlin zum Beispiel das Haus der Kulturen der Welt mit der Präsentation und der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur der außereuropäischen Welt und die Berlinale, dem einzigen deutschen Filmfestival von weltweiter Ausstrahlung. Aus systematischen Gründen ist allerdings die Finanzierung des Filmmuseums in der Stiftung Deutsche Kinemathek durch den Bund nicht gerechtfertigt. Was woanders von der Kommune oder dem Land getragen wird, sollte in Berlin auch dauerhaft Landesaufgabe sein.

Der Bund selbst hat gut daran getan, auch Einrichtungen in anderen Orten der Bundesrepublik in die Förderung aufzunehmen, z.B. das Bacharchiv in Leipzig oder die Bayreuther Wagner-Festspiele oder die Bundeskunsthalle in Bonn. Die Förderung sollte hier auf zehn Jahre befristet und danach evaluiert und ergänzt werden.

Verantwortung für die Geschichte

Berlin hat als zentraler Ort der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine besondere Verantwortung für den Umgang mit Gedenkorten an den Nationalsozialismus. Auch die historische Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit an die deutsche Teilung, die Berliner Mauer und das DDR-Unrechtsregime sind eine kulturpolitische Verpflichtung für die Stadt und große finanzielle Herausforderungen. Der Bund selbst hat sich zu einer klaren Mitverantwortung für die Gedenkstätten von überregionaler Bedeutung bekannt. Es ist aber falsch hieraus abzuleiten – wie vor allem von CDU und Linkspartei immer wieder vorgetragen – der Bund allein möge für die Vergangenheitsaufarbeitung zuständig sein. Wir brauchen keine „Nationale Mahn- und Gedenkstättenpolitik". Gerade weil viele dieser Orte überhaupt nur durch Bürgerschaftliches Engagement entstanden und dokumentiert wurden, muss es politisch bei der regionalen Verantwortung bleiben und die Gedenkstätten ihre inhaltliche Unabhängigkeit behalten. Ein Manko der Nichtdebatte dieser Frage in der Föderalismuskommission wird hier deutlich. Statt sich zu einer gemeinsamen Verantwortung zu bekennen, die zu einer anteiligen Finanzierung aller führen könnte, ähnlich wie beim Preußischen Kulturbesitz, lässt man den Bund und das jeweilige Sitzland der Gedenkstätte die Finanzierung allein schultern. Ein Unding, wie sich viele Länder sich vor der gemeinsamen Verantwortung für die Unrechtsgeschichte in unserem Land drücken!

Hauptstadtkultur

Nun gibt es also einen neuen Hauptstadtvertrag zwischen Berlin und dem Bund, der weit reichende Aussagen auch zur Kultur in der Hauptstadt enthält. Die Finanzierung des größten Teils der Sanierung der Staatsoper ist ein wichtiges Signal der Mitverantwortung des Bundes für die Oper. Die Koppelung der zugesagten 200 Mio. Euro daran, das Berlin der Staatsoper jährlich zehn Millionen Euro mehr gibt, zwingt nun das Land, auch die beiden anderen Opern und das Staatsballett besser auszustatten. Aus

aPuK_3_4.indd 106 16.03.2009 12:17:39 Uhr

kulturpolitischer Sicht ist jeder Euro mehr im Berliner Kulturhaushalt selbstverständlich zu begrüßen. Die Fixierung der Mittelsteigerung allein auf die Opernhäuser ist bei einem in vielen Bereichen, vor allen der freien Kulturszene, dramatisch unterausgestattetem Haushalt allerdings ziemlich problematisch.

Der alte Hauptstadtkulturvertrag bleibt als „Sonderhilfe des Bundes" weiterhin in Kraft und fördert unstrukturiert ein Sammelsurium von Kulturinstitutionen. Allein der Hauptstadtkulturfonds hat sich bewährt. Allerdings ist dieser Fonds inzwischen in seine eigene Erfolgsfalle getappt, denn immer mehr Projekte sind in regelmäßige Festivals umgewandelt worden, für die nun Jahr für Jahr immer neue Finanzierungsquellen gesucht werden müssen, wofür es im Landeshaushalt kein Geld gibt. Deshalb sollte der Fonds um eine „zweite Säule" erweitert werden, damit erfolgreiche Festival eine dauerhafte Förderung bekommen können. Bis auf den Hauptstadtkulturfonds ist ein Hauptstadtkulturvertrag völlig überflüssig, denn besondere kulturelle Hauptstadtaufgaben sind nicht auszumachen, wenn es allgemein gültige Kriterien für Bundesförderungen gibt.

Deswegen ist ein einfaches Weiter so der falsche Weg. Kulturpolitik muss Rahmenbedingungen setzen, um Spielräume zu schaffen für Neues und Kreatives. Würden die politisch Verantwortlichen sich für Reformen ein wenig Zeit lassen, könnte am Ende vielleicht ein tragfähiges Förderkonzept für Bundeshilfen im Bereich Kultur herauskommen, bei dem nicht jedes Mal neu diskutiert wird, warum das Geld fließt. Gäbe es einen Konsens in der Förderlogik des Bundes, könnten unbotmäßige Debatten über die Berlin-Förderung entfallen. Dieses langfristige Konzept muss her, jenseits aller Parteipolitik.

Zuerst erschienen in politik und kultur Januar – Februar 2008

aPuK_3_4.indd 107 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Jan Engelmann

Mitteilungen von ganz anderer Art. Die kulturpolitische Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung

Über seine eigene Zunft sagte Heinrich Böll in den Frankfurter Vorlesungen: „Schriftsteller [...] zahlen ihre Steuern, zahlen im statistischen Durchschnitt ihre Miete, ihren Strom und ihr Gas – das ist ihre einzige Berührung mit dem Staat –, ich glaube, mehr ist aus diesem Verhältnis nicht herauszuholen."

Ist es nicht? Einmal abgesehen davon, dass die Energieversorger heutzutage immer häufiger Privatunternehmen sind, steht das damalige Understatement Bölls im Widerspruch zu den kulturpolitischen Realitäten. Auf schätzungsweise 8 Milliarden Euro summieren sich die Kulturausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden; insbesondere Schriftsteller profitieren von den öffentlichen Subventionen für Bibliotheken, Literaturhäuser und städtische Bühnen sowie den mehr als fünfhundert zum Teil hoch dotierten Literaturpreisen, die hierzulande vergeben werden. Bei diesem reichhaltigen Investment in Kultur soll sich kein Verhältnis herausgebildet haben? Nun, Bölls Punkt war wohl ein anderer. Die „Mitteilungen" der Literatur seien „von ganz anderer Art als die der Politik", heißt es an gleicher Stelle. Und in der Tat scheint es mir diese unterschiedliche Codierung von Kommunikation zu sein, die oftmals unausgesprochen im Zentrum kulturpolitischer Debatten steht.

Derzeit wird das kulturelle Feld mit Ansprüchen geradezu überhäuft: Dort, wo das Leitmedium Fernsehen auf Quoten fixiert ist, sollen Theaterstücke die soziale Wirklichkeit abbilden. Dort, wo die Bildungsinstitutionen unter Reformzwang und Ergebnisdruck leiden, soll die flächendeckende Verteilung von Musikinstrumenten den neuen Menschen hervorbringen. Dort, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, sollen Autoren Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit sein. Keine Frage, dass so mancher vom Kunstglauben der Politik profitiert. Doch der Unwille, solche hehren Erwartungen als allgemein gültige Selbstbeschreibung zu akzeptieren, eint die Künste quer durch die Genres. Man tut also gut daran, ihnen ihren Eigensinn nicht abzusprechen.

Für die politische Bildungsarbeit stellt sich die Herausforderung, das kulturelle Feld zu beackern, ohne – um im Bild zu bleiben – einen Raubbau zu betreiben. Die Kunst kann uns mit ihrer wichtigsten Ressource, dem kreativen Spiel mit Möglichkeiten, zwar anregen und zu neuen Sichtweisen führen, entlasten von der eigenen Positionsbestimmung und der oftmals schwierigen Entscheidungsfindung im politischen Prozess kann sie uns ganz sicher nicht. In diesem Sinne sind die kulturpolitischen Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung in erster Linie Annäherungen an kulturelle Milieus, Probebohrungen nach möglichen Verbindungspunkten. Dabei leitet uns eher ein angelsächsisches Verständnis von *cultural politics* – also ein Interesse an den einerseits impliziten, andererseits zugeschriebenen politischen Potenzialen von kulturellen Praxen und Erzeugnissen – als das administrative Verhältnis zu Museen, Spielstätten oder Förderinstitutionen, das mit dem deutschen Begriff „Kulturpolitik" gemeint ist. Die spannende Frage lautet dabei, ob die politische Bildungsarbeit und die diversen Formen ästhetischer Produktion voneinander lernen können. Dieser wechselseitige Austauschprozess muss oftmals unter Mühen organisiert werden. Lohnenswert sind diese Versuche allemal.

Vielfältige Kooperationen der Heinrich-Böll-Stiftung mit Kulturprojekten, etwa dem Talent Campus der Berlinale oder dem Vermittlungsbereich der documenta, bestärken uns darin, immer neue Plattformen für den Dialog von ästhetischer und politischer Praxis zu entwickeln. In unserer Veranstaltungsreihe „Spielstand" in den Berliner Sophiensaelen diskutieren Schriftsteller wie Burkhard Spinnen oder Annette Pehnt, Regisseure wie Andres Veiel oder Daniel Wetzel (Rimini Protokoll), Popmusiker wie Frank Spilker (Die Sterne) oder Melissa Logan (Chicks On Speed) über drängende kulturpolitische Fragen:

aPuK_3_4.indd 108 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Welche Einspruchsmöglichkeiten haben Künstler im öffentlichen Diskurs? Wie ist die soziale Lage von Alleinselbständigen in der Kreativwirtschaft zu bewerten? Was bedeutet Autorschaft im digitalen Zeitalter?

Bei solchen Veranstaltungen wird deutlich, dass sich Kulturschaffende schwer damit tun, Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu verabreichen, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu geben. Häufig sind sie sich unsicher, wie sie ihre besonderen Fähigkeiten und Qualitäten einbringen können, ohne gleich von irgendeiner Seite vereinnahmt zu werden. Ihre Erfahrung lehrt sie, dass allzu oft ihr dekorativer Wert, nicht aber ihre persönliche Meinung als Staatsbürger gefragt ist. Angesichts dieser skeptischen Distanz zum Politikbetrieb übernimmt die Heinrich-Böll-Stiftung vor allem eine Moderatorenrolle beim Versuch, Perspektiven miteinander zu vergleichen und politische Handlungskonzepte für die Kultur- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu entwickeln.

Doch der Austausch mit Künstlern und Kreativen erfordert starke Impulse von außen, will er nicht stets auf die vergleichsweise luxuriösen Gegebenheiten einer selbstbewussten Kulturnation zurückgeworfen sein. So muss Kulturpolitik auch die Schwierigkeiten ihres vielgestaltigen Gegenstandbereichs adressieren, um produktiv und realitätstauglich zu bleiben. Dass kulturelle Differenzen und abweichende Kulturtraditionen im internationalen Kontext keine „soften“ Konfliktfelder darstellen, haben der Mord am holländischen Filmemacher Theo van Gogh oder der dänische Karikaturenstreit in neuer Dringlichkeit vor Augen geführt. Projekte wie die „Arabisch-iranischen Filmtage“ oder die Konferenz und Ausstellung „Identitiy vs. Globalization“ mögen als Beispiele dafür genügen, dass die Heinrich-Böll-Stiftung ständig darum bemüht ist, den Resonanzraum des interkulturellen Dialogs zu erweitern. Neben dem Kontakt zu internationalen Künstlern und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist dabei auch der intensive Austausch mit Partnerstiftungen oder Bundesinstitutionen von entscheidender Bedeutung.

Das hochrangig besetzte Roundtable „Kultur in neuer Mission?“ im März 2007 hat deutlich gemacht, dass der Kulturarbeit in den internationalen Beziehungen weiterhin ein wichtiger Stellenwert zukommt. Nachdem Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Herbst 2006 eine „Trendwende“ der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) angekündigt hatte, zielte die Große Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion auf eine kritische Überprüfung ihres Aufgabenkatalogs. Anlässlich der Antwort der Bundesregierung diskutierte Uschi Eid (MdB BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gemeinsam mit Cord Meier-Klodt (Auswärtiges Amt), Hans-Georg Knopp (Goethe-Institut) und Kurt-Jürgen Maaß (ifa) über eine erneuerte Aufgabenbestimmung der Außenkulturpolitik und eine stärkere Kooperation der Mittlerorganisationen untereinander.

Ohne in deren Struktur eingebunden zu sein, versteht sich die Heinrich-Böll-Stiftung durchaus auch als Ort für den internationalen Kulturaustausch. Nicht nur das Böll-Haus in Langenbroich stärkt mit seinen mehrmonatigen Stipendien für ausländische Künstler dieses Ansinnen. Viele andere Projekte, teilweise in Kooperation mit dem Goethe-Institut durchgeführt, zielen auf den Abgleich verschiedener Denk- und Handlungsmuster, um daraus Schlüsse für globale Transformationsprozesse zu ziehen. Dabei kann die Heinrich-Böll-Stiftung vor allem von der landeskundlichen Kompetenz und dem hohen Vernetzungsgrad ihrer Auslandsbüros profitieren. Für 2008 haben sich in diesem Zusammenhang zwei größere Vorhaben herauskristallisiert: ein deutsch-israelischer Schriftstelleraustausch anlässlich des 60. Jubiläums der Staatsgründung Israels sowie eine Tagung zur Meinungsfreiheit in der Türkei. Eines ist sicher: Die Mitteilungen der Literatur, sie werden auch dort gehört werden.

Zuerst erschienen in politik und kultur Januar – Februar 2008

aPuK_3_4.indd 109 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Olaf Zimmermann

Die kulturpolitische Seele der Grünen. Ein Kommentar

Als 1988 unter dem Dach des Stiftungsverbandes „Regenbogen" gleich drei grünnahe politische Stiftungen gegründet wurden, war unter ihnen auch die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln. Dies war ein Novum, denn die anderen Parteien in Deutschland nennen „ihre" Stiftungen nach Politikern, wie Friedrich Ebert, Konrad Adenauer oder Rosa Luxemburg, nicht aber nach Künstlern. Sind die Grünen etwa die Künstlerpartei in Deutschland?

Als Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts René Böll, der Sohn von Heinrich Böll, mich bat, für die Heinrich-Böll-Stiftung eine Konzeption für ein internationales Künstlerförderungsprogramm zu entwickeln und umzusetzen, konnte ich einen tiefen Blick in die kulturpolitische Seele der Grünen werfen. Über wenige Projekte wurde ausgiebiger in der Heinrich-Böll-Stiftung debattiert als über dieses Künstlerförderungsprogramm. Heftig gestritten wurde darüber, ob es denn zur grünen Identität gehöre, Künstler direkt und unmittelbar zu fördern. Ob es grüner Politik entspräche, den einzelnen Künstler als hochbegabten Individualisten deutlich aus der Masse herauszuheben und ihn mit durchaus nicht unerheblichen Förderungsmitteln zu unterstützen? Letztlich wurde das Programm, kleiner als von René Böll und mir gewünscht, realisiert. Die direkte Förderung von Künstlern in Afrika und Asien und ein kleines, aber feines Stipendienprogramm als „Artist in Residence" in Bonn waren ein Novum, das Maßstäbe für andere Förderungsprogramme setzte. Heute gibt es dieses Programm nicht mehr, zwischen Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Geschlechterdemokratie war nicht genügend Platz für ein solches elitäres Programm der Förderung von Künstlerinnen und Künstler aus der so genannten Dritten Welt.

In der Selbstdarstellung der *neuen* Heinrich-Böll-Stiftung, die 1997 aus den drei grünnahen Stiftungen hervorging und jetzt in Berlin ihren Sitz hat, findet man den Satz: „Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.". Dieser Satz umschreibt treffend das Verhältnis der Grünen zur Kultur und den Künsten. Zum einen soll Kunst und damit letztlich auch immer die Künstler höheren wertvollen Zielen dienen, zum anderen sind es aber gerade die Grünen, die trotzdem den Eigenwert der Kunst erkennen und achten.

Vielleicht ist das der Grund dafür, dass Künstler, wenn sie sich überhaupt einer politischen Richtung zugehörig fühlen, deutliche Sympathien für die Grünen erkennen lassen. Dass es gerade die Grünen waren, die in den ersten Jahren der Rot-Grünen-Bundesregierung heftig an der Künstlersozialkasse rumbohrten, hat viele Künstler darum besonders verschreckt. Auch war der grüne Bundesaußenminister unter Gerhard Schröder einer jener Grünen-Vertreter, die Kunst nur dann gelten lassen, wenn sie einen vermeintlichen ummittelbaren Nutzen für die Gesellschaft erkennen lässt. Unter Joschka Fischer wurde die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht nur heftig gerupft, sondern auch in einem bis dahin nicht gekannten Umfang in Dienst für die nationale Interessenpolitik genommen. Eine schwierige Debatte führen die Grünen auch in der Urheberrechtspolitik. Das Verhältnis von Verbraucherrechten und dem auch materiellen Wert des Geistigen Eigentums der Künstler wird in den Diskussionen bei den Grünen nicht selten zu Ungunsten der Künstler verschoben. Wenngleich man gerade bei dieser Frage sagen muss, dass die Grünen hier die Zeichen der digitalen Zeit möglicherweise schneller und deutlicher erkannt haben als andere.

aPuK_3_4.indd 110 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Kulturpolitische Verantwortung in Landesregierungen und der Bundesregierung haben die Grünen bislang nur äußerst zurückhaltend wahrgenommen. Michael Vesper als ehemaliger Kulturminister von Nordrhein-Westfalen und Joschka Fischer als für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zuständiger ehemaliger Außenminister sind hier die seltenen Ausnahmen. In der politischen Agenda der Grünen steht Kulturpolitik nicht in der ersten Reihe.

In der Themenauflistung der Heinrich-Böll-Stiftung im Internet steht Kunst und Kultur hinter Geschlechterdemokratie, Migration, Ökologie, Entwicklungspolitik, Europapolitik u.a. auf dem vorletzten Platz. Hier sollte nicht nur der Name der Stiftung mehr Programm sein, sondern als think tank der Partei hat die Stiftung eine Verantwortung dafür zu sorgen, dass grüne Kulturpolitik deutlicher sichtbar wird. Vielleicht wird ja dann irgendwann die erste Bundeskulturministerin eine Grüne sein.

Zuerst erschienen in politik und kultur Januar – Februar 2008

aPuK_3_4.indd 111 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Auszug zur Kultur aus dem Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Zukunft ist grün. (2002)

Das Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist Grün“ wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 15. bis 17. März 2002 im Berliner Tempodrom beschlossen. Der Bereich Kultur ist unter der Überschrift „Aufbruch in die Wissensgesellschaft“ zu finden.

V. KULTUR

Kultur ist Lebenselixier. Sie ist gerade in einer Welt wachsender Unübersichtlichkeit von herausragender Bedeutung. Kultur entsteht in der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Umwelt, mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft. In vielfältigen Ausdrucksformen reflektiert die Kunst Erfahrungen, die Menschen mit sich selbst, mit der Natur und der Gesellschaft machen. Sie bietet normative und ästhetische Orientierungen für das Leben der Einzelnen und der Gesellschaft.

Kultur und Selbstbestimmung
Kulturelle Vielfalt, künstlerische Freiheit, der Zugang zu kultureller Bildung sind zentrale Voraussetzungen für Freiheit und Selbstbestimmung. Der Kulturbegriff hat sich erweitert. Die Vielfalt kultureller Sparten und die wechselseitige Durchdringung verschiedener Kulturen finden ihr Spiegelbild in den Lebensformen und Lebensstilen moderner Gesellschaften. Die Durchlässigkeit und Vermischung der Kulturen als untrennbarer Bestandteil der Globalisierung schlägt sich in jedem persönlichen Lebensentwurf, in jeder Stadt und auf jeder Homepage nieder. Der Kunstbegriff ist offen und muss vor staatlichen Zugriffen und Vereinnahmungen geschützt werden. Die Definition von Kunst ist – nicht nur unter den Künstlerinnen und Künstlern selbst – seit jeher umstritten. Dieser Streit ist offen zu halten und kann nicht politisch entschieden werden.

Kulturelle und technische Innovationen sind in modernen Gesellschaften auf vielfache Weise verwoben. Kulturelle Offenheit fordert zu einem offenen und abwägenden Umgang mit den neuen Kulturtechniken in elektronischen Medien heraus. Kultur und Kunst geben auch solchen neuen gesellschaftlichen Entwicklungen Ausdruck und Interpretation.

Kultur und Demokratie
Kulturschöpfungen und kulturelle Präsentationen bieten starke Antriebskräfte hin zu einer freien und demokratischen Gesellschaft. Die formsuchende und formgebende Dynamik der Kunst ist unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

Gegenseitiger Respekt, Anerkennung der persönlichen Integrität des Anderen, Entfaltung der intellektuellen, ästhetischen und sinnlichen Begabungen, Offenheit für das Abweichende, Marginalisierte und Ausgeschlossene sind wesentliche Elemente einer bündnisgrünen Kulturpolitik. Politik muss sich für die Pluralität der Lebensstile öffnen und die Verallgemeinerung eines Lebensstils oder einer vermeintlichen Leitkultur zu Lasten anderer verhindern.

Gerade für die heranwachsende Generation sind frühe und intensive Begegnungen mit Kultur und Kunst und das Erfahren von Toleranz, Neugier und Selbstvertrauen in die eigene Kreativität von herausragender Bedeutung.

Eine Akzeptanz der Kulturpolitik durch junge Menschen setzt voraus, dass sie ihre Lebensformen und Lebensstile in der Politik wiederfinden.

aPuK_3_4.indd 112 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Weil die Frage, wie wir leben und wie wir leben wollen, vor allem auch eine Frage der Kultur ist, so ist der Wechsel zu einer ökologisch verantwortlichen Lebensweise auch eine Frage von Kunst, Kultur und Kulturpolitik. Die Frage nach unserer Zukunft verbindet Kultur und Nachhaltigkeit.

Kulturförderung als öffentlicher Auftrag

Aufgabe der öffentlichen Kulturpolitik ist es, kulturelle Aktivitäten und künstlerische Betätigung für möglichst viele Menschen zu ermöglichen. Dabei geht eine demokratische Kulturpolitik von der Gleichberechtigung vielfältiger kultureller Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten in Deutschland sowie von der Gleichwertigkeit von traditionellen Kulturinstitutionen, neuen innovativen Kunstformen und freien soziokulturellen Projekten aus. Unsere Aufmerksamkeit gilt auch der Förderung von Sprachen und Kulturen der autochthonen Minderheiten, wie zum Beispiel der Sorben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihrer föderalen Struktur einer vor allem durch Kommunen und Bundesländer finanzierten Kulturförderung eine weltweit bemerkenswert vielfältige Kulturlandschaft geschaffen. Darüber hinaus ist eine stärkere Rolle des Bundes in der Kulturpolitik wünschenswert, um dadurch die Förderung von Kunst und Kultur auf eine breitere Basis zu stellen und die internationale Wahrnehmung zu intensivieren. Deshalb befürworten wir in ausdrücklicher Anerkennung der Kulturhoheit der Länder, die Kulturpolitik auf der Bundesebene aufzuwerten und die Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern, um ihrer gewachsenen Bedeutung gerecht zu werden.

Es ist eine zentrale Aufgabe unserer Politik, Freiräume für Kunst und Kreativität zu sichern und zu fördern. Kultur und Kunst gehen von den Menschen aus, nicht vom Staat. Der Staat hat die Aufgabe, den kulturellen und künstlerischen Anliegen in der Gesellschaft Raum zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie sich frei entfalten können. Mit einer so verstandenen Kulturpolitik fördert er die Entwicklung personaler und gesellschaftlicher Identität. Jugendkultur braucht Räume, um sich zu treffen und zu kommunizieren. Sie braucht Jugendzentren, Proberäume, Auftrittsmöglichkeiten, Clubs, Kinos und vieles mehr.

Bündnisgrüner Politik geht es darum, allen Gesellschaftsschichten und -gruppen den Zugang zu Kunst und Kultur offen zu halten.

Auch dort, wo sich kulturelle Bereiche selbst tragen, muss Kulturpolitik über die Gestaltung der Rahmenbedingungen fördernd tätig werden, zum Beispiel durch die soziale Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern oder die weitere Gestaltung des Stiftungs- und Steuerrechts. Die öffentlich getragenen und finanzierten Kultureinrichtungen bilden gemeinsam mit dem privatwirtschaftlichen Kultur- und Kunstbereich und dem in den letzten Jahren stark gewachsenen frei gemeinnützigen Kultursektor die drei Säulen des bundesrepublikanischen Kultursystems. Eine offene Kulturpolitik darf kommerzielle Kulturangebote nicht primär als Gefahr sehen. Freie und privatwirtschaftliche Kulturheitproduzenten und -vermittler tragen wesentlich zur kulturellen Vielfalt bei. Ohne kulturelle Privatinitiative und individuelles kulturelles Engagement können Kunst und Kultur nicht überleben. Bundeskulturpolitik darf die Förderung hier nicht den Ländern und Kommunen, die den größten Teil der Kulturausgaben tragen, überlassen, sondern muss sich durch Förderung exemplarischer, herausragender Projekte auch vor Ort engagieren.

aPuK_3_4.indd 113 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Kulturgut Sport
Sport ist ein wichtiges Kulturgut unserer Zeit. Bewegung, Spiel, gemeinsam Erlebtes, Erfolge und die Verarbeitung von Niederlagen fördern das Selbstbewusstsein der Menschen. Sie tragen auch zur Entwicklung sozialer Kompetenzen, von Leistungsbereitschaft, tolerantem und fairem Verhalten sowie zu mehr bürgerschaftlichem Engagement bei. Dafür sind die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Ehrenamtliches Engagement im Sport ist von hohem gesellschaftlichem Wert und deshalb in besonderer Weise zu stärken. Sport kann nur in einer gesunden und intakten Umwelt ausgeübt werden. Umweltverträgliche Sportausübung und umweltgerechte Sportstätten sind ein Ausdruck hierfür. Der Staat fördert auf allen Ebenen gemäß seiner Zuständigkeiten Breiten- und Gesundheitssport, Behinderten- wie auch Spitzensport. Die öffentliche Förderung für den Sport ist nur dann gerechtfertigt, wenn Sport und Training nach humanen Prinzipien, fair und ohne Doping betrieben werden. Die Gesundheit der Sportler muss im Vordergrund stehen.

Kultur der Stadt. Kultur im ländlichen Raum
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Förderung einer vielfältigen Stadtkultur. Die europäische Stadt war die Wiege der Demokratie, der Selbstverwaltung der öffentlichen Angelegenheiten durch die Bürgerinnen und Bürger. Zu den urbanen Traditionen, die wir bewahren und weiterentwickeln wollen, gehört die Offenheit der Stadt für neue Ideen, für Zuwanderung und die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen, gehört ihre dichte politische und kulturelle Öffentlichkeit und das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Die Städte müssen ihre Identität als Handels-, Kultur- und Kommunikationszentren bewahren und fortentwickeln – mit lebendigen Innenstädten und Stadtteilen, unverwechselbarer Baukultur, städtebaulicher Eigenart und Nutzungsvielfalt und einem regen gesellschaftlichen Leben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die Erhaltung und Pflege kultureller Äußerungen und Lebensformen des ländlichen Raums ein. Nachhaltiger und sorgsamer Umgang mit der Natur als selbstverständlichem Teil der Kultur sind im ländlichen Raum vielfältig ausgeprägt. Lokales Brauchtum und sprachliche Besonderheiten sind ein wichtiger Teil unserer kulturellen Wurzeln. Die Kultur im ländlichen Raum lebt im Spannungsverhältnis ihrer eigenen Traditionen und der Begegnung mit aktuellen Entwicklungen. Kultur wird zum wichtigen Identifikationsmerkmal in der Region, wenn es dem ländlichen Raum gelingt, seine Eigenständigkeit zu erhalten und nicht zum gesichtslosen „Umland der Stadt“ abzugleiten. Deshalb ist es unsere Aufgabe, regionale Kulturlandschaften zu stärken und zu profilieren.

Ein vorausschauender Denkmalschutz soll bauliche Zeugnisse der Vergangenheit sichern und für neue Nutzungen öffnen. So wird die baukulturelle Geschichte den nachfolgenden Generationen weitergegeben. Wir wollen aber nicht nur Vergangenes bewahren, sondern ebenso den Dialog über zeitgenössische Bau- und Städtebaukultur pflegen.

Kulturelles Erbe
Wir müssen wissen, woher wir kommen, um zu wissen, wohin wir gehen. Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte – insbesondere mit dem Nationalsozialismus – ist ein Fundament unserer Demokratie. Die historischen Orte mit Mahnmalen, Museen, Gedenkstätten, Archiven und Bibliotheken sind wichtige Lernorte lebendiger Erinnerungskultur, die uns Erfahrungen der Vergangenheit für zukünftiges Handeln bewusst machen. Geschichte trägt sich gerade auch in der jeweiligen Nachbarschaft zu. Deshalb sind die vielen kleinen Initiativen und Einrichtungen, die die lokale Erinnerungskultur lebendig halten, durch Kommunen und Länder zu fördern. Die Bundesförderung für die an NS-Verbrechen und das Unrecht des SED-Regimes erinnernden Gedenkstätten ist unverzichtbar. Zeugnisse der Vergangenheit sind eine Grundlage für das historische und kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft. Sie machen immer wieder Erfahrungen der Vergangenheit bewusst und tragen zur Lebensqualität der Städte, Dörfer und

aPuK_3_4.indd 114 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Landschaften bei. Das bauliche Erbe ist Fundament für eine qualitätsvolle zeitgenössische Bau- und Städtebaukultur.

Kultur in Europa – Kulturen der Welt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine aktive Begegnung der Kulturen der Welt. Dies trägt zu gegenseitigem Respekt, zu Anerkennung und Toleranz bei. Auf kultureller Ebene kann die Verständigung und Auseinandersetzung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Lebenskonzepten in besonderer Weise gelingen. Keine der beteiligten Kulturen darf die andere beherrschen wollen. Kultureller Austausch ist unverzichtbar für ein tolerantes, friedliches Zusammenleben, und nur die Kulturen, die sich austauschen, bleiben entwicklungsfähig. Kulturpolitik ist Friedenspolitik. Wir begreifen kulturelle Verständigung als Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa. Darüber hinaus ist der internationale Kulturaustausch im Rahmen einer aktiven auswärtigen Kulturpolitik weiter zu entwickeln. Zur Kultur eines Einwanderungslands gehört die Offenheit gegenüber Menschen aus anderen Kulturen, Ethnien und Religionen. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Begegnung der Kulturen und der Förderung von Kunst und Kultur der in Deutschland lebenden MigrantInnen. Ihre Kreativität ist eine Ressource, die gesellschaftliche Innovation hervorbringt. Interkultureller Dialog wird so zu einer gesellschaftlichen Bereicherung, die Erkenntniszuwachs bereitet und individuelles Selbstverständnis vertieft. Andere als gleichberechtigt gelten lassen zu können, setzt voraus, auch über Kenntnis und Wertschätzung der eigenen Kultur zu verfügen.

aPuK_3_4.indd 115 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Geschichte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorgeschichten: 1977 bis 1979
Seit **1977** Gründung von grünen oder bunten Listen, die für Kreistage kandidieren. Im **November 1977** Gründung der wertkonservativen Grünen Liste Umweltschutz (GLU) in Niedersachsen. Im **März 1978** Gründung der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD). Im **Juli 1978** Gründung der „Grünen Aktion Zukunft" (GAZ) durch den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl. Zur Wahl des Europäischen Parlaments Gründung des **Listenbündnisses DIE GRÜNEN** durch Delegierte von AUD, GLU und GAZ sowie anderen Initiativen als „Sonstige politische Vereinigung" (SPV). Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im **Oktober 1979** kommen erstmals Grüne in ein Landesparlament. Im **November 1979** zweite Versammlung der SPV mit dem Beschluss die SPV im Jahr 1980 in eine Partei umzuwandeln.

Die ersten Jahre 1980 bis 1983
Im Januar **1980** Gründung der Bundespartei DIE GRÜNEN. Im **März 1980** Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg. Im Juni **1982** Einzug in die Hamburger Bürgerschaft. Im **September 1982** Einzug in den Hessischen Landtag. Im **Januar 1983** Beschluss des Rotationsprinzips für Bundestagsabgeordnete, das hieß Wechsel der Abgeordneten nach zwei Jahren. Im **März 1983** Einzug in den Deutschen Bundestag. Sprecher der ersten Bundestagsfraktion der Grünen waren: Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly und Otto Schily. Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Joschka Fischer.

Regieren? Streit der Strömungen: 1984 bis 1989
Im **Januar 1984** Beschluss der außerordentlichen Bundesversammlung, dass auch bei Abgeordneten des Europaparlaments das Rotationsprinzip gilt. Im **Juni 1984** Einzug in das Europäische Parlament. Im **Dezember 1984** wird in einer Resolution beschlossen, dass „zur Zeit keine Möglichkeit der Koalition oder Regierungsunterstützung auf Bundesebene" gesehen wird. Auf Orts-, Kreis- oder Landesebene können die jeweiligen Gremien über eine Zusammenarbeit entscheiden. Im **März 1985** weigert sich die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly zu rotieren. Im März 1985 (Wahl im Saarland) und Mai 1985 (Wahl in Nordrhein-Westfalen) erreichen die Grünen keine Landtagsmandate. Die Forderung nach einer Orientierung auf rot-grün auch auf Bundesebene wird laut. Hiergegen gibt es auch starken Protest. **Oktober 1985** Bildung der ersten rot-grünen Koalition auf Landesebene in Hessen. Joschka Fischer wird Umweltminister. Marita Haibach Staatssekretärin für Frauenfragen. Im **Januar 1986** erstes „Realo-Treffen" in Frankfurt/Main, im **März 1986** erstes Treffen der „Linken in den Grünen". Im **Mai 1986** Beschluss der Bundesversammlung zur 4-Jahres-Rotation und der Quotierung. **September 1986** Eröffnung der Umweltbibliothek in der Ostberliner Zionskirche, aus diesem Umfeld stammen viele Gründer der Grünen Partei Ostdeutschlands. Im **September 1986** beschließt die außerordentliche Bundesversammlung Verhandlungen mit der SPD nach der Bundestagswahl 1987 als Option. Einzug in den Deutschen Bundestag im Januar 1987 mit einem Wahlergebnis von 8,3%. **Februar 1987** wird die erste rotgrüne Koalition in Hessen beendet. Ab **Mai 1987** intensive Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteiströmungen. Es ist von einer Spaltung der Partei die Rede. Im **März 1988** Gründung einer grünnahen Stiftung (Stiftungsverband Regenbogen aus den Stiftungen: Buntstift, Heinrich-Böll-Stiftung und Frauen-Anstiftung.). Im **Januar 1989** erreicht die Alternative Liste (AL) 11,8% bei der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses. Sie schlägt der SPD eine Koalition vor. In der DDR Gründung von Demokratie Jetzt, Neues Forum, Vereinigte Linke, Grüne Partei, Grüne Liga und Unabhängiger Frauenverband. **November 1989** Gründung der Grünen Partei der DDR.

aPuK_3_4.indd 116 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Wahldebakel: 1990
Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen im **Jahr 1990** steht die Haltung der Grünen zur deutschen Einheit: Zweistaatlichkeit, Konföderation oder Vereinigung? Der Bundestagswahlkampf wird unter anderem mit dem Motto bestritten: „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Klima." **Februar 1990** Gründungsparteitag der Grünen Partei der DDR. Nach der Landtagswahl in Niedersachsen im **Mai 1990** Bildung einer rot-grünen Koalition. **September 1990** Parteitag der Grünen Partei der DDR Beschluss des Zusammengehens mit den westdeutschen Grünen. **Oktober 1990** Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Volkskammer-Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benennt sieben Vertreter für den Bundestag: Marianne Birthler, Ernst Dörfler, Joachim Gauck, Matthias Platzeck, Werner Schulz, Hans-Jochen Tschiche und Wolfgang Ullmann. Bei Landestagswahlen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen kandidieren Listenverbindungen zwischen Grünen und Bürgerbewegung. Sie erreichen Landtagsmandate. In Mecklenburg-Vorpommern konkurrieren Bündnis 90 und Die Grünen. Beide schaffen den Einzug in den Landtag nicht. In Brandenburg scheitern die Grünen. Bündnis 90 ist im Landtag vertreten und arbeitet in einer Ampelkoalition mit der SPD und der FDP mit. Im Dezember 1990 scheitern die Die Grünen in Westdeutschland an der 5-Prozent-Hürde, in Ostdeutschland erreicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6% und zieht in den Deutschen Bundestag. Im **Dezember 1990** Zusammenschluss der ost- und westdeutschen Grünen.

Der Weg zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1991 bis 1993
Im **Januar 1991** Bildung von erneuter rot-grüner Koalition in Hessen. Im **April 1991** Strukturreform der Partei. Im **September 1991** Bildung einer Ampelkoalition in Bremen mit der SPD und der FDP. Im **September 1991** Gründung der Partei Bündnis 90, Beitritt von Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte sowie der Hälfte der Mitglieder des Neuen Forums. Im **November 1992** Assoziationsvertrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. **Mai 1993** erste ordentliche Bundesversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wahlerfolge (und Misserfolge): 1994 bis 1998
Januar 1994 Gründung des Grün-Alternativen Jugendbündnis (GAJB). **Juni 1994** kommen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Landtag von Sachsen-Anhalt und bilden eine Koalition mit der SPD. In Sachsen und Brandenburg scheitert die Partei an 5-Prozent-Hürde. Im **Oktober 1994** Einzug in den Deutschen Bundestag. Mit Antje Vollmer wird erstmals eine Grüne Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Im **Oktober 1994** gelingt in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern der Einzug in den Landtag nicht. Im Saarland erstmals im Landtag vertreten. Im **Mai 1995** Bildung der ersten rot-grünen Koalition in NRW. Im **März 1996** Zusammenführung des Stiftungsverbunds Regenbogen in der Heinrich-Böll-Stiftung. Im **März 1996** Bildung einer rot-grünen Koalition in Schleswig-Holstein. Im **November 1997** Bildung zur rot-grünen Koalition in Hamburg. Im **September 1998** Wahlsieg von rotgrün bei der Bundestagswahl. Joschka Fischer wird Außenminister, Jürgen Trittin Umweltminister, Andrea Fischer Gesundheitsministerin.

Regierungsbeteiligung auf Bundesebene: 1999 bis 2005
Die rot-grüne Regierung stellt im **Januar 1999** ihren Entwurf für das neue Staatsbürgerschaftsrecht vor. **August 2001** tritt das rot-grüne Gesetz zur „Eingetragenen Partnerschaft" in Kraft. **März 2002** Beschluss des Grundsatzprogramms „Zukunft ist grün" Im **September 2002** Bestätigung der rot-grünen Koalition bei der Bundestagswahl. **Januar 2004** Feier zum 25-jährigen Bestehen der Partei. Im **September 2005** Abwahl der rot-grünen Koalition auf Bundesebene.

Oppositionspartei im Deutschen Bundestag
Seit **September 2005** Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.

aPuK_3_4.indd 117 16.03.2009 12:17:39 Uhr

aPuK_3_4.indd 118 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Kulturpolitik von DIE LINKE

aPuK_3_4.indd 119 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Oskar Lafontaine

Linke Politik braucht kritische Kunst und Kultur. Die LINKE sucht den Dialog mit den Künstlern

In einer Inszenierung des Stücks „Der Kandidat“ von René Pollesch ist das Rangfoyer des Hamburger Schauspielhauses originalgetreu auf der Bühne nachgebaut. Unter der Überschrift „Politik durch die Pollesch-Brille“ schreibt ein Theaterkritiker hierzu: „Ein verblüffender Fake – genau so wahr wie Wahlversprechungen heute...“ Das war im Juni 2002. In dem Stück „Pablo in der Plusfiliale“ thematisiert der gleiche Autor die „prekären“ Arbeitsverhältnisse im Zeitalter des Neoliberalismus. Das war 2004. Zwei Beispiele dafür, dass die Kultur, in diesem Fall das Theater, gesellschaftliche Verhältnisse aufgreift, kritisiert und einem breiteren Publikum bewusst macht. Im Fall der prekären Beschäftigungsverhältnisse tat sie dies noch bevor diese überhaupt durch die Politik gesehen wurden bzw. die politisch Verantwortlichen diese wahrhaben wollten.

Längst ist jedoch die Kultur selbst in die Fänge des Neoliberalismus geraten, der vormals positiv besetzte „Kulturbetrieb“ von einer neoliberalen Kulturbetriebswirtschaft bedroht. Während die staatlichen Kulturausgaben in den vergangenen Jahren weiter rückläufig waren oder stagnierten, steigt die Bedeutung des privaten Kultursponsorings. Der Sprecher des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im BDI, Stephan Frucht, bestätigt diese Entwicklung, indem er sie mit den Worten rechtfertigt: „Wenn der Staat sich zurückzieht, dann ist es nur recht und billig, dass Unternehmen auch diese Lücke schließen.“

Darauf, dass von einer Privatisierung des Kulturbetriebs auch eine Verarmung der Kultur ausgehen könnte, hat der Schriftsteller Ingo Schulze hingewiesen. Er warnte in seiner Dankesrede zur Verleihung des „Thüringer Literaturpreises“ am 4. November 2007 vor einer „Refeudalisierung des Kulturbetriebs“. Gestiftet wurde der „Thüringer Kulturpreis“ nämlich nicht vom Land Thüringen, sondern vom Energieriesen E.ON. Ungewollt wurde der Schriftsteller am Rednerpult mit der Aufschrift „E.ON Thüringer AG“ zum Werbeträger. Indem er hierauf anspielend seine Kritik in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang stellte, der weit über seinen eigenen beruflichen Wirkungskreis hinausgeht, hebt er sich geradezu heldenhaft von den Politikerinnen und Politikern ab, die nur noch an den Egoismus des Einzelnen appellieren und diese skandalöse Privatisierung öffentlicher Verantwortlichkeit versuchen hinter ihrer Forderung nach mehr „Eigenverantwortung“ zu verstecken und so die Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse in unserer Gesellschaft vernebeln.

Ingo Schulze stellt fest: „Die Tendenz zur Refeudalisierung des Kulturbetriebs geht einher mit einer allgemeinen Privatisierung und damit Ökonomisierung aller Lebensbereiche, des Gesundheitswesens, der Bildung, des Sports, des Verkehrssystems, der Wohnungswirtschaft, der Energiewirtschaft bis dahin, dass private Firmen Polizeiaufgaben übernehmen.“ Diese Refeudalisierung sei bereits zur Selbstverständlichkeit verkommen, so Schulze und weiter: „Wenn der demokratische Staat nicht genug Geld hat, dann muss er entweder die Gesetze ändern, damit er wieder seiner Verantwortung gerecht werden kann. Oder er stellt sich selbst in Frage.“

Um sich selbst in Frage zu stellen, braucht der Staat aber gerade auch ein kritisches und unabhängiges Kulturwesen. Dass der Staat es allein nicht kann, wird immer dann sichtbar, wenn die Bundesregierung bei politischen Entscheidungen, wie beispielsweise der Agenda 2010, der Rente mit 67, der Europäischen Verfassung oder auch den Auslandseinsätzen der Bundeswehr auf Unverständnis in der Bevölkerung stößt und über deren Köpfe hinweg entscheidet. Die Verantwortlichen sprechen dann in gewohnter Regelmäßigkeit von einem „Vermittlungsproblem“. Das in Frage zu stellen, was sie vergeblich versuchen zu vermitteln, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Kein einzelner Mensch aber würde

aPuK_3_4.indd 120 16.03.2009 12:17:39 Uhr

für normal erklärt, der, immer wieder auf die gleichen Fehler angesprochen, behaupten würde, es gäbe da nur ein Vermittlungsproblem, diejenigen, die ihn kritisieren, hätten ihn nur nicht richtig verstanden. DIE LINKE sucht die Kultur. DIE LINKE ist angetreten, die Politik zu verändern. Sie sucht dazu neben anderen gesellschaftspolitischen Organisationen und sozialen Bewegungen auch den Dialog mit Künstlerinnen und Künstlern. Wir möchten uns dabei auch über den eigenen politischen Kurs vergewissern, die Meinungen der Kulturschaffenden mit in unsere Überlegungen einbeziehen. Das ist bisher, auch aufgrund der gerade erst vollzogenen Neugründung der Partei, noch nicht zufrieden stellend gelungen. DIE LINKE ist bereit, dabei auch unkonventionelle Wege zu gehen, beispielsweise konkrete politische Aktionen mit Künstlerinnen und Künstlern zu unternehmen. Warum zum Beispiel nicht bei einem Stück wie der „Mutter Courage" Politikerinnen und Politiker der Linken mit den Schauspielerinnen und Schauspielern zusammenbringen und am Theater über den Krieg diskutieren lassen und hierzu auch den Bundesverteidigungsminister einladen? Oder warum nicht das Leben und Arbeiten am Theater selbst zum Gegenstand machen und mit Theaterleuten, Schauspielerinnen und Schauspielern diskutieren, wie sehr das betriebswirtschaftliche Denken den Theateralltag bereits bestimmt?

Am Anfang unserer Bemühungen steht unser Interesse für die Kunst. Was bewegt die Theater- und Filmemacher, Schauspieler, Musiker, Kabarettist usw. in ihrem Schaffen? Welchen Raum nehmen die Politik, die Gesellschaft, der Einzelne, die Lebensverhältnisse der Menschen in der Kunst und Kultur ein und hat sich mit der gesellschaftspolitischen Wende hin zum Neoliberalismus auch die Kultur und ihr Gegenstand in den vergangenen Jahren verändert?

Welche geistigen Grundhaltungen finden sich in der Kultur und welche Positionen sind derzeit bestimmend? Unter welchen Bedingungen müssen die Kulturschaffenden arbeiten, wo liegen ihre Probleme und wo ihre Bedürfnisse und Voraussetzungen, um sich frei entfalten zu können und sich nicht der verbreiteten wirtschaftlichen Standortlogik unterwerfen zu müssen? Diese Fragen möchte DIE LINKE an die Künstlerinnen und Künstler und den Kulturbetrieb insgesamt stellen und so die darin arbeitenden Menschen kennen lernen und von ihnen lernen. Auch, um ihre Interessen besser vertreten zu können und sich selbst weiter zu entwickeln und noch wirksamer in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Zuerst erschienen in politik und kultur März – April 2008

aPuK_3_4.indd 121 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Lothar Bisky

Kulturen, Politik und die LINKE. Kulturelle Vielfalt als Dialograum freiheitlicher Lebensperspektiven

Deutsche Regierungs- und Oppositionsparteien weisen erstaunliche Gemeinsamkeiten bei kulturpolitischen Lösungsansätzen auf. Niemand würde Rahmenbedingungen der freien Kunst, die späte Wertschätzung der Kulturwirtschaft, Filmförderung oder die Lösung medienrechtlicher Fragen einschließlich ihrer europäischen Dimensionen als zweitrangig ansehen. Keine Partei unterschätzt kulturelle Bildung und die Teilhabe am kulturellen Leben. Die Politik – so darf man hier pauschal sagen – sieht den Erhalt kommunaler und öffentlicher Kulturförderung in den Ländern und im Bund als dringende Aufgabe.

Schon an dieser Stelle begäbe sich die Kritik an der kulturpolitischen Praxis in Ländern und Kommunen an die Startblöcke und würde angesichts der prekären Beschäftigung in Agenturen und Studios oder mit Blick auf die Nöte von Bibliotheken bezogen auf Ausstattung und modernes Urheberrecht zur Hochform auflaufen. Doch ich gehe hier noch ein kleines Stück des parteiübergreifenden Weges bundesdeutscher Kulturpolitik und halte fest: Politik schätzt die Lebendigkeit und Schutzbedürftigkeit kultureller Vielfalt, ratifizierte im vergangenen Jahr ihre völkerrechtlichen Grundlagen. Alle Parteien betonen den Wert von Gedenkstätten und Erinnerungskulturen, die zum Dialog über die Wurzeln unserer wiedervereinten europäischen Kulturnation herausfordern, zum internationalen Austausch und zur Verständigung anregen. Welch traute Runde, so scheint es.

Ahnt man nicht spätestens bei der Deutungshoheit über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Vereinigungsprozesses, beim Aufarbeiten des historischen Selbstverständnisses, welch – für mich verständlichen – Risse in den trauten Debatten um unsere europäische Kulturnation verborgen sind? Statt diese Risse in unseren gewachsenen Teilkulturen politisch zuzukleistern, ist es Zeit, sie als Herausforderung zu verstehen. Offenheit ist ein Grundelement eines dialogfähigen Kulturverständnisses. Frank-Walter Steinmeier hat dies für die Auswärtige Kulturpolitik herausgearbeitet. Dies gilt auch im Inland. Wo liegen die Unterschiede in der Kulturpolitik der Parteien wirklich?

Wo ist das Originäre, das die neu gegründete LINKE – mitten im eigenen Dialog der kulturellen Vielfalt ost- und westdeutscher Biografien – in die Waagschale der Debatte wirft?

Erinnerungskultur beginnt in der eigenen Partei. Die LINKE ist täglich darauf angewiesen, die Reduktionen auf Stacheldraht und Ampelmännchen, auf Coca Cola und Heinrich Böll zu hinterfragen. Ohne Offenheit entsteht kein Verständnis für die politische und kulturelle Auseinandersetzung, welche Mitglieder der PDS – auch die aus dem Westen – als ein Teil der neuen LINKEN nach 1989/90 gegangen sind. Ohne Offenheit blieben vielen Ostdeutschen die Kulturen von selbst verwalteten Stadtteilprojekten, Bewegungskulturen, gewerkschaftliche Protestkulturen und die seltsame Erfahrung verborgen, dass auch Westdeutsche eine reiche regionale deutschsprachige Rockmusik hatten. Würde man in einer differenzierten Kulturgeschichte des geteilten Landes ankommen, so stieße man – gerade im Kulturbetrieb – auf demokratische Wurzeln in Ost und West, würde die verschlungenen Auseinandersetzungen zwischen der künstlerischen und der selbst ernannten politischen Avantgarde, der SED-Führung, gewinnbringend recherchieren. Uns würde eine merkwürdig lockere Haltung zu den populären Künsten in der DDR begegnen, das unglaubliche „Lese- und Theaterland DDR“ noch einmal – zeitgemäß kritisch – aufscheinen und gar viele deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten im kulturellen Vereinswesen, der Soziokultur und den freien Szenen über den historischen Weg laufen.

aPuK_3_4.indd 122 16.03.2009 12:17:39 Uhr

Wir schreiben das Jahr 2008. DIE LINKE hatte ihren Gründungsparteitag, der ein reichliches halbes Jahr zurückliegt. Wir stehen für eine Verbindung der sozialen und der kulturellen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung. Deshalb sehen wir kulturelle Vielfalt als Dialograum freiheitlicher Lebensperspektiven. Vor allem sehen wir darin keinen Gegensatz zur Idee der sozialen Gleichheit. Damit steht die deutsche LINKE nicht nur historisch in europäischen Traditionen. In den skandinavischen Ländern ist Egalität als soziales Grundprinzip kulturell tief verankert. Dies hat durchaus mit einer Lebensweise zu tun, in der die Emanzipation der Geschlechter und damit die Freiheit möglicherweise weiter gefächert ist als in der bundesdeutschen Gesellschaft. Bezogen auf die Erwerbstätigkeit von Frauen ist einiges aus der ostdeutschen Teilgesellschaft tradiert, einiges inzwischen in der neuen Bundesrepublik in der Debatte.

Die sich herausbildende Kulturauffassung der LINKEN wird sich programmatisch an einem weiten Kulturbegriff orientieren, der bisweilen der Kulturpolitik immer noch fremd ist, auch unter Linken. Die neu gegründete LINKE wird den Anspruch ernst nehmen, dass Kulturpolitik Gesellschaftspolitik ist. Fragen der Lebensperspektiven und -vorstellungen in arbeiterlichen, bürgerlichen, alternativen Milieus, in Migrantenkulturen werden durch eine Orientierung auf interkulturelle integrative Bildung, in Reformen der öffentlich-rechtlichen Medien, in der Wissenschafts- und Innovationspolitik, auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis Europa bewegt.

Kulturelle Fragen sind Fragen nach der Utopiefähigkeit einer Gesellschaft, Fragen nach ihrer Geschichte, ihrem Zusammenhalt, ihren Erzählungen. Alle Menschen stellen solche Fragen, egal ob sie in existenziellen Nöten sind und Sinnsuche zwischen Angst und Lebensmut zerrieben wird oder ob sie als Jetsetter die Suche nach der Mußezeit noch nicht aufgegeben haben. Künstlerinnen und Künstler – ob Komponist, Drehbuchautorin oder Tanzcompany – vermögen auf ihre eigene Kommunikation provozierende Weise diese Debatten an- und aufzuregen.

Die Kulturpolitik der LINKEN setzt dort an, wo sich Marktradikalität und sozial spaltende Strukturen verfestigen und damit die Utopiefähigkeit einer Gesellschaft verschüttet wird. Soziale Kämpfe werden vom Zeitgeist gern als back to the seventies denunziert. Doch ihr kultureller Sinn ist der Erhalt einer demokratischen Öffentlichkeit, damit neue Ideen für das Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesellschaft wachsen. DIE LINKE ist verbunden mit Emanzipations-, Ökologie- und Friedensbewegungen, mit antirassistischen und antifaschistischen Initiativen. Kulturell streiten wir für Strukturen, die eine zweite Aufklärung inmitten eines digitalen Kapitalismus ermöglichen. Ästhetische Bildung, kulturelle Teilhabe sind für Weitsichtige eine selbstverständliche Lebenserfahrung.

Kultur für alle bleibt eine Forderung der LINKEN, weil jene dritte Hoffnung der französischen bürgerlichen Revolution, die historisch als Brüderlichkeit in unsere Welt gekommen ist – die Potenzen sozialer und kultureller Innovationen trifft. Politisch auf Gemeinsinn und Solidarität oder wie immer es Menschen nennen, zu verzichten, birgt nicht nur den Verlust der gleichen Chancen, sondern auch den der Freiheit. Demokratische Öffentlichkeit, Konflikt- und Konsensfähigkeit sind gefährdet, wenn Quoten regieren und gutes Marketing als letzte Zuflucht von Kreativität erlebt wird.

Wenn eine ressortübergreifende Kultur- und Medienpolitik tatsächlich als Investition in unsere Gesellschaft verstanden wird, ist es an der Zeit, ihr politisch-institutionelles Dasein nach einem haushalterischen Restmittelprinzip in Kommunen und in der Europäischen Kommission zu beenden. DIE LINKE setzt sich für ein striktes Ende der Unterbelichtung kultureller Potenzen der Gesellschaft gegenüber der Überbelichtung unserer Kultur der Marktgängigkeit ein, in die sich Politik oft viel zu geschmeidig einfügt.

aPuK_3_4.indd 123 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Ein großer deutscher Dramatiker hat einmal auf die Frage, warum er nicht von der DDR in die Bundesrepublik übersiedeln will, geantwortet, er bliebe lieber in einem Land, in dem die Literatur so wichtig ist, dass sie gegebenenfalls verboten wird. Wenn dieser Zynismus der Unfreiheit wirklich eine Fußnote in der Geschichte werden könnte, dann gehört zum Anspruch kultureller Freiheit, eine Gesellschaft der Gleichen neu zu denken.

Last but not least: Der demokratische Interessenausgleich sollte nicht länger vormedial gedacht und an den Realitäten der Mediengesellschaft vorbei diskutiert werden. Der Zugang aller zur Kultur schließt längst den Zugang aller zu Informationen ein. Daraus Bildung, Zukunftsgewissheit, Problemlösungskompetenz und Lebensfreude zu generieren, ist nach meiner Lebenserfahrung nur durch den lernenden Austausch zwischen alten und neuen Kulturtechniken möglich. Dies ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit, in der das Staatsziel Kultur nur ein – wenn auch wichtiger – Schritt in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft bedeutet.

Zuerst erschienen in politik und kultur März – April 2008

aPuK_3_4.indd 124 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Lukrezia Jochimsen

Kultur ist immer Aufbruch und Festhalten an Erinnerung. Erfahrungen mit der Arbeit im Parlament

Politische Positionen werden von Biografien überschattet, deshalb eine private Bemerkung vorweg: Kunst und Kultur waren für mich immer ein Lebenselixier, schon als Kind, vor allem unmittelbar nach Kriegsende. Ich war zehn Jahre alt. Wir waren arm, hatten wenig zu essen, kaum etwas anzuziehen. Das Trauma des Krieges, die Todesangst war kaum überwunden. Aber dann waren da Theateraufführungen, Hörspiele, Konzerte, das Kino, Bibliotheken, Zeitungen ... Das bedeutete Leben, Aufbruch, Lebenselixier. Das ist immer noch der Ausgangspunkt für mein Verständnis von Kultur und damit auch von Kulturpolitik. Und zwar auf dreifache Weise.

Erstens spielt Kindheit eine entscheidende Rolle. Kinder brauchen Kultur – von Anfang an. Alle Kinder. Ihre Sinne verlangen nach Bildern, Klängen, formbaren Materialien, Bewegung ... Ihr Gehirn benötigt Sprache, Geschichten, Assoziationsstimulanz...

Ihre Entwicklung vom Ich zum Wir kommt ohne die Teilnahme, wie die Teilhabe am kulturellen Leben, nicht voran. Das ist die „Nahrung", die wir Kindern geben müssen. Kultur und Kindheit gehören zusammen.

Zweitens spielt die Anfangszeit nach 1945 eine Rolle, als West und Ost noch nicht getrennte Kulturen darstellten, als Brecht, Heinrich und Thomas Mann, Hemingway und Remarque, Jazz und Schostakowitsch, Hollywood und Eisenstein, amerikanische Schauspiele und französischer Existenzialismus, T.S. Elliot und der italienische Film die „kulturelle Vielfalt" unserer frühen Jahre in der neuen Demokratie darstellte. Kultur West wie Kultur Ost haben mich nie mehr losgelassen.

Drittens spielt Erinnerung eine prägende Rolle: Faschismus, Drittes Reich, Auschwitz, Suchen nach der Wahrheit und Festhalten an der Wahrheit als immerwährende Aufgabe – auch und gerade dann, wenn viele lieber zu neuen Tagesordnungen übergehen wollen.

Kurz: meine kulturpolitischen Positionen sind geprägt von Krieg, Diktatur, Befreiung und Glauben an Demokratie und Selbstbestimmung, die vielleicht naive, aber nicht aufgebbare Hoffnung, dass auf neuen kulturellen Wegen das moderne Deutschland entsteht. Wegen wohlgemerkt – die Mehrzahl ist wichtig.

Die verschiedenen Wege

EINERSEITS/ANDERERSEITS verläuft die Arbeit im Ausschuss für Kultur und Medien und verlief sie in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland".

Einerseits gibt es die Gemeinsamkeiten:

- Die Sicherung der kulturellen Vielfalt, das Recht auf eigene Kultur in der globalisierten Welt,
- das Staatsziel Kultur verankert in der Verfassung,
- die Definition, dass Kultur Investition in unsere Gesellschaft ist, kein Bedienen von Subventionsinteressen, kein Dekor, kein Luxus,
- die Notwendigkeit von neuen Konzepten für Gedenkstätten,
- die Unterstützung kreativen Schaffens im aufstrebenden Zweig Kulturwirtschaft,
- die Pflicht zur Modernisierung des Urheberrechts.

aPuK_3_4.indd 125 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Für all' das tritt DIE LINKE ein – und alle übrigen Fraktionen auch. Allerdings, wenn DIE LINKE in einem dieser Felder initiativ wird, wird dieses abgelehnt und wenn die LINKE einen Antrag der Regierungskoalitionen wegen Übereinstimmung mitzeichnen möchte, wird dies zurückgewiesen. Das ist die EINERSEITS-VARIANTE der kulturpolitischen Zusammenarbeit.

ANDERERSEITS erheben wir die eine Gegenstimme gegen den übermächtigen Chor der anderen. Und dies hat mit unserem Geschichtsbild zu tun.

Die neue Linke, aus Ost und West kommend, geht von einer Ost-West-Geschichte aus, die heute noch nachwirkt. Die Vergangenheit unseres von zwei Gesellschaftssystemen geprägten Kulturlebens lässt sich nicht auslöschen. Wie Thomas Flierl in dieser Ausgabe von *politik und kultur* schreibt: „Der Staatssozialismus war nicht nur politisch gescheitert, die Menschen hatten sich auch kulturell abgewandt. Interessanterweise wurden sich die Ostdeutschen ihrer kulturellen Identität erst im Transformationsprozess bewusst. Auch heute wenden sich viele Menschen vom vorherrschenden Gesellschaftsmodell aus kulturellen Gründen ab: Sie spüren existenziell, wie fremd ihnen diese Welt wird [...]"

Dieses Fremdsein eines Teils unserer Bevölkerung stellt aus unserer Sicht eine Herausforderung an die Kulturpolitik dar. Wir haben den Abriss des „Palastes der Republik" nie verstanden, geschweige denn gebilligt. Ich persönlich halte diese Aktion der überwältigenden Mehrheit des Parlaments für „Kulturrevanchismus". Was hätte man da nicht alles unter Einbeziehung des DDR-Bauwerks als Teil unserer gemeinsamen Geschichte errichten können?

Wir sind auch entschieden gegen die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin, erst recht auf dem Schlossplatz und dann vielleicht auch noch auf dem Sockel des Preußischen Reichssymbols! Aus unserer Sicht erlaubt die friedliche Revolution von 1989 keinen herkömmlichen Denkmalkult. Wir wären deshalb für ein DENKZEICHEN in Leipzig, wo alles begonnen hat. Zusammen mit einem „Ort der Information" und einem „aktiven Museum" könnte es Zeitgenossen und künftigen Generationen – aus Ost wie West – die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Idee der Freiheit ermöglichen.

Wir wenden uns auch dezidiert gegen das unter dem Titel „Sichtbares Zeichen" von der Koalition verabredetes Dokumentationszentrum zu „Flucht und Vertreibung" in Berlin. Ausgerechnet in Berlin, von wo der ganze Kriegsschrecken ausging! Ein „Zentrum gegen den Krieg" wie es der Willy-Brandt-Kreis fordert, hielten wir dagegen für notwendig – genauso wie ein „Mahnmal gegen Kriege und für die Opfer gegenwärtiger und zukünftiger Kriege" anstelle des vom Bundesverteidigungsminister im Alleingang und Hauruckverfahren geplanten „Bundeswehr-Ehrenmals" am Antretplatz seines Dienstsitzes.

Und dann das Gedenkstättenkonzept!

Das Hantieren mit Begriffen wie „erster" und „zweiter" Diktatur halten wir für geradezu fahrlässig. Gegen jede Relativierung der Nazi-Diktatur werden wir dezidiert angehen. Das ist keine „Erinnerungskultur", das ist aus meiner Sicht Geschichtsklitterung, und übrigens ein Spiel mit dem Feuer. Da stehen wir „auf der anderen Seite" und werden alles versuchen, im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Raum Verbündete zu finden, mit denen wir diesem Konzept entgegenwirken können.

Gibt es eine kulturell gerechte Gesellschaft?

Es müsste, es könnte sie geben. Wenn man den Satz der Bundeskanzlerin aus ihrer ersten Regierungserklärung ernst nimmt, dass „Kulturförderung keine Subvention, sondern eine Investition" ist und all´

aPuK_3_4.indd 126 16.03.2009 12:17:40 Uhr

die aktuellen Politikeraussagen in Sachen Jugendkriminalität – Stichworte: Prävention, Ursachenbekämpfung von früh an – ja, dann müsste politisches Ziel aller eine kulturell gerechte Gesellschaft sein. Überlegen Sie doch mal, wie Sie Kinder aus der Monotonie, der Unterforderung, der Cliquengewalt, der Gewaltbereitschaft zwischen öden Wohnblocks und Supermärkten herausholen können?

Mein Vorschlag: Nehmen Sie eine Milliarde Euro und setzen Sie ein Programm „Kultur für Kinder" auf. Geben Sie den Kindern, die zu Hause keine Bücher, keine Möglichkeiten zum Musizieren und Gestalten haben, die Chance in ihrem unmittelbaren Umfeld Musik- und Malschule, Theater- und Tanzgruppen zu finden, ebenso wie Bibliotheken mit Lesezirkeln und Wettbewerben, Film-, Video- und Computerclubs unter kreativer Anleitung. Museen als ständige Erfahrungsorte und Kunsthandwerkstätten. Kultur für Kinder überall in gleichen Maßen – auf dem Land, in den Städten und in den Problemvierteln: Darum geht es.

Denken Sie auch daran, dass Sie damit Arbeit schaffen würden, kostbare, kreative Arbeit. Ein Programm für Kinder, Jugendliche und kreativ Arbeitende wäre ein nationales Signal.

Der Begriff „soziale Gerechtigkeit" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten der Politik – ich würde ihn gern um die Komponente „kulturelle Gerechtigkeit" erweitern. Deutschland ist ein so reiches Kulturland – alle: Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Alte, Arme und Reiche sollten gerecht an diesem Reichtum beteiligt werden.

Zuerst erschienen in politik und kultur März – April 2008

aPuK_3_4.indd 127 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Thomas Flierl

Die neue Linke muss vor allem auch ein kulturelles Projekt sein. Demokratischer Sozialismus muss auch kulturell begründet sein

Die neue LINKE konstituiert sich als gesamtdeutsche Partei neu: Sie führt Menschen linker Orientierung unterschiedlichster sozial-kultureller Milieus und politischer Kulturen zusammen. Ein gemeinsames Kulturverständnis, das nur ein pluralistisches und sozial-kulturell engagiertes sein kann, wird erst noch zu erarbeiten sein.

In gewisser Zuspitzung könnte man daher formulieren: Die neue LINKE kann nur gelingen, wenn sie auch als ein kulturelles Projekt begriffen und gestaltet wird. Nicht in dem Sinne natürlich, Kulturpolitik anderen Fachpolitiken oder Künstler, Kulturschaffende und Kulturinteressierte anderen Bevölkerungsgruppen vorzuziehen, sondern im weitem Verständnis von Kultur als dem Ziel aller Politik: Der alles entscheidenden Frage, wie die Menschen ihrem Leben Sinn geben, wie sie durch Teilhabe am gesellschaftlichen Austausch ihre Individualität und damit Selbstbewusstsein ausbilden, wie gebildet und traditionsbewusst und wie offen sie gegenüber dem Neuen, dem fremden Anderen sind, welche Gestaltungskompetenz sie gegenüber ihren Lebensbedingungen in der sich so schnell ändernden Welt tatsächlich gewinnen.

Die Linke muss diese emanzipatorischen Perspektiven stärken: Gerechtigkeit und Solidarität, Tradition und Erneuerung in sozialer Verantwortung, ein sinnvolles, selbstbestimmtes und -gestaltetes Leben ist möglich, heute schon. Unser Antikapitalismus, unser Interesse an mehr Demokratie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, d.h. unser Interesse am demokratischen Sozialismus, muss auch kulturell begründet sein, glaubwürdig und attraktiv, einladend.

Es wäre allerdings naiv anzunehmen, wir könnten an der alten Gleichsetzung, Kultur sei gleich links, und damit an der früheren, vermeintlichen oder tatsächlichen kulturellen Hegemonie der Linken einfach anknüpfen. Dazu waren die Beziehungen von linker Kultur und Politik im 20. Jahrhundert zu spannungsreich und schwierig. Wenn die Linke politisch schwach war, hatte sie zuvor regelmäßig auch kulturell versagt. So sehr die Linke enorme Anziehungskraft auf Intellektuelle hatte, so sehr gehört leider auch die Intellektuellenfeindlichkeit zur Geschichte der Linken und an vielen Dogmatismen der Linken hatten auch Intellektuelle ihren unrühmlichen Anteil.

Die Linke in Ost und West litt gleichermaßen unter ihrem Theorie- und Politikzentrismus. Dem entsprach die klassische Schwäche der Linken, mit ihrem Kulturbegriff weitestgehend im Kunsthorizont zu verbleiben und gleichzeitig ein zumeist robustes instrumentelles Verhältnis zu den Künsten zu pflegen.

Der Staatssozialismus war nicht nur politisch gescheitert, die Menschen hatten sich auch kulturell abgewandt. Interessanterweise wurden sich die Ostdeutschen ihrer kulturellen Identität erst im Transformationsprozess bewusst. Auch heute wenden sich viele Menschen vom vorherrschenden Gesellschaftsmodell aus kulturellen Gründen ab: Sie spüren existenziell, wie fremd ihnen diese Welt wird. Und nicht nur jene Menschen, die in sozial prekärer Existenz leben, sondern auch viele jener, die zwar sozial gesichert sind, nicht aber mental, ja körperlich ertragen können und wollen, dass diese Gesellschaft sozial auseinander driftet, dass viele fundamentale gesellschaftlichen Probleme zwar erkannt, aber nicht im Interesse der Mehrheit gelöst werden. Die neue Linke, aus Ost und West kommend, unterschiedliche sozial-kulturelle Milieus und politische Kulturen zusammenführend, wird eine gemeinsame kritische Revue der kulturellen Traditionen der Linken in Deutschland und Europa unternehmen müs-

aPuK_3_4.indd 128 16.03.2009 12:17:40 Uhr

sen. Wir werden dabei gewiss auf gemeinsame Bezugspunkte stoßen, jene jeweils kurzen Momente einer produktiven Nähe von politischer und kultureller Avantgarde: Die künstlerischen Avantgardebewegungen und die kulturellen Reformbewegungen im 1. Drittel des 20. Jahrhunderts, die Traditionen eines pluralen Antifaschismus, der demokratische Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg, der jedoch in den Kalten Krieg führte, die inneren kulturellen Aufbrüche in den 60/70er Jahren, die ansatzweise bereits blockübergreifenden Friedens-, Ökologie- und Bürgerrechtsbewegung der 80er Jahre, schließlich die Bemühungen um eine respektvolle Gestaltung der deutschen Einheit und der gemeinsame Kampf gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft, der neue Antikapitalismus der globalisierungskritischen Bewegung, die reflexive Moderne der Gegenwart.

Erneuern wir ein respektvolles, interessiertes, kritisches Verhältnis zu den Künsten und den Kulturschaffenden. Begreifen wir, dass Kulturarbeit auch ein wachsender Sektor in modernen Volkswirtschaften ist. Betreiben wir eine Kulturpolitik der Teilhabe, der offenen Zugänge, der Sicherung öffentlicher Räume und Institutionen sowie der avanciertesten künstlerischen und medialen Interventionen. Die radikale soziale Frage und die ambitionierteste Auseinandersetzung mit Künsten, Medien, Design und Architektur gehören zusammen, nicht auf triviale Weise, sondern beziehungsreich.

Und verstehen wir: die politische Kultur der Linken selbst ist unsere größte Ressource. Unser solidarischer Umgang miteinander, Integrität, Ernsthaftigkeit und Freude des eigenen Tuns, Projektorientierung, Offenheit und Neugier, Engagement und Professionalität, das sind Ausdrucksformen, die wir selbst benötigen und die auch anderen gefallen könnten. Ohne einen erkennbaren kulturellen Aufbruch wird die neue Linke weder Zusammenhalt nach innen noch Ausstrahlung nach außen gewinnen.

Das Kulturforum der Linken

Nun beginnen wir in der Kulturpolitik ja nicht vom Punkte Null. Es gab tragfähige Ansätze in der PDS wie in der WASG. Und als wir miteinander in die Debatte kamen, stellten wir einen großen Vorrat an Gemeinsamkeiten fest. Wenn man die programmatischen Aussagen zur Kultur beider Parteien nebeneinander legt, wird das deutlich. Die Einigung über die Eckpunkte in diesem Politikfeld war nicht schwierig. Komplizierter war da schon die Diskussion darüber, wie sie denn dort umzusetzen sind, wo wir politische Verantwortung übernommen haben, so z.B. in Berlin. Und schwieriger war es – und ist es auch bis heute – diese unsere gemeinsamen Überzeugungen über den engen Kreis der Kulturpolitiker hinaus innerhalb der Partei und über diese hinaus zu kommunizieren.

In der Linkspartei gibt es seit Mitte der 90er Jahre mit der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (SKK) auf Bundesebene einen engen Kommunikationszusammenhang und eine Abstimmung über die kulturpolitischen Positionen. Sie trägt bis heute wesentlich dazu bei, dass die Linke innerhalb und außerhalb der Parlamente in diesem Arbeitsfeld erkennbar bleibt. In ihrer Anfangszeit sorgte die SKK durch eine Reihe von großen Kulturforen, wie z.B. das zum Thema „Leben ohne Arbeit?“ im Jahre 1996, dafür, dass sich die Linke im Austausch mit Künstlern und Kulturschaffenden zu den wesentlichen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung befand. Das ist jetzt bei der Bildung der neuen Partei wichtiger denn je. Im Zusammenwirken mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung wollen wir an diese Tradition anknüpfen. Das Kulturforum zur Zukunft von Arbeit und Kultur von 2006 in Senftenberg und das Forum zur kulturellen Bildung in Berlin im Dezember 2007 waren ein hoffnungsvoller Anfang, dem weitere bundesweite Veranstaltungen folgen sollen. Anfang 2008 haben wir nun ein Kulturforum der Linken bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung gegründet, das sich dieser Aufgabe widmen wird.

Zuerst erschienen in politik und kultur März – April 2008

aPuK_3_4.indd 129 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Birgit Klaubert

LINKER Blick in die Zukunft. Bildung und Kultur als Teil der sozialen Frage

„Altenburg: Provinz in Europa" – war der Titel einer viel beachteten Ausstellung im Lindenau-Museum meiner Heimatstadt. Das Museum gehört zu den Leuchttürmen ostdeutscher Kultur und hat es oft nicht leicht, sich neben der Eisenacher Wartburg und der Weimarer Kultur zu behaupten. Über 40 Künstler, Schriftsteller, Architekten, Stadtplaner, Kunsthistoriker und Publizisten waren am Ausstellungsprojekt beteiligt. Sie lenkten den Blick auf meine Heimatstadt, die inmitten eines zusammenwachsenden Europa alle Spuren der vergangenen Jahrhunderte und Jahrtausende trägt. Altenburg gehört zu den wunderbaren mitteldeutschen Kleinstädten, deren wechselvolle Geschichte mannigfaltige Spuren hinterlassen hat.

Ende Januar fand die Finissage der Ausstellung in Form einer Lesung statt. Im Mittelpunkt stand das Werk des im vergangenen Jahr verstorbenen Dichters Wolfgang Hilbig. Künstler und Politiker, Freunde und Lebensgefährten des in Meuselwitz geborenen Büchner-Preisträgers fanden sich zur Matinee „Altenburg: Provinz in Europa. Eine künstlerische und kulturpolitische Anthologie" zusammen. Dabei hat es das Werk jenes berühmten Meuselwitzer Künstlers in seiner Heimat gar nicht so leicht. Bis zu seinem Tode im vergangenen Jahr war die Schar der Kenner seines Werkes in seiner Heimat eher überschaubar. Und man muss sich auch mühen mit dem Werk des Wolfgang Hilbig. Die Worte erschließen sich erst nach mehrfachem Lesen. Die DDR tat sich schwer mit dem Dichter, der „aus der Kohle kam" und sein Werk veröffentlichen wollte. Die Obrigkeit meinte, dass die Kunst eines dichtenden Arbeiters nicht so auszusehen habe wie die des Wolfgang Hilbig. Die Auseinandersetzung in seinem Werk „Die Arbeiter. Ein Essay" aus dem Jahr 1975 waren mir damals nicht geläufig. Im Januar 2008 trug ich sie den Gästen der Finissage vor.

Den Abschluss der Lesung gestaltete der Thüringer Literaturpreisträger 2007 Ingo Schulze, dessen Roman „Neue Leben" die Wende in der europäischen Provinz Altenburg plastisch beschreibt. Ingo Schulze hatte mit seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Literaturpreises für Wirbel gesorgt. Am denkwürdigen 4. November ging er der Frage nach: Was wollen wir? Und er fragte nach der Verantwortung der Politik für die Kultur, kritisierte die allgemeine Privatisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche und fragte gleichzeitig nach der Verantwortung des einzelnen Bürgers im Gefüge unserer demokratischen Gesellschaft.

Und dieses „Was wollen wir?" durchzog auch die Abschlussveranstaltung der Ausstellung über die europäische Provinz. Ohne öffentliche Verantwortung dafür, dass Kunst und Kultur sich frei entfalten dürfen, wird es keine dauerhafte demokratische Entwicklung geben können. Und deshalb muss sich gerade DIE LINKE vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte für die Freiheit der Kunst und Kultur und die öffentliche Förderung einsetzen. Damit ist eigentlich alles gesagt.

Die Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich durch ein auch im internationalen Vergleich außergewöhnlich dichtes und anspruchvolles Angebot an Kunst und Kultur aus. Ein hoher Prozentsatz der Aufwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur werden aus öffentlichen Haushalten getätigt, was für andere Länder keineswegs selbstverständlich ist.

Doch fast 18 Jahre nach der Wiedervereinigung beklagen wir den stetigen Rückzug des Staates aus der Kulturfinanzierung. Wer Kritik daran übt, wird mit dem Verweis auf die „anderen Länder" in die Schranken gewiesen. In öffentlicher Debatte ist die Empörung über Kulturverluste weniger vernehmbar als die über steigende Abgaben und Gebühren.

aPuK_3_4.indd 130 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Dabei besteht eine enge Verbindung zwischen sozialer und kultureller Frage und jener nach dem demokratischen Funktionieren einer Gesellschaft, deren Ökonomie immer mehr Partikularinteressen produziert. Demokratie kann aber nur funktionieren, wenn die Kultur des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft erlernt wird. Demokratie braucht Beteiligung und Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund wird der Zugang zu Bildung zu einer der wichtigsten sozialen und Menschenrechtsfragen des 21. Jahrhunderts. Kultur und Bildung in diesem Verständnis zielen nicht nur auf das Lernen verwertbaren Wissens oder berufsrelevanter Fähigkeiten. Wir begegnen hier den Wertefragen unserer modernen Gesellschaft und müssen Antwort geben, was wir tun wollen und müssen. Und die Antwort der LINKEN kann nur heißen: Öffentliche Verantwortung für den sozialen Ausgleich und den freien Zugang aller zu Kultur und Bildung. Wir müssen nicht erst die sozialen Probleme lösen, um uns dann der Bildung und Kultur zuwenden zu können. Wir müssen Bildungs- und Kulturfragen als Teil der sozialen Frage behandeln.

Damit wird Kulturpolitik Querschnittsaufgabe für die Gestaltung demokratischer und sozial gerechter Beziehungen der Gegenwart und Zukunft. Will man jedem seine Chance geben, muss der Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten von Anfang an vielfältig und chancengleich sein.

Im föderalen System der Bundesrepublik ist Kultur Ländersache. Diesem Umstand steht DIE LINKE nicht entgegen. Doch sie spricht für die Kooperation von Bund und Ländern in Kulturfragen, was sich für Thüringen gut am Weimarer Beispiel illustrieren lässt. Thüringen verfügt wie kein anderes Land über ein dichtes Netz von Residenzen in den einstigen Hauptstädten der Kleinstaaten. Thüringen steht aber auch für die Moderne mit der Wiege des Bauhauses in Weimar, steht für dessen Vertreibung aus Weimar und den Todesort Buchenwald neben dem Ort der Klassik und Humanität.

Betrachten wir jedoch die Entwicklung der Landesausgaben für die Kultur, stellen wir einen bedeutenden Rückgang über die Jahre fest. Hinzu kommen alle Probleme, die aus der Finanzausstattung der Kommunen resultieren. So meinen inzwischen manche, dass Thüringens Kultur viel zu schwer wiege vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung. Der kulturelle Reichtum wird damit mehr als Last denn als Lust empfunden.

Doch Kultur gehört zu den wertvollsten Ressourcen und ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor dieses kleinen Landes, welches sich gern als Denkfabrik bezeichnet. Und daran wird sich auch die LINKE messen lassen. Neben der öffentlichen Förderung der Kultur gilt es, ihre wirtschaftlichen Potenziale zu entwickeln. Tourismus ohne Kultur ist in Thüringen undenkbar. Und warum soll nicht eine Kulturpauschale dauerhaft Arbeitsplätze an wichtigen Knoten im kulturellen Netzwerk des Landes sichern. Wir brauchen dazu die öffentliche Diskussion, die sonst nur dann stattfindet, wenn wieder ein Stück Kultur der Haushaltskürzung zum Opfer fällt.

Eine reiche Gesellschaft wie die der Bundesrepublik muss Möglichkeiten erschließen, Kultur und Bildung umfassend und gerecht zu organisieren und zu finanzieren. Das heißt, die Einnahmequellen auch bei den Gewinnern der globalisierten Wirtschaft zu erschließen, was letztlich auf eine andere Rolle der Politik abzielt. Wenn öffentliche Verantwortung für die Kultur nur noch bedeuten sollte, Sponsoren zu finden, gerät das politisch-demokratische System zur Farce. Wir haben darauf zu drängen, die Bildungsausgaben zu erhöhen, Kultur als Teil der Bildung und Bildung als Teil der Kultur zu betrachten. Diese Verantwortung haben wir vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte und einem LINKEN Blick in die Zukunft. Mögen sich viele dieser Blickrichtung anschließen.

Zuerst erschienen in politik und kultur März – April 2008

aPuK_3_4.indd 131 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Gabriele Schulz

Ist Kultur links? Fragen zur Kulturpolitik der LINKEN. Ein Kommentar

„Linke Politik braucht kritische Kunst und Kultur", schreibt der Vorsitzende der Partei DIE LINKE und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag Oskar Lafontaine, MdB, in dieser Ausgabe von *politik und kultur*. Braucht Kunst und Kultur auch linke Politik, ist man versucht zurückzufragen und gilt dieses nur für kritische Kunst? Wird vielleicht nur noch kritische Kunst gebraucht? Doch was ist dann mit der affirmativen Kunst oder ist Kunst vielleicht immer kritisch? Fragen über Fragen, die sich eröffnen, wenn man sich mit der Kulturpolitik der Partei DIE LINKE befasst.

DIE LINKE ist die jüngste im Deutschen Bundestag vertretene Partei, entstanden aus der ostdeutschen PDS und der westdeutschen WASG. Die PDS ist in Ostdeutschland tief verwurzelt. Sie trug in Mecklenburg-Vorpommern bereits Regierungsverantwortung, in Berlin ist sie in der zweiten Legislaturperiode neben der SPD Regierungspartei, in Sachsen-Anhalt tolerierte sie eine SPD geführte Minderheitsregierung. In den ostdeutschen Landtagen ist sie seit Beginn vertreten. Aktuell ist DIE LINKE bis auf den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in allen ostdeutschen Landtagen die zweitstärkste politische Kraft. Hier kann nicht von einer kleinen Partei gesprochen. Es handelt sich vielmehr um eine „Volkspartei". Und diese Volkspartei ist auch in der Kulturpolitik gefordert. Birgit Klaubert, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags sowie dortige Kulturpolitische Sprecherin, zeigt in ihrem Beitrag in dieser Ausgabe auf, dass von den Kulturpolitikern der LINKEN in den ostdeutschen Ländern konkrete kulturpolitische Konzepte gefordert werden.

Ganz anders die WASG. Die WASG entstand aus dem Umkreis von Gewerkschaftern, enttäuschten Mitgliedern der SPD sowie Globalisierungsgegnern. Sie formierten sich aus Protest gegen die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierung Schröder. Die Partei verstand sich bewusst als Oppositionspartei. Sie wollte das Sprachrohr der Arbeitnehmer sein. Kultur oder Kulturpolitik spielte in diesem Kontext eine untergeordnete Rolle. Der in dieser Ausgabe von *politik und kultur* ausgedruckte Auszug aus dem Gründungsprogramm der WASG belegt, dass Kulturpolitik unter dem Blickwinkel der Beschäftigten in diesem Bereich und des möglichst freien Zugangs zu Kunst und Kultur gesehen wurde.

Und um das Bild der Kulturpolitik der LINKEN zu komplettieren, dürfen ostdeutsche Intellektuelle wie Lothar Bisky oder Thomas Flierl, die bereits in der DDR im weiten Sinne kultur- und medienpolitisch tätig waren, und heute zu den kulturpolitischen Vordenkern der LINKEN zählen, nicht vergessen werden. Ihre Beiträge in dieser Ausgabe von *politik und kultur* zeigen eine weitere Facette der Kulturpolitik der LINKEN und zwar die der Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und den immer noch bestehenden kulturellen Unterschieden zwischen Ost und West. Aus ihren Ausführungen sowie dem Artikel von Luc Jochimsen der Kulturpolitischen Sprecherin der LINKEN im Deutschen Bundestag ist am ehesten zu erspüren, auf welchem Fundament das Kulturverständnis und die Kulturpolitik der LINKEN ruht.

Von allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die bisher im Schwerpunkt Kulturpolitik der Parteien in *politik und kultur* vorgestellt wurden, hat DIE LINKE das am festesten gefügte Grundverständnis von Kultur, das dann auch die Grundlage für die Kulturpolitik bildet. Kunst wird im Kontext der Avantgarde gesehen, Künstler sollen Utopien entwerfen. Es stellt sich automatisch die Frage, was ist mit jenen Künstler, die sich nicht so verstehen, was ist mit affirmativer Kunst, welche Bedeutung hat die Autonomie der Kunst. Kunst und Kultur wird säkular verstanden, den öffentlichen Kultureinrichtungen wird eine zentrale Bedeutung eingeräumt. Es ergibt sich daraus die Frage nach anderen kulturpolitischen Akteuren wie den Kirchen, den bürgerschaftlich Engagierten, der Kulturwirtschaft. Obwohl sich

aPuK_3_4.indd 132 16.03.2009 12:17:40 Uhr

kritisch mit der Funktionalisierung von Kunst und Kultur in der DDR auseinandergesetzt wird, wird der Kunst wenig Eigenwert eingeräumt. Kunst, die nur für sich steht, Künstler, die um der Kunst willen arbeiten, weil sie nicht anders können, kommen in diesem Gedankengebäude nicht vor. Und vor diesem Hintergrund ist es auch verständlich, wenn Oskar Lafontaine davon spricht, dass Politiker und Schauspieler in einem Theater am Beispiel von Mutter Courage über den Kriegseinsatz im Irak diskutieren sollen und sich für kritische Kunst stark macht oder wenn Thomas Flierl schreibt, dass aus der Kunst, von Künstler und dem Kulturbetrieb Impulse für eine linke Kulturpolitik erwartet werden. Letztlich steht dahinter dann doch eine Funktionalisierung der Kultur.

Das große Verdienst der Kulturpolitiker der LINKEN ist es, dass sie nicht ruhen, die kulturellen Unterschiede aus der deutschen Teilung zu erwähnen und zu mahnen, dass diese thematisiert werden müssen. Im kommenden Jahr können wir 20 Jahre Mauerfall und Überwindung des Kalten Krieges feiern. Grund genug sich mit den kulturellen Unterschieden in Ost- und Westdeutschland zu befassen und zugleich nach einer gemeinsamen Identität zu suchen. DIE LINKE könnte zu dieser Diskussion einen wichtigen Beitrag leisten.

Zuerst erschienen in politik und kultur März – April 2008

aPuK_3_4.indd 133 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Auszug aus dem Programm der PDS (2003)

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien

Gegen soziale Ungleichheit bei der Teilhabe an Bildung, Kultur und Information/ Öffentliche Finanzierung von Bildungssystemen, Nein zu Privatisierungen/Zeitgemäße Hochschulreform/Erhalt staatlicher Kulturförderung.

Eine kulturelle Errungenschaft der europäischen Gesellschaften ist ihr System sozial und kulturell ausgleichender Institutionen und die damit verbundene Ethik sozialer Pflichten und der Verantwortung für die Schwachen. Doch die herrschende Politik schwächt den Sozialstaat, anstatt ihn zu erneuern. Dies führt dazu, dass schon gewonnene Gleichheit wieder verloren geht und die innere Stabilität der Gesellschaft dadurch aufs Spiel gesetzt wird. Es kommt zu Einschränkungen für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, sich am kulturellen Leben zu beteiligen, Bildung und Wissen zu erwerben und gezielt am Austausch von Informationen teilzuhaben.

Einer solchen Politik widersetzt sich die PDS: Die kulturellen Ansprüche aller sozialen und ethnischen Gruppen sind nicht nur zu respektieren, sie müssen in verbrieftes Recht auf eigene Kultur und Teilnahme an der kulturellen Kommunikation verwandelt werden. Die Lebenschancen einer und eines jeden hängen heute vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ebenso ab wie von der Möglichkeit, sich zu bilden und mit den Künsten wie den Medien umzugehen.

In Deutschland, einem Einwanderungsland, leben Angehörige fast aller Kulturen der Welt. Die PDS tritt für eine Kulturpolitik ein, die Diffamierungen anderer Kulturen strikt unterbindet und die Verständigung zwischen Ethnien und Nationen wirkungsvoll fördert. In der kulturell differenzierten multiethnischen Gesellschaft der Bundesrepublik ist es Aufgabe der Politik, allen Entwicklungschancen zu bieten und den Dialog der Kulturen, Weltoffenheit und Austausch zu ermöglichen. Die PDS erarbeitet eigene Vorschläge für zeitgemäßere Konzepte und Strukturen in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Medien. Sie sieht alle gesellschaftlichen Kräfte als Verbündete an, die den kulturellen Reichtum bewahren und mehren wollen.

Kultur und Kunst
Die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre zu gewährleisten, ist ein verfassungspolitisches Gebot. Es verpflichtet, die Bundesrepublik als Kulturstaat auszugestalten und das kulturelle Leben im Interesse aller gesellschaftlichen Schichten öffentlich zu fördern. Trägervielfalt ist eine unentbehrliche Voraussetzung für den kulturellen Reichtum der Gesellschaft wie für die Entfaltung konkurrierender kultureller Strömungen und Subkulturen.

Kulturpolitik muss ein Netz öffentlicher Einrichtungen, freier Projekte und privater Initiativen mit Angeboten für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Die kulturellen Bereiche, die dem Gemeinwesen und seiner demokratischen Ausprägung dienen, zur Selbstfinanzierung aber nicht in der Lage sind, brauchen langfristige Sicherung und ausreichende öffentliche Förderung. Daneben will die PDS, dass privates gemeinwohlorientiertes Engagement gefördert wird.

Die PDS rechnet mit der Ausweitung der Kulturwirtschaft und erkennt die demokratisierenden Tendenzen der industriellen Massenproduktion kultureller Güter und Dienste. Als Vermittler zwischen kultureller Produktion und Aneignung bedarf der Markt einer Regulation, die die Profitinteressen wie die Konzentrationsprozesse in der Kultur- und Medienwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit einschränkt.

aPuK_3_4.indd 134 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Die Förderung von Kultur liegt in gemeinschaftlicher Verantwortung des Bundes, der Länder und der Kommunen. Zur Kooperation von Bund und Ländern im Bereich der Kulturförderung gibt es keine Alternative. Die Verantwortung des Bundes besteht aus Sicht der PDS hierbei vor allem in der Definition ordnungspolitischer Rahmenbedingungen und – zunehmend – auch in der direkten Förderung kultureller Institutionen und Projekte. Andererseits gilt es, den Kulturföderalismus zu bewahren. Er trägt zur kulturellen Vielfalt bei und wirkt nationalistischen Tendenzen entgegen. Die PDS tritt für eine zeitgemäße Fortentwicklung des kooperativen Kulturföderalismus im europäischen Rahmen ein. Auch aus kulturpolitischen Gründen müssen die Kommunen finanziell wieder in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachkommen zu können.

Für Erhalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur in Ostdeutschland ist staatliche Kulturförderung von entscheidender Bedeutung. Das weitere Engagement des Bundes ist hier auf absehbare Zeit unerlässlich. Die PDS setzt sich deshalb für dessen Verstetigung ein. Der durch den außergewöhnlichen Mangel an Arbeitsplätzen verursachte Rückgang sozialer Bindungen macht besondere kulturelle Angebote nötig, die dem Gefühl, überflüssig zu sein und ausgegrenzt zu werden, entgegenwirken und den Zusammenhalt der Gesellschaft bewahren helfen. Arbeitsförderprogramme haben den Übergang des kulturellen Lebens ostdeutscher Kommunen in die neuen Bedingungen erleichtert und eine vielfältige Projektlandschaft gemeinnütziger freier Träger entstehen lassen. Deren Förderung muss fortgesetzt werden, bis neue Lösungen für die kontinuierliche Arbeit dieses kulturellen Sektors durchgesetzt sind.

Durch die Künste in der Vielfalt ihrer Richtungen werden die Freiheit der Einzelnen und ihre soziale Gebundenheit in aller Widersprüchlichkeit gedacht und erlebt. Weil Kunst ein wesentliches Moment der großen gesellschaftlichen Debatten ist, will die PDS die eigenen Welten der Künste als autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien sichern und schützen. Sie sieht in neuen künstlerischen Tendenzen Impulse für ein erweitertes Welt- und Gesellschaftsverständnis, die nach Kräften zu fördern sind. Wer ein reiches zeitgenössisches Kunstschaffen will, muss sich für die öffentliche Unterstützung der Produktionsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern einsetzen. Sinnvoll und gerechtfertigt ist die Kunstförderung nur, wenn die kulturelle Bildung aller gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen unterstützt wird. Sie ist darum ein gleichwertiges kulturpolitisches Ziel.

Die PDS betrachtet es weiterhin als staatliche Aufgabe, die großen Institute der Kunstpflege nicht nur zu erhalten, sondern auch die von ihnen in den Kunstwerken bewahrte soziale Erfahrung allen zugänglich zu machen

aPuK_3_4.indd 135 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Auszug aus dem Gründungsprogramm der WASG (2005)

„Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ zu Kultur, Bildung und Medien

E. Bildung und Wissen

1. Qualifizierte Bildung und Ausbildung für alle
[...] Die WASG will Chancengleichheit und hochwertige Bildung und Ausbildung für alle. Die Bildungsinhalte dürfen nicht nur auf die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt gerichtet sein, sondern müssen umfassende soziale, politische und kulturelle Kompetenzen vermitteln und die Persönlichkeitsbildung fördern. Demokratie muss gelernt werden. Das Bildungswesen ist eine öffentliche Aufgabe und muss aus Steuermitteln finanziert werden. Wenn Bildung und Forschung ihren Aufgaben gerecht werden sollen, müssen die Aufwendungen für diesen Bereich wesentlich erhöht werden.
[...]

2. Informationen und Wissen demokratisieren
Der Zugang zu Informationen und medienvermittelte Kommunikation spielen eine entscheidende Rolle für die gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen. Dabei entwickelt sich das Internet immer mehr zur entscheidenden Plattform. Zunehmend versuchen große kapitalistische Unternehmen, den Zugang der Allgemeinheit zum Wissensbestand der Menschheit und zu den Produkten wissenschaftlicher und künstlerischer Tätigkeit zu beschränken, um damit Geld zu verdienen.
[...]

Der Anteil geistiger, wissenschaftlicher und künstlerisch kreativer Tätigkeiten an der Gesamtarbeit nimmt zu. An die Arbeitenden werden in diesem Bereich in besonderem Maße Flexibilitätsanforderungen gerichtet, viele sind als so genannte Freie selbstständig tätig. Wir wollen ihre Stellung und ihre bisher oft mangelnde soziale Absicherung stärken. Dabei sind die Verwertungsunternehmen verstärkt zur Finanzierung heranzuziehen.

Im Urheberrecht wollen wir die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen stärken. Zugleich sollen die Nutzungsmöglichkeiten von Werken für nichtkommerzielle Zwecke so wenig wie möglich beschränkt werden. Das System der Pauschalentgelte über öffentlich-rechtliche Verwertungsgesellschaften ist zu stärken. Das Recht auf private Kopien von Medienprodukten und ihre nichtkommerzielle Nutzung und Weitergabe muss gewährleistet werden und darf nicht durch technische Maßnahmen verhindert werden.

Die WASG setzt sich für eine demokratische Medienöffentlichkeit ein. Politische und gesellschaftliche Prozesse müssen unabhängig von der Einflussnahme finanzkräftiger und mächtiger Interessengruppen für alle Menschen transparent und verständlich gemacht werden.

Die Öffentlichkeit in Deutschland wird in wachsendem Maße von privatkapitalistischen Medienkonzernen geprägt, die wiederum dem Einfluss finanzkräftiger Werbekunden unterliegen. Sie transportieren überwiegend die Interessen und Sichtweisen der wirtschaftlich und politisch Mächtigen. Dies spielte und spielt eine wichtige Rolle für die Verbreitung und Vorherrschaft neoliberaler Ideologie.

In den öffentlich-rechtlichen und den privaten Medien müssen Pluralität und innere Pressefreiheit der Redaktionen gestärkt werden. In allen Rundfunk- und Fernsehsendern müssen demokratisch zusam-

aPuK_3_4.indd 136 16.03.2009 12:17:40 Uhr

mengesetzte Gremien über die Programminhalte mitbestimmen, in denen die gesellschaftlich relevanten Gruppen repräsentiert sind.

Wir fordern, die öffentlich-rechtlichen Medien zu stärken, auch durch eine Finanzierung aus Steuermitteln. Private Medienmacht und Konzentration sind schärfer zu begrenzen und zu kontrollieren.

aPuK_3_4.indd 137 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE (2007)

Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, bestätigt durch die Urabstimmungen der WASG und Linkspartei.PDS vom 30. März bis 18. Mai 2007 und durch den Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 in Berlin (Auszug zu Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur).

6. Wissenschaft und Bildung, Medien und Kultur: Beitrag zu Aufklärung und Emanzipation statt Selbstvermarktung

[...]

Mit unseren politischen Alternativen wollen wir die Teilhabe jedes Menschen m gesamten Reichtum von Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ermöglichen, die kreativen Potenziale wecken und die Beteiligung an gesellschaftlicher Veränderung stärken. Das Recht auf unentgeltliche Bildung gehört ins Grundgesetz. Wir fordern die Verwirklichung dieses Grundrechts für alle, unabhängig von ihrer Nationalität, sozialen Lage, von Geschlecht und besonderer körperlicher und geistiger Verfasstheit. Bildungserwerb, kultureller Austausch und Medienkompetenz sollen ein eigenständiges und freies Leben ermöglichen. Wissenschaft und Kultur sind ein demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet.

Dazu gehören:

- Bildung von Anfang an: Jedes Kind muss das Recht auf eine gebührenfreie ganztägige Betreuung in Kindertagesstätten haben. Die öffentlich getragene vorschulische Bildung muss aufgewertet werden.
- längeres gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen und öffentlichen Bildungssystem: Ziel ist eine integrative Schule für alle Kinder von der ersten bis mindestens zur neunten Klasse, die eine soziale Auslese beendet und Kinder und Jugendliche sowohl bei Lernschwächen als auch in ihren Begabungen individuell fördert. Wir wollen Ganztagsschulen unterstützen und ein flächendeckendes Angebot ganztägiger Bildung gewährleisten.
- breite außerschulische Bildungsangebote: Das bezieht sich vor allem auf umfangreiche Angebote der öffentlich getragenen Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Kinder- und Jugendklubs sowie Sportstätten.
- [...]
- kulturelle Freiheit und Vielfalt: Kultur-und Medienpolitik sollen der Trägervielfalt kultureller Produktion gerecht werden, öffentliche und gemeinnützige Institutionen, unabhängige Verlage, Studios, Agenturen und künstlerische Produktionsfirmen fördern.
- kooperativer Kulturföderalismus mit europäischer Dimension: Er hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangspunkt, die in der Lage sind, das regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu gewährleisten.
- Informations- und Meinungsfreiheit: Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichern und die Pressefreiheit in den Redaktionen der Medienkonzerne stärken. Eine deutliche Verschärfung der Kartellgesetzgebung soll die Monopolisierung der Massenmedien beenden. Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen wollen wir stärken und zugleich einen Ausgleich finden, damit die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig einschränkt wird.

aPuK_3_4.indd 138 16.03.2009 12:17:40 Uhr

Geschichte der PDS/WASG/DIE LINKE.

1989
8./9.12.: Der Außerordentliche Parteitag der SED in Berlin bekennt sich zu den Prinzipien eines demokratischen Sozialismus und bricht radikal mit dem Stalinismus. Der Parteitag beschließt, die Partei nicht aufzulösen, und wählt Gregor Gysi zum Vorsitzenden. **16./17.12.**: Die Fortsetzung des Parteitages beschließt ein neues Parteistatut und den Parteinamen SED-PDS.

1990
4.2.: Umbenennung in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). **23.8.**: Nach dem Volkskammer-Beschluss zum DDR-Beitritt zur BRD bedauert PDS-Vorsitzender Gysi, „dass der Vereinigungsprozess zum Anschluss degradiert ist. Aber ich bin davon überzeugt, es gibt auch neue Chancen. Noch können wir die Zeichen auf Aussöhnung statt auf Feindschaft setzen, und das einige Deutschland braucht eine starke demokratische Opposition. Zu letzterem will meine Partei einen würdigen Beitrag leisten.“ **2.12.**: Bundestagswahl – Die PDS/Linke Liste kommt bundesweit auf 2,4 Prozent, im Osten auf 11,1 Prozent. Sie entsendet 17 Abgeordnete in den Bundestag, vier von ihnen aus dem Westen.

1993
29./31.1.: Der 3. Parteitag nimmt das neue Parteiprogramm an und wählt Lothar Bisky als Gysi-Nachfolger zum Parteivorsitzenden.

1994:
6.2.: Die parteilosen Stefan Heym, Manfred Müller, Günther Maleuda, Petra Bläss, Gerhard Jüttemann und Willibald Jacob erklären ihre Bereitschaft, auf Offenen Listen der PDS für den Bundestag zu kandidieren. „Gysis bunte Truppe“ wird zum Begriff. **21.7**.: Zum Regierungschef in Sachsen-Anhalt wird SPD-Politiker Höppner mit Stimmen der PDS gewählt. Die „Tolerierung“ beginnt. **16.10.**: Bundestagswahl – Die PDS erreicht 4,4 Prozent. In Berlin gewinnt sie vier Mandate direkt und ist künftig mit 30 Abgeordneten im Bundestag. **10.11.**: Stefan Heym eröffnet als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag; die CDU/CSU-Abgeordneten verweigern jeglichen Beifall. Heym und Gysi waren in den vorangegangenen Monaten Ziele von Verleumdungen durch Medien und Politiker.

1998
27.9.: Bundestagswahl – Regierungswechsel in Bonn und großer Erfolg für die PDS: Mit 5,1 Prozent entsendet sie erstmalig eine Fraktion in den Bundestag. **26.10.**: Der PDS-Abgeordnete Fred Gebhardt wirbt in seiner Eröffnungsrede als Alterspräsident des 14. Deutschen Bundestages für eine differenzierte Geschichtsbetrachtung der beiden deutschen Staaten. Mit Petra Bläss wird erstmals eine Bundestags-Vizepräsidentin von der PDS gewählt. **1.11.**: In Schwerin unterzeichnen SPD und PDS die erste Koalitionsvereinbarung. Erste PDS-Landesminister: Martina Bunge, Helmut Holter und Wolfgang Methling.

2001
21.10.: Abgeordnetenhauswahl in Berlin – Die PDS erzielt mit 22,6 Prozent ein überragendes Ergebnis.

2002
17.1.: Das Berliner Abgeordnetenhaus wählt den ersten rot-roten Senat. Senatoren für die PDS: Gregor Gysi, Heidi Knake-Werner und Thomas Flierl. **21.4.**: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt – Die PDS hält ihren Stimmenanteil, die SPD verliert stark, die mehrjährige Tolerierung ist beendet. **22.9.**: Bundestagswahl – Die PDS erleidet eine schwere Niederlage: lediglich vier Prozent und mit Gesine Lötzsch und Petra Pau nur noch zwei Abgeordnete.

aPuK_3_4.indd 139 16.03.2009 12:17:41 Uhr

2003
25./26.10.: Die PDS gibt sich auf ihrem Bundesparteitag in Chemnitz ein neues Programm. Sie bekennt sich zum Sozialismus als Weg, Ziel und Wertesystem.

2004
8./9.5.: Gründungsparteitag der Partei der Europäischen Linken in Rom. 15 sozialistische, kommunistische und alternative Parteien gründen die EL und wählen Fausto Bertinotti (Italien) zu ihrem ersten Vorsitzenden.

2005
22.01.: Gründung der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative" in Göttingen. **18.03.**: Lothar Bisky und Dagmar Enkelmann führen in Frankfurt a.M. erste Gespräche über eine Zusammenarbeit mit der WASG. **7./8.04.**: Die WASG veranstaltet ihren Gründungsparteitag in Dortmund. **10.06.**: Öffentliche Ankündigung einer Kandidatur für das Linksbündnis von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. **11.06.**: Lothar Bisky stellt auf einer Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus die Ergebnisse mehrerer Sondierungsgespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern der PDS und der WASG vor. Beide Parteien wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken auf den Weg bringen, bei vorgezogenen Bundestagswahlen nicht gegeneinander antreten. Die PDS wird ihre Bundestagswahllisten auch Mitgliedern der WASG öffnen. **17.7.**: Ein außerordentlicher Bundesparteitag in Berlin beschließt einen neuen Namen: Linkspartei.PDS. Die Partei wird ihre Wahllisten für WASGMitglieder öffnen. **4.8.**: In Fortsetzung der Vereinbarungen zwischen PDS und WASG vom 17. Juni 2005 wird das Kooperations- und Fairnessabkommen – Kooperationsabkommen II – abgeschlossen. In dieser Rahmenvereinbarung werden gemeinsame gesellschaftspolitische Foren verabredet, um die programmatischen Debatten zwischen den Parteien und Interessierten in Gang zu bringen. Es werden eine Steuerungsgruppe aus Mitgliedern beider Parteien berufen sowie Arbeitsgruppen gebildet, in denen die Gründungsdokumente erarbeitet und die internationale Arbeit der neuen Partei beraten werden. **18.9.**: Bundestagswahlen – Mit 8,7 Prozent der Wählerstimmen zieht die Linke in den Bundestag ein. Ihre Spitzenkandidaten und künftigen Fraktionsvorsitzenden: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. **7.12.**: Lothar Bisky und WASG-Vorstand Klaus Ernst unterzeichnen in Berlin eine Rahmenvereinbarung zur Bildung einer gesamtdeutschen linken Partei bis Sommer 2007. **10./11.12.**: Die 3. Tagung des 9. Parteitages in Dresden wählt Lothar Bisky erneut zum Vorsitzenden der Linkspartei. PDS. Die Delegierten diskutieren den Kurs der Parteineubildung, die Chancen der neuen Linken und bestätigen das Kooperationsabkommen III. Sie beschließen die Doppelmitgliedschaft bis zur Verschmelzung mit der WASG und eine Urabstimmung am Ende dieses Prozesses. Der Leitantrag „Für eine neue soziale Idee. Gemeinsam" wird angenommen und bestimmt die Schwerpunkte im Parteibildungsprozess. Dietmar Bartsch wird neuer Bundesgeschäftsführer.

2006
23.2.: Eine Arbeitsgruppe von Linkspartei. PDS und WASG veröffentlicht ein Eckpunkte-Papier für das künftige Programm. **17.9.**: Berliner Abgeordnetenhauswahl – Die Linkspartei bekommt nur 13,4 Prozent der Stimmen. In Mecklenburg-Vorpommern bleibt die Linke stabil. **30.09.**: Programmkonvent der Linkspartei. PDS in Hannover. In Workshops und Plenarberatungen wird der Entwurf der Programmatischen Eckpunkte II diskutiert. Lothar Bisky referiert zum Eckpunkte-Entwurf. **18./19.11.**: Der Landesparteitag der Berliner Linkspartei stimmt mit deutlicher Mehrheit für eine Neuauflage des rot-roten Senats.

2007
24./25.3.: Die Bundesparteitage von Linkspartei und WASG in Dortmund bestätigen die Gründungsdokumente der neuen Linken. **30.03.**: Die Urabstimmungen über die Verschmelzung beider Parteien beginnen. Sie enden am 18. Mai mit einem deutlichen Votum für die neue Partei. **13.05.**: Die Linkspartei

aPuK_3_4.indd 140 16.03.2009 12:17:41 Uhr

kommt bei der Bürgerschaftswahl in Bremen auf 8,4 Prozent und zieht zum ersten Mal in ein westdeutsches Parlament ein. **16.06.**: Im Berliner Hotel „Estrel“ wird die neue Partei DIE LINKE gegründet. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine stellen sich als gleichberechtigte Vorsitzende der neuen Partei zur Wahl. **25.11.**: Auf dem 2. Kongress der Partei der Europäischen Linken wird Lothar Bisky zum Vorsitzenden gewählt.

2008

27.01.: DIE LINKE zieht in Hessen und Niedersachsen in die Landtage ein und ist damit erstmals in den Landesparlamenten zweier westdeutscher Flächenländer vertreten.

Zusammengestellt von Konstanze Kriese und Annette Mühlberg auf der Grundlage der Chronik der PDS in: „Das war. Das bleibt.“ Disput spezial – 17 Jahre PDS Mai 2007 und „Die PDS auf dem Weg zur neuen Partei DIE LINKE Chronologie und Dokumentation“ Hrsg. Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Berlin 2007.

aPuK_3_4.indd 141 16.03.2009 12:17:41 Uhr

aPuK_3_4.indd 142 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Kulturpolitik der CSU

aPuK_3_4.indd 143 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Erwin Huber

Zukunft braucht Herkunft. Zur Kulturpolitik der CSU

Das Erfolgsgeheimnis erfolgreicher Gesellschaften „ist kultureller Natur“ und schöpft aus der „Kraft von tradierter Identität, Zusammenhalt und selbstbewusstem Bürgertum“, so schreibt Cicero-Chefredakteur Wolfram Weimer. Und „je schneller sich das Globalisierungskarussell dreht“, desto mehr erweist sich eine starke Identität als „Kraftquell und Halt“. Die Kulturpolitik der Christlich-Sozialen Union weiß um diese kulturelle Dimension unserer Kraft zur Zukunft.

In der arbeitsteiligen und offenen Welt leben wir in verschiedenen Lebensbezügen und Lebenskreisen. Dabei schätzen die Menschen gerade im Zeitalter der Globalisierung den hohen Wert von Geborgenheit und kulturellem Zusammenhalt. Die Weltgesellschaft ist und wird keine Einheitsgesellschaft. Die Menschen halten an ihrer unverwechselbaren Kultur und Identität fest. Hinzu kommt, in der zunehmenden Begegnung und im Kontrast zu anderen schärft sich das Bild von sich selbst. Die Menschen wollen keine heimatlosen Globalisierungsnomaden sein. Deshalb hat die CSU immer betont: Kulturelle Identität ist mehr als ein Verfassungskonsens. Zusammenhalt, Solidarität und Heimat brauchen gemeinsame Sprache, gemeinsame Alltagskultur, gemeinsames Geschichtsbewusstsein. Zum Stolz auf die eigene Identität gehören für die Menschen ihre Dialekte, ihr Brauchtum, der große Schatz ihrer Kulturgeschichte und die Teilhabe am gegenwärtigen kulturellen Leben.

Kulturpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zu innerer Stärke und Selbstvertrauen unserer Gesellschaft. Das Wissen um die eigene Kultur ist auch Voraussetzung für die unverkrampfte Begegnung mit anderen Kulturen. Ehrlicher Dialog braucht den Respekt vor dem Unterschied. Dialog der Kulturen, das Lernen über andere und das Lernen von anderen Kulturen dürfen dabei nicht bedeuten, die eigene zu vergessen. Toleranz heißt nicht kulturelle Beliebigkeit. Toleranz darf nicht mit dem Wegschauen gegenüber Intoleranz verwechselt werden. Toleranz braucht die kulturelle Kraft, die eigenen Werte gegen Unterdrückung, Gewalt und Hass zu verteidigen.

Unsere kulturelle Kraft ist für unsere Entwicklung und unseren Platz in der Weltgesellschaft prägend. Auch deshalb bekennt sich die CSU zur deutschen Kulturnation. Ihre Sprache, Geschichte, Traditionen und die christlich-abendländischen Werte bilden die deutsche Leitkultur. Das kulturelle Erbe und die Leistungen in den Jahrhunderten deutscher Geschichte sind ein kostbarer Schatz, dem wir uns verpflichtet wissen und den es zu erhalten gilt. Die Weitergabe und Weiterentwicklung unserer Kultur in unzähligen Institutionen und Vereinen von den großen Städten bis in die kleinsten Dörfer zeichnet Deutschland aus. Kunst und Kultur sind als menschlicher Wert zu betrachten, als anregende und reflektierende Kraft, die für Staat und Gesellschaft unverzichtbar ist. Kunst und Kultur haben meinungs- und bewusstseinsbildende Wirkung in der politischen Öffentlichkeit und in den Medien; in staatlichen Kulturinstitutionen wie im privaten kulturellen Leben, in den Vereinen bis in die Familien. Um diesen grundlegenden Wert wissen Grundgesetz und Bayerische Verfassung. „Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat“, dieses Gebot der Bayerischen Verfassung ist uns Auftrag, für den Zusammenhang aller drei Dimensionen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu arbeiten.

Die Freiheit der Kunst und die Freiheit der Meinung haben Verfassungsrang. Die CSU steht für den gesicherten Freiraum künstlerischer Betätigung ein. Die Vielfalt der Ausdrucksformen lässt keinen Platz für Monopole der Meinung oder des ästhetischen Empfindens. Die CSU bejaht den ständigen Dialog mit den Kulturschaffenden, zwischen Politik und Kunst, zwischen Publikum und Künstlern. Die Freiheit der Kunst und der Medien hat ihre Grenzen dort, wo die Würde des Menschen verletzt wird. Gewaltverherrlichung und verfassungsfeindliche Inhalte müssen in allen Medien und gerade auch im Internet

aPuK_3_4.indd 144 16.03.2009 12:17:41 Uhr

verhindert werden. Religiöse Empfindungen und Symbole sind zu respektieren. Der Staat hat die Aufgabe der Bewahrung, Pflege und Weitergabe des kulturellen Vermächtnisses für künftige Generationen. Doch das Bewahren ist nur eine Seite. Lebendige Kultur ist für uns kein musealer Besitzstand. Lebendige Kultur braucht Weiterentwicklung und Innovation. Wir wollen junge Künstler ermutigen, neue Wege zu gehen und die Sichtweise auf unsere Welt zu erweitern. Die CSU fördert und unterstützt mit ihrer Kulturpolitik die vielfältige Gegenwartskultur in Musik, Literatur, Theater, Film, Medien und bildender Kunst. Nationale und internationale Aufmerksamkeit haben die bayerischen Kulturpreise errungen: Der Bayerische Filmpreis, der Bayerische Fernsehpreis, der Bayerische Theaterpreis, der Internationale Buchpreis „Corine".

Der kulturelle Reichtum Deutschlands speist sich aus der Vielfalt seiner Regionen. Die Kulturhoheit der Länder ist ein Grundpfeiler der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands, für den Bayern und die CSU mit Nachdruck eintreten. Auf kultureller Vielfalt baut auch die europäische Zusammenarbeit auf. Deshalb hält die CSU an einer regionalen und dezentralen Kulturpolitik fest. Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die eigene und unverzichtbare Aufgaben haben. Der Bund muss seine kulturellen Aufgaben, für die er zuständig ist, konsequent wahrnehmen: die Auswärtige Kulturpolitik, die Förderung deutscher Sprache und Kultur im Ausland sowie der Auslandsschulen, die gesetzliche Verpflichtung zur Wahrung des Geschichts- und Kulturerbes der Heimatvertriebenen.

Einheit in Vielfalt – dieses kulturpolitische Credo der Christlich-Sozialen Union ist historisch wohlbegründet. Schon im Mittelalter und der Frühen Neuzeit schufen unzählige Künstler und Architekten eine beeindruckende kulturelle und künstlerische Vielfalt. Fürsten, Bischöfe und Städte besaßen umfangreiche und kulturhistorisch wertvolle Sammlungen. Die deutsche Kulturnation lebt vom Wettbewerb des regionalen Kulturlebens. Im Wetteifer der vielen historisch gewachsenen regionalen Kulturmetropolen lag schon immer eine wesentliche Stärke unseres Landes. Auch künftig werden Kunst und Kultur ihre herausragende Stellung in der politischen Arbeit der CSU behalten.

Kunst und Kultur sind Inbegriff menschlicher Lebensäußerung, sie sind zugleich auch Standortfaktoren für Wirtschaft und Wissenschaft. Kulturelle Identität, Kreativität und wirtschaftliche Dynamik bedingen sich gegenseitig. So wissen erfolgreiche Unternehmen sehr genau, wie wichtig das Verständnis für die eigene und für andere Kulturen ist. Der Zusammenhang von Identität und Kreativität hat in der modernen, von globalem Austausch und rascher Innovation geprägten Welt Bedeutung wie nie zuvor. Hervorragende kulturelle Einrichtungen wie Museen, Theater oder Opern sind kein „weicher" Standortfaktor, sondern sie sind auch wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Ansiedlung in- und ausländischer Firmen. Die Förderung von Kunst und Kultur ist für die CSU kein Luxus, sondern bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung ein Gebot der ökonomischen Vernunft.

Kulturförderung gehört zu den originären Aufgaben des Staates. Wir werden dabei aber noch mehr Wert darauf legen, dass das private Engagement gestärkt wird. Das bürgerschaftliche Mäzenatentum ist weiter auszubauen, anzuregen und zu fördern. Kunst und Kultur brauchen Kreative, aber auch Förderer. Beispielsweise waren Spendengelder von über 15 Millionen Euro, die durch eine Stiftung eingebracht wurden, die Initialzündung für den Bau der Pinakothek der Moderne in München. Wir brauchen mehr Kultursponsoring. Das bedeutet jedoch nicht, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen. Wir brauchen beides: staatliches und privates Engagement.

Auch in der Kulturpolitik gilt das Prinzip der Subsidiarität. Der Staat kann die gesellschaftlichen Quellen unserer Kultur niemals ersetzen. Kreativität in Kunst und Kultur, individuelle und gesellschaftliche Kraft zur Zukunft, das alles kann nicht „von oben" verordnet werden. Zusammenhalt braucht gemeinsame

aPuK_3_4.indd 145 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Identität, Solidarität braucht gemeinsame Werte, Zukunft braucht Herkunft – dies ist zugleich Voraussetzung und Auftrag moderner Kulturpolitik.

Zuerst erschienen in politik und kultur Mai – Juni 2008

aPuK_3_4.indd 146 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Michael Glos

Die Kultur- und Kreativwirtschaft. Eine Branche von großer wirtschaftlicher Bedeutung

Kunst, so hat es die Dichterin Bettina von Arnim formuliert, „ist ein schönes Spielwerk, um den unruhigen, ewig begehrenden Menschengeist auf sich selbst zurückzuführen, um ihn denken zu lehren und zu sehen." Diese Worte haben nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt. Heute gilt genauso wie zu den Zeiten der Romantik, dass unser Leben ohne Kunst und Kultur viel ärmer wäre. Doch Kunst und Kultur sind mehr: Mit ihnen lassen sich auch neue Markt- und Wachstumschancen erschließen. Deshalb freut es mich als Wirtschaftsminister, dass mittlerweile eine öffentliche Debatte zu ökonomischen Fragen der Kulturpolitik möglich ist. Die Arbeiten der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" haben hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Unsere Wirtschaft ist eben nicht nur von rauchenden Schlöten, von Fabriken und Dienstleistungen geprägt, sondern auch von den vielen Unternehmen im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft. Dieser Ansatz ist nicht mit einer Kommerzialisierung allen kulturellen Schaffens zu verwechseln. Im Gegenteil, es geht nur um eine Ergänzung. Die Kulturpolitik hat weiter eine wichtige Aufgabe im Bereich der öffentlich geförderten Kultur. Diese steht vielfach in einer engen Beziehung zur erwerbswirtschaftlich geprägten Kultur.

Volkswirtschaftlich trägt die Kultur- und Kreativwirtschaft maßgeblich zur Bruttowertschöpfung bei. Dies wird eindrucksvoll auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission dargelegt. Schätzungen zufolge liegt der Gesamtbeitrag aller Teilbranchen zum Bruttoinlandsprodukt noch über dem der Chemischen Industrie. Insbesondere der Einsatz der neuen digitalen Technologien wirkt auch hier als wesentlicher Treiber für weiteres Wachstum und Innovationen. Nicht zufällig haben wir diesen wichtigen Bereich bei uns im Wirtschaftsministerium in der Technologieabteilung angesiedelt. Wir wollen uns in der Bundesregierung vorrangig auf die erwerbswirtschaftlichen Potentiale der Kultur- und Kreativwirtschaft konzentrieren – ohne dabei den öffentlich geförderten Kulturbereich außer Acht zu lassen. Im Mittelpunkt stehen dabei die kreativen und innovativen Unternehmen, die mit neuen Ideen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Ziele der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung

Wegen dieser großen Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft und ihrer Teilbranchen hat die Bundesregierung gezielt gehandelt und sich bereits in der Vergangenheit mit vielfältigen Aktivitäten und Maßnahmen engagiert. Zu nennen sind u. a. der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis, der Deutsche Filmförderfonds, die Initiative Musik und der Designpreis. Mit der im Oktober 2007 angekündigten Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft, die ich zusammen mit Staatsminister Neumann angestoßen habe, zielt die Bundesregierung in Anlehnung an die Arbeiten der Enquete-Kommission darauf ab, die wirtschaftliche Bedeutung der Branche noch stärker als bisher in die Öffentlichkeit zu tragen und ihr wirtschafts- und beschäftigungspolitisch die gleiche Anerkennung zu geben, wie sie den etablierten Wirtschaftszweigen zu Teil wird. Vielfach fehlt es uns noch an genauen Erkenntnissen, denn die Branche entwickelt sich sehr dynamisch. Deshalb wollen wir uns marktaktuelle Kenntnisse über die wirtschaftlichen Potentiale, Herausforderungen und Entwicklungslinien des Bereichs insgesamt sowie ihrer Teilbranchen verschaffen. Ein weiteres Ziel ist es, der Kultur- und Kreativwirtschaft konkrete Hilfestellungen dort zu geben, wo es aus Sicht der Bundesregierung notwendig und sinnvoll ist. Gemeinsam mit allen Teilen der Branche werden wir deshalb bestehende Hindernisse identifizieren und Lösungen zur weiteren Optimierung der Rahmenbedingungen entwickeln.

aPuK_3_4.indd 147 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Meilensteine der Umsetzung

Die Ergebnisse und Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Kultur- und Kreativwirtschaft sind für die Bundesregierung wichtige Orientierungs- und Anknüpfungspunkte für ihre weitere Arbeit. Wir wollen die an die Bundesregierung gerichteten Empfehlungen und den darauf aufbauenden Antrag „Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken", der einstimmig im Deutschen Bundestag angenommen wurde, prüfen und in unsere weiteren Überlegungen einbringen. Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz „Sorgfalt geht vor Schnelligkeit" leiten. Eine Reihe von Maßnahmen von denen auch die Kleinstunternehmen und mittelständischen Betriebe der Kultur- und Kreativwirtschaft profitieren, sind bereits im Rahmen der Mittelstandsinitiative umgesetzt worden. So haben wir – wie auch von der Enquete-Kommission angeregt – die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen auf Auslandsmärkten verstärkt, die Startbedingungen für Unternehmensgründungen und Kleinunternehmen verbessert und die Finanzierungsmöglichkeiten erweitert. Ein Beispiel ist das zum 1. Januar 2008 eingeführte „KfW-StartGeld". Dieses richtet sich an Gründer, kleine Unternehmen und Freiberufler, deren Gesamtfremdfinanzierungsbedarf maximal 50.000 Euro beträgt. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie aufgegriffen und ein Forschungsgutachten vergeben, dass u.a. darauf abzielt, die typischen und übergreifenden Bestimmungsmerkmale der Teilbereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft zu erarbeiten. Wir erwarten von dem Gutachten weiterhin eine verbesserte Lagebeschreibung der Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sowie ihrer Teilbranchen. Analysiert werden sollen in dem Gutachten auch die bestehenden Rahmenbedingungen, etwa im Hinblick auf mögliche Hemmnisse für kreative Unternehmer bei der Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland. Erste Zwischenergebnisse und damit auch ein Input für die weiteren Arbeiten sollen bereits nach der Sommerpause vorliegen. Der Abschlussbericht wird zum Frühjahr 2009 erwartet.

Parallel zum Forschungsgutachten werden wir einen Dialog mit den einzelnen Teilbranchen führen. Gemeinsam mit maßgeblichen Branchenvertretern wollen wir wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Themenfelder, wie z.B. auch die Wirtschaftsförderung, aus Sicht der Teilbranchen in den Blick nehmen und den gegebenenfalls bestehenden Anpassungs- und Handlungsbedarf identifizieren. Im Lichte der Ergebnisse der weiteren Arbeiten werden dann zu einem späteren Zeitpunkt weitere Veranstaltungen zu Spezialthemen geplant und durchgeführt. Ferner wollen wir der Kultur- und Kreativwirtschaft ein „Schaufenster" zur Verfügung stellen, um die wirtschaftliche Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs öffentlichkeitswirksam darstellen zu können. Dies soll durch vier branchenübergreifende Veranstaltungen in ganz Deutschland erreicht werden. Unser Ziel ist es dabei, möglichst breite Kreise der Bevölkerung zu erreichen und diese anhand konkreter, anschaulicher und einprägsamer Beispiele über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft zu informieren. Jeweils eine der Veranstaltungen soll in Nord- , Süd-, West- und Ostdeutschland durchgeführt werden. Ich freue mich, dass das Parlament meinem Haus auch die notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt hat, mit denen wir die großen Potentiale der Kultur- und Kreativwirtschaft besser erfassen und gemeinsam neue Strategien zu ihrer Realisierung entwickeln können. Der Startschuss für die Umsetzung der Initiative soll durch ein branchenweites Auftaktgespräch gesetzt werden. Hierzu wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Kürze einladen. Es würde mich sehr freuen, wenn auch der Deutsche Kulturrat eine Teilnahme an der Veranstaltung möglich machen könnte.

Zuerst erschienen in politik und kultur Mai – Juni 2008

aPuK_3_4.indd 148 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Dorothee Bär

Bereicherung der Kultur durch Dialog. Zur Kulturpolitik der CSU

„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat", sagte einst Rosa Luxemburg. Und was derzeit in Tibet geschieht, wird vom Dalai Lama als „kultureller Völkermord" bezeichnet. An beiden Aussagen sieht man, wie wichtig Kultur für den Menschen ist. Kultur ist nicht nur Wagner in Bayreuth oder Aida in Verona, Kultur ist als Gegenbegriff zur Natur die Gesamtheit aller menschlichen Leistungen, welche über die Gewährleistung des Grundbedarfs hinausgehen. Doch auch in der Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse wie Essen und Trinken, menschliche Nähe oder Wohnen zeigen sich unterschiedliche Akzente. Ob die Nahrungsaufnahme im Schneidersitz auf dem Boden erfolgt, mit Stäbchen oder mit Messer und Gabel, ob Weihnachten gefeiert wird, Hanukkah oder das Jahresendfest – all dies sind Äußerungen von Kultur.

Und genau diese Vielfalt ist für die CSU der Gewinn einer gemeinsamen Welt. In ihrem Grundsatzprogramm vom 28. September 2007 stellt sie fest: „Die Weltgesellschaft ist und wird keine Einheitsgesellschaft. Die Menschen halten an ihrer kulturellen, religiösen und politischen Identität fest, weil dies ihrem Bedürfnis nach Geborgenheit unter Gleichgesinnten entspricht. Die kulturell und national selbst bestimmten Gemeinschaften werden auch bei wachsender Zusammenarbeit und Abhängigkeit der Staaten weiter bestehen. Dabei wird unsere eigene kulturelle Kraft für unsere Entwicklung und unseren Platz in der Weltgesellschaft prägend sein." Im Weiteren bekannt sich die Christlich-Soziale Union zur deutschen Kulturnation und definiert die deutsche Sprache, Geschichte, Traditionen und die christlich-abendländischen Werte als gemeinsame Klammer aller Kulturäußerungen innerhalb Deutschlands.

Die einheimische Kultur hat schon immer Bereicherung von außen erfahren, hat sich in Auseinandersetzung mit anderen Kulturen weiterentwickelt und neue Elemente integriert. So nach dem Zweiten Weltkrieg, als mehrere Millionen Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten in die junge Bundesrepublik kamen und hier ihre Sitten und Gebräuche weiterpflegten, ihr Handwerk ausübten und ihre Lieder und Tänze weiterleben ließen. Auch mit den Gastarbeitern bekam die deutsche Kultur neue Impulse – Pizza und Pasta, Eis und Cappuccino, ein leichteres Lebensgefühl und Straßencafés sind heute nicht mehr aus dem täglichen Leben wegzudenken. Und die Herausforderungen halten an. Auch heute noch kommen Menschen nach Deutschland, nach Bayern, die aus einem anderen Kulturkreis stammen. Und diese Kulturkreise werden immer „exotischer". Während die Vertriebenen und die erste Generation der Gastarbeiter ebenfalls dem christlich-abendländischen Kulturkreis entstammten, ist dies heute nicht mehr der Fall. Neben fremden Sprachen und neuen Gewürzen bringen die Zuwanderer auch ihre Religion mit, die sie hier ausüben wollen.

Dies hat Konsequenzen für verschiedene Politikfelder. Der Begriff „Kulturpolitik" ist sehr jung und wird erstmalig in Herders Staatslexikon 1929 definiert. Kulturpolitik umfasst die Tätigkeit des Staates, aber auch der Kommunen, Kirchen, Parteien, sonstiger öffentlich-rechtlicher Instanzen sowie überstaatlicher und zwischenstaatlicher Organisationen, auf dem Gebiet der Kultur. Dies beinhaltet Maßnahmen zur Förderung und Erhaltung, zur Neugestaltung und Beeinflussung des Kulturellen. Zu unterscheiden sind Kulturpolitik der staatlichen Regie, bei der der Staat eigene kulturelle Einrichtungen betreibt, und Kulturpolitik der staatlichen Garantie, bei der der Staat helfend und fördernd zugunsten nichtstaatlicher, gesellschaftlicher Organisationen eingreift.

Die Wurzeln unserer modernen Kulturpolitik liegen in der Religions-, Kirchen- und Schulpolitik, aber auch in Kulturkampf, -philosophie, -kritik. Aus diesem verzweigten Wurzelwerk heraus lässt sich auch

aPuK_3_4.indd 149 16.03.2009 12:17:41 Uhr

die Vielfalt der heutigen staatlichen Kulturpolitik erklären, die das Bildungswesen mit Schule, Erwachsenenbildung, politischer Bildung und Jugendbildung, die Wissenschaft mit Hochschulwesen, Förderung von Wissenschaftsorganisationen und Forschung, Kunst, Förderung von Literatur, Theater, Musik, bildender Kunst, Film und Naturschutz und Landschaftspflege beinhaltet. Ein Grundmerkmal des Kulturstaats ist die Achtung der Autonomie der Kultur. Seine Funktionen sind der Schutz der Kultur vor Monopolisierungstendenzen gesellschaftlicher Gruppen, Förderung da, wo private Mittel nicht mehr ausreichen, die Vermittlung von Kulturgütern und zuletzt auch die Gestaltung des kulturellen Lebens.

Besonders die Bildungspolitik ist entscheidend dafür, wie sich in Zukunft die unterschiedlichen Kulturen in Deutschland zu einer verbinden und dabei doch jede Kultur ihre Eigenständigkeit bewahrt. Unsere Kinder gehen ganz selbstverständlich und ohne Berührungsängste mit Fremdem um, sie sind neugierig und wollen Neues entdecken. Sie erleben die Unterschiedlichkeit der Kulturen ganz anders als junge Erwachsene oder ältere Menschen. Doch gerade weil unsere Kinder mit diesem gleichberechtigten Nebeneinander von Kulturen aufwachsen, ist es von entscheidender Bedeutung, ihnen unsere Kultur, unsere Bräuche, unsere Traditionen zu vermitteln, damit sie selbstbewusst und tolerant anderen Kulturen begegnen können. Nur wenn sie ihre Herkunftskultur schätzen, können sie auch anderen Kulturen mit Wertschätzung und Hochachtung begegnen. Das bedeutet, dass in den Schulen zum Beispiel sowohl das Wissen um die christlichen Feiertage und ihre Bedeutung vermittelt werden muss als auch die Kenntnis jüdischer oder muslimischer Feste.

In der Gemeinde- oder Stadtteilarbeit bedeutet dies, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, so dass die einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht unter sich bleiben und womöglich Vorurteile gegen die jeweils anderen ungefragt annehmen und weitertragen. Nur was man aus eigenem Erleben kennt, kann man verstehen und akzeptieren. Kennenlernen vollzieht sich sowohl über Wissen als auch über sinnliche und emotionale Erfahrungen. Deshalb sind Feste mit Musik, Tanz und Speisen genauso wichtig wie Tage der offenen Tür in Synagogen, Moscheen oder Kirchen oder gemeinsame Veranstaltungen mit inhaltlichem Austausch bei Kirchen- oder Katholikentagen.

„Die Pflege der Traditionen und die Förderung der modernen Künste“ sind der CSU „gleichermaßen wichtig. Lebendige Kultur ist für uns kein musealer Besitzstand. Lebendige Kultur braucht Weiterentwicklung und Innovation. Die CSU fördert und unterstützt mit ihrer Kulturpolitik die vielfältige Gegenwartskultur in Musik, Literatur, Theater, Film, Medien und bildender Kunst. Wir wollen junge Künstler ermutigen, neue Wege zu gehen und die Sichtweise auf unsere Welt zu erweitern.“ Die Kunst ist der zweite Pfeiler der Kulturpolitik, laut Bayerischer Verfassung ist der Freistaat nicht nur ein Rechts- und Sozialstaat, sondern auch ein Kulturstaat. Prägend für die bundesdeutsche Kulturpolitik ist der Föderalismus. Die Befugnisse sind auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt, wobei das Schwergewicht der Kulturkompetenz im Grundgesetz bei den Ländern und Kommunen liegt. Der Bund darf nur in den Teilbereichen der länderübergreifenden Kulturpolitik oder der kulturellen Außenpolitik aktiv werden. Laut Grundgesetz hat der Bund wichtige kulturstaatliche Funktionen, so unterstützt die Bundesregierung seit 1949 einzelne Kultureinrichtungen von herausragender Bedeutung finanziell. Auch wird die innerstaatliche Kulturpolitik immer mehr in den Aufgabenkreis des Bundes übernommen, was sich zum Beispiel in einigen Regierungserklärungen zeigt, die als Forum für wichtige kulturpolitische Initiativen des Bundes genutzt werden. So ist es nicht verwunderlich, dass die Kulturpolitik innerhalb der CSU-Landesgruppe einen hohen Stellenwert hat, können hier doch Weichen für die Arbeit in Bayern gestellt werden.

Kultur ist für die CSU ein wesentlicher Standortfaktor, was sich auch darin zeigt, dass der Freistaat jährlich 1,6 Prozent – etwa 545 Millionen Euro – des Staatshaushalts für Kunst und Kultur ausgibt. In Nürnberg und Schweinfurt, München und Bernried wurden seit 1994 neue Museen gebaut; aus Priva-

aPuK_3_4.indd 150 16.03.2009 12:17:41 Uhr

tisierungserlösen wurde der Kulturfonds eingerichtet, der kulturelle Projekte in ganz Bayern fördert; der 1978 herausgegebene Musikplan zur Fortentwicklung des Musiklebens ist inzwischen Vorbild für fast alle Länder; über das Atelierförderprogramm und die Förderpreise für junge Nachwuchskünstler werden zeitgenössische Künstler und junge Talente besonders gefördert. Auch der Bayerische Literaturpreis, verliehen seit 1983 und mit 15.000 Euro dotiert, die Auszeichnung für „Verdienste um Wissenschaft und Kunst in Bayern" und der berühmte Bayerische Filmpreis zeigen: der von der CSU seit über 50 Jahren regierte Freistaat misst Kunst und Kultur einen sehr hohen Stellenwert bei. Der Bayerische Filmpreis wurde 1979 erstmals von Franz Josef Strauß vergeben und ist mittlerweile mit insgesamt 400.000 Euro dotiert. Die große Bedeutung kreativer Leistungen für den einzelnen und die Gesamtheit belegt auch die Tatsache, dass Strauß einmal einem Straftäter Freigang erteilte, um ihm den begehrten Pierrot überreichen zu können.

Zuerst erschienen in politik und kultur Mai – Juni 2008

aPuK_3_4.indd 151 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Thomas Goppel

„Tut etwas dafür!“ Aspekte einer bürgerlichen Kulturpolitik

Als es 1918 zu Ende ging mit der Monarchie in Bayern und anderswo, übernahm die Republik sehr pragmatisch und beinahe selbstverständlich das kulturelle Erbe der Monarchie: die Theater und Opernhäuser, die Orchester, Museen und Bibliotheken, kurz all das, was fürstliches Mäzenatentum und herrschaftliches Repräsentations- und Unterhaltungsbedürfnis in Jahrhunderten geschaffen hatten.

Der demokratische Staat übernahm all das, ohne sich groß den Kopf darüber zu zerbrechen, ob diese Kulturformen in die neue Zeit passten. Was Wunder auch! Die Revolution 1918 war ohnehin keine bürgerliche gewesen, in Bayern zumal trug sie alle Merkmale eines „Betriebsunfalls“. Andererseits waren Kunst und Kultur auch schon lange vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend vom Bürgertum getragen und konsumiert worden. Besonders in Bayern und ganz besonders in München, wo das Kunstkönigtum Ludwigs I. noch immer nachhaltig Früchte trug. „Die Kunst blüht, die Kunst ist an der Herrschaft“, hatte der Neu-Münchner Thomas Mann über die Prinzregentenzeit gejubelt. Und auch wenn diese Blütezeit bald ein für allemal vorbei war – es blieben die Einrichtungen. Aus dem königlichen Hoforchester zum Beispiel wurde ein Staatsorchester, was bedeutete, dass es jetzt dem Freistaat auf dem Säckel lag und nicht länger den Wittelsbachern, die – nebenbei gesagt – ihre Theaterleidenschaft weit eher zu ruinieren drohte als die Schlösserbauerei Ludwigs II.

In den Bereichen Programmatik, Konzeption und theoretischer Überbau war dieser Paradigmenwechsel natürlich schwer defizitär, was der Deutsche Kulturrat zu Recht kritisiert hätte – wenn es ihn damals schon gegeben hätte. Andererseits war mit der Übernahme der vormals königlichen Kultureinrichtungen durch den frischgebackenen Freistaat die Kultur finanzpolitisch gesehen zur „Pflichtaufgabe“ geworden, was zur Sicherstellung ihrer Finanzierung möglicherweise auch heute noch substantieller beiträgt als ein inbrünstiges Bekenntnis in der Verfassung. Damit war auch die heute noch bestehende Arbeitsteilung zwischen Staat und Kommunen in der Welt. Der Staat – wohlgemerkt der Freistaat Bayern! – kümmerte sich um die kulturellen Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung, die Kommunen finanzierten die kulturellen Bedürfnisse, die vor Ort bestanden – und das waren nota bene in der Summe allemal mehr als die gesamtstaatlichen. An die Reichsregierung in Berlin dachte in diesem Zusammenhang übrigens niemand. Die hatte andere Sorgen, damals.

Als sich die Länder nach 1945 – vor dem Bund, den sie sich erst anschließend leisteten – neu organisierten, wurde die bewährte Arbeitsteilung zwischen Land und Kommunen im Kulturbereich ganz selbstverständlich wieder aufgegriffen: Der Bund hatte – wieder: damals – andere Sorgen. Und die Väter der Bayerischen Verfassung hielten in der Präambel fest: „Bayern ist ein Kulturstaat.“ Das war keine „Mir san mir“-Demonstration. Die Väter der Bayerischen Verfassung wollten sich nicht selbst auf die Schultern klopfen, sondern sich unter anderem von jenem deutschen Staatswesen abheben, das die Länder abgeschafft hatte und im Übrigen bekanntlich alles andere als ein Kulturstaat war. Außerdem hatte diese Feststellung nach meiner Überzeugung Aufforderungscharakter nach dem Motto: „Tut etwas dafür!“

Der kurze historische Rückblick macht manche kulturpolitischen Positionen der CSU verständlicher. Dazu gehört der bürgerliche Hintergrund ebenso wie das Beharren auf föderalen Strukturen, die auch dann nicht zur Disposition gestellt wurden, als das wiedervereinigte Deutschland dies für manche nahe zu legen schien. Im Gegenteil: Auch wenn die meisten neuen Länder von Beginn an finanziell am Tropf des Bundes hingen, so kam etwa in Sachsen, in Thüringen oder Brandenburg doch in erstaunlich schneller Zeit wieder jene Identität zum Vorschein, die Kultur und Geschichte schenken und die die

aPuK_3_4.indd 152 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Menschen im Osten davor bewahrten, primär als die „Bewohner der ehemaligen DDR“ im eigenen Bewusstsein wie dem der westlichen Nachbarn zu verharren.

Stichwort Identität: Sie findet ihren sichtbaren Ausdruck im kulturellen Erbe eines Landes. Das wussten die Wittelsbacher schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts und betrieben in großem Stil Kulturförderung mit dem erklärten Ziel, aus ihren Untertanen bekennende Bayern zu machen. Wie nachhaltig das gelungen ist, davon kann der Rest Deutschlands noch heute ein Lied singen. Natürlich kann es heute nicht mehr darum gehen, über die Kulturförderung brave Patrioten zu generieren (auch wenn Brauchtum, Heimatpflege etc. in Bayern möglicherweise einen höheren Stellenwert genießen als anderswo). Im Gegenteil: Gerade in unseren Spitzeneinrichtungen wollen wir die Welt nach Bayern holen, bemühen uns um die besten Köpfe gerade auch aus den Bereichen Kunst und Kultur. Wettbewerb belebt auch in der Kunst das Geschäft, weiß der überzeugte Föderalist.

Der Blick auf den Kulturbereich als Wirtschaftsfaktor, als „weicher Standortfaktor“ hat in der bayerischen Kulturpolitik nie die Rolle gespielt wie anderswo. Und das ironischerweise, obwohl die Kulturwirtschaft, die „creative industries“, in den letzten Jahrzehnten ausgerechnet hierzulande einen rasanten Aufstieg zu verzeichnen hatte. Es war und ist ja nicht zuletzt das kulturelle Erbe des Landes, das Spitzenkräfte aus Deutschland und der ganzen Welt nach München lockte. Der Anteil der Kulturwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt liegt in Bayern heute *vor* der Energiewirtschaft und – nebenbei gesagt – weit vor der Landwirtschaft. An diese Tatsache muss man gelegentlich die Kabinettskolleginnen und -kollegen erinnern, wenn es um die Verteilung der investiven Mittel geht. Der Kulturbereich ist – auch was die ökonomischen Parameter angeht – eine dynamische Zukunftsbranche.

Damit er das auch bleibt, werden wir uns in den nächsten Jahren noch stärker als in der Vergangenheit mit dem wichtigsten Thema beschäftigen müssen, mit dem sich die Kulturpolitik derzeit ebenso konfrontiert sieht wie der Kulturbetrieb selbst: der kulturellen Bildung. Zum einen sind sich die Wissenschaftler darin einig, dass nicht nur die kreativen, sondern auch die kognitiven Fähigkeiten junger Menschen ganz generell durch die Beschäftigung mit musischen Gegenständen gefördert werden. Zum anderen gab es nie zuvor konkurrierende Angebote in solcher Zahl. Schließlich: Wenn wir unsere kulturelle Identität bewahren und in die Zukunft retten wollen, müssen wir uns verstärkt Gedanken darüber machen, wie wir sie an die nachfolgenden Generationen weitergeben können. Hier sind Eltern und Schule genauso gefordert wie die kulturellen Institutionen selbst, die sich – und das ist für manche neu – um ihr Publikum von morgen bemühen müssen. Diese Bemühungen müssen und werden wir unterstützen. Unter anderem, indem wir sie bei der Verteilung der Fördermittel in Ansatz bringen.

Bereits wesentlich länger als an der Verstärkung der kulturellen Bildung arbeiten wir an einer anderen Zukunftsaufgabe: zentralistischen Tendenzen im eigenen Land zu begegnen, indem wir dafür sorgen, dass kulturelle Angebote im ganzen Land zugänglich sind. Die Kollegen in anderen Flächenstaaten wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen wissen, was ich meine. Wie denn generell angesichts ähnlicher Herausforderungen die parteipolitischen Unterschiede gerade in der Kulturpolitik zunehmend in den Hintergrund getreten sind – sieht man einmal davon ab, dass man in Bayern traditionell misstrauisch ist gegenüber deklamatorischen Bekundungen. Aber ein wenig Vielfalt soll es ruhig auch in der Kulturpolitik geben!

Zuerst erschienen in politik und kultur Mai – Juni 2008

aPuK_3_4.indd 153 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Hans Zehetmair

Die kulturpolitische Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung. Ein Überblick

Nach einem Wort von Ernst-Wolfgang Böckenförde beruht staatliche Ordnung – gemeint ist diejenige in unserer freiheitlich-demokratischen, westlichen Welt – auf Grundlagen, die sie selbst nicht schaffen kann. Hierzu gehört auch der Bereich der Kultur, denn diese umfasst – gemäß dem Brockhaus-Lexikon – „die Gesamtheit der typischen Lebensformen einer Bevölkerung einschließlich der sie tragenden Geistesverfassung, bes. der Wertvorstellungen".

Wenn ein Staat sich demnach als „Kulturstaat" definiert, so kann dies auch als ein Eingeständnis zu verstehen sein, dass er in seiner Stabilität, ja vielleicht sogar in seiner Entstehung, von „Kultur" abhängt. Der Freistaat Bayern ist gemäß Art. 3 S.1 seiner Verfassung „ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat", wenn auch für juristische Bedürfnisse der Begriff „Kultur" schwierig fassbar bleibt. Art. 3 S.1 BV ist vor dem Hintergrund der im deutschen Föderalismus verankerten Kulturhoheit der Länder zu sehen, weshalb Passagen, die dies unterstreichen, auch in anderen Verfassungen der Länder zu finden sind. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland", der ich als Sachverständiges Mitglied angehört habe, hat in ihrem Schlussbericht Kultur in einen gesamt-europäischen und globalen Zusammenhang gestellt und daher Bund und Ländern empfohlen, ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung des UNESCO-Abkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu richten. Die Hanns-Seidel-Stiftung folgt dieser Empfehlung in ihrer Bildungsarbeit, da politische und kulturelle Werte nicht voneinander zu trennen sind. Das im September 2007 beschlossene Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern bekennt sich „zu einem besonderen bayerischen Staatsbewusstsein in der Vielfalt seiner Kultur [...]. In einer Welt des Wandels wollen wir die Identität unserer Nation erhalten, die Menschlichkeit unserer Gesellschaft bewahren und die Unverwechselbarkeit unserer Kultur pflegen." § 2 der Satzung der Hanns-Seidel-Stiftung definiert als Stiftungszweck u.a. „die Förderung kultureller Zwecke, insbesondere die Förderung der Pflege und Erhaltung von Kulturwerken sowie die Förderung der Denkmalpflege". Die Stiftung kommt diesem Zweck bereits dadurch nach, dass sie das ehemalige, klassizistisch-biedermeierliche Kurbad der Wittelsbacher nahe dem Tegernsee, Wildbad Kreuth, 1974 gepachtet und generalsaniert hat, um es als Tagungs- und Bildungszentrum zu nutzen. Ferner ist sie seit 1978 im Obermaintal Eigentümerin des prachtvollen Barockklosters Banz, das sie ebenso saniert und zur modernen Tagungsstätte ausgebaut hat. In Wildbad Kreuth finden jährlich, in Kloster Banz alle zwei Jahre „Tage der Volksmusik" statt, hier mit altbayerischem Akzent, dort eher mit fränkischem. Seit 1986 kooperiert die Stiftung jedes Jahr mit dem Bayerischen Rundfunk zur Gestaltung des Gesangs-Festivals „Songs an einem Sommerabend" in Kloster Banz. Da gerade die Jugend eine Chance zur kulturellen Entfaltung bekommen soll, schreibt die Abteilung „Förderungswerk" der Stiftung alljährlich einen „Nachwuchsförderpreis für junge Songpoeten" aus, dessen Sieger anschließend gleich bei den „Songs an einem Sommerabend" ihre Werke präsentieren können. Im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltungen (Promotionsfachtagungen) mit den geförderten Studenten hat die Kultur neben der spezifisch politischen Bildung einen hohen Stellenwert. Nur ein Beispiel: Eine dieser Fachtagungen griff das philosophisch fundierte Thema „Der Mensch und die Zeit" auf, um den Menschen als Schöpfer und gleichzeitig Opfer seiner Zeitvorstellungen zu erfassen. Ein besonderer Akzent liegt ferner auf der Förderung von jungen Journalisten, die verbunden wird mit der Beobachtung der Medienkultur.

Um Musik ging es bei den beiden Tagungen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen: „Was steht der neuen Musik im Weg?" – mit Prof. Schultz, dem Staatsintendanten des Münchner Staatstheaters am Gärtnerplatz, und: „Was soll Theater hier und heute – Event oder Werte- und Menschenbildung" – mit dem Opernregisseur Peter Konwitschny. Die international gefeierte Sopranistin Diana Damrau war

aPuK_3_4.indd 154 16.03.2009 12:17:41 Uhr

bei uns zu Gast, um zu aktuellen Entwicklungen im Opernbetrieb zu diskutieren. Die Stiftung beachtet demnach den Bereich der Kulturpolitik umfassend, nicht nur die eigentliche Schul- und Hochschul-Politik, der ein spezielles Referat gewidmet ist, sondern auch allgemeinere Fragen wie die Möglichkeit der Evaluation kulturelle

Bildung, die Bildungsforschung, die zur Sicherung der Qualität des Bildungsangebots beitragen muss, schließlich die Kulturpolitik im Spannungsfeld zwischen dem Bund und seinen föderalen Gliedstaaten. Das unwillkommene Schlagwort vom „Kampf der Kulturen" wird durch unsere Veranstaltungen aufgenommen, um herauszuarbeiten, wie christlich-konservative Staatsbürger sich unter der Prämisse der Integrationsförderung ihren islamischen Mitbürgern gegenüber verhalten sollten.

Die deutsche Literatur wird, durchaus ohne Betonung eines ja immer strittigen „Kanons", von der genannten Akademie besonders anlässlich runder Jahrestage auf Expertentagungen diskutiert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf ihren politischen Bezügen. Denn Literatur ragt auch immer in den politischen Raum hinein, ein steriler Ästhetizismus verbietet sich. So wurde das Werk von Adalbert Stifter in seiner integrativen Bedeutung für Deutsche und Tschechen untersucht, war Walter Kempowski mit einer Lesung aus seinem „Echolot – Abgesang` 45" und als Diskussionspartner zu Gast, referierte Klaus Harpprecht zum fünfzigsten Todestag von Thomas Mann über die „Betrachtungen eines Unpolitischen, der keiner war", diskutierte Siegmar Faust über die Frage, inwiefern unterschiedliche Mentalitäten in den alten und neuen Ländern relevant sind, wurden auf einer Expertentagung überraschenderweise gewisse Gemeinsamkeiten zwischen dem lyrischen Werk von Gottfried Benn und Bertolt Brecht entdeckt. Joseph von Eichendorff erfuhr eine Würdigung nicht so sehr als der bekannte romantische Dichter, sondern als politischer Denker, als Exponent der organischen Staatstheorie der Restaurationszeit. Die Staatsphilosophie der Vergangenheit ist für unsere Tagungsthematik von Bedeutung, sofern sich klare Bezüge zu den Problemen der Gegenwart feststellen lassen, etwa bei dem von Immanuel Kant herrührenden Konzept der Republik als einer friedlichen und freiheitlichen Bürgergesellschaft, das seine Strahlkraft über mehr als zwei Jahrhunderte bewahrt hat.

Hierher gehört auch das Nachdenken über Geschichtsbilder, die kulturelle Wahrnehmungsformen prägen, und deren typische Mischung aus realen und einseitig-ideologischen Elementen. Eine Tagung hat sich daher den unterschiedlichen Geschichtsbildern in Deutschland und Frankreich, dessen wichtigstem europäischem Partner, gewidmet. Uniformierung ist hier nicht erreichbar und auch nicht wünschbar und erforderlich, da die gegenseitigen Beziehungen zu stabil sind, um von in dieser Hinsicht fortbestehenden Divergenzen ernsthaft belaset werden zu können. Die gesamt-europäische Tendenz kultureller Wahrnehmung drückt sich im Projekt der jährlich wechselnden „Kulturhauptstadt Europas" aus. Es lag daher nahe, das Profil der beiden „Kulturhauptstädte" Graz und Weimar in einer besonderen Tagung unter internationaler Beteiligung zu untersuchen.

Da sich die Hanns-Seidel-Stiftung besonders der Vermittlung christlicher Werte verpflichtet fühlt, unternahm ein Expertengespräch, die Spuren christlicher Lehren in der Gegenwartsliteratur aufzufinden. Exemplarisch las dazu Prof. Neumann aus seinem Gedichtband „Pfingsten in Babylon". Die literarische Reihe wird fortgesetzt, stets mit dem besonderen Akzent der politischen Implikationen von Literatur.

Zuerst erschienen in politik und kultur Mai – Juni 2008

aPuK_3_4.indd 155 16.03.2009 12:17:41 Uhr

Olaf Zimmermann

Eigensinnig, konservativ, bayerisch. Ein Kommentar

Die CSU wurde im Jahr 1945 gegründet, um die konservativen Kräfte als Gegengewicht zur SPD und KPD zu sammeln. Es sollte eine überkonfessionelle Partei auf christlicher Grundlage werden. Der Bezug der CSU auf das Christentum kommt in dieser Ausgabe von *politik und kultur* deutlich zum Ausdruck. So schreibt der Vorsitzende der CSU Erwin Huber, dass sich die CSU zur deutschen Kulturnation bekenne und ihre Sprache, Geschichte, Traditionen und christlich-abendländischen Werte als Grundlage der deutschen Leitkultur sehe. So deutlich ist dieses selten zu lesen. Der stellvertretende Vorsitzende der Schwesterpartei CDU, Christian Wulff, legte in der Ausgabe 6/2007 von *politik und kultur* zwar auch ein Bekenntnis zur Leitkultur ab, beschreibt diese aber mit den Grundwerten des Grundgesetzes und der Verantwortung aus der Geschichte. Bei der CDU ist Leitkultur Verfassungspatriotismus, bei der CSU ein Bekenntnis zu christlich-abendländischen Werten.

Bei der Planung des Schwerpunktes Kulturpolitik der Parteien wurde anfangs überlegt, die Kulturpolitik der CDU und der Kulturpolitik der CSU in einer Ausgabe vorzustellen. Schließlich arbeiten beide Parteien im Deutschen Bundestag in einer Fraktion und bilden oberflächlich betrachtet eine dauerhafte inhaltliche Einheit. Sehr schnell wurde von diesen Planungen Abstand genommen und ein Blick in die Geschichte der CSU lehrt, dass dieses richtig war. Die CSU integrierte sich bereits im Jahr 1946 nicht in die geplante überzonale Unionspartei ein, sondern beharrte auf ihrer Selbständigkeit. So wurde im Jahr 1950 die CDU ohne Beteiligung der CSU gegründet.

Diese Eigenständigkeit der CSU zeigt sich gerade auch in der Kulturpolitik. Als roter Faden zieht sich durch die in diesem Schwerpunkt veröffentlichten Beiträge das bereits erwähnte Bekenntnis zur christlich-abendländischen Kultur. Das C im Parteinamen wird zumindest mit Blick auf die Grundwerte der Kulturpolitik sehr ernst genommen. Das Bekenntnis zu den christlich-abendländischen Wurzeln schließt ein, dass, wie Dorothee Bär in ihrem Beitrag ausführt, sich anderen Kulturen gegenüber geöffnet wird und diese wiederum Eingang in die heimische Kultur finden. Bär findet dafür das Beispiel von Pizza und Pasta, Eis und Cappucino, geht aber noch weiter, wenn sie unterstreicht, dass offene Tage von Synagogen, Moscheen oder Kirchen, wichtige Chancen für den inhaltlichen Austausch bieten. Dieses Verständnis von Leitkultur will eben nicht ausgrenzen, sondern an die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft erinnern und zum Dialog aufrufen. Vielleicht sind es auch die Erfahrungen aus dem Kulturkampf des vorletzten Jahrhunderts, die dieses Verständnis von Kultur und kulturellem Austausch prägen.

Neben dem Bekenntnis zur christlich-abendländischen Kultur prägt die hier veröffentlichten Beiträge die Betonung des Föderalismus. Die CSU tritt noch stärker als die CDU für die so genannte Kulturhoheit der Länder ein und unterstreicht deren Bedeutung für die Vielfalt der Kultur. Das schließt ein, dass man selbst am liebsten die Federführung innehat, wenn es um die Vertretung der deutschen Interessen auf der europäischen Ebene geht. War es über viele Jahre hinweg Hans Zehetmair, der im EU-Kulturministerrat für Deutschland sprach, so ist es heute Thomas Goppel, der vom Bundesrat als Vertreter der Länder für den EU-Kulturministerrat benannt wurde. Dass es dabei zu keinen Kollisionen zwischen den Interessen der Länder und denen des Bundes kommt, dafür sorgt, wie Hans Zehetmair in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ nicht müde wurde zu betonen, der gute Draht der beteiligten Personen. – So menschelt es auch in der Kulturpolitik so manches Mal.

Der klare Bezug auf die bayerische Heimat, der in den Beiträgen zum Ausdruck kommt, bedeutet aber weder Heimattümelei noch Ausgrenzung. Im Gegenteil, Thomas Goppel schreibt: „Gerade in unseren

aPuK_3_4.indd 156 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Spitzeneinrichtungen wollen wir die Welt nach Bayern holen, bemühen uns um die besten Köpfe gerade auch aus den Bereichen Kunst und Kultur. Wettbewerb belebt auch in der Kunst das Geschäft, weiß der überzeugte Föderalist." Interessant in dem Beitrag von Goppel ist ferner sein Hinweis, dass die Wittelsbacher im 19. Jahrhundert sich deshalb so intensiv der Kulturförderung widmeten, weil aus den Untertanen bekennende Bayern werden sollten. Bei aller Wertschätzung der bayerischen Kulturpolitik, selbst den fernen Preußen entgeht der „Kleinkrieg" zwischen Franken, Schwaben, Ober- und Niederbayern nicht, der noch heute im Freistaat Bayern von Zeit zu Zeit zu Tage tritt. Soviel zu den Chancen und Grenzen der Kulturpolitik im Bereich der „Völkerverständigung".

Bemerkenswert an den Beiträgen der CSU-Politiker ist, dass immer wieder Bezug auf die Künste und Künstler genommen wird. Obwohl ein relativ weiter Kulturbegriff, wie bei Bär, gepflegt wird, sind der Kern die Künste Literatur, Bildende Kunst, Musik, Theater, Tanz. Dieses findet sich auch in der kulturpolitischen Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung wieder, über deren Vorsitzender Hans Zehetmair schreibt. Bei der Auseinandersetzung mit Literatur beispielsweise wird immer wieder den politischen Implikationen nachgespürt und so erfährt das Werk Adalbert Stifters eine ganz neue Dimension, wenn der Frage seiner integrativen Bedeutung für Tschechen und Deutsche nachgegangen wird.

Vorteil und Nachteil sind manchmal zwei Seiten einer Medaille, auf die Kulturpolitik der CSU trifft dieses Bild zu. Ihr Vorteil besteht darin, dass sie ihre Kraft und Eigenständigkeit aus ihrem Bezug auf ein Land, den Freistaat Bayern, bezieht. Ihr Nachteil liegt darin, dass ihre besondere Ausprägung speziell die Orientierung auf die christlich-abendländische Tradition auf andere Teile Deutschlands kaum übertragbar ist. Die Kulturpolitik der CSU ist von der Kulturpolitik der CDU weiter entfernt, als die Kulturpolitik der SPD von der Kulturpolitik der CDU. Die Kulturpolitik der CSU ist eigensinnig, konservativ und bayrisch.

Zuerst erschienen in politik und kultur Mai – Juni 2008

aPuK_3_4.indd 157 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Kulturpolitik im Grundsatzprogramm der CSU (2007)

Am 28. September 2007 hat der Parteitag der CSU das neue Grundsatzprogramm „Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten" verabschiedet. Im Folgenden wird der Abschnitt 10 „Zusammenhalt fördern, kulturelle Identität stärken, Integration unterstützen" des 5. Kapitels dokumentiert.

Wir wollen das soziale Miteinander in Heimat und Nation festigen. Zukunft braucht Herkunft. Solidarität braucht Identität

Die Liebe zur Heimat und zum Land, zu Volk und Nation hält die Menschen zusammen. Wir in Bayern und Deutschland sind verbunden durch unsere christlich-abendländischen Wurzeln, unsere gemeinsame Sprache, den Stolz auf unsere Tradition und Kultur und das Wissen um unsere Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen. Aus diesem Gemeinschaftsbewusstsein heraus übernehmen die Bürger Verantwortung für den Nächsten und für die künftigen Generationen. Die CSU will die Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft aller Deutschen stärken. In der arbeitsteiligen und offenen Welt leben wir in verschiedenen Lebensbezügen und Lebenskreisen. Auch wenn die Menschen einen unterschiedlichen Zugang und eine unterschiedliche Verbindung zu ihrer Heimat, zur Nation, zum Vaterland haben, wissen sie gerade im Zeitalter der Globalisierung um den hohen Wert von Geborgenheit und Zusammenhalt. Es geht der CSU nicht um Einheitsmuster, sondern um Gemeinsamkeit in der Vielfalt.

Das Gemeinschaftsbewusstsein jenseits der Einzelinteressen ist der CSU eine wichtige gesellschafts- und kulturpolitische Aufgabe. Aus gemeinsamen Werten und Bindungen schöpfen wir die gesellschaftliche und politische Kraft, die Zukunft zu gestalten. Das großartige kulturelle Erbe und die Leistungen in den Jahrhunderten deutscher und bayerischer Geschichte sind ein kostbarer Schatz, dem wir uns verpflichtet wissen und den es zu erhalten gilt. Dazu gehören auch Kultur und Tradition der Heimatvertriebenen.

Wir sind stolz auf die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leistungen der Generationen vor uns. Auf diesem Fundament bauen wir Gegenwart und Zukunft auf. Wir reduzieren die deutsche Vergangenheit nicht auf die Jahre des Nationalsozialismus. Wir stellen uns den dunklen Seiten unserer Geschichte. Wir stehen zu der damit verbundenen besonderen Verantwortung und der Pflicht zu Gedenken und Aufklärung. Doch nur aus der Gesamtheit unserer Geschichte wächst die Identität unseres Landes.

Wir verstehen unser Volk als Kultur-, Solidar- und Schicksalsgemeinschaft

Uns verbinden die gemeinsame Vergangenheit unseres Volkes und die gemeinsamen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft. Deshalb sind wir eine Solidargemeinschaft und eine Schicksalsgemeinschaft.

Die CSU vertritt einen Patriotismus, der von der Liebe zur Heimat, zur eigenen Kultur und zur gemeinsamen nationalen Identität geprägt ist. Wir bekennen uns zu einem Patriotismus mit Respekt für andere Kulturen und deren Werte, soweit sie sich nicht gegen unsere staats- und verfassungsrechtliche Ordnung richten. Wir lehnen jede Form von Nationalismus entschieden ab. Nationalismus hat keine Achtung vor anderen, er bekämpft andere Werte und andere Kulturen. Feindbilder, aggressives Verhalten und Angst vor dem Fremden beruhen oft auf Unwissenheit über die eigenen Wurzeln sowie über die anderer Menschen. Die CSU unterstützt einen Patriotismus des gelassenen Selbstbewusstseins.

Wir werden die Identität unseres Landes nur erhalten können, wenn wir unsere über Jahrhunderte gewachsene Kultur wertschätzen und pflegen. Nur mit innerer Stärke und Selbstvertrauen können wir anderen Kulturen im eigenen Land und in der Welt selbstbewusst begegnen.

aPuK_3_4.indd 158 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Die kulturelle Vielfalt ist der große Reichtum unserer gemeinsamen Welt
Die Weltgesellschaft ist und wird keine Einheitsgesellschaft. Die Menschen halten an ihrer kulturellen, religiösen und politischen Identität fest, weil dies ihrem Bedürfnis nach Geborgenheit unter Gleichgesinnten entspricht. Die kulturell und national selbst bestimmten Gemeinschaften werden auch bei wachsender Zusammenarbeit und Abhängigkeit der Staaten weiter bestehen. Dabei wird unsere eigene kulturelle Kraft für unsere Entwicklung und unseren Platz in der Weltgesellschaft prägend sein.

Die CSU bekennt sich zur deutschen Kulturnation. Ihre Sprache, Geschichte, Traditionen und die christlich-abendländischen Werte bilden die deutsche Leitkultur. Das Verständnis unserer eigenen kulturellen Identität ist nicht zuletzt für den Dialog mit anderen Kulturen eine Grundvoraussetzung.

Wir vertreten überall mit Nachdruck die für uns verbindlichen Werte, wie die Einhaltung der Menschenrechte, das Bekenntnis zum Rechtsstaat, das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Kunst und Kultur prägen unsere Identität
Die Freiheit der Kunst und die Freiheit der Meinung haben Verfassungsrang. Aufgabe des Staates ist es, den Bürgern die Teilhabe am kulturellen Leben zu eröffnen. Kunst und Kultur gewinnen ihre Kraft und Lebendigkeit, ihre Größe, Qualität und Schönheit aus der schöpferischen Freiheit, aus dem Wissen um die eigene Identität, aus der regionalen Vielfalt und aus der Begegnung mit anderen Kulturen. Auf kultureller Vielfalt baut auch die europäische Zusammenarbeit auf. Deshalb hält die CSU an einer regionalen und dezentralen Kulturpolitik fest.

Die CSU steht für den verfassungsrechtlich gesicherten Freiraum künstlerischer Betätigung ein. Staatliche Förderung unterstützt die Vielfalt und die Kreativität in der Kunst. Die Vielfalt der künstlerischen Ausdrucksformen lässt keinen Platz für Monopole der Meinung oder des ästhetischen Empfindens. Die CSU bejaht den ständigen Dialog mit den Kulturschaffenden, zwischen Politik und Kunst, zwischen Publikum und Künstlern.

Kulturelles Leben fördern
Die Kultur lebt vom Einsatz und von der Begeisterung der Bürger. Privates Mäzenatentum wollen wir verstärkt fördern. Künstlerische Begabungen sind in Schulen und Vereinen zu wecken und zu pflegen. Unser kulturelles Erbe in Volksmusik, Brauchtum und Baukunst soll durch Heimatpflege und Denkmalpflege an die kommenden Generationen weitergegeben werden. Wir wollen das kulturelle Leben und das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen für Kultur, Tradition und Brauchtum als wichtige Leistungen für unser Gemeinwesen weiterhin angemessen fördern.

Die Pflege der Traditionen und die Förderung der modernen Künste sind uns gleichermaßen wichtig. Lebendige Kultur ist für uns kein musealer Besitzstand. Lebendige Kultur braucht Weiterentwicklung und Innovation. Die CSU fördert und unterstützt mit ihrer Kulturpolitik die vielfältige Gegenwartskultur in Musik, Literatur, Theater, Film, Medien und bildender Kunst. Wir wollen junge Künstler ermutigen, neue Wege zu gehen und die Sichtweise auf unsere Welt zu erweitern.

Auftrag und Verantwortung der Medien
Information ist für die CSU ein Grundpfeiler der Demokratie und unserer offenen, pluralen Gesellschaft. Die Medien haben die Aufgabe, auch ein breites Angebot an Information und Bildung zu gewährleisten. Die neue Medienwelt bietet vielfältige Chancen gerade auch für Ältere und Kranke. Die verfassungsmäßige Ordnung, die Würde des Menschen, Ehe und Familie sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen müssen geschützt werden.

aPuK_3_4.indd 159 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Der Auftrag des Journalisten ist an die Grundwerte der Verfassung gebunden. Im Rahmen der Meinungs- und Pressefreiheit müssen die Selbstverpflichtung auf Wahrheit und die Wahrung der Menschenwürde verstärkt beachtet werden. Die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen sind vor Missbrauch und Verletzung zu schützen.

Die Medienpolitik der CSU orientiert sich am freien und mündigen Bürger, der die wachsenden Angebote aller Medien sinnvoll zu nutzen und kritisch zu verarbeiten versteht. Die CSU unterstreicht deshalb die besondere Bedeutung der Medienerziehung insbesondere in den Schulen, aber auch in der Erwachsenenbildung. Der Rechtsstaat muss den Jugendschutz konsequent durchsetzen. Das gilt insbesondere für das Internet und die elektronischen Medien. Brutale, menschenverachtende und pornographische, jugendgefährdende Darstellungen sind kein Ausweis von Freiheit, sondern Ausdruck von Verantwortungslosigkeit. Die Freiheit der Kunst und der Medien hat ihre Grenzen dort, wo die Würde des Menschen verletzt wird. Gewaltverherrlichung und verfassungsfeindliche Inhalte müssen in allen Medien verhindert werden. Religiöse Empfindungen und Symbole sind zu respektieren.

Soziales Miteinander in Deutschland: weltoffen, aber nicht multikulturell
Integration ist eine soziale Zukunftsaufgabe für unser Zusammenleben. Deutschland ist ein weltoffenes Land, in dem über sieben Millionen Ausländer leben. Viele von ihnen sind integriert und haben eine neue Heimat gefunden. Ausländische Arbeitnehmer haben in jahrelanger Arbeit einen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes geleistet. Viele Migranten bringen ihre Fähigkeiten in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Dienstleistungen, Ehrenamt und im Sport ein. Sie tragen zum Allgemeinwohl bei.

Wir wollen ein soziales und kulturelles Miteinander. Wir lehnen ein multikulturelles Neben- und Gegeneinander ab, weil es kalt und unsozial ist, die Solidarität unseres Volkes untergräbt und zu Intoleranz und Gewalt führt.

aPuK_3_4.indd 160 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Geschichte der CSU

In verschiedenen bayerischen Orten versammeln sich im **Sommer 1945** bürgerliche, konservative Kräfte mit der Absicht, eine als Gegengewicht zu SPD und KPD gedachte Partei zu gründen. Die führenden Köpfe dieser Bewegung sind Karl Scharnagl, Josef Müller, Adam Stegerwald, Fritz Schäffer, Wilhelm Eichhorn, Michael Horlacher, Alois Hundhammer, Heinrich Krehle, Carl Lacherbauer, Walther von Miller, August Schwingenstein, Alois Schlögl und Anton Pfeiffer. Der Parteiname soll Christlich-Soziale Union sein. Wie in Bayern kam es 1945/46 in ganz Deutschland zur regionalen Gründung christlicher Volksparteien. Die Schwerpunkte lagen neben München in Berlin, Köln und Frankfurt.

Nachdem die amerikanische Militärregierung die Wiederzulassung politischer Parteien angekündigt hatte, verschickt der **Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl** im **August 1945** ein Einladungsschreiben an etwa 60 Personen außerhalb des „sozialistischen Lagers", um für die Gründung einer Partei auf christlicher Grundlage zu werben. Die Versammlung findet am 14.8.1945 statt. Zur Vorbereitung der Parteigründung wird ein „Redaktionsausschuß" berufen, der sich am 12.9.1945 bereits wieder auflöst. Eine seiner Hauptaufgaben besteht in der Erarbeitung erster programmatischer Richtlinien, die am 5.9.1945 als Entwurf („Grundsatz-Programm einer Christlich-Demokratischen Volkspartei in Bayern") vorgelegt werden können.

Der **unterfränkische Regierungspräsident Adam Stegerwald** versammelt im Einvernehmen mit der Militärregierung einen Kreis führender Personen aus dem Würzburger Raum zu einer Besprechung über eine künftige überkonfessionelle Partei. Er war schon 1920 für die Gründung einer interkonfessionellen, antisozialistischen Volkspartei eingetreten. Als Reichspolitiker fasst er eine gesamtdeutsche Partei ins Auge, die er mit dem ersten „Reichstreffen" im **November 1945** auf den Weg zu bringen versucht. In Würzburg einigt man sich darauf, der neuzugründenden Partei den Namen Christlich-Soziale Union zu geben. Die offizielle Gründung der Partei erfolgt am **13. Oktober 1945** in Würzburg.

Im **Münchner Rathaus** treffen sich im **September 1945** 20 Personen, die einstimmig den Namen „Bayerische Christliche-Soziale Union" beschließen und einen weiteren Ausschuss zur Vorbereitung der Parteigründung einsetzen. Diese „Redaktionssitzung", bei der „die Union aus der Taufe gehoben" wurde, gilt als eigentliche Gründungssitzung der CSU. Im **Oktober 1945** beschließen führende CSU-Gründer, in München ein Sekretariat für das Land zu errichten. Damit wird der Vorläufer der künftigen CSU-Landesgeschäftsstelle geschaffen. Im November wird der Aufbau einer landesweiten Organisation der CSU wird eingeleitet.

Vom **14. bis 16. Dezember 1945** findet in **Bad Godesberg** ein erstes Treffen der bis dahin organisierten Unions-Gruppen ohne Vertreter der bis dahin noch nicht lizenzierten CSU statt. Ein dort beschlossener Zonenverbindungsausschuss, dem dann auch bayerische Vertreter angehörten, sollte ab Anfang 1946 in Frankfurt die Zusammenarbeit und Vereinigung zonenübergreifend fördern. Er löst sich, nachdem er 26 Tagungen hinter sich gebracht hat, erst 1951 auf.

Im **Januar 1946** Lizensierung der CSU durch die amerikanische Militärregierung. Als Vertreter der CSU lehnen Josef Müller und Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron im **April 1946** in Stuttgart den Führungsanspruch der Berliner CDU für die neu zu gründende überzonale Unionspartei ab. **Mai 1946** Bestätigung von Josef Müller als Parteivorsitzender der CSU.

Februar 1947 Konstituierung der „Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschland" in Königstein i. Taunus. **März 1947** Treffen des „Ellwanger Kreis, ein unregelmäßig tagendes Forum aus CDU- und CSU-Vertretern der drei westlichen Zonen, zur Besprechung tagespolitischer Ereignisse. Ziel des Kreises

aPuK_3_4.indd 161 16.03.2009 12:17:42 Uhr

ist es, die Wiedervereinigung Deutschlands auf föderativer Grundlage in die Wege zu leiten. Der Gesprächskreis löst sich erst Ende der 60er Jahre auf.

Januar 1948
Ablehnung der CSU, sich mit den anderen Unionsparteien zusammen zu schließen.

Oktober 1950
Erster Bundesparteitag der Union. Bis auf die CSU, die selbständig bleibt, schließen sich alle Landesvorsitzenden der christlich-demokratischen Unionsparteien West-Deutschlands, West-Berlins und der Exil-CDU zu einer gemeinsamen Parteiorganisation zusammen.

1955
Bildet sich im Saarland unabhängig und ohne Billigung der bayerischen CSU eine Vereinigung mit dem Namen CSU-Saar (CSU-S), die jedoch eine unbedeutende Splitterpartei bleibt. Sie fusioniert 1947 zunächst mit der saarländischen CVP, 1959 schließlich mit der CDU des Saarlands.

März 1961
Wahl von Franz Josef Strauß zum Vorsitzenden der CSU. Er hat dieses Amt bis zu seinem Tod am 3.10.1988 inne.

November 1966
Gründung der Hanns-Seidel-Stiftung.

Mai 1973
Auf Initiative von Franz Josef Strauß reicht die Bayerische Staatsregierung Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Grundlagenvertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR ein.

Juli 1973
Das Bundesverfassungsgericht verkündet sein Urteil zum Grundlagenvertrag mit der DDR und stellt darin klar, in welcher Auslegung dieser Vertrag mit dem Grundgesetz (GG) vereinbar ist. Es bestätigt die Auffassung der CSU und der Bayerischen Staatsregierung, wonach Deutschland als Ganzes fortbesteht, die Bürger der DDR deutsche Staatsangehörige im Sinne des GG sind, und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands Aufgabe aller Verfassungsorgane bleibt.

November 1976
Die Landesgruppe beschließt in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag zu lösen.

Im **Dezember 1976**
schließen nach harten Verhandlungen CDU und CSU wieder einen Vertrag über die Bildung einer Fraktion.

Januar 1990
In Leipzig schließen sich mit Unterstützung der CSU rund ein Dutzend liberal-konservativer und christlicher Parteien und Gruppierungen zur DSU zusammen. Zum ersten Vorsitzenden wird Hans-Wilhelm Ebeling, Pfarrer der Leipziger Thomaskirche, gewählt. Die neugegründete Partei beantragt am 17.6.1990 in der Volkskammer den sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Als sie sich im April 1993 auf das gesamte Bundesgebiet ausdehnt, kündigt die CSU die Zusammenarbeit auf.

aPuK_3_4.indd 162 16.03.2009 12:17:42 Uhr

aPuK_3_4.indd 163 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Olaf Zimmermann

Zehn Jahre sichtbare Kulturpolitik des Bundes – Ein Plädoyer für den nächsten Schritt

Ich kann mich noch gut an die Anrufe aus dem Bundeskanzleramt erinnern. Anton Pfeiffer, der Staatsminister im Bundeskanzleramt unter Helmut Kohl rief öfter an, um mir, erst vor wenigen Monaten im März 1997 zum Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates bestellt, ordentlich die Leviten zu lesen. Soll ich ihnen das Grundgesetz schicken, war sein hilfreiches Angebot an mich, wenn er seine Verärgerung über die Diskussion im Deutschen Kulturrat über ein eigenständiges Bundeskulturministerium ausdrücken wollte. In diesen Monaten wurde mit harten Bandagen gekämpft. Die Länder pochten auf ihre „Kulturhoheit" und der Bund zauderte, auf eine eigene Bundeskulturkompetenz zu bestehen.

Zum offenen Streit war es aber schon drei Jahre früher gekommen, nachdem in der 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1994–1998) selbst der kleine Unterausschuss „Kunst und Kultur" des Innenausschusses nicht wieder installiert wurde. Einen richtigen „Ausschuss für Kulturpolitik" gab es zu diesem Zeitpunkt schon seit 25 Jahren nicht mehr. Auf der Bundesebene gab es ab 1994 keinen parlamentarischen Ort mehr, um über Kulturpolitik sprechen zu können. Im Innenministerium war zur selben Zeit das Interesse an Kulturpolitik unter Innenminister Manfred Kanther deutlich erlahmt und nur im Bundeskanzleramt wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Staatsminister Anton Pfeiffer in fast konspirativer Weise, die Länder sollten es ja nicht mitbekommen, noch Kulturpolitik gemacht.

Am 02. Februar 1998 trafen der Vorstand und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates den damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine in Bonn. In dem Gespräch sagte uns Oskar Lafontaine zu, die vorhandenen Kulturkompetenzen des Bundes auch personell bündeln zu wollen. Wenige Monate später im Juli 1998 berief dann der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder Michael Naumann in sein Wahlkampfteam. Gerhard Schröder wurde Kanzler, Michael Naumann wurde der erste Staatminister für Kultur im Bundeskanzleramt. Im Deutschen Bundestag wurde ein vollwertiger Ausschuss für „Kultur und Medien" eingerichtet. Das war der Beginn einer sichtbaren Kulturpolitik des Bundes.

Heute, genau zehn Jahre später, ist das alles schon Geschichte. Nach Michael Naumann berief Gerhard Schröder Julian Nida Rümelin und Christina Weiss zu Staatssekretären für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt, die wie alle Staatssekretäre im Bundeskanzleramt und im Außenministerium Staatsminister genannt werden. Noch einmal richtig spannend wurde es bei der Regierungsbildung im Herbst 2005. Angela Merkel hatte im Wahlkampf in ihr Schattenkabinett keinen für Kultur Verantwortlichen berufen. Auch nach der Bundestagswahl ließ uns die Kanzlerin lange zappeln, bevor sie endlich Bernd Neumann zum Kulturstaatsminister ins Bundeskanzleramt berief. Jetzt war klar, dass auch die Union ihren Widerstand gegen die Benennung eines Kulturstaatsministers aufgegeben hatte. Eine sichtbare Kulturpolitik des Bundes war salonfähig geworden.

Natürlich ist der Union dieser Schritt auch deshalb möglich gewesen, weil ein Kulturstaatsminister kein echter Minister mit eigener ministerialer Kompetenz ist. Vertreter von unionsgeführten Ländern weisen gerne darauf hin, das die Union doch auch schon unter Helmut Kohl einen Staatsminister für Kultur, nämlich Anton Pfeiffer, gehabt hätte, der sich nur nicht so hätte nennen dürfen. Doch in Wirklichkeit wissen auch diese Ländervertreter, dass die Benennung von bislang vier Kulturstaatsministern im Bundeskanzleramt die kulturpolitische Ordnung in Deutschland deutlich verändert hat. Kulturpolitik des Bundes ist keine Geheimdiplomatie mehr, sondern wird endlich offen und unter parlamentarischer

aPuK_3_4.indd 164 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Kontrolle des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien als ein normales, wenn auch noch kleines, Politikfeld auf Bundesebene behandelt.

Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages am 03. Juli 2003 unter dem Vorsitz der Unionspolitikerin Gitta Connemann und spätestens mit der Berufung von Bernd Neumann als Kulturstaatsminister in das von der Union geführte Bundeskanzleramt war die Bundeskulturpolitik vielfach zähneknirschend – in der Union auch bei den Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder – akzeptiert worden. Heute wird von keiner im Deutschen Bundestag vertretenen Partei eine sichtbare Bundeskulturpolitik mehr infrage gestellt.

Für das letztlich neue Politikfeld „Bundeskulturpolitik“ haben die Parteien erste spezifische Programmatiken entwickelt. Die SPD behandelte deshalb auf ihrem Parteitag im Oktober 2007 in Hamburg das Thema Kulturpolitik, ebenso wie die FDP, die bereits im Juni 2007 ihrem Parteitag einen kulturpolitischen Schwerpunkt gab. Beide Parteien beschlossen u.a. auf ihren Parteitagen das Staatsziel Kultur ins Grundgesetz aufzunehmen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion veranstaltete im April 2008 ihren ersten Kultursalon mit ausführlichen inhaltlichen Gesprächsrunden. Die Grünen richteten wenige Wochen vorher eine große kulturpolitische Veranstaltung im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages aus. Die Union gründete einen Kulturarbeitskreis und die FDP ein Liberales Kulturforum. Als Thinkthanks nutzen die Linken ihre „Stände kulturpolitische Konferenz“ und die SPD ihr „Kulturforum der Sozialdemokratie“. Kulturpolitik ist auch ein Thema der Parteien auf der Bundesebene geworden.

Kulturpolitik ist heute fester Bestandteil der politischen Agenda der Bundesregierung, des Bundestages und der Parteien. Jetzt wird es Zeit darüber nachzudenken, ob die vor zehn Jahren gewählten Strukturen der Bundeskulturpolitik ausreichend sind, um den gewachsenen Aufgaben der Kulturpolitik auf Bundesebene, aber auch zunehmend auf europäischer Ebene, gerecht zu werden. Der Deutsche Kulturrat hat vor mehr als zehn Jahren die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums und die Berufung einer echten Bundeskulturministerin oder eines echten Bundeskulturministers gefordert. Diese Forderung ist aktueller denn je.

Zuerst erschienen in politik und kultur Juli – August 2008

aPuK_3_4.indd 165 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Autorinnen und Autoren

Dorothee Bär, Mitglied des Deutschen Bundestags, Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags

Kurt Beck, Vorsitzender der SPD, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Grietje Bettin, Mitglied des Deutschen Bundestags, Medienpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag

Lothar Bisky, Mitglied des Deutschen Bundestags, Medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE., Vorsitzender der Partei DIE LINKE, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken,

Wolfgang Börnsen, Mitglied des Deutschen Bundestags, Kultur- und Medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Hans-Jörg Clement, Leiter Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin, Kurator und Geschäftsführer des Else-Heiliger-Fonds (EHF)

Uschi Eid, Mitglied des Deutschen Bundestags, Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jan Engelmann, Referent für Kunst und Kultur der Heinrich-Böll-Stiftung

Thomas Flierl, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Sprecher der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leiter des neu gegründeten Kulturforums der Linken, Berliner Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur (2002–2006)

Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates

Jörg-Dieter Gauger, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur*

Wolfgang Gerhardt, Mitglied des Deutschen Bundestags, Vorstands-Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Staatsminister a. D.

Michael Glos, Mitglied des Deutschen Bundestags, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Katrin Göring-Eckardt, Mitglied des Deutschen Bundestags, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

Thomas Goppel, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Monika Griefahn, Mitglied des Deutschen Bundestags, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Hans-Heinrich Grosse-Brockhof, Staatssekretär für Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen

Uwe-Karsten Heye, Chefredakteur des „vorwärts“

Erwin Huber, Vorsitzender der CSU

Lukrezia Jochimsen, Mitglied des Deutschen Bundestags und Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Klaubert, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

aPuK_3_4.indd 166 16.03.2009 12:17:42 Uhr

Oskar Lafontaine, Mitglied des Deutschen Bundestags, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto, Mitglied des Deutschen Bundestags, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages und Mitglied im Bundesvorstand der FDP

Claudia Roth, Mitglied des Deutschen Bundestags, Vorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gabriele Schulz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Frank-Walter Steinmeier, Bundesaußenminister

Alice Ströver, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Berliner Abgeordnetenhaus und Vorsitzende des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten

Wolfgang Thierse, Mitglied des Deutschen Bundestags, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Ruth Wagner, Mitglied des Hessischen Landtags, Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, Hessische Staatsministerin a. D. für Wissenschaft und Kunst

Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Christoph Waitz, Mitglied des Deutschen Bundestags, Kultur- und Medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Guido Westerwelle, Mitglied des Deutschen Bundestags, Bundesvorsitzender der FDP und Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, Mitglied im Berliner SPD-Landesvorstand

Christian Wulff, Stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender und Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Hans Zehetmair, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung und Staatsminister a. D.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Herausgeber von *politik und kultur*

aPuK_3_4.indd 167 16.03.2009 12:17:42 Uhr